

Wiener Landtag

19. Wahlperiode

27. Sitzung vom 25. September 2013

Wörtliches Protokoll

Inhaltsverzeichnis

1.	Entschuldigte Abgeordnete	S. 3	10.	LG - 02383-2013/0001/LAT, P 4 Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Kinogesetz 1955 geändert wird (Beilage Nr 21/2013) Berichterstatter Amtsf StR Dr Andreas Mailath-Pokorny	S. 32 S. 32
2.	Nachruf auf den Bürger der Stadt Wien, Amtsführender Stadtrat aD, Univ-Prof Dr Alois Stacher	S. 3	11.	Begrüßung der Präsidentin des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien DDR Katharina Schönberger	S. 32
3.	Fragestunde		12.	02896-2013/0001-GIF, P 3 Tätigkeitsbericht 2012 des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien Berichterstatterin Amtsf StRin Sandra Frauenberger	S. 32 S. 32
	1. Anfrage (FSP - 03076-2013/0001 - KU/LM)	S. 4		Rednerin bzw Redner: Abg Dr Wolfgang Ulm	S. 32 S. 32
	2. Anfrage (FSP - 03075-2013/0001 - KVP/LM)	S. 5		Abg Dr Kurt Stürzenbecher	S. 35
	3. Anfrage (FSP - 03074-2013/0001 - KSP/LM)	S. 8		Abg Dr Jennifer Kickert	S. 36
	4. Anfrage (FSP - 02219-2013/0001 - KVP/LM)	S. 11		Abg Mag Dietbert Kowarik	S. 36
4.	AST - 03053-2013/0002 - KVP/AL: Aktuelle Stunde zum Thema "Stadtrechnungshof für Wien - mehr Kompetenzen für mehr Transparenz durch eine Reform der Wiener Stadtverfassung" Rednerin bzw Redner: Abg Dr Wolfgang Ulm	S. 14	13.	LG - 00145-2013/0001, P 5 Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener land- und forstwirtschaftliche Gleichbehandlungsgesetz geändert wird (Beilage Nr 17/2013) Berichterstatter Abg Erich Valentin	S. 38 S. 38
	Abg Birgit Hebein	S. 15		Abstimmung	S. 38
	Abg Mag Johann Gudenus, MAIS	S. 16	14.	LG - 02867-2013/0001/LAT, P 6 Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Buschenschankgesetz geändert wird (Beilage Nr 22/2013) Berichterstatter Abg Erich Valentin	S. 38 S. 38
	Abg Mag Thomas Reindl	S. 16		Abstimmung	S. 38
	Abg Dr Wolfgang Aigner	S. 17	15.	02834-2013/0001-GGU, P 7 Naturschutzbericht 2012 Berichterstatter Abg Erich Valentin	S. 38
	Abg Mag Alexander Neuhuber	S. 18		Redner: Abg Ing Udo Guggenbichler	S. 38 S. 39
	Abg David Ellensohn	S. 19		Abg Heinz Hufnagl	S. 39
	Abg Mag Dietbert Kowarik	S. 20		Abg Mag Günter Kasal	S. 40
	Abg Dipl-Ing Rudi Schicker	S. 21		Abg Mag Rüdiger Maresch	S. 41
5.	Mitteilung des Einlaufs	S. 22		Berichterstatter Abg Erich Valentin	S. 42
6.	Umstellung der Tagesordnung	S. 22		Abstimmung	S. 44
7.	02965-2013/0001-MDLTG, P 1 Wahl eines Ersatzmitgliedes des Bundesrates Abstimmung	S. 22	16.	Redner zur Geschäftsordnung StR DDr Eduard Schock	S. 44 S. 44
8.	Begrüßung der Volksanwältin Dr Gertrude Brinek und des Volksanwaltes Dr Peter Fichtenbauer	S. 22		Abg Godwin Schuster	S. 44
9.	02815-2013/0001-MDLTG, P 2 34. Bericht der Volksanwaltschaft 2012 Rednerinnen bzw Redner: Abg Ing Isabella Leeb	S. 22		Abg Mag Dietbert Kowarik	S. 45
	Abg Birgit Hebein	S. 24			
	Abg Ing Bernhard Rösch	S. 26			
	Abg Mag Sonja Ramskogler	S. 27			
	Abg Wolfgang Seidl	S. 29			
	Volksanwältin Dr Gertrude Brinek	S. 30			
	Volksanwalt Dr Peter Fichtenbauer	S. 31			
	Abstimmung	S. 32			

(Beginn um 9.01 Uhr.)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die 27. Sitzung des Wiener Landtages ist eröffnet.

Gestattet mir, dass ich zunächst eines vor wenigen Wochen Verstorbenen gedenke. Er war einer der bedeutendsten Gesundheitspolitiker der Stadt Wien und ist nun im 89. Lebensjahr verstorben, nämlich der langjährige ehemalige sozialdemokratische Gesundheitsstadtrat Univ-Prof Dr Alois Stacher.

(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)

Alois Stacher wurde von Bürgermeister Leopold Gratz 1973 in die Stadtregierung geholt. Während seiner immerhin 16-jährigen Amtszeit hat er die Wiener Gesundheits- und Sozialpolitik wie kaum ein anderer geprägt. Alois Stacher sind die großartigen Gesundheitsvorsorgen sowie die bestens funktionierenden sozialen Dienste Wiens zu verdanken.

Er hat schon in den 70er Jahren, weit vorausschauend, den Grundstein für eine umfassende Sozial- und Gesundheitsvorsorge gelegt, worauf sich die Wienerinnen und Wiener auch heute noch verlassen können. Nicht zuletzt auch durch die großartige Gesundheitsvorsorge ist Wien zu der liebenswertesten, sichersten und lebenswertesten Stadt der Welt geworden.

Alois Stacher wurde am 16. Februar 1925 in Wien geboren. Unmittelbar nach der Matura kam er zum Wehrdienst, wenige Tage vor Kriegsende kam er schwer verwundet in amerikanische Gefangenschaft, aus der er erst 1947 entlassen wurde. Mit 23 Jahren begann er in Wien mit dem Medizinstudium. Als junger Arzt baute er im Hanuschkrankenhaus eine hämatologische Station auf, die unter seiner Leitung internationale Anerkennung fand.

1974 wurde er zum außerordentlichen Universitätsprofessor ernannt, 1976 zum Vorstand der 3. Medizinischen Abteilung des Hanuschkrankenhauses, die er – wie wir wissen – zu einem hämatologischen, onkologischen Zentrum ausbaute.

1973 wurde Alois Stacher vom Wiener Gemeinderat zum amtsführenden Stadtrat für Gesundheit und Sozialwesen gewählt. Während seiner Amtszeit ist in der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsversorgung so gut wie kein Stein auf dem anderen geblieben. Das beweist eine mehr als eindrucksvolle Liste von Projekten, die er eingeführt hat und die heute, 40 Jahre danach, nicht mehr aus der Landschaft der Gesundheitseinrichtungen in Wien wegzudenken sind.

Einige Beispiele dazu: Ausbau der Gesundenuntersuchungen und der vorbeugenden Medizin und spezieller Einrichtungen zur Früherkennung und Frühbehandlung sowie Einführung der Schutzimpfungen und spezieller Mutterberatungsstellen. Ausbau der sozialen Dienste, vor allem für ältere Menschen, zum Beispiel der Heim- und Familienhilfe, des Wäschepflegedienstes, des Reinigungsdienstes und der Aktion „Essen auf Rädern“. Einführung der Mobilen Schwestern, des Besuchsdienstes und des Reparaturdienstes. Bau von zahlreichen Pensi-

onistenwohnhäusern, Ausbau der Krankenpflegeschule, ständige Verbesserung der städtischen Krankenhäuser wie zum Beispiel durch neue medizinisch-technische Geräte, Umwandlung großer Krankensäle in kleinere Zimmer, Einbau von Bädern und Toiletten, Einrichtung von Aufenthaltsräumen, und so fort. – All das sind Dinge, die jeder, der sich im Krankenhaus aufhalten muss, heute noch genießt.

Weiters kam es zu einer Umstrukturierung im Spitalswesen auf Grund der Entwicklungen der Medizin, zum Beispiel zur Einrichtung einer Neurochirurgie und einer Nephrologie mit Dialyse, zur Schaffung von Primariaten für Anästhesie, zur Einrichtung von zwei Aids-Stationen und so fort.

Hervorzuheben sind auch die bedeutungsvolle Einrichtung des Ombudsmanns für die städtischen Krankenanstalten und Pflegeheime, die Schaffung von Qualitätssicherungskommissionen in den Spitälern, der Neubau des Wiener AKH und des Sozialmedizinischen Zentrums Ost sowie die Einführung eines neuen Rettungskonzeptes.

Ganz besondere Verdienste jedoch erwarb sich Stacher im Bereich der psychiatrischen und psychosozialen Versorgung. In seiner Amtszeit wurde der Psychosoziale Dienst in Wien gegründet und damit die Wiener Psychiatriereform eingeläutet. Damit wurde eines der in Umfang und Bedeutung größten gesundheitspolitischen Reformvorhaben der Zweiten Republik umgesetzt.

Auch während seiner Zeit als Gesundheitspolitiker hat Alois Stacher seine ärztliche Tätigkeit nie aufgegeben.

Neben seiner Funktion als Stadtrat wurde Alois Stacher Präsident des Österreichischen Komitees für Sozialarbeit, Präsident des Wiener Roten Kreuzes, Präsident der Akademie für Gesundheitsmedizin, und 1988 gründete Alois Stacher die Wiener Internationale Akademie für Gesundheitsmedizin.

Seit Alois Stacher 1989 aus der Stadtregierung ausgeschieden ist, hat sich natürlich vieles weiterentwickelt. Im Sinne und gemäß dem Wissen von Alois Stacher, für den immer die Menschen im Zentrum standen, gewährleistet das Wiener Spitalskonzept auch für die Zukunft, dass allen Menschen, unabhängig vom Einkommen, Alter, Herkunft oder Geschlecht, die beste medizinische Versorgung offensteht.

Noch im Juni letzten Jahres hat Alois Stacher die Patenschaft für das neue Pflegewohnhaus Donaustadt übernommen und so aktiv die Weiterentwicklung des von ihm gegründeten Geriatriezentrums Donaustadt zum Pflegewohnhaus begleitet.

Im Gedenken an Prof Alois Stacher darf ich Sie nun bitten, kurz innezuhalten.

(Die Abgeordneten verharren still in einer Trauermminute.)

Ich danke.

(Die Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Entschuldigt haben sich Frau Amtsf StRin Mag Sima durch Krankheit, Abg Haslinger wegen eines Begräbnis-

ses, Abg Lindenmayr befindet sich auf Dienstreise, wegen Krankheit ebenfalls entschuldigt sind Abg Nepp und Abg Stark. Abg Kops ist dienstlich verhindert und Abg Dipl-Ing Stiftner ebenfalls.

Die Dritte Präsidentin Marianne Klicka ist ab 17 Uhr auf einer Dienstreise. Abg Karner-Kremser bis 11 Uhr entschuldigt, Abg Peschek von 10.30 Uhr bis 12 Uhr, Abg Florianschütz von 12 Uhr bis 15 Uhr, Abg Gaal ebenfalls von 12 Uhr bis 15 Uhr, Abg Ludwig-Faymann von 12 Uhr bis 15 Uhr, Abg Korosec bis 14 Uhr, Abg Mag Holdhaus ab 14 Uhr.

Wir kommen damit zur Fragestunde.

Die 1. Frage (FSP – 03076-2013/0001 – KU/LM) wurde von Herrn Abg Dr Wolfgang Aigner gestellt und ist an den Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet. *[Medienberichten zufolge werden zeitlich befristet angestellte Landeslehrer in Wien nicht für ein ganzes Kalenderjahr, sondern nur für ein Schuljahr (exklusive der Sommerferien) angestellt. Die betroffenen Lehrer müssen sich im Sommer arbeitslos melden, auch wenn sie eine Wiedereinstellungszusage für das nächste Schuljahr haben. Dadurch werden junge Lehrer in eine prekäre Situation gebracht und sie erleiden finanzielle Nachteile. Außerdem wird das ohnehin angespannte Budget des AMS über Gebühr strapaziert. Die Stadt Wien bedient sich dabei einer Vorgangsweise, die man sonst nur aus manchen Bereichen der Privatwirtschaft kennt, an der seitens der Politik auch immer wieder Kritik geübt wird. Des Weiteren ist der wiederholte Abschluss von Kettenverträgen samt monatelanger Arbeitslosigkeit sicher kein attraktives Angebot für Junglehrer in Zeiten eines Lehrermangels. Werden Sie in Hinkunft dafür Sorge tragen, dass befristet angestellte Landeslehrer ein ganzes Kalenderjahr angestellt und möglichst rasch in ein unbefristetes Dienstverhältnis übernommen werden?]*

Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Betreffend Ihre Anfrage, in der es darum geht, wie es sich im Fall von Lehrerinnen und Lehrern, die in Wien angestellt werden, mit den entsprechenden befristeten Verträgen verhält, darf ich Ihnen die Auskunft geben, dass es hiezu eine ganz klare gesetzliche Bestimmung gibt, die in allen Bundesländern die Frage von zeitlichen Befristungen der Landeslehrer regelt. Betreffend die zeitliche Befristung der Landeslehrer über deren Anstellung beziehungsweise Nichtanstellung während der Sommermonate kann ich Ihnen daher die Auskunft geben, dass das im Vertragsbedienstetengesetz klar geregelt ist. Hier findet sich im § 42d folgende Bestimmung: „Dienstverträge für Unterrichtstätigkeiten, die vor dem 1. Februar des betreffenden Unterrichtsjahres beginnen und mit dem Unterrichtsjahr enden, haben als Ende des Dienstverhältnisses anstelle des Endes des Unterrichtsjahres das Ende des betreffenden Schuljahres vorzusehen.“ – Das bedeutet, dass nur bei Unterrichtsbeginn vor dem 1. Februar des Jahres der Vertrag mit dem Ende des Schuljahres endet.

Ich darf auch mitteilen, dass es sich hiebei um eine

bundesgesetzliche Regelung handelt, die für alle Bundesländer Gültigkeit hat, und an diese Regelung wird sich Wien halten, solange es hier nicht andere gesetzliche Bestimmungen gibt.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Aigner. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Wolfgang **Aigner** (Klubungebundener Mandatar): Guten Morgen, Herr Präsident! Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Gesetze kann man ja auch zu ändern versuchen! Halten Sie es in Zeiten einer Rekordarbeitslosigkeit wirklich für gerechtfertigt, wenn öffentlich Bedienstete sozusagen teilweise über das AMS finanziert werden, während das AMS ja wirklich genug Aufgaben für den Bereich der Privatwirtschaft hat? Würden Sie sich in Ihrer politischen Funktion dafür einsetzen, dass das entsprechende Bundesgesetz geändert wird, dass auch die Sommerferien mit in die Befristung fallen und das AMS daher entlastet werden würde?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Zunächst möchte ich anmerken, dass man nicht so tun soll, als ob Mittel des AMS in irgendeiner Form klar von öffentlichen Haushalten zu trennen sind! Gerade wir alle wissen, dass die Mittel des AMS und damit wesentliche Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik nicht zuletzt auch von der Allgemeinheit getragen werden. Daher geht man ein bisschen von falschen Voraussetzungen aus, wenn man hier großartig so tut, als ob es einen eigenen Topf gäbe, der völlig unabhängig von öffentlichen Haushalten ist, sei es vom Land Wien, sei es letztendlich auch vom Bund.

Nichtsdestotrotz gibt es bei der gesamten Problematik der Zuteilung von Lehrerdienstposten und des Vertragswesens viele Bereiche, hinsichtlich welcher – das ist ja nicht unbekannt – ich mich durchaus für Veränderungen einsetze, insbesondere wenn es dadurch möglich wird, Schuljahre besser zu planen. Wir haben oft schon auch in diesem Kreis die Problematik der definitiven und der vorläufigen Stellenpläne diskutiert, die eine Planung sehr schwierig macht. Das ist nicht zuletzt auch auf die Tatsache zurückzuführen, dass man zu Schulbeginn oder am ersten Schultag auf Grund der Problematik des Sitzenbleibens nicht weiß, mit wie vielen Schülerinnen und Schülern man im Wiener Pflichtschulwesen konfrontiert sein wird. – Es gibt also sehr viele Bereiche, die man durchaus diskutieren könnte, damit es möglich wird, besser und klarer zu planen.

Es steht Ihnen als unabhängigem Mandatar zwar nicht die Möglichkeit offen, sich dafür auf Bundesebene einzusetzen, aber ich glaube, wir dürfen das nicht isoliert für diesen Bereich sehen, sondern müssen das sehr umfassend diskutieren. Und damit es uns hier letztlich gelingt, mehr Ressourcen in den Schulbereich zu bekommen und eine bessere Planbarkeit der Ressourcen sicherzustellen, bin ich für diese Diskussionen jederzeit offen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. - Bevor ich die 2. Zusatzfrage aufrufe, möchte ich die Besucherinnen und Besucher auf der Galerie recht herzlich willkommen

heißen, besonders die Schülerinnen und Schüler der HTL Spengergasse. – Herzlich willkommen im Wiener Landtag! (*Allgemeiner Beifall.*)

Wir kommen zur 2. Zusatzfrage von Frau Abg Ing Leeb. – Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Abg Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Herr Landesrat.

Dass es bundesgesetzliche Regelungen gibt, die so etwas ermöglichen, ist die eine Seite. Das Land ist aber nicht gezwungen, diese auch auszuschöpfen, und das finde ich insofern sehr bemerkenswert, als ganz Österreich ja seit einigen Monaten damit zuplakatiert wird, dass die SPÖ um jeden Arbeitsplatz kämpft. – Offenbar geht der Kampf um den Arbeitsplatz bei Junglehrern mit Ihnen über mehrere Runden, denn sonst würde es solche Kettendienstverträge ja nicht geben!

Aber abgesehen davon, was Kollege Aigner schon angesprochen hat und was auch Sie gesagt haben, dass nämlich die Planbarkeit der Dienststellen nicht ganz einfach ist, gibt es ja seit Jahren ein Instrument, das immer wieder zum Tragen kommt, und das sind die sogenannten Mehrdienstleistungen. Daher darf ich Sie auch in diesem Jahr wieder fragen, ob Sie schon Zahlen nennen können, wie viele Mehrdienstleistungen im abgelaufenen Schuljahr in den verschiedenen Bereichen zum Tragen gekommen sind.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Nein, ich kann Ihnen derzeit noch keine Zahlen nennen, weil die entsprechende Abrechnung mit dem Bund hinsichtlich der entsprechenden Zuteilungen, aber auch der geleisteten Mehrdienstleistungen immer erst am Ende des Jahres erfolgt. Wir befinden uns daher immer in einem Abrechnungszeitraum ein Jahr dahinter. Auch das ist keine einfache Situation, weil es da um große finanzielle Mittel des Landes geht und es daher immer wieder entsprechende Diskussionen gibt, und die Verzögerungen stellen natürlich ein Problem dar.

Ich möchte aber auch auf Ihre einleitende Bemerkung ein bisschen eingehen: Ich finde die Interpretation schon bemerkenswert, dass man sich an ein Bundesgesetz halten kann oder auch nicht. – Es geht hier ja nicht um die Frage des sich daran Haltens oder nicht, sondern um die Frage, welches Bundesgesetz hier gilt. Dieses gilt jedenfalls für alle neun Bundesländer, und sollte es ein Bundesland geben, das sich nicht daran hält, dann ist mit diesem zu diskutieren, wie man eigentlich zu der Rechtsauffassung kommt, dass man sich an eine entsprechende gesetzliche Regelung des Bundesvertragsbedienstetengesetzes nicht zu halten hat, aber bitte nicht mit jenen, die sich sehr korrekt an das Gesetz halten!

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 3. Zusatzfrage stellt Abg Ing Rösch. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Ing Bernhard **Rösch** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Es ist sehr interessant: Es gibt arbeitslose Lehrer, zu wenige Lehrer, Lehrer beim AMS. Auch beim AMS haben die Lehrer Kettenverträge, und das AMS selber arbeitet mit Kettenverträgen. Ist Ihnen bekannt, dass es im öffentlichen Dienst Kettenverträge gibt, also Befris-

tungen und dann wieder Befristungen und erst dann die Angestellten praktisch in den Genuss kommen, dass sie arbeiten dürfen? Finden Sie das sozial?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Bitte, Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Es ist überhaupt gar keine Frage, dass Kettenverträge nicht jener arbeitsmarktpolitische Schritt sind, den die Sozialdemokratie befürwortet. Nichtsdestotrotz gilt in diesem Bereich jedoch ein Gesetz, und ich kann hier nur für den Bereich der Lehrerinnen und Lehrer sprechen. Für den Bereich des Personals bin ich nicht der zuständige Stadtrat, ich kann sehr wohl aber für den Bereich der LehrerInnen sprechen, und hier gilt dieses Gesetz.

Man muss für all jene, die sich vielleicht mit dieser Materie nicht auseinandergesetzt haben – wie wahrscheinlich wir hier –, sagen: Es geht hier letztendlich um Lehrerinnen und Lehrer, die in ein Dienstverhältnis nach dem 1. Februar eintreten. Lehrerinnen und Lehrer, die im laufenden Schuljahr nach dem 1. Februar eintreten, haben eine Befristung bis zum Ende des Unterrichtsjahres, das heißt – ganz grob gesprochen – bis Ende Juni. Und die diesbezügliche gesetzliche Regelung ist ganz klar, und es zeigt sich, dass es hierbei nicht um eine willkürliche Maßnahme geht: Für jede Lehrerin und jeden Lehrer, die oder der vor dem 1. Februar eintritt, gilt die entsprechende Regelung, dass sie oder er selbstverständlich auch über die Sommermonate angestellt bleibt. Wenn aber die gesetzliche Regelung sagt, was für vor und nach dem 1. Februar gilt, dann wird sich Wien an die gesetzlichen Regelungen halten, wie wir das immer tun.

Ich möchte auf noch etwas zu der Fragestellung ganz klar hinweisen, wie das Wien handhabt. Auch hier gelten gesetzliche Regelungen. Tatsache ist: Wenn wir diese sogenannten L2-Lehrer teilweise früher in definitive Beschäftigungsverhältnisse einbringen, bedeutet das einen finanziellen Einkommensverlust für die Lehrerinnen und Lehrer. Und dann soll einmal jemand argumentieren, warum wir eine solche Maßnahme setzen, die – noch einmal – nicht einmal gesetzlich klar geregelt und gedeckt ist und die zu finanziellen Einbußen der Lehrerinnen und Lehrer führt!

Wir stehen hier ganz klar auf Seite der Lehrerinnen und Lehrer, und wir achten darauf, dass es zu keinen finanziellen Einbußen für sie kommt. Wir führen die Übernahme in ein definitives Dienstverhältnis nach dem entsprechenden befristeten Verhältnis dann durch, wenn das zu keinen finanziellen Einbußen der Lehrerinnen und Lehrer führt. Auch diesbezüglich sind klare Kompetenzen so zuzuordnen, wie sie geregelt sind. Wir achten sehr genau darauf, dass die Lehrerinnen und Lehrer keine finanziellen Einbußen haben, und wir führen den Übertritt dann durch, wenn sie dieselbe Geldsumme, die sie vorher bei der Befristung hatten, auch im definitiven Dienstverhältnis bekommen. Und bekanntermaßen ist das auch keine Regelung – auch wenn es sich um „Landeslehrer“ handelt –, die vom Land zu treffen ist, sondern diese ist letztendlich auch vom Bund vorzunehmen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat.

Wir kommen zur 2. Frage (*FSP – 03075-2013/0001 – KVP/LM*) die von Herrn Abg Dr Ulm gestellt wird und an

den Herrn Landeshauptmann gerichtet ist. *[Das Anfragerrecht der Gemeinderatsmitglieder an den Bürgermeister und die amtsführenden Stadträte gemäß § 15 WStV bezieht sich auf alle Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde, und zwar sowohl auf die hoheitliche Verwaltung als auch auf die Privatwirtschaftsverwaltung der Gemeinde. Es bezieht sich jedoch nicht auf die Tätigkeit ausgegliederter Rechtsträger mit eigener Rechtspersönlichkeit. Zur Wiener Stadtwerke Holding AG (Wiengas, Wienstrom, Wiener Linien, Bestattung Wien, et cetera) besteht keine Möglichkeit, Fragen zu stellen, außer im Unterausschuss des Finanzausschusses. Zur Wien Holding GmbH (Stadthalle, Vereinigte Bühnen Wien, EBS, Wiener Hafen, et cetera), zur Wirtschaftsagentur, zum Fonds Soziales Wien oder zum Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser unter anderem besteht überhaupt kein Fragerecht. Dies obwohl die genannten Unternehmen und Einrichtungen der Stadt Wien eminent bedeutende kommunale Aufgaben wahrnehmen und der Gemeinderat gemäß § 81 WStV die Oberaufsicht über die Geschäftsführung in allen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde, und zwar sowohl hinsichtlich der hoheitlichen Verwaltung als auch hinsichtlich der Privatwirtschaftsverwaltung, hat. Ein Aufsichtsrecht ohne Fragerecht sollte nicht länger hingenommen werden. Werden Sie sich daher dafür einsetzen, dass auf Grund einer Reform des Wiener Interpellationsrechtes Anfragen der Gemeinderatsmitglieder zu allen Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde bzw. den Tätigkeiten der kommunalen Daseinsvorsorge, unabhängig von der Organisationsform, in deren Rahmen sie erledigt werden, möglich werden?]*

Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter!

Einleitend bringe ich den selbstverständlichen Satz: Selbstverständlich befürworte ich größtmögliche Transparenz des Verwaltungshandelns vor allem auch für die Öffentlichkeit und somit für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wien.

Das Interpellationsrecht ist ein Instrument der Kontrolle der Verwaltung. Hinsichtlich der Reichweite des Interpellationsrechtes ergibt sich eine Einschränkung aus dem allgemeinen Grundsatz, dass Kontrolle notwendigerweise mit der Möglichkeit zur Ingerenz verbunden ist. Zweck des Interpellationsrechtes ist somit die Kontrolle der Vollziehung, soweit sie durch die Verwaltungsorgane zu verantworten ist.

Diesbezüglich möchte ich auch in Erinnerung rufen, dass der eigene Wirkungsbereich der Gemeinde bundesverfassungsrechtlich abschließend geregelt ist. Eine Erweiterung des eigenen Wirkungsbereiches der Gemeinde durch den Landesgesetzgeber ist nicht möglich. Eine Ausdehnung der Verantwortlichkeit der Gemeindeorgane gegenüber dem Gemeinderat über den eigenen Wirkungsbereich hinaus ist verfassungsrechtlich nicht zulässig.

Soweit nun die Aufgabenwahrnehmung durch ausgegliederte Rechtsträger selbständig erfolgt, kann die

politische Kontrolle der Interpellation kaum mehr greifen. Es liegt nämlich keine für eine solche Kontrolle erforderliche Verwaltungstätigkeit im Sinne der Bundesverfassung vor, wenn ein selbständiger Rechtsträger in privatrechtlichen Formen handelt. – Soweit die juristische Auskunft.

Ich mache nun von der Möglichkeit Gebrauch, Ihnen auch meine persönliche Meinung dazu zu sagen: Fraglos ist seit der Einführung dieses Rechtswerks und dieser Rechtsbestimmungen eine Menge Zeit vergangen, insbesondere auch vor den Hintergrund der entsprechenden Veränderungen im Verwaltungsbereich. Aus meiner Sicht durchaus richtige Veränderungen wie beispielsweise Ausgliederungen, Verselbstständigungen und ähnliche Dinge halten aus meiner Sicht mit diesen Rechtsbestimmungen nicht mehr Schritt.

Ich bin der Auffassung, dass hier ein nahezu systemischer Webfehler vorhanden ist, und ich denke daher, dass wir sehr ernsthaft und gemeinsam darüber reden sollten, wie wir dies korrigieren können, und zwar nicht allein wir: Ähnliches trifft natürlich auch auf die Bundesverfassung – ich habe darauf hingewiesen – und auf das Interpellationsrecht auf Ebene des Nationalrats zu. Der Unterschied besteht in der Tat darin, dass Gemeinden andere, auch privatrechtliche Wirkungen im wirtschaftlichen Bereich entfalten als etwa der Bund. Das wird man bei der unterschiedlichen Lösung der Aufgabenstellungen durch die Gemeinden, durch die Bundesländer und durch die Bundesverwaltung berücksichtigen müssen. Aber wenn der gute Wille dazu besteht, kann ich Ihnen unter dem Aspekt, dass man meinen Einleitungssatz tatsächlich ernst nimmt und diesem Rechnung trägt, zusagen, dass ich bereit bin, mich sehr ernsthaft darüber zu unterhalten, wie wir diesen systemischen Webfehler in Zukunft einigermaßen einschränken können.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die 1. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Ulm. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

Mit der Bezeichnung „systemischer Webfehler“ haben Sie eigentlich sehr viel gesagt, und Sie haben mich mit Ihrer Antwort angenehm überrascht, denn somit sind wir einer Meinung, dass im Lauf der letzten Jahre und Jahrzehnte der Gemeinderat und die Mitglieder des Gemeinderates Kontrollmöglichkeiten verloren haben, was schade ist und was man nicht so belassen kann, weil es dem Geist und dem Wort der Wiener Stadtverfassung widerspricht.

Ich darf in diesem Zusammenhang auf zwei Sätze der Wiener Stadtverfassung hinweisen. Nach wie vor heißt es im § 83: „Der Gemeinderat ist befugt, die Geschäftsführung aller Gemeindebetriebe und Gemeindeanstalten zu untersuchen beziehungsweise untersuchen zu lassen, die Vorlage aller einschlägigen Akten, Urkunden, Rechnungen, Schriften und Berichte zu verlangen und sich in einzelnen Fällen von besonderer Wichtigkeit die Genehmigung vorzubehalten.“ Im § 84, in welchem es darum geht, dass dem Gemeinderat besonders die Kontrolle des Gemeindevermögens und des Gemeindegutes anvertraut ist, heißt es: „Der Gemeinderat hat

dafür zu sorgen, dass das gesamte ertragsfähige Vermögen der Gemeinde die tunlichst größte Rente abwirft.“

Wie sollen das die Mitglieder des Gemeinderates denn schaffen, wenn Sie nicht einmal ein Fragerecht in dieser Angelegenheit haben? Sie haben dieses natürlich noch immer bei den städtischen Betrieben und Unternehmungen, die es noch gibt, aber nicht bei den ausgegliederten. – Ich freue mich daher, dass Sie endlich die Problematik so wie ich sehen, frage mich aber, wie konkret dieses Problem nun gelöst werden soll und wie der Gemeinderat beziehungsweise die Mitglieder des Gemeinderates ihre ursprünglichen Kompetenzen, die im hohen Ausmaß durch die Ausgliederung verloren gegangen sind, wieder zurückbekommen sollen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Abgeordneter! Fragen Sie bitte den Bürgermeister!

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Er hat mich eh gefragt, wir wollen da nicht pingelig sein!

Ich halte es, ehrlich gesagt, für ein ganz kleines bisschen putzig, vier Tage vor der Nationalratswahl den Vorsitzenden der Exekutive zu fragen, wie er Rechte der Mitglieder der Legislative entsprechend stärken kann! (*Abg Dr Wolfgang Ulm: Uns sind sie weggenommen worden!*) Aber ich versteh das schon! Ich habe sie nicht weggenommen, weil die Exekutive der Legislative gar nix wegnehmen kann. Das hat die Legislative schon selbst besorgt!

Aber wie dem auch immer sei: Die Realität ist sowohl bei den Fragestellungen, den Zulassungen der Fragestellungen als auch bei der Beantwortung von Fragen hier in der Fragestunde ohnehin anders als das, was wir jetzt diskutieren. Das ändert aber für mich nichts an der Tatsache, dass ich im Hinblick auf Widersprüche, die sich einfach aus der Entwicklung der Zeit heraus ergeben haben, gerne dazu beitragen will, diese aufzulösen. Ich bin überzeugt davon, dass wir, wenn sozusagen die normale Arbeit – wie ich das freundlicherweise jetzt formulieren will – wieder einkehrt, im Rahmen des sogenannten Demokratiepaketes mit Sicherheit auch zumindest betreffend unsere Standpunkte eine Lösung finden können, und es wird dann mit Sicherheit auch noch mit dem Bund gesprochen werden müssen.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. Die 2. Zusatzfrage stellt Herr Abg Ellensohn. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg David **Ellensohn** (*Grüner Klub im Rathaus*): Herr Landeshauptmann!

Sie haben eingangs den Fragesteller von der Volkspartei offensichtlich mit Ihrer Antwort überrumpelt, weil Sie eine Antwort gegeben haben, die er sich so nicht vorgestellt hat. Ich freue mich über diese Antwort! Wir sehen, was die Intention des Fragestellers war, aber kaum kommt die Antwort, dass man das auf Bundesebene machen muss, nehme ich schon eine Schrecksekunde bei der Volkspartei wahr. (*Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger: Das war keine Schrecksekunde!*)

Es scheint einen Unterschied zu geben zwischen dem, was eine Oppositionspartei – die Volkspartei ist in Wien ja nur Oppositionspartei – hier fragt und was sie überall dort tut, wo sie zuständig ist. Aber egal. Sie kön-

nen vielleicht bei der Landeshauptleutekonferenz einen Vorstoß in diese Richtung machen, denn es sind ja einige Landeshauptleute von der Österreichischen Volkspartei dabei. Wir würden das sehr begrüßen! Können Sie sich das vorstellen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Ich gehe davon aus, dass das an den derzeitigen Vorsitzenden der LH-Konferenz gerichtet ist. Ich bin bereit, durchaus auch a priori völlig aussichtslos scheinende Vorstöße zu unternehmen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass das Interpellationsrecht in den einzelnen Landtagen in Österreich höchst unterschiedlich geregelt ist und wir hier im Vergleich zu den Interpellationsrechten in anderen Landtagen fast ein Luxusproblem diskutieren. Ich habe aber andere Landtage nicht zu kritisieren. Diese haben selbst zu entscheiden, wie sie das entsprechend regeln. Die niederösterreichische Fragestunde im Landtag hätte ich mir aber zum Beispiel – nur grundsätzlich – einmal gern angehört. (*Heiterkeit bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Nur grundsätzlich einmal, da reden wir noch gar nicht von Details! (*Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger: Machen wir eine Exkursion!*) In die Fragestunde? – Da können wir gleich zum Heurigen gehen! (*Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Das mit der Fragestunde im Niederösterreichischen Landtag wird nix! Das soll jeder Landtag selbst regeln, wie er meint! Ich kann meine Kollegen und Landeshauptleute aber gerne erheitern und trage ihnen das vor.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die Idee mit der Exkursion nach Niederösterreich werde ich überdenken!

Wir kommen zur 3. Zusatzfrage von Herrn Abg Mag Kowarik. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Das mit dem Heurigenbesuch nehmen wir zur Kenntnis!

Eine Anmerkung zur juristischen Ausführung, die sie vorher gemacht haben: Es gibt natürlich sehr wohl Möglichkeiten für Gemeinderatsorgane, die ausgegliederten Bereiche zu kontrollieren, nämlich über das Kontrollamt. Das werden Sie wissen! Dieses Spannungsverhältnis besteht zwar, ich sehe das aber nicht ganz so, wie Sie das ausgeführt haben.

Ich möchte auf noch eine Bemerkung von Ihnen eingehen. Sie haben gemeint, der Chef der Exekutive wird sich darüber nicht sonderlich den Kopf zerbrechen. – Ich interpretiere das nun einmal frei: Der Chef der Exekutive oder die Landesregierung hat ja auch ein Initiativrecht bezüglich Gesetzgebung. Es wäre also interessant, von Ihnen zu wissen, ob es diesbezügliche Überlegungen gibt.

Das interessiert uns insbesondere deshalb, denn wenn man im Regierungsübereinkommen 2010 betreffend „Demokratie und Kontrolle“ nachliest, dann sieht man, dass Sie – ich nehme an, Sie haben dieses Regierungsübereinkommen wesentlich mitzuverantworten – das Problem gemeinsam mit ihren grünen Regierungskollegen erkannt haben. Da ist zu lesen – ich zitiere:

„Ausgegliederte Teile der Gemeindeverwaltung sollen einer ausreichenden Kontrolle durch den Wiener Gemeinderat unterworfen sein.“

Ich ziehe daraus den Schluss, dass es derzeit nicht so ist. Sie haben aber gesagt, dass Sie sich gerne darüber unterhalten werden. Für mich wäre interessant, welche konkreten Überlegungen Sie haben, um diesem Punkt im Regierungsübereinkommen gerecht zu werden.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Erstens lege ich doch gewissen Wert darauf, festzuhalten, dass sich alles, was ich vorhin oder eingangs gesagt habe, auf die Fragestellung, nämlich auf das Interpellationsrecht, bezogen hat und nicht auf die Tätigkeit des Kontrollamts beziehungsweise des Stadtrechnungshofs. Aber das ist natürlich eine andere Geschichte.

Auch hier lautet die Fragestellung natürlich, wie weit Kontrollrechte des Kontrollamtes inklusive jetzt dann auch des Rechnungshofes gehen. Aber das ist eine völlig andere Diskussion, die dabei auch zu führen ist. – Auch da gibt es eine sehr differenziert zu sehende Situation der Kontrolle des Kontrollamtes/Landesrechnungshofes.

Was aber nun diese Frage betrifft: Natürlich legen die Juristen des Hauses eine Beschreibung der juristischen Ist-Situation vor, das ist ja letztendlich auch ihre Aufgabe. Und ich sehe es als meine Aufgabe, darauf hinzuweisen, dass es hier einen politischen Vertrag gibt, und ich versuche, diesem auch entsprechend Rechnung zu tragen. Ich denke, dass das so wenige Tage vor einer Wahl durchaus ein Sonnenstrahl in der sonstigen Diskussion, die geführt wird, ist. Selbstverständlich bin ich zutiefst davon überzeugt, dass wir uns darüber zu unterhalten haben werden, wie nicht nur diese Passage, sondern, generell gesehen, wie ich sagte, dieser systemische Webfehler ausgemerzt werden kann, aber ich werde mich hüten, hier präjudiziell in einer Fragestunde zu sagen, was die Abgeordneten zu tun haben.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. Die 4. Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Ulm. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Es ist wirklich ein schöner politischer Erfolg der ÖVP oder der Opposition insgesamt, dass wir den Herrn Landeshauptmann dazu bringen konnten, sich unserer Meinung anzuschließen und beim Fragerecht von einem „systemischen Webfehler“ zu sprechen!

Die Aussage, die Zusage beziehungsweise das gesprochene Wort ist schon sehr viel wert, aber jetzt geht es natürlich um die Umsetzung, und da frage ich mich doch, wie konkret diese erfolgen muss, damit wir nicht in einem halben Jahr oder in einem Jahr und dann immer wieder über diesen systemischen Webfehler sprechen müssen.

Wir haben nämlich mit dem Demokratiepaket negative Erfahrungen gemacht. Es hat diese Gespräche mit den Fraktionen nicht gegeben, es hat diese Gespräche beim Wahlrecht und beim Stadtrechnungshof nicht gegeben. Wir warten noch immer darauf, dass diese längst

überfälligen Reformen kommen. Wir haben einen Reformstau.

Ich stelle fest, dass dieses Problem jetzt zumindest erkannt und auch deutlich ausgesprochen wurde. Wie konkret können wir aber mit einer Umsetzung rechnen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Zunächst, Herr Abgeordneter: Wenn Sie das schon als Erfolg feiern, dann spende ich Ihnen dazu auch noch eine Flasche Sekt, damit das Fest besonders üppig ausfällt!

Es wurde schon zu Recht darauf hingewiesen, dass das auch Bestandteil des Regierungsübereinkommens der beiden Regierungsparteien ist. Aber eigentlich ist all das ja nicht so wichtig. Sehr viel wichtiger ist – abgesehen von dem Fünkchen Humor in Zeiten wie diesen –, dass man in der Tat das Problem benennt, und das habe ich getan, und dass man nun in den nächsten Monaten versucht, das wie auch andere Dinge entsprechend auszuverhandeln.

Natürlich weiß jeder – da braucht man ja niemandem etwas vorzumachen –, dass Regierungsparteien zunächst versuchen, diesbezüglich Übereinstimmung zu finden, und dann die entsprechenden Gespräche mit den Oppositionsvertretern im Haus geführt werden. Ich persönlich lege allerdings großen Wert darauf, dass diese Gespräche tatsächlich geführt werden, denn das sind nun wirklich keine Streitthemen. Ich fürchte nämlich sehr, dass nicht einmal alle hier im Haus dieses Thema so interessiert wie uns beide!

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann.

Wir kommen zur 3. Frage (*FSP – 03074-2013/0001 – KSP/LM*), die Frau Abg Mag Muna Duzdar gestellt hat und die an den Herrn Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Information und Sport gerichtet ist. (*Den beitragsfreien Ganztageskindergarten gibt es unter allen Bundesländern flächen-deckend nur in Wien. Wie sehen die Ausbaupläne für die Zukunft aus?*)

Bitte Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Abgeordnete!

Im Bereich des Ausbaus von Kindergärten ist in den letzten Jahren tatsächlich sehr viel geschehen. Ich nenne jetzt vor allem die große Maßnahme der Schaffung des beitragsfreien Kindergartens in Wien, der in Wien im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern nicht wieder abgeschafft wurde, und nicht zuletzt auch die Einführung des verpflichtenden letzten Kindergartenjahres, aber auch viele konkrete Unterstützungsmaßnahmen.

All das ist aber letztendlich auch im Zusammenhang damit zu sehen, dass Wien in den letzten Jahren gerade im Bereich des Ausbaus intensivste Anstrengungen unternommen hat, obwohl Wien seit Jahrzehnten im Bereich der Versorgung mit Kindergartenplätzen tatsächlich österreichweit Spitzenreiter ist, und zwar nicht nur im Bereich der Drei- bis Sechsjährigen, sondern auch der Null- bis Dreijährigen und überhaupt bei der gesamten Versorgung für Kinder von null bis sechs Jahren, und man muss dann auch noch den großen Bereich der

ganztägigen Schulformen dazurechnen, die wir in Wien haben. In diesem Bereich war Wien historisch schon immer Vorreiter, aber die Einführung des beitragsfreien Kindergartens und des verpflichtenden Kindergartenjahrs hat es letztlich notwendig gemacht, dass wir gerade auch im Bereich des Ausbaus zusätzliche Anstrengungen unternehmen.

Wir haben von 2009 bis heute 12 000 Kindergartenplätze geschaffen, und wenn man das zurück bis zum Jahr 2005 ausdehnt, dann waren es insgesamt 20 000 Kindergartenplätze, die Wien geschaffen hat, und es ist mir wichtig, darauf hinzuweisen, dass Wien diese Plätze zu einem Zeitpunkt geschaffen hat, als es keine zusätzliche Unterstützung seitens des Bundes gegeben hat.

Erfreulicherweise haben wir zusätzlich zu diesen Anstrengungen seitens Wiens über eine 15a-Vereinbarung auch zusätzliche Bundesmittel bekommen, die in Wien auch zur Gänze in den Ausbau investiert werden. Wir verwenden sie nicht für laufende Kosten. Das war bisher gar nicht möglich, wird allerdings in Zukunft stärker möglich sein, aber für uns steht weiterhin der Ausbau auf der Agenda und ist eine zentrale Zielsetzung, weil wir natürlich wissen, dass wir gerade im Bereich der Null- bis Dreijährigen zusätzlichen Betreuungsbedarf haben.

Ich habe es heute schon im Gemeinderatsausschuss gesagt: Bei einem Versorgungsgrad von über 35 Prozent der Null- bis Dreijährigen und angesichts der Situation, dass es immer noch eine weitere Nachfrage gibt, kann ich mir eigentlich nicht vorstellen, wie Bundesländer mit zwölf oder weniger Prozent bei den Null- bis Dreijährigen das Auslangen finden. Aber sei's drum: Für uns ist unser Handeln wesentlich, und wir werden daher diese Ausbaumaßnahmen auch fortsetzen!

Wir haben im heurigen Jahr im Wiener Gemeinderat bereits entsprechende Mittel zur Schaffung von 1 737 zusätzlichen Plätzen beschlossen, und wir werden im nächsten Gemeinderat beziehungsweise im übernächsten Gemeinderat speziell die Schaffung von weiteren Kleinkindergruppen unterstützen. 14 zusätzliche Kleinkindergruppen sollen in Wien geschaffen werden, sodass wir insgesamt 2 000 Plätze allein im heurigen Jahr geschaffen haben werden.

Wir wissen, dass diese Ausbaunotwendigkeiten auch im nächsten Jahr nicht enden werden. Wir wissen, dass Wien in diesem Zusammenhang eine große finanzielle Anstrengung unternimmt. Ich habe ja schon gesagt: Für den Ausbau einer Kindergartengruppe gibt es über die Anstoßfinanzierung der 15a-Vereinbarung eine Unterstützung, aber diese ist eigentlich – obwohl man sich über jedes Geld freut, das man bekommt – nur ein Bruchteil dessen, was Wien in diesen Bereich investiert. Dass aber vor allem die laufenden Kosten für die Kindergärten in Zukunft letztendlich von der Stadt beziehungsweise vom Land allein zu tragen sind, ist natürlich eine wirkliche Anstrengung.

Nichtsdestotrotz bekennt sich Wien dazu. Wien bekennt sich dazu, diesen Bereich der Elementarpädagogik speziell zu fördern. Das werden wir tun, und zwar in der Form, dass Wien sich eine eigene Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik leistet. Das geschieht aber nicht

als Goodwill, sondern auf Grund der Notwendigkeit, dass wir zusätzliche PädagogInnen für dieses Ausbildungsprogramm brauchen. Wir werden daher auch im kommenden Jahr ganz besonders beim Bereich der College-Ausbildungen, beim Bereich der Ausbildungsmodelle nach der Matura, entsprechend ansetzen. Wir wissen nämlich, dass 100 Prozent der Absolventinnen und Absolventen der BAKIP in den Beruf einsteigen und wir die Zahl der ausgebildeten PädagogInnen also massiv erhöhen können, wenn wir stärker im Bereich der Colleges und der zusätzlichen Ausbildungsmodelle, die Wien als einziges Bundesland anbietet, investieren. Wir werden in diesen Bereich investieren, und die entsprechenden Planungsarbeiten dafür laufen bereits.

Ganz wichtig ist uns neben dem Versorgungsgrad, dem beitragsfreien Kindergarten als riesige Entlastungsmaßnahme für Familien aber auch, dass die gewohnte Servicequalität für die Wienerinnen und Wiener auch in Zukunft sichergestellt ist. Wir werden daher im heurigen Jahr die Anmeldezeit auf November/Dezember als Hauptanmeldezeit vorverlegen, weil es dadurch, gerade vor dem Hintergrund, dass wir zum Glück auch im Bereich der ganztägigen Schulformen massiv investiert und hier zusätzliche Plätze geschaffen haben, die Möglichkeit gibt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Servicestellen mehr Zeit für Beratungsgespräche und auch für die entsprechenden Planungen haben. Deshalb beginnt heuer bereits am 4. November die Hauptanmeldezeit für Kindergärten, und im Jänner/Februar wird der Schwerpunkt bei den Servicestellen dann auf den Beratungsgesprächen für ganztägige Schulformen liegen. Dadurch kommt es auch zu einer besseren Planbarkeit in den einzelnen Servicestellen und besteht dort die Möglichkeit, besser zu beraten.

Ich meine daher, gerade im Bereich der Elementarpädagogik hat sich in Wien sehr viel getan. Es wird sich aber auch noch sehr viel tun, denn Wien ist erfreulicherweise eine wachsende Stadt, Wien wird immer mehr eine junge Stadt, und darauf reagieren wir selbstverständlich durch weiteren Ausbau, durch weitere Unterstützung, aber auch durch die Verbesserung des Service für die Wienerinnen und Wiener.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 1. Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Anger-Koch. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Mag Ines **Anger-Koch** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Guten Morgen, Herr Stadtrat!

Wir wissen – und das ist auch gut und schön –, dass der Ausbau der Kindergartenstätten vorangetrieben wird. Trotzdem ist es Tatsache, dass wir nach wie vor gerade in der Kindergartenpädagogik einen bestehenden Personalmangel haben.

Glauben Sie, dass die gesetzten Maßnahmen, die Sie jetzt gerade angeführt haben, zur Behebung dieses Mangels ausreichen, um auch die Betreuungsqualität in den Kindergärten sicherzustellen?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amts StR Christian **Oxonitsch**: Bei der Fragestellung nach dem Ausreichen geht es immer ein bisschen um den Blickwinkel. Ich weiß, dass Vergleiche nicht

immer wesentlich sind, aber man muss sich doch ansehen, was Wien diesbezüglich tut.

So zeigt das entsprechende Angebot einer eigenen Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik, dass Wien in diesem Bereich einen ganz wesentlichen Schritt gerade auch im Wettbewerb der Bundesländer setzt. Wir führen diese Schule, um dem angesprochenen Personalmangel bei Kindergärten zu begegnen, obwohl das ganz klar nicht in die unmittelbare Zuständigkeit eines Landes fällt. Es handelt sich ja bei der derzeitigen Form um eine Schule, die nicht in den Pflichtschulbereich fällt. Trotzdem bieten wir diese Schule an, weil wir letztlich auch das Personal dafür haben. Ich würde mir aber wünschen, dass es neben den bestehenden BAKIP seitens des Bundes – es gibt ja nicht nur die Wiener Schulen, sondern es gibt erfreulicherweise wenigstens auch einige solche Schulen seitens des Bundes – auch in Wien ein zusätzliches diesbezügliches Angebot gibt. Insofern unterstütze ich jede Bestrebung, dass die Frau Finanzministerin Mittel freigibt, dass wir darüber hinaus noch eine zusätzliche BAKIP in Wien anbieten können.

Wir bemühen uns und haben uns in den vergangenen Jahren bemüht, durch neue Ausbildungsmodelle zusätzliche PädagogInnen in den Beruf zu bekommen. Und wenn man sieht, dass wir über die neuen Ausbildungsmodelle rund 130, 140 PädagogInnen pro Jahr in den Beruf hinein bekommen – aus den klassischen Ausbildungsmodellen in der 5-jährigen BAKIP sind es in etwa 20 bis 30 –, so zeigt das, dass wir in diesem Bereich sehr viel Vorarbeit geleistet haben. Wir haben gesehen, dass dieses Ausbildungsmodell gut angenommen wird und dass es große Nachfrage danach bei Menschen – Schülerinnen und Schülern im Alter von 15 bis 16 – gibt, die sich für den Beruf der Kindergartenpädagogin oder -pädagogen entschieden haben und bewusst in den Beruf einsteigen wollen. Wir werden daher nach dem Lauf der vier Jahre diese Ausbildungsbildungsmodelle stark forcieren, weil uns damit die Beibehaltung derselben Qualität gelingt, und das ist uns ganz besonders wichtig.

Wir bieten somit keine Schmalspurmodelle an, wie uns teilweise am Beginn vorgeworfen wurde. Ich glaube, jeder, der sieht, mit welcher Qualität Pädagoginnen und Pädagogen, die über die neuen Ausbildungsmodelle kommen, in den Beruf einsteigen, wird feststellen können, dass wir gerade dem Bereich der Qualität besonderes Augenmerk geschenkt haben und durch die Verstärkung dieses Angebotes letztendlich unseren Beitrag leisten. Aber wenn wir gemeinsam für zusätzliche BAKIP in Wien kämpfen, die seitens des Bundes eingerichtet werden, bin ich immer dabei, denn ich glaube, gerade im Bereich der Elementarpädagogik kann es nicht genügend qualifiziertes Personal geben. – Wir leisten unseren Beitrag, und es wäre schön, wenn das der Bund auch tut.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat. Die 2. Zusatzfrage stellt Frau Abg Mag Wurzer. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Auch ich wünsche Ihnen einen guten Morgen, Herr Lan-

desrat.

Auf unserem gemeinsamen Weg zu mehr Chancengleichheit und guten Startbedingungen für alle Kinder halten wir GRÜNEN ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr für einen sinnvollen nächsten Schritt, und zwar gleichermaßen für alle Kinder. Wie stehen Sie zu dieser Forderung?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ich mache diesbezüglich aus meinem Herzen keine Mördergrube. Ich habe immer klar gesagt: Die Umsetzung eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres ist etwas, was für uns durchaus ein wesentlicher Bereich ist. Ich freue mich daher, dass sich das durchaus auch im Wahlprogramm der Sozialdemokratie findet.

Ich habe aber immer gleichzeitig auch gesagt: Wenn es entsprechende Umsetzungsmöglichkeiten nicht gibt, dann habe ich durchaus eine andere wesentliche Priorität, die uns im Bereich der Qualität in den Wiener Kindergärten durchaus eine größere Unterstützung sein könnte, nämlich die Ausweitung der bestehenden 15a-Vereinbarung im Bereich der Sprachförderung.

Ich glaube, dass hier mit weniger finanziellem Aufwand des Landes etwas bewegt werden kann, beziehungsweise ist das für uns ziemlich egal. Wir wissen, dass die Einführung des verpflichtenden Kindergartenjahres nur mehr rund 800 Kinder erfasst hat, weil in Wien de facto jedes Kind in den Kindergarten geht. Und gerade jene 800 waren gar nicht diejenigen, die eine Förderung im Bereich der Sozialkompetenz oder der motorischen Kompetenz benötigt haben, sondern diese waren vielfach Kinder, die daheim eine entsprechende Versorgung hatten, sei es durch ein Kindermädchen, Au-pair-Mädchen oder Sonstiges.

Die Zielgruppe befindet sich also in den Kindergärten, und daher haben wir gesagt: Bevor man hier einen endlosen Kampf über die Frage der Einführung eines zweiten verpflichtenden Kindergartenjahres führt, finde ich es sinnvoller, sich darauf zu verständigen, mehr Geld im Bereich der Fördermaßnahmen für die Elementarpädagogik zu investieren. Wir haben in Wien rund 150 bis 200 SprachassistentInnen, und ich meine, wenn wir zusätzliche Mittel bekommen und diese Zahl verdoppeln, dann würden wir der Praxis in den Kindergärten auf diese Weise wahrscheinlich einen besseren Dienst leisten als durch die Einführung eines verpflichtenden zweiten Kindergartenjahres.

Hier geht es mir nicht um eine Priorität, weil ich für das eine und gegen das andere bin. Ich wünsche mir immer beides, aber wie wir alle wissen, sind letztendlich immer Prioritäten zu setzen, und diesfalls ist es meine persönliche Meinung, zu der ich auch durch die Rückmeldungen aus der Pädagogik gekommen bin, dass es im Interesse der Kinder wesentlich sinnvoller ist, in diesem Bereich zusätzliche Unterstützung zu bekommen, als eine Verpflichtung für ein zweites Jahr einzuführen. Das würde nämlich zunächst einmal einen riesigen administrativen Aufwand bedeuten, würde aber dem Kind im Kindergarten letztlich wesentlich weniger bringen. Sollte es zu dieser Vereinbarung kommen, dann werden

wir uns sicherlich nicht dagegen wehren, aber noch lieber ist es mir, wir weiten die 15a-Vereinbarung aus.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Die 3. Zusatzfrage stellt Herr Abg Mag Kasal. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Guten Morgen, Herr Stadtrat.

Wir haben jetzt sehr ausführlich auch in einem Bundesländervergleich gehört, wie das flächendeckende Kinderbetreuungsangebot aussieht. Dabei steht die Stadt Wien wirklich nicht schlecht da.

Noch wichtiger oder zumindest gleich wichtig ist aber der Bundesländervergleich, wenn es um den Betreuungsschlüssel geht, wie viele Betreuerinnen den Kindern tatsächlich zur Verfügung stehen. Wenn man nämlich berücksichtigt, dass der Kindergarten oder für Kleinstkinder die Krippe auch schon als Bildungseinrichtung zur Verfügung stehen sollen, dann zeigt sich, dass es in der Stadt sehr wohl noch spürbare Defizite gibt. Bekanntlich liegt der ideale Betreuungsschlüssel bei Null- bis Dreijährigen bei eins zu drei beziehungsweise bei drei- bis sechsjährigen Kindern bei eins zu sechs bis eins zu acht, und das ist oft nicht möglich.

Haben Sie vor, in Zukunft gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um dem Idealwert näher kommen zu können?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Stadtrat.

Amtsfr StR Christian **Oxonitsch**: Ich weiß nicht genau, wie Sie zu dieser Interpretation kommen, dass Wien gerade in diesem Bereich schlecht dasteht! Ich erinnere mich an eine Vielzahl von Diskussionen, die wir, die politisch Verantwortlichen aus allen Bundesländern, über die Frage des bundeseinheitlichen Rahmengesetzes geführt haben. In diesem Zusammenhang hat gerade auch der Wiener Landtag entsprechende Beschlüsse gefasst, dass wir uns dafür einsetzen. Es ist also durchaus nicht am Widerstand Wiens gescheitert, dass man hier zu den entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen kommt, und zwar nicht zuletzt auch deshalb, weil Wien zum Beispiel eine klare Regelung hat, die nicht nur den Betreuungsschlüssel betrifft, sondern letztendlich auch das räumliche und Platzangebot in Kindergärten.

Unsere Regelung lautet, dass für jedes Kind zumindest 3 m² beispielbare Fläche zur Verfügung stehen muss. Unsere Maßnahme vor wenigen Jahren, die beispielbare Fläche um 50 Prozent zu vergrößern, hat aber nicht die Zustimmung der anderen Bundesländer gefunden hat. Wir hatten bis dahin 2 m². In Wien haben wir diese Fläche dann auf 3 m² ausgeweitet, aber nicht einmal diesbezüglich konnte man zu einer Vereinbarung finden. Viele Bundesländer haben zum Beispiel diesbezüglich überhaupt keine Regelung.

Wir bewegen uns etwa in der Bandbreite von 20, 23, 25 oder 27 Kindern pro Gruppe. In Wien haben wir bei den 3- bis 6-Jährigen die bekannten 25, und darunter sind es 20 Kinder in einer Gruppe mit dem entsprechenden zusätzlichen pädagogischen Personal. Dazu besteht ein räumliches Angebot, das qualitätsvolle Arbeit tatsächlich sicherstellt. Wenn es allerdings anderswo gar keine gesetzlichen Regelungen gibt, dann möchte ich mir

nicht ausmalen, auf welcher beispielbaren Fläche die Kinder ihren Kindergartenalltag verbringen müssen!

Wir sagen also ein klares Ja dazu: Wir bekennen uns zu der Maßnahme einer bundesgesetzlich einheitlichen Regelung, denn eine solche würde genau die Fehlinformationen, die Sie hier offensichtlich haben, verhindern, weil dann für alle Gleiches gilt. Wie Sie alle wissen, wird gerade im städtischen Bereich der Inklusion und den Integrationskindergärten besonderes Augenmerk gewidmet. Daher liegt der tatsächliche Betreuungsschlüssel wesentlich unter der Zahl 25, die den gesetzlichen Rahmen darstellt, weil hier Kinder mit entsprechenden Förderbedürfnissen doppelt gezählt werden.

Die Gruppengröße liegt in Wien bei nicht einmal 23 Kindern, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil wir eben zusätzliche Fördermaßnahmen anbieten, die es in anderen Bundesländern eindeutig nicht gibt. Und darum bin ich auch sehr froh, dass wir im Bereich der Novelle des Wiener Kindergartengesetzes diese Einigung entsprechend breit im Wiener Landtag beschließen konnten, damit jene Qualität, die die Wienerinnen und Wiener gewohnt sind, auch in Zukunft sichergestellt ist.

Wir bieten ganztägige Kindergärten ohne Mittagspause, selbstverständlich mit Essen, es gibt ein entsprechendes Förderangebot für Kinder mit Behinderungen, es gibt ein entsprechendes Förderangebot bei Defiziten im motorischen und sozialen Bereich. – Ich meine daher, dass wir gerade in diesem Bereich in den vergangenen Jahren nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ Hervorragendes geleistet haben.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Stadtrat.

Wir kommen zur 4. Frage (*FSP – 02219-2013/0001 – KVP/LM*), die von Herrn Abg Dr Wolfgang Ulm gestellt wurde und an den Herrn Landeshauptmann gerichtet ist. (*Die Einrichtung eines Stadtrechnungshofes scheiterte zuletzt am mangelnden Transparenzwillen des Landes. Einer der nach wie vor offenen Punkte ist insbesondere die zukünftige Prüfkompetenz bei PPP-Projekten. Diese wäre allenfalls möglich, soweit eine Kontrollmöglichkeit vorbehalten wurde. Bei wie vielen PPP-Projekten wurde seitens des Landes seit 2010 ein solcher Kontrollvorbehalt vereinbart?*)

Bitte, Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Sehr geehrter Herr Landtagsabgeordneter!

Es ist offensichtlich auch der Wahlzeit anzulasten, dass Sie Behauptungen aufstellen, die ich dementieren muss, und dass ich Behauptungen aufstellen muss, die Sie dementieren müssen.

Sie haben Ihre Aufgabe schon erfüllt mit der Feststellung, dass der Stadtrechnungshof gescheitert ist. Ich komme nunmehr meiner Aufgabe nach und dementiere Ihre Behauptung natürlich heftigst! Der Stadtrechnungshof ist aus meiner Sicht überhaupt nicht gescheitert und schon gar nicht am mangelnden Transparenzwillen des Landes, wie Sie gesagt haben. Hätten Sie wenigstens vom mangelnden Transparenzwillen der Regierung gesprochen, denn beim Land sind Sie ja selber auch gemeint! – Selbstverständlich sehe ich das überhaupt nicht als gescheitert an, und daher dementiere ich den ersten

Satz Ihrer Anfrage.

Was nun den eigentlichen Teil betrifft, so ist das natürlich eine wesentlich ernstere Angelegenheit als eine freundschaftliche Vorwahl-Flachserie. – PPP-Modelle haben etwas höchst Unterschiedliches. Da erheben sich verschiedene Fragen wie zum Beispiel: Gründet man eine Gesellschaft, die die Aufgabe, die gestellt wurde, erfüllt? Beteiligt sich die Stadt an dieser Gesellschaft oder nicht? Sind es lupenreine PPP-Modelle, wie das bei einzelnen Autobahnstücken in Österreich zum Beispiel der Fall ist? Strebt man diese klassische Projektkooperation bei der Finanzierung zwischen der öffentlichen Hand und einer privaten Firma an? – Da gibt es sehr verschiedene Modelle, und daher ist zu Recht auch die Frage der Kontrolle, sei es durch den Rechnungshof, sei es durch das Kontrollamt, natürlich sehr wichtig.

Ich sage Ihnen gleich ganz offen: Ich kann Ihnen die Zahl der Prüfvorbehalte, die in Verträgen ausgemacht wurde, nach welcher Sie hier sehr konkret fragen, heute nicht sagen, beantworte das im Prinzip aber gerne! Ich habe überhaupt kein Problem damit.

Ich würde aber umgekehrt bitten, dass man in der weiteren Diskussion, die zweifelsohne geführt werden wird und geführt werden muss, auch ein bisschen daran denkt, was es letztendlich auch für den Privaten bedeutet, der sich in ein solches PPP-Modell begibt. Bei mir haben sich nämlich nicht Unternehmer sonder Zahl gemeldet, die gesagt haben, ich möchte ein solches PPP-Modell machen und möchte gleichzeitig dann auch vom Rechnungshof oder vom Kontrollamt geprüft werden. – Man sollte also auch ein bisschen darüber nachdenken, inwiefern man hier nicht ein Modell, das ich für durchaus interessant erachte, tendenziell verunmöglicht.

Aber Sie haben recht: Es gibt verschiedenste andere PPP-Modelle, über die man durchaus reden kann, und das zeigt die Stadt auch. Es wurden Verträge mit und ohne Prüfvorbehalt abgeschlossen, und zwar sicherlich immer mit guten Gründen. Dabei geht es auch um die nötige Flexibilität, die man dabei einhalten sollte. Jedenfalls sollte man nicht die einzelnen Modelle über einen Kamm scheren und Unvergleichbares ohne Weiteres in einen Topf werfen.

Ich meine, darüber muss man gemeinsam nachdenken. Ich denke, dass es sehr wohl auch unser gemeinsames Ziel ist, Private, die an PPP-Modellen mitarbeiten wollen, nicht a priori zu vergrämen. Ich glaube, das wollen wir beide nicht. Denken wir daher nach, wie wir das Problem lösen können!

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. Bitte schön, Herr Abg Dr Ulm.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Landeshauptmann!

So weit ist die Debatte im Zusammenhang mit dem Stadtrechnungshof nicht entfernt von der Debatte zum Fragerecht in der Frage davor. Es geht um Kontrolle, es geht darum, wie Gemeindevermögen eingesetzt wird. Und da würde ich mir wünschen, dass man, wenn die Stadt Wien eine Beteiligung eingeht, in diesem Haus auch darüber reden kann, warum die Stadt Wien das tut und warum sie sich einen bestimmten Partner aussucht.

Es hat diese Debatte ja beim Media Quarter Marx gegeben. Dort gibt es natürlich ein öffentliches Interesse, wer der Partner ist und warum man mit dem Partner eine Kooperation eingeht. Ich denke, dass es, wenn öffentliche Gelder verwendet werden, eine transparente Diskussion geben muss. Das sagt auch Rechnungshofpräsident Moser, indem er feststellt, dass es keine kontrollfreien Konstrukte mehr geben darf, in denen Steuergeld steckt.

Ich frage Sie daher: Werden Sie, solange wir noch keine Reform des Stadtrechnungshofes haben, darauf drängen, dass vermehrt solche Kontrollvorbehalte vorgeesehen werden, damit, wenn es schon kein Fragerecht hinsichtlich dieser Konstrukte gibt, wenigstens das Kontrollamt überprüfen kann?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Die Aussage des Herrn Rechnungshofpräsidenten unterliegt natürlich, wie viele öffentliche Aussagen, die man in Interviews macht, der offensichtlich notwendigen Verkürzung. Dem Herrn Rechnungshofpräsidenten ist nämlich all das, was ich vorhin im Hinblick auf die Entwicklung von PPP-Modellen sagte, natürlich in keiner Weise verborgen. Und so apodiktisch, dass alles zu kontrollieren ist, wo öffentliches Geld drinnensteckt, hat er es natürlich nicht gesagt.

Noch einmal: Es ist ihm absolut bewusst, dass es, wenn es hier Projekte gibt, die nach einem PPP-Modell finanziert werden, sehr schwer sein wird, wenn man das so apodiktisch sieht, einen privaten Financier beziehungsweise Partner zu finden. Da wird sich die Zahl auf ganz wenige einschränken. – Und dieses Thema sollte man zumindest diskutieren. Diese Frage ist mindestens so diskussionswürdig wie die Frage, wo man in einen solchen Vertrag einen Prüfvorbehalt hineinzunehmen hat und wo nicht.

Aber ich sage auch hier: Machen wir uns dieses Problem gemeinsam bewusst! Ich versuche heute und hier, Problembewusstsein auch im Sinne einer vernünftigen ökonomischen Entwicklung zu erwecken. Und das sage ich bewusst auch vor dem Hintergrund dessen, dass wir uns sehr klar zum Stabilitätspakt und selbstverständlich natürlich auch zu den entsprechenden Verträgen bekennen, die wir im Rahmen der Europäischen Union abgeschlossen haben.

Aber das ändert nichts an der Tatsache, dass es auch Bewegungsspielraum für Entwicklungen der Stadt geben muss. Und da gibt es verschiedene Möglichkeiten, wobei eine davon die Anwendung von verschiedenen Finanzierungsmodellen wie PPP ist, und ich möchte eigentlich nicht, dass das verunmöglicht wird.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. Die 2. Zusatzfrage stellt Frau Abg Hebein. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Guten Morgen, Herr Landeshauptmann!

Rot-Grün hat im Zusammenhang mit dem Stadtrechnungshof jetzt im Grunde noch mehr Kontrolle und noch mehr Prüfkompetenz verhandelt und sogar Oppositionsrechte erweitert. Es wurde eine strengere Überprüfung

der Konsequenzen ausverhandelt. Wien hätte schon längst den Stadtrechnungshof, würden die Oppositionsparteien sich nicht verweigern.

Teilen Sie meine Einschätzung, dass man ÖVP und FPÖ als Kontrollverweigerer bezeichnen kann? (*Abg Mag Alexander Neuhuber: Nein, als Realitätsverweigerer!*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. - Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Frau Landtagsabgeordnete! Die Hoffnung stirbt zuletzt, und ich bin überzeugt davon, dass schon ab nächster Woche, wenn wir wieder in Ruhe und in Frieden und sachlich diskutieren können, dieser Stadtrechnungshof ganz rasch beschlossen werden kann.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Nächste Zusatzfrage: Herr Abg Mag Kowarik. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Landeshauptmann!

Die GRÜNEN haben offensichtlich die Fragestunde mit einer Plauderstunde verwechselt. Aber egal! – Sie haben richtigerweise angeführt, dass es natürlich sehr viele Modelle beziehungsweise verschiedenste PPP-Projekte geben kann. Die jetzige Stadtverfassung hat auch darauf Rücksicht genommen und im § 73 Abs 3 eben die Prüfkompetenz für Einrichtungen vorbehalten, die eine wie immer anders geartete Beteiligung der Stadt Wien beziehungsweise der Gemeinde hat, die nicht mehrheitlich ist. Diesbezüglich hat man sich eine Kontrolle vorbehalten.

Insofern wäre die Frage vielleicht auch besser im Gemeinderat gestellt geworden, denn das Land hat vielleicht keinerlei Kontrollvorbehalte vereinbart, sondern die Gemeinde.

Meine Frage, die ich an Sie richten möchte, denn Sie haben ja selbst schon sozusagen das Problem gewälzt: Es würde mich interessieren, ob es jetzt Vorgaben gibt, wann bei Projekten ein Kontrollvorbehalt vereinbart werden soll, oder ob es diesbezüglich keine Vorgaben der Magistratsdirektion et cetera gibt.

Ich konnte diesbezüglich nichts finden, was aber nichts heißt. Es wäre interessant, den Stand der Dinge jetzt zu erfahren, und wenn die Beantwortung womöglich schriftlich an den Kollegen ergeht, dann wäre ich verbunden, wenn man mir das auch schickt; andernfalls wende ich mich an den Kollegen. Interessant wäre natürlich auch: Bei wie vielen wurde genau dieser Kontrollvorbehalt nicht vorgesehen?

Aber meine Frage lautet jetzt konkret: Gibt es diesbezüglich Vorgaben?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Also erstens einmal kann ich Ihnen zusagen, dass Schriftstücke, die ich dem Herrn Dr Ulm schicke, selbstverständlich auch an Sie ergehen. Den Umweg könnten wir uns zwar ersparen, das würde ja so auch funktionieren.

Was das Zweite betrifft: Wenn Sie Vernunft als eine Vorgabe ansehen, dann ist das die Hauptvorgabe dafür.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann. – Die nächste und letzte Zusatzfrage stellt Herr Abg Dr Ulm. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ich möchte noch einen letzten Versuch unternehmen, Sie zum Stadtrechnungshof zu befragen.

Wir sind halt ein bisschen gebrannte Kinder mit der Einbindung und mit der Genesis solcher Gesetze. Beim Wahlrecht bemerken wir das jetzt schon seit vielen Jahren, dass nichts weitergeht, beim Stadtrechnungshof merken wir, dass seit vielen Jahren nichts weitergeht. Das letzte Mal war es im Frühjahr, dass man einen Versuch unternommen hat, mit uns in Kontakt zu treten, nicht aber in ein Gespräch. Da hat man uns das Gesetz geschickt und hat gesagt, bitte unterschreibt bis morgen, denn sonst geht es sich nicht mehr aus. Das ist bei einer Verfassungsbestimmung vielleicht nicht die ideale Kommunikationsform, und ich bin nach wie vor skeptisch, denn es gibt Aussagen, dass die Diskussionen über den Sommer stattfinden hätten sollen. Im Frühjahr hat man gesagt, im Sommer wird Gelegenheit sein. Heute ist, glaube ich, in etwa der zweite Herbsttag. Also es war nichts im Sommer, und ich bin daher sehr skeptisch und glaube, dass da auch wieder nichts passieren wird. Vielleicht ist das Interesse auch gar nicht so groß.

Können Sie etwas zur Zeitschiene sagen, wann wir jetzt wirklich damit rechnen können, dass es hier zu etwas Konkretem kommt, worüber in diesem Haus abgestimmt werden kann?

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Herr Landeshauptmann, bitte.

Lhptm Dr Michael **Häupl**: Also, Herr Landtagsabgeordneter, es könnte sein, dass der eine oder andere im Sommer ein bisschen etwas anderes zu tun gehabt hat, als sich damit zu beschäftigen, aber in wenigen Tagen ist dieses in der Demokratie periodisch wiederkehrende Ereignis ohnehin vorüber, und ich denke, dass man dann konkret, so wie ich es vorhin sagte, zur Sacharbeit zurückkehren kann.

Ich bin der tiefen Überzeugung, dass man Dinge wie Verfassungsbeschlüsse, Demokratiepaket und Ähnliches tunlichst auch in einem hohen Einklang machen sollte. Das ist nicht etwas, womit man die Massen begeistern kann, das ist nicht etwas, was jetzt extrem viele Menschen interessiert – ich merke es ja auch am Interesse an der heutigen Diskussion –, das ändert aber nichts an der Tatsache, dass man es erledigen soll und erledigen muss.

Sie wissen, ich stehe diesem Stadtrechnungshof und allen Diskussionen inhaltlicher Natur, die tatsächlich bisher stattgefunden haben, sehr, sehr positiv gegenüber. Das ist in Ordnung, und ich gehe davon aus, dass das bis zum Jahreswechsel auch beschlussmäßig entsprechend umgesetzt werden kann.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, Herr Landeshauptmann.

Wir kommen damit zur Aktuellen Stunde. Der ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien hat eine Aktuelle Stunde mit dem Thema „Stadtrechnungshof für Wien – mehr Kompetenzen für mehr Transparenz durch eine Reform

der Wiener Stadtverfassung“ verlangt. Das Verlangen wurde gemäß § 39 Abs 2 der Geschäftsordnung ordnungsgemäß beantragt. Ich bitte den Erstredner, Herrn Abg Dr Ulm, die Aktuelle Stunde zu eröffnen, und darf auf die Redezeit von zehn Minuten verweisen. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Diese Stadt braucht mehr Transparenz, diese Stadt braucht mehr Kontrolle, das ist überhaupt keine Frage, und der Herr Landeshauptmann hat in der Fragestunde diesen beiden Thesen ja eigentlich schon zugestimmt, denn er hat von einem systemischen Webfehler gesprochen, mit dem wir es beim Interpellationsrecht der Gemeinderäte zu tun haben, und diesen systemischen Webfehler sehe ich auch bei den mangelnden Kontrollkompetenzen durch das Kontrollamt. Es ist ja überhaupt nicht nachzuvollziehen, warum in diesen Bereichen, die ausgegliedert sind, dieses mangelnde Kontrollrecht der Gemeinderäte – darüber besteht eigentlich Einigkeit in diesem Haus – nicht zumindest durch eine Prüfbefugnis durch das Kontrollamt ausgeglichen werden soll.

Es war heute schon einmal davon die Rede, und ich habe einen unverdächtigen Zeugen für meine Thesen. Es ist der Rechnungshofpräsident Moser, der sich gestern wieder doppeldeutig in einer Tageszeitung zu Wort gemeldet und gemeint hat, der Rechnungshof will Wien mehr prüfen. (*Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Wirklich unverdächtig!*) Das ist kein allgemeines Problem des Bundes, kein allgemeines Problem der Bundesverfassung, sondern das ist ein ganz spezifisches Wiener Problem. (*Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Der Rechnungshofpräsident als unverdächtig Zeuge?*) Er sagt, es darf keine kontrollfreien Konstrukte mehr geben, in denen Steuergeld steckt. – Das kann man nur unterschreiben, und ich würde mir eigentlich vorstellen, dass das alle Gemeinderäte hier in diesem Saal unterschreiben können müssten, auch die von Rot und auch die von Grün.

Es ist natürlich überhaupt nicht so, sonst wäre man nicht bei der Debatte um die Reform des Kontrollamtes mit uns so umgegangen, wie das in der Vergangenheit passiert ist. Es war irgendwann im Frühjahr, da hat man uns den Gesetzesentwurf geschickt und hat gesagt, also bitte bis morgen unterschreiben, liebe Grüße, eure Wiener SPÖ. Das ist, glaube ich, bei so einer diffizilen Materie wie dem Stadtrechnungshof schon eine sehr eigenartige Vorgangsweise, noch dazu, wenn man der Meinung ist, dass man die Opposition oder zumindest eine Oppositionspartei braucht, weil auch eine Verfassungsbestimmung zu ändern ist. Man hätte das ruhig auch ohne Änderung dieser Verfassungsbestimmung machen können. Es hätte vielleicht ein bisschen komisch ausgesehen, wenn dann der Stadtrechnungshof einen Kontrollamtsdirektor gehabt hätte, aber man hätte auf alle Fälle mehr Transparenz, mehr Kontrollmöglichkeiten schaffen können. Man wollte das nicht. Ich schließe daraus, dass der Wille der SPÖ, hier mehr Transparenz und mehr Kontrolle zu ermöglichen, nicht wirklich stark ausgeprägt ist.

Und ich muss Sie schon darauf aufmerksam machen, da geht es jetzt um die Substanz dessen, was dieses Haus kann. Da geht es um die kommunale Daseinsvorsorge, die schon in einem Ausmaß ausgegliedert ist, dass man sagen muss, nicht einmal mehr bei dem Herzstück der Stadt Wien, bei der kommunalen Daseinsvorsorge, ist es für die Mitglieder dieses Hauses noch möglich, Fragen zu stellen. Wie das mit dem grundsätzlichen Aufsichtsrecht und dem Umstand, dass der Gemeinderat das höchste Organ in der Gemeinde ist, zusammenpasst, das würde mich schon sehr interessieren.

Es ist ja auch bezeichnend, dass der Herr Landeshauptmann heute diese Umstände zugeben musste und gesagt hat, ja, das ist ein systemischer Webfehler. Aber, sehr geehrte Damen und Herren, diesen systemischen Webfehler haben wir auch bei den Prüfkompetenzen durch das Kontrollamt, denn es ist nicht einzusehen, warum wir nicht konkret kontrollieren sollen, wohin Gemeindevermögen geht.

Es gibt eine Oberaufsicht des Gemeinderates und damit aller Mitglieder des Gemeinderates auf Grund der Wiener Stadtverfassung. Sie können das dort nachlesen, da gibt es richtige Verpflichtungen. Da gibt es unter anderem sogar die Verpflichtung, für die Eintragung des unbeweglichen Eigentums der Gemeinde in die öffentlichen Bücher zu sorgen. So sehr war der historische Gesetzgeber auf die Verwaltung des Gemeindevermögens und des Gemeindegutes bedacht, dass er diese Aufgabe sogar für den Gemeinderat vorgesehen hat. Er hat weiters vorgesehen, dass der Gemeinderat dafür zu sorgen hat, dass das gesamte erträgnisfähige Vermögen der Gemeinde und die in der Verwaltung der Gemeinde stehenden Stiftungen in der Art verwaltet werden, dass sie ohne Beeinträchtigung der Substanz die tunlichst größte Rente abwerfen.

Sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Wie sollen wir denn das machen, wenn wir nicht einmal ein Fragerecht haben in diesen wesentlichen Angelegenheiten? Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches werden immer weniger, die Privatwirtschaftsverwaltung macht es aus, dass die Gemeinde auftritt als selbstständiger Wirtschaftskörper. Da wäre es natürlich notwendig, dass wir Kontrollrechte haben, und wenn wir die schon nicht haben, dann müsste sie zumindest das Kontrollamt oder ein künftiger Stadtrechnungshof haben.

Schauen wir uns einmal an, wie das bei der kommunalen Daseinsvorsorge aussieht, was da alles ausgegliedert ist und was sich noch im städtischen Bereich befindet. Im städtischen Bereich, wo wir als Gemeinderäte noch ausreichend Kompetenzen hätten, haben wir noch den Bildungsbereich über die Kindergärten, die Wasserwerke mit der MA 31 und die Abfallwirtschaft mit der MA 48, im weiteren Sinn vielleicht noch Wien Kanal und Wiener Wohnen. Und dann ist es aus! Dann haben wir, entgegen dem Geist und dem Wortlaut der Wiener Stadtverfassung, de facto keine Aufsichtsrechte mehr. Dann haben wir einfach Pech gehabt. Wir haben Pech bei der Gasversorgung, denn dort gibt es Wien Gas, wir haben Pech bei der Elektrizität, dort gibt es Wien Strom,

wir haben Pech bei Verkehr und Beförderung, dort gibt es die Wiener Linien, bei den Kultureinrichtungen gibt es die Vereinigten Bühnen Wien und bei den Friedhöfen gibt es die Bestattung Wien.

Also im Kernbereich dessen, was diese Stadt zu erledigen hat, sind uns die Kompetenzen weggenommen worden. Daher wäre es mehr als notwendig, dass wir zumindest – denn bei dieser Reform des Interpellationsrechtes bin ich ja auch neugierig, wie lange wir auf die warten müssen – zu einer Ausweitung der Kompetenzen des Kontrollamtes kommen, und ich bin wirklich sehr gespannt, ob das passieren wird, dass diese Reform des Stadtrechnungshofes bis Dezember beschlossen werden kann.

Was sind unsere Forderungen? Das Kontrollamt, also der zukünftige Stadtrechnungshof muss noch stärker werden, als er das bisher ist. Das kann er nur sein, wenn er noch unabhängiger ist, wenn er eine eigene Organstellung hat und wenn sein Direktor noch unabhängiger bestellt wird, als das bisher der Fall ist. Da sind die Vorschläge von Rot-Grün, die ich bis jetzt mitbekommen habe, sicherlich nicht ausreichend. Es wird notwendig sein, dass der Stadtrechnungshof ein eigenes Organ der Gemeinde ist, so wie das bei vielen Institutionen der Stadt Wien der Fall ist. Wir haben 13, 14, 15, so in dieser Größenordnung. Der Rechnungshof auf Bundesebene ist selbstverständlich ein eigenes Organ und nicht eingegliedert in das Innenministerium oder in das Bundeskanzleramt. Das Kontrollamt ist allerdings Teil des Magistrats und soll es auch, nach dem, was ich bisher mitbekommen habe, bleiben. Das geht nicht. So schaffen wir nicht mehr Kontrolle, so schaffen wir nicht mehr Transparenz.

Aber das Allerwichtigste ist natürlich eine inhaltliche Kompetenzerweiterung des Kontrollamtes. Es ist ganz einfach notwendig, dass das Kontrollamt grundsätzlich bei PPP-Modellen kontrollieren kann und selbstverständlich auch bei Stiftungen wie der AVZ. Das sagt ja auch der Rechnungshofpräsident Moser. Bei dieser Stiftung AVZ geht es ja um Milliardenbeträge, und beim Media Quarter Marx geht es auch nicht um wenig. Da geht es ja auch um Grund und Boden und um die Entwicklung eines ganzen Stadtteiles, und da hätten wir schon ganz gerne gewusst, wer unser Partner ist und warum wir uns für diesen Partner entscheiden.

Ich halte daher an dieser Stelle fest: Wir werden sicherlich keiner Reform zustimmen, die nicht zumindest vorsieht, dass Beteiligungen ab 25 Prozent einer Prüfungsmöglichkeit durch den Stadtrechnungshof unterliegen. Das ist für mich schon die untere Grenze. Das haben auch andere Bundesländer wie Burgenland, Steiermark oder Salzburg. Ich glaube, dass es absolut erforderlich ist, eine echte Reform zu machen, damit der Stadtrechnungshof auch seinen Namen verdient, damit es nicht nur zu einer Umbenennung von Kontrollamt auf Stadtrechnungshof kommt, sondern dass wir einen Stadtrechnungshof bekommen, der diesen Namen verdient. Und das ist sicherlich nur möglich, wenn es eine grundsätzliche Kompetenzerweiterung gibt, auf die ich nach wie vor hoffe. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Für weitere Wortmeldungen bringe ich in Erinnerung, dass Abgeordnete sich nur ein Mal zu Wort melden dürfen und die Redezeit mit fünf Minuten begrenzt ist. Als nächste Rednerin hat sich Frau Abg Hebein gemeldet. – Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Vorsitzender! Werte Kollegen und Kolleginnen!

Ich beginne meine Rede anders als vorgesehen und wende mich – das mache ich eigentlich nicht oft – direkt an den Herrn Abg Ulm. Herr Abg Ulm, was bedeutet denn für Sie Handschlagqualität? Was ist das für Sie? Man kann sich hier schon inszenieren, man kann Wahlkampf führen, man kann was auch immer tun, aber Sie können nicht hergehen und sagen, es hat keine Gespräche gegeben! Wollen Sie ernsthaft sagen, wir, SPÖ, GRÜNE und ÖVP, haben nicht gesprochen? Wollen Sie das ernsthaft behaupten?

Also ich stelle einmal Ihre Handschlagqualität sehr in Frage und komme zum eigentlichen Thema: Was bedeutet der Stadtrechnungshof für Wien?

Rot und Grün haben sich darauf geeinigt, dass die Prüfkompetenz erweitert werden soll.

Rot und Grün haben sich darauf geeinigt, dass es ein völlig neues transparentes Verfahren geben soll, was den Stadtrechnungshofdirektor anlangt. Es soll ein Auswahlverfahren geben, die drei Besten stellen sich der Diskussion.

Wir haben auch, was mir sehr wichtig ist, gemeinsam dafür gesorgt, dass es eine strengere Überprüfung geben soll, eine Überprüfung, was denn mit den Kontrollamtsberichten passiert, eine Überprüfung, was mit den Empfehlungen passiert. Welche werden umgesetzt, welche nicht? Das finde ich politisch elementar wichtig, dass wir da gemeinsam darüber diskutieren, warum welche Empfehlungen des Kontrollamtes nicht umgesetzt worden sind. Da soll es einen Tätigkeitsbericht geben, das wird im Gemeinderat diskutiert.

Wir haben auch die Prüfkompetenz erweitert. Bei den PPP-Modellen soll es zukünftig ein Prüfvorbehalt geben.

Wir sind so weit gegangen, dass wir gesagt haben, wir erweitern die Oppositionsrechte. Es soll ein Rede-recht geben in dem Ausschuss auch für Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, ein völlig neues Fragerecht, ein Rederecht, wenn es um Bereiche geht, die die Abgeordneten betreffen.

Da könnte ich Ihnen jetzt einiges aufzählen, aber der springende Punkt ist – das vor allem für die Zuhörer und Zuhörerinnen –: Das, was hier jetzt passiert, ist, dass die gleichen Reden gehalten werden wie im Juni. Sie werden das Gleiche noch einmal hören. Sie werden sich wundern, warum es den Stadtrechnungshof nicht schon längst gibt. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ja, warum denn nicht?)* Es gibt ihn deswegen nicht, weil die Opposition sich weigert, mehr Kontrolle, mehr Transparenz, mehr Prüfbefugnisse in Wien zu haben. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)* Das ist der Grund, warum wir den Stadtrechnungshof noch nicht haben.

Aber vier Tage vor der Wahl verlangt die ÖVP eine Aktuelle Stunde und sagt, wir wollen noch einmal dar-

über reden, warum wir nicht mehr Kontrolle und mehr Transparenz in Wien haben wollen. Sie kommen aus der Trotzecke nicht heraus, Sie stellen sich wie im Juni mit verschränkten Händen hin und sagen, nein, da stimmen wir aber jetzt nicht zu, denn es ist nicht das Paradies. – Ja, natürlich haben Sie recht, natürlich können wir noch mehr Kontrolle, noch mehr Transparenz haben, aber Sie weigern sich, den Schritt zu gehen, dass es mehr Kontrolle und mehr Transparenz hier in Wien gibt.

Wer jetzt die Kontrollverweigerungspartei sein wird, ob ÖVP oder FPÖ, werden wir noch sehen. Ich orte vorsichtig zumindest bei einer Person bei der FPÖ ein bisschen Bewegung. Mal schauen, ich hoffe sehr, das würde der Stadt gut tun. Ich weiß nicht, ob der Herr Gudenus jetzt eine Wahl-Krampf-Rede hält, aber was die ÖVP anlangt, muss ich sagen: Schämen Sie sich! Sie sind einfach für weniger Kontrolle, für weniger Transparenz! Fragen Sie sich selbst, warum. – Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Abg Dkfm Dr Fritz Aichinger: Schämen Sie sich für diese Rede!)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abg Mag Gudenus. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Johann **Gudenus**, MAIS (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Präsident!

Wahlkampf haben wir schon, Tschauner Bühne haben wir nicht, sehr geehrte Frau Kollegin Hebein, auch wenn Sie es noch so theatralisch und lautstark hier vortragen, dass die Opposition mehr Kontrolle verhindert, mehr Demokratie verhindert. Ich meine, das, bitte, glauben Sie ja wohl selber nicht. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)* Sie glauben ja wohl selber nicht, dass eine reine Umbenennung einer Institution gleichzeitig bedeutet, dass sie plötzlich mehr Kompetenzen hat, dass sie plötzlich mehr bewirken kann. Denn nur, wenn ich jetzt ein anderes Türschild hinhänge und das Kontrollamt in Stadtrechnungshof umbenenne, damit ist inhaltlich ja noch überhaupt nichts getan. Da haben wir noch sehr, sehr viele Meter oder sogar noch Kilometer der Verhandlung vor uns.

Sie haben zwar gesagt, es gibt Bewegung. Ja, Bewegung würde es geben, wenn wirklich Voraussetzungen erfüllt sind, die dem Namen Rechnungshof auch gerecht werden. Das würde natürlich eine Unabhängigkeit vom Magistrat bedeuten. Das würde bedeuten, dass der neue Stadtrechnungshof dem Gemeinderat unterstellt ist und nicht dem Magistrat angehört. Das würde bedeuten, dass der zukünftige Präsident oder Direktor eine zwölfjährige Amtszeit hat, wie es im Bund der Fall ist. Das würde bedeuten, dass auch eine Personalhoheit vorhanden ist. Und so weiter und sofort. Das würde natürlich auch eine umfassende Prüfkompetenz bedeuten, die selbstverständlich über die beherrschende Stellung beziehungsweise die de facto beherrschende Stellung hinausgeht, also nicht nur 50 plus 1, sondern natürlich auch ein Prüfvorbehalt bis hin zu den PPP-Projekten – okay, das ist in Ordnung –, aber auch weiter bis hin zu den Subventionsempfängern – das wäre wichtig – und natürlich auch, wie heute schon aufgeführt, bis hin zur

Häupl-Stiftung AVZ, mit der Volksvermögen – Volksvermögen! – in Höhe von umgerechnet mindestens 1,7 Milliarden EUR privatisiert wurde. Und das von einer Partei, die sich öffentlich so ganz groß und lautstark gegen Privatisierungen ausspricht!

Das wäre eine echte Prüfkompetenz, wie sie auch schon der Präsident des Rechnungshofes, Josef Moser, in den letzten Tagen gefordert hat, weil natürlich in der AVZ Volksvermögen drinnenliegt. Oder eigentlich liegt es nicht mehr drinnen, denn es wurde ja in der Karibik „verflüttelt“. Oder wie sagt man dazu? Ich weiß es nicht. Irgendwie hat der „Fluch der Karibik“ auch die AVZ eingeholt. Und das muss natürlich geprüft werden können. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Auch dass hier Dokumente vorliegen, wonach die AVZ, die Häupl-Stiftung, in der Volksvermögen geparkt wurde, privatisiert wurde, mit 25 Prozent an den hoch spekulativen und hoch betrügerischen Madoff-Fonds beteiligt war, soll ein Rechnungshof prüfen können, denn es kann ja nicht sein, dass hier Volksvermögen verspekuliert wird, privatisiert wird, in der Karibik verschwindet. Das kann es ja wohl nicht sein! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wir fordern auch ein, dass natürlich, wenn man die Diskussion ernst nimmt, nicht nur eine Umbenennung erfolgen soll, denn dafür braucht man zwar eine Verfassungsmehrheit hier im Hohen Haus, aber bitte natürlich auch eine richtige Ausweitung der Prüfkompetenz. Denn eines muss klar sein: Wir brauchen Kontrolle und Transparenz im roten Wien, mittlerweile im rot-grünen Wien!

Und was wir auch bemerken müssen, ist leider das Folgende: Grün ist natürlich auch in der Regierung mit einem Programm zur Demokratisierungsreform angetreten, Grün ist angetreten mit einer Kontrolloffensive, aber wenn man sich die Punkte genau anschaut, dann sieht man, dass das Wahlrecht noch immer nicht umgesetzt wurde. Und da fragt man sich schon: Was ist das Wort der Frau Vassilakou wert? Nämlich nicht nur das Wort, sondern auch die geschriebene Unterschrift. Was ist die geschriebene Unterschrift der Frau Vizebürgermeisterin wert? Gibt es ein Mehr an direkter Demokratie seitens der Stadträtin für BürgerInnenbeteiligung? Ich merke nichts davon, wenn man hier 120 000 Unterschriften einfach unter den Tisch kehrt, als wäre nichts gewesen. Gibt es eine Reform des Kontrollamtes bis jetzt? Nein, ich merke nichts davon.

Das Einzige, was es geben hat, ist wieder einmal auf dem Papier – aber Papier ist geduldig – ein neues Petitionsrecht. Dabei harren mindestens 18 Petitionen der Behandlung. Was fällt Ihnen für ein Stein aus der Krone, die Petitionen zu behandeln? Berufen Sie doch endlich einen Petitionsausschuss ein! Wo ist das Problem? Sie installieren einen Petitionsausschuss, aber was machen Sie dann? Sie stecken den Kopf in den Sand.

Das ist kein Gefühl für Demokratie, und das ist auch kein Einhalten von Wahlversprechen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Reindl. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Thomas **Reindl** (*Sozialdemokratische Frak-*

tion des Wiener Landtages und Gemeinderates): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Nachdem hier alle über die Reformen des Kontrollamtes und des Stadtrechnungshofes sprechen, aber keiner sagt, was wir eigentlich vor haben, möchte ich kurz zusammenfassen, was wir wollen.

Wir wollen mehr Kompetenz und mehr Transparenz schaffen. Daher wollen wir auch das Kontrollamt, das ja vor allem die Verwaltung der Stadt Wien prüft und nichts oder sehr wenig in der Landesverwaltung – das möchte ich auch festhalten –, in Stadtrechnungshof Wien umbenennen.

Wir wollen auch die Sicherheitskontrollkompetenzen des neuen Stadtrechnungshofes stärken, vor allem, was bei den Tochter- und Enkelfirmen der Stadt Wien geprüft wird.

Die Bestellung und die Wiederbestellung des Stadtrechnungshofdirektors sollen nun transparent über ein Hearing im Ausschuss stattfinden. Das ist eine sehr wesentliche und eine sehr gute Neuerung, dass die drei bestgereihten Kandidaten nach einer Ausschreibung hier an einem Hearing teilnehmen müssen und sich auch der Diskussion stellen müssen.

Die Abwahl des Stadtrechnungshofdirektors, die bis jetzt mit einfacher Mehrheit erfolgte, wollen wir mit Zweidrittelmehrheit machen.

Weiters soll der Stadtrechnungshofdirektor auch das Rederecht im Gemeinderat bekommen, so wie zum Beispiel der Rechnungshofpräsident.

Was die Prüfberichte betrifft, wollen wir auch mehr Transparenz schaffen, indem die Empfehlungen zusammengefasst werden und wir eine Empfehlungsverfolgung machen und uns ganz genau anschauen, welche Empfehlung wurde wie von den geprüften Stellen behandelt und abgearbeitet.

Der Stadtrechnungshofdirektor soll in Zukunft einen Tätigkeitsvorbericht vorlegen, worin er berichtet und seine Meinung über die Prüfungen, die stattgefunden haben, darlegt, worin er berichtet über die Art und Weise, wie er seine Tätigkeit angelegt hat. Jetzt enthält ja der Tätigkeitsbericht die Prüfungen, die es gegeben hat, und sonst nichts. Das wollen wir wesentlich erweitern, plus einen Bericht zusätzlich, was mit den Empfehlungen passiert ist, die ausgesprochen wurden.

Meine Damen und Herren! Ich höre hier von den Kollegen, vom Kollegen Ulm vor allem, der im Moment auch Vorsitzender des Kontrollausschusses ist – das ist ja auch eine Besonderheit in Wien, dass die Opposition den Vorsitz in diesem Ausschuss hat und nicht die Regierung (*Abg Mag Alexander Neuhuber: Das ist anderswo auch so!*); man soll es nur erwähnen und nicht so tun, als wäre nichts; wir stehen ja auch dazu –, das arme, kleine Kontrollamt mit 80 Beschäftigten – das ist nach dem Rechnungshof, der 257 Prüfer im Einsatz hat, die größte Prüfeinheit in Österreich – hat 124 Geschäftsstücke geprüft, der Rechnungshof 91. Ich rede vom letzten Jahr. Die Prüfberichte haben 3 900 Seiten umfasst.

Meine Damen und Herren! Sich nun hier herzustellen und zu sagen, im ausgelagerten Bereich haben wir kein Fragerecht, also Entschuldigung, Kollege Ulm, das ist ja

lächerlich. Wir haben ein Prüfrecht des Kontrollamtes im ausgelagerten Bereich, und sehr viele Prüfungen beschäftigen sich mit der Wien Energie, beschäftigen sich mit Wien Kanal, mit der MA 48 und mit all den Bereichen, die du da angeführt hast.

Außerdem: Das größte Recht, das die Opposition hier hat, ist das Minderheitsrecht. Jeder Abgeordnete hier im Haus kann Prüfanträge stellen zu jedem Thema in der Stadt Wien. Das ist wichtig, das ist gut und viel, viel mehr wert als ein Fragerecht. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*) Wie überhaupt auch die Minderheitsrechte, werte Kolleginnen und Kollegen, nicht zu unterschätzen sind, die wir gemeinsam mit der ÖVP vor über zehn Jahren eingeführt und auch weiterentwickelt haben.

Ich sage nun in Richtung ÖVP: Ich bedauere es sehr, dass bei dem Gespräch, das am 5. Juni, Kollege Ulm, im Grünen Klub gemeinsam mit der Kollegin Hebein auch zum Thema „Wir reden nicht miteinander.“ stattgefunden hat, sich die ÖVP und du mit ihr so einbetoniert hat, dass ich den Eindruck habe, ihr wollt die Reform nicht. Wir haben aber noch Zeit, um Gespräche zu führen und weiterzureden. Es würde der ÖVP auch sehr gut anstehen, das, was sie hier im Gemeinderat von uns fordert, auf Bundesebene einmal umzusetzen und für kluge und gescheite Minderheitsrechte im Parlament zu sorgen, nämlich für das zu sorgen, was wir hier auf Wiener Ebene haben. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abg Dr Aigner. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Wolfgang **Aigner** (*Klubungebundener Mandatar*): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es war ganz interessant in der heutigen Fragestunde, dass der Herr Landeshauptmann von einem systemischen Webfehler gesprochen hat, der bei der Ausgliederung sozusagen stattgefunden hat. Ich glaube eher, dass dieser Webfehler System hat, dass man die Ausgliederungen genau deswegen vornimmt, um sich der Kontrolle durch den Gemeinderat und den Landtag zu entziehen. (*Beifall bei der FPÖ und von Abg Ing Isabella Leeb.*) Welchen anderen Grund soll den eine Stadt- und Landesverwaltung, die die Bürger befragen lässt, ob man vor Privatisierungen schützen soll, haben, wenn man sich ständig privatrechtlicher Organisationsformen bedient – auch das ist eine Art von Privatisierung; man gründet Vereine, man gründet GmbHs, die Organigramme der stadtnahen Organisationen werden mittlerweile immer unübersichtlicher; der Nestlé-Konzern hat, glaube ich, nicht so viele Firmen weltweit, wie die Stadt Wien gegründet hat –, wenn es nicht darum geht, diesem Haus, den Ausschüssen, teilweise auch dem Kontrollamt, den fragenden Abgeordneten Kontrollkompetenzen zu entziehen?

Jetzt frage ich mich wirklich und ich frage die Abgeordneten der Mehrheit – das war ja jahrzehntelang die SPÖ alleine –: Warum lassen Sie sich das von der von Ihnen auch zu kontrollierenden Verwaltung gefallen, dass sich heute ein Regierungschef quasi hinstellt und sagt, ihr könnt das ja verhindern? Ja, dann verhindern

Sie diese Ausgliederungen! Dann sorgen Sie dafür, dass die Rechte dieses Hohen Hauses nicht gekürzt, sondern entsprechend ausgebaut werden! *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Ing Isabella Leeb.)*

Und dass aus der ehemaligen Aufdeckerpartei eine Zudeckerpartei geworden ist, das kann man sich ja anschauen. Es werden noch mehr Vereine gegründet, es werden Inserate vergeben, es ist Intransparenz. Man kann halt ein bisschen mitnaschen. Damit hat es sich dann aber auch schon.

Als Jurist muss ich zu diesem ewigem Verstecken hinter formaljuristischen Argumenten – im Zweifel heißt es immer, die Bundesverfassung erlaubt das nicht – sagen: Wir sind Land, wir sind heute Landtag, wir haben Landesverfassungskompetenzen, wir sind Landesgesetzgeber, und selbstverständlich kann das Land Wien einen Rechnungshof für die Gemeinde Wien – die meiste Verwaltung findet ja als Gemeinde statt – einsetzen und ist keinerlei bundesverfassungsrechtlichen Schranken unterworfen. Aber es wird nicht wahrgenommen. *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Ing Isabella Leeb.)*

Das Gleiche gilt für alle anderen Kontrollrechte, das Gleiche gilt für alle anderen Ausgliederungen. Ja, warum gliedert man denn ein Milliardenbudget im FSW aus und gründet einen Fonds? Die Opposition kommt in den Beirat, der überhaupt keine Kompetenzen hat, und man bleibt unter sich. Warum findet die außerschulische Jugendarbeit, die zu 100 Prozent vom Land und von der Gemeinde finanziert wird, in einer Vielzahl von Vereinen statt? Also warum machen Sie denn das, wenn es Ihnen nicht darum geht, Freunderlwirtschaft zu haben, intransparente Strukturen aufrechtzuerhalten, aus dem öffentlichen Dienstrecht und aus dem Haushaltsrecht zu fliehen? Das dürften sich eigentlich ein selbstbewusster Landtag und auch Sie, Herr Präsident – Sie sind unser Präsident, Sie sind der Präsident des Landtages –, im Prinzip nicht gefallen lassen. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Und weil Sie immer mit den anderen Bundesländern daherkommen: Sie vergessen, dass es in den Ländern auch die Gemeinden gibt und wir da eine Doppelrolle haben. Aber wenn ich mir die Art der Beantwortung der Fragen anschau, weiß ich nicht, ob man wirklich für mehr Fragerecht sein soll, denn es zeigt sich, dass die aufgelegten Fragen der eigenen Abgeordneten extensiv und minutenlang beantwortet oder halt auch nicht beantwortet werden, in dem Moment, wo die Opposition etwas fragt, ist das dann halt eine relativ kurze Angelegenheit.

Und weil Sie immer den Vergleich mit den Bundesländern ziehen, sage ich Ihnen, die SPÖ in Wien hat genauso agiert wie die damals noch absolut regierende ÖVP in Tirol, wo man große Teile des Gemeindegutes in bäuerliche Agrargenossenschaften ausgegliedert hat. Das ist genau die gleiche Vorgangsweise. *(Beifall bei der FPÖ.)* Heute stehen diese Gemeinden da, schauen durch die Finger und haben nichts, während eine Handvoll Bauern letztendlich über das Gemeindegut verfügt. Genauso agieren Sie! Das dunkelrote Wien und das damals tiefschwarze Tirol haben mehr oder weniger die ähnlichen Modelle gefunden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Neuhuber. Ich erteile es.

Abg Mag Alexander **Neuhuber** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Also irgendwie ist das schon putzig: Ganz egal, welches Thema jetzt diskutiert wird von der Opposition, sei es die Mariahilfer Straße oder heute der Stadtrechnungshof, es ist immer Wahlkampf. Die Regierungsparteien sagen immer, das kommt ja nur wegen des Wahlkampfes. Entschuldigung, aber wenn dieses Argument jetzt bei jedem Tagesordnungspunkt kommt, dann können wir uns die Sitzungen heute und morgen sparen, denn dann gehen wir heim, weil eh Wahlkampf ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren, wir reden jetzt nicht über Bundesthemen. Weder die Mariahilfer Straße noch der Stadtrechnungshof ist ein Bundesthema. Das ist ein für die Stadt Wien eminent bedeutungsvolles Thema, und wir erlauben uns, das im Rahmen einer Landtagssitzung heute zu diskutieren. Das hat, meine Damen und Herren, auch von den GRÜNEN, nichts mit Wahlkampf zu tun, sondern das werden wir nächste Woche nach der Wahl genauso diskutieren und genau dieselbe Meinung haben wie heute. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Man ist über die Jahre ja schon einiges an Reden von den Kolleginnen und Kollegen gewohnt, aber, Frau Kollegin Hebein, das war heute schon verwegen, was Sie hier dargeboten haben, das wage ich wirklich zu sagen. Uns der Kontrollverweigerung zu bezichtigen, das ist Realitätsverweigerung, Frau Hebein. *(Abg Birgit Hebein: Ja, Realitätsverweigerung Ihrerseits!)* Wie billig haben sich die GRÜNEN bitte bei diesem Vorschlag einkaufen lassen? Das ist ja ungeheuerlich! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir als Opposition haben kein Interesse an Kontrolle? *(Abg Birgit Hebein: Sie haben es ja bewiesen!)* Das wäre ja ein Paradoxon per se, meine Damen und Herren. Gerade wir wollen mehr Kontrolle. *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei ÖVP und GRÜNEN.)*

Und was Sie noch gesagt haben, Frau Kollegin Hebein ... *(Weitere Zwischenrufe.)* Leider, es wäre ja genug für alle da, aber wir haben jetzt in der Aktuellen Stunde nicht die Zeit für Rede und Widerrede. Ich würde gerne jeden Zwischenruf behandeln.

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN! Uns beziehungsweise den Kollegen Ulm des Wortbruches zu bezichtigen, das finde ich auch ... *(Zwischenruf von Abg Birgit Hebein.)* Wo war denn irgendein finaler Entwurf vereinbart? Gibt es einen finalen Entwurf? Den gibt es nicht, meine Damen und Herren. *(Abg Birgit Hebein: Es gab keine Gespräche! Haben Sie das gesagt – ja oder nein?)*

Aber wenn wir schon beim Wort Wortbruch sind bei den GRÜNEN, zwei Beispiele – eines wurde ja schon genannt –: Vassilakou, Unterschrift, Notariatsakt, notariell beglaubigt. Was ist diese Unterschrift zur Änderung des Wahlrechtes wert?

Zweites Beispiel – das wissen Sie vielleicht nicht, Frau Kollegin Hebein –: 23. Juli 2007, ein Antrag der drei

Oppositionsparteien für mehr Kontrollrechte und Stärkung des Kontrollamtes. Er trägt auf unserer Seite unter anderem die Unterschrift von mir, auf Ihrer Seite die von Kollegen Margulies und Kollegin Antonov. *(Abg Birgit Hebein: Was haben Sie gemacht? Reden Sie mit dem Kollegen Ulm! Fragen Sie ihn!)* Genau das, was wir heute fordern, steht in diesem Antrag drinnen, meine Damen und Herren. Nur jetzt wollen Sie sich nicht mehr daran erinnern. Oder kennen Sie diesen Antrag von damals nicht? Gibt es da Unterschiede zu dem, was Sie vorlegen? Ja, gibt es! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg Birgit Hebein: Hätten Sie mit dem Kollegen Ulm gesprochen! Es ist nämlich arg, dass er Gespräche abstreitet! – Zwischenruf bei der ÖVP.)* Ich streite doch keine Gespräche ab. Sie haben ihm Wortbruch vorgeworfen – das ist ein sehr hartes Wort, Frau Kollegin –, und das ist nicht der Fall. Wortbruch wäre es dann, wenn es eine endgültige Version gäbe und wir dazu nicht stehen. Das tun wir nicht. Die ÖVP und der Herr Kollege Ulm stehen zu ihrem Wort. Frau Kollegin Hebein, nehmen Sie das zur Kenntnis! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte in der verbleibenden Zeit nur noch einen der Punkte erwähnen. Es gibt ja eine ganze Reihe, wo es sich reibt und wo es Unterschiede gibt zwischen dem, was die heutige Opposition möchte und was Sie früher auch wollten, und dem, was die Regierung heute einbringen möchte und uns als Opposition aufs Auge drücken will.

Ich bleibe bei dieser Frage: Wie weit kann das Kontrollamt in die Beteiligungsstruktur der Stadt Wien einschauen? Das ist eine ganz eminent wichtige Frage, denn – der Kollege Aigner hat es gerade gut dargestellt – die Beteiligungsstruktur der Stadt Wien wuchert nach allen Richtungen vertikal und horizontal aus. Man verliert die Übersicht, und die Frage ist: Wo können wir überhaupt noch hineinschauen und wo darf das Kontrollamt prüfen?

Die 50-Prozent-Grenze ist eine schwierige. Der Herr Bürgermeister hat es heute angesprochen. Er meint offensichtlich, dass die Wirtschaft das nicht wolle, wenn es diesen Prüfvorbehalt gibt oder wenn das Kontrollamt oder der Rechnungshof prüfen kann. Also ganz ehrlich – ich komme aus der Wirtschaft –, die Wirtschaft ist sehr flexibel. Die öffentliche Hand und auch die Stadt Wien ist ein beliebter Partner. Mit dem wird man sich arrangieren, wenn man in PPP-Modelle mit der öffentlichen Hand gehen kann. Das sehe ich nicht als Problem, sondern den Umkehrschluss. Für Firmen ist es ein Riesenvorteil, immer sagen zu können, na ja, aber wir wollen unbedingt 50 plus 1 Stimme haben oder 51, denn sonst kann ja das Kontrollamt einschauen. Also dieses Argument würde sogar gegen uns verwendet werden.

Und das ist für uns die Nagelprobe, meine Damen und Herren. Das ist für uns einer der wichtigsten Punkte – von allen anderen, Bestellung und Funktionsdauer des Kontrollamtsdirektors, abgesehen –: Kann man das Media Quarter Marx mit neuem Kontrollamt oder Stadtrechnungshof einschauen oder nicht? Wenn das Media Quarter Marx nicht geprüft werden kann, dann werden wir diesem Vorschlag nicht zustimmen, meine Damen

und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg Ellensohn. Ich erteile es ihm.

Abg David **Ellensohn** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich werde es heute freundlich anlegen mit der Volkspartei, weil sie es nicht leicht hat in diesen Tagen – ich weiß, der Sonntag wird ein schwerer Tag –, aber es ist schon eine „Haltet den Dieb!“-Strategie ersten Ranges, wenn die Volkspartei in diesem Land über Kontrolle und Transparenz redet, denn als ich das gesehen habe, habe ich nicht geglaubt, dass sie sich das traut. Aber immerhin. *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)* Gerade in Wahlkampfzeiten sollte man zwischendurch die Parteien nicht nur an dem messen, was alle die ganze Zeit reden, denn das sind eh immer schöne Texte, das haben sich alle lange überlegt, sondern an dem, was sie tun. Und es gibt einen Bereich, wo Parteien ganz alleine entscheiden – keine Ausrede auf einen Koalitionspartner, keine Ausrede auf sonst eine Partei –, das sind die eigenen Geschäfte, die man macht. Das kann jeder selber machen, zum Beispiel bei den Wahlkampfkosten.

Was machen die GRÜNEN – Sie können das alle downloaden – laufend im Moment. Jede Woche legen wir auf – das macht niemand außer uns –, was der Wahlkampf genau kostet. Wir rechnen sogar alle Vorkosten vom ganzen Kalenderjahr dazu; die Tour von der Eva Glawischnig vom Vorjahr, alles wird mitgerechnet. Das kann man alles nachschauen. Bei niemand außer bei uns. Wieso machen das nur wir? Weiß ich nicht – oder weiß ich schon.

Die Volkspartei hat sich in den letzten Wochen eine Frage gefallen lassen müssen: Wie haben Sie es letztes Jahr geschafft, 7 Millionen EUR Schulden der Bundespartei ruck zuck über Nacht los zu werden? Bis heute ist das offen. Ich weiß nicht, ob das jemand von Ihnen weiß. Da geht es um Kontrolle und Transparenz insgesamt. Die Parteien bekommen viel öffentliches Geld, und da gibt es einen Zusammenhang, wer das alles kontrollieren soll. Den Zusammenhang stelle ich schon noch her.

Niemand weiß, wie Sie diese Schulden los geworden sind. Sie auch nicht, und Sie können es auf der Straße auch keinem erklären. Die öffentliche Erklärung war: Durch eine Reform intern. Über Nacht sind Sie 7 Millionen los geworden. Niemand weiß, wo das Geld herkommt. Außer natürlich die eine oder andere Zeitung: „Das geheime Schwarzgeldkonto der Österreichischen Volkspartei.“ Man muss ja nicht die GRÜNEN bemühen. Seitenweise Skandale, Scheinrechnungen, Wahlkampfinanzierung, Millionenbeträge. Und Sie kennen das ja: Strasser, Grasser, Martinz, Mensdorff-Pouilly. Das ist eine lange Liste, eine lange Liste von Leuten aus dem Umfeld der Volkspartei, die mit Kontrolle aber so was von nichts am Hut haben, dass man es kaum glauben kann.

Und dann geht plötzlich der Spitzenkandidat her und sagt, ich habe aufgeräumt! Also ein Eingeständnis, dass man aufräumen hat müssen und dass ein Durcheinander war, nur hat er die Frau Fekter vergessen. Und bevor wir eine alte Zeitung zitieren, nehmen wir eine neue Zeitung,

den „Falter“, heute erschienen, und schon steht die nächste Geschichte drinnen betreffend die Volkspartei.

In Wien werden die Wohnungen tatsächlich um ein bisschen teurer. Nämlich: Vor ein paar Jahren konnte die Frau Fekter öffentliches Eigentum verkaufen, 167 Wohnungen, das Stück um 7 000 EUR an einen Herrn Frasl. Billig, nicht? Pro Wohnung 7 000! Und, nein, die schauen nicht alle schlecht aus, die sind in Häusern wie diesem. *(Der Redner hält die Zeitschrift in die Höhe.)* Das schaut ziemlich normal aus das Haus. Da drinnen kostet eine Wohnung 7 000 EUR, wenn man sie von der Frau Fekter kaufen darf aus dem Staatseigentum und wenn man zu den Freunden der ÖVP gehört. Jetzt sagen Sie, die Geschichte war ja schon vorher. Laut heutigem „Falter“ – deswegen habe ich gesagt, es ist teurer geworden – kosten jetzt 56 Wohnungen 17 000 EUR das Stück. 56 Wohnungen gekauft, nicht einmal 1 Millionen EUR bezahlt für alle zusammen, 800 000 ungerade, bei der Bank einen Kredit geholt um 1,2 Millionen. Also die Frau – wie heißt die, Spiegel, glaube ich –, die Frau Kirsten Spiegel hat nicht einmal einen eigenen Cent investiert und bekommt 56 Wohnungen, das Stück um 17 000. – Wieder Staatseigentum.

Was hat der Herr Frasl mit der Frau Spiegel zu tun? Die sind noch dazu verheiratet. Also ein Ehepaar kauft städtisches Eigentum. Der eine kauft es halt um 7 000, der andere um 17 000. Wahrscheinlich schimpfen sie daheim miteinander: Du hast das total überzahlt, ich habe sie viel billiger bekommen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Diese Beispiele kann man alle nachlesen. Das ein Millionenschaden, der dieser Republik zugefügt wird. – Ja, ich weiß eh, Frau Leeb, Sie atmen tief durch. Ich behaupte auch nicht, dass alle ÖVPler und ÖVPlerinnen korrupt sind. Da herrscht bei Ihnen Wahlfreiheit. Es dürfen sich Abgeordnete der ÖVP aussuchen, ob sie korrupt sind oder nicht. Das ist die Wahlfreiheit der Österreichischen Volkspartei. *(Empörte Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich habe Ihnen gerade gesagt, Sie sind nicht alle korrupt, aber schon eine ganze Menge. Schon eine ganze Menge! *(Abg Ing Isabella Leeb: Wissen Sie, was Sie da behaupten? – Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Aber ich habe gesagt, ich lege es gnädig an, denn ein schärferes Urteil als ich hat bereits im Vorjahr das „News“ gemacht: „Unsere ÖVP - 1945 bis 2013 - im 68. Lebensjahr nach langer, schwerer Korruption von ihrem Leid erlöst.“ Es wird der Sonntag hart für Sie, ich weiß das.

Wenn man aber gemeinsam an Transparenz und Kontrolle arbeiten will – denn das hängt den Leuten wirklich zum Hals raus, dass das nicht funktioniert –, dann lassen wir vielleicht am Ende auch alle Parteifinzen kontrollieren, denn auch Ihre Partei bekommt mehr als 25 Prozent Geld aus öffentlicher Hand, wurscht, wie viel Sie sonst einsacken irgendwo. *(Heftige Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Auch Ihr Geld ist öffentliches Geld. Ich möchte, dass der Rechnungshof, das Kontrollamt auch die Parteifinzen überprüfen können. Davon habe ich von Ihnen noch nichts gehört. – Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Kowarik. Ich erteile es.

Abg Mag Dietbert **Kowarik** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus.

Zu meinem Vorredner gilt es festzustellen, dass, wie so oft, eine Themenverfehlung Tatsache war. Also viel haben Sie nicht gesagt über das Thema, aber soll so sein, Herr Kollege. Man könnte genauso sagen: Nicht jeder bei den GRÜNEN ist belämmert. Das wäre genauso sinnvoll wie Ihre Ansage. Aber das nur nebenbei. *(Heiterkeit und Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Zum Thema, meine Damen und Herren: Den Vorhalt der Frau Kollegin Hebein, dass auf der Oppositionsseite die Kontrollverweigerer sitzen, halte ich für etwas kurios, um es einmal vorsichtig zu sagen, Frau Kollegin. Ich glaube, ich habe in vielen Reden, in vielen Initiativen zum Ausdruck zu bringen versucht, dass wir tatsächlich weiterkommen auf dem Gebiet. Ich darf Sie auch daran erinnern, dass ich schon einen Initiativantrag diesbezüglich gestellt habe – und zwar eingebracht in der Sitzung vom 16.12.2010, also das ist jetzt schon fast drei Jahre her –, wo ich genau das eingebracht habe, was einstmals Schwarz, Blau und Grün gemeinsam definiert haben. Das ist leider Gottes nicht durchgegangen. Auch die GRÜNEN haben dagegen gestimmt, Sie werden es wissen. Das ist nur ein Beispiel von vielen.

Von Diskussionsverweigerung kann auch keine Rede sein. Ich habe von mir aus versucht, das Gespräch zu suchen, und habe auch einen Vorschlag gemacht, der leider Gottes auch nicht angenommen wurde von den Regierungsparteien. Ich hätte mich gefreut, wenn es dazu eine öffentliche Enquete geben könnte, damit wir auf Expertenebene besprechen, was uns da beschäftigt. Das ist ja nicht ganz unwichtig, was uns beschäftigt. Es ist auch in Wahlzeiten, glaube ich, durchaus zulässig, dass man darüber redet. Warum eigentlich nicht in Wahlzeiten? Man könnte es sogar umdrehen, denn gerade in Wahlzeiten gibt es womöglich eine größere Bereitschaft der Öffentlichkeit, sich mit politischen Themen zu befassen. Also insofern ist es auch eine Chance, und ich werfe es der ÖVP nicht vor, dass sie das heute zum Thema gemacht hat. Ganz im Gegenteil.

Meine Damen und Herren! Eines vielleicht auch noch am Rande. Ich habe es nicht selber gehört, aber am Wochenende hat, glaube ich, Klubobfrau Glawischnig von den GRÜNEN in einer Diskussion behauptet, dass die GRÜNEN in Wien Vorbild sind, denn da gibt es schon einen Stadtrechnungshof. Also so weit sind wir noch nicht. Wir werden sehen, ob es einen geben wird. Also sie ist ihrer Zeit voraus, um es freundlich zu sagen. Tatsache ist, wir sind noch nicht so weit. Und ob wir jemals so weit kommen werden, gilt es abzuwarten, meine Damen und Herren.

In diesem Zusammenhang empfiehlt sich auch – weil das ja immer wieder herangezogen wird, auch von den Kollegen von den GRÜNEN – ein Blick in die anderen Bundesländer. Was gibt es dort für Regelungen? Was gibt es da für Möglichkeiten? Was gibt es dort für Bestimmungen? Was gibt es da für Normen? Wir haben das

an und für sich schon erörtert, denn die Diskussion heute ist ja auch nicht neu, dennoch erlaube ich mir, einen kurzen Blick – allzu viel Zeit habe ich nicht mehr – auf andere Bundesländer zu werfen.

Worum geht es? Im Wesentlichen geht es ja auch und in vielen anderen Fragen, die teilweise abgehandelt wurden von der Koalition, teilweise noch nicht zur Zufriedenheit abgehandelt wurden, vor allem um die Prüfkompetenzen. Das ist das Wesentliche, was alle hier beschäftigt und was auch uns beschäftigt. Bei diesen Prüfkompetenzen gibt es sehr wohl Vorbilder in anderen Bundesländern. In Salzburg wird schon bei 25 Prozent Beteiligung des Landes geprüft, ebenso in der Steiermark, oftmals wird aber auch abgestellt auf die Beherrschung. Also wenn die öffentliche Hand ein Unternehmen beherrscht, dann kommt es nicht darauf an, ob sie 40 Prozent, 45 Prozent, 55 Prozent oder 51 Prozent hat, sondern die Beherrschung ist das Entscheidende. Also auch das könnte ein Vorbild sein, wo man sich durchaus bewegen kann.

Ich erspare es Ihnen jetzt – außerdem habe ich nur mehr 40 Sekunden Zeit –, die anderen Bundesländer vorzulesen, aber eines möchte ich hier festhalten, damit das auch klar ist: Wir haben immer gesagt, wir diskutieren selbstverständlich auf jeder Ebene über dieses Thema, wir besprechen das gerne, wir bringen überall gerne unsere Vorschläge ein. Das werden wir auch machen und das machen wir auch. Es ist nur schade, dass es doch relativ lang gebraucht hat, dass man auch von der Koalitionsseite draufgekommen ist, dass das eine Möglichkeit ist. – Danke schön, meine Damen und Herren (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Herr Dipl.-Ing Schicker. Ich erteile es.

Abg Dipl.-Ing Rudi **Schicker** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident!

Ich bin etwas verwundert, verwundert über einen Hauptredner, über einen Einleitungsredner zu dieser Aktuellen Stunde, der die Behauptung aufstellt, mit ihm, mit seiner Partei sei zu den Fragen Stadtrechnungshof nie gesprochen worden. (*Abg Dr Wolfgang Ulm: Nein, das habe ich nicht gesagt!*) Herr Ulm, Sie haben das behauptet gegenüber dem Bürgermeister in der Fragestunde und jetzt bei Ihrer Rede noch einmal. (*Abg Dr Wolfgang Ulm: Nein, nein, so habe ich das nicht gesagt!*)

Das ist unwahr! Herr Ulm, in diesem Fall haben Sie die Unwahrheit gesprochen, denn es gab die Vier-Parteien-Sitzungen, wo wir schon im Jahr 2011 zusammengesessen sind, im Jahr 2012 noch einmal. Dann haben wir uns koalitionär zurückgezogen und haben das Thema innerhalb der Koalition – Sie werden staunen – bereits im August 2012 zum Abschluss gebracht und haben von dort weg noch einmal die Verhandlungen mit der Opposition zur Frage Stadtrechnungshof geführt. Nicht zu Ihrer Zufriedenheit, das kann schon sein, aber zu behaupten, dass die Gespräche von der Regierung nicht gesucht wurden mit Ihnen, das ist vollkommen falsch. (*Abg Mag Wolfgang Ulm: Wir haben den Entwurf einen Tag vorher bekommen!*) Dass Sie als Opposition

das, was Sie sich vorstellen, nicht zu 100 Prozent durchsetzen können, das ist wohl auch klar, sonst würden Sie auf der Regierungsbank sitzen und nicht wir. Das ist der große Unterschied. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ich bin dem Kollegen Aigner sehr dankbar, dass er auf die Tiroler Agrargemeinschaften hingewiesen hat, denn das ist ein eklatantes Beispiel, wie man öffentliches Eigentum, das Eigentum von Gemeinden mit Tricks, mit Untergriffen in private Hände transferiert, wo dann ein paar ganz Reiche herauskommen und über bleiben. Genau das ist die ÖVP dort, wo sie losgelassen ist. Darum bin ich froh, dass Sie hier in Wien nicht auf der Regierungsbank sitzen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Herr Kollege Aigner, Sie liegen nur falsch, wenn Sie behaupten, das sei in Wien genauso. Zeigen Sie mir ein einziges Beispiel, wo das die SPÖ in Wien so gemacht hat! Zeigen Sie mir, wo die SPÖ sich bereichert hat am Allgemeingut! Zeigen Sie mir das! Das werden Sie nicht finden, und da brauchen wir kein Prüfrecht des Stadtrechnungshofes, sondern das ist evident, dass sich hier kein Mitglied der SPÖ – nicht die Partei und natürlich auch nicht die grüne Partei in den letzten drei Jahren – bereichert hat an öffentlichem Gut der Stadt. (*Zwischenrufe bei ÖVP und FPÖ.*)

Das ist bei der ÖVP dort, wo ihre Bürgermeister das nicht im Griff hatten, dort, wo ihre Landesregierung das nicht im Griff hatte, passiert. Und dasselbe passiert dort, wo die ÖVP, die ÖVP und eine Teilgliederung der ÖVP, verantwortlich sind für EU-Förderungen. Da gibt es einen Eingang, der heißt Landeslandwirtschaftskammer oder Bezirkslandwirtschaftskammer, und daneben hängt das Schild „Bauernbund“, und daneben hängt wieder das Schild „Förderungen“, die vergeben werden und dann wiederum der Kontrolle nicht standhalten (*Aufgebrachte Zwischenrufe bei der ÖVP.*), denn da ist Parteienförderung drinnen, Parteienförderung für die ÖVP, auch wenn Sie das nicht hören wollen. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Da geht es um öffentliche Gelder, da geht es um EU-Gelder. Da beraten Sie die Bauern falsch, um dann Geld herauszuholen für die Parteikassen. Das ist Fakt! Schauen Sie sich die Almförderungen an, schauen Sie sich die Bauernförderung an! Da kann man sehen, wie das funktioniert, wie die ÖVP sich bereichert. (*Empörte Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Und dann stellen Sie sich hierher und behaupten, dass die Prüfrechte in dieser Stadt nicht in Ordnung seien! Herr Kollege Ulm, Herr Kollege Neuhuber, Sie beide waren damals schon im Gemeinderat, als diese jetzt gültigen Regelungen für das Kontrollamt der Stadt Wien geschaffen wurden, und zwar im Einklang einer Koalition damals von ÖVP und SPÖ. So viel zu Ihrer Ehrlichkeit, so viel zu Ihrem Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann Ihnen nur sagen, wir haben hier in dieser Stadt, in diesem Bundesland Kontrollrechte geschaffen, die es in anderen Bundesländern überhaupt nicht gibt. Sie haben die Fragemöglichkeit des einzelnen Abgeordneten, Sie haben die Möglichkeit, Prüfansuchen zu stellen, Sie haben die Möglichkeit, Untersuchungskommissionen als Minder-

heitsrecht einzusetzen. Das alles gibt es in anderen Bundesländern nicht.

Daher: Nutzen Sie diese Rechte – Sie tun das ja nicht einmal –, und dann schauen wir, ob es zu wenig ist. Erst dann können wir das feststellen. Aber zeigen Sie nicht immer mit dem Finger auf Wien, wenn Sie eigentlich im eigenen Haus in den anderen Bundesländern das alles erst in Ordnung bringen müssen. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN. – Zahlreiche Rufe bei der ÖVP.)*

Präsident Johann **Herzog**: Eine durchaus lebhafteste Aktuelle Stunde ist somit beendet.

Bevor wir zur Erledigung der Tagesordnung kommen, gebe ich gemäß § 15 Abs 2 im Zusammenhalt mit § 31 Abs 1 der Geschäftsordnung bekannt, dass eine schriftliche Anfrage von Abgeordneten des Klubs der Wiener Freiheitlichen eingelangt ist.

Von den Abgen Mag Gudenus, Mag Jung, Haslinger und Blind wurde ein Antrag an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal betreffend Reform des Wiener Prostitutionsgesetzes 2011 gerichtet. Das Verlangen auf dringliche Behandlung dieses Antrages wurde von der notwendigen Anzahl von Abgeordneten unterzeichnet. Gemäß § 36 Abs 5 der Geschäftsordnung wird die Beantwortung des Dringlichen Antrages vor Schluss der öffentlichen Sitzung erfolgen. Ist diese um 16 Uhr noch nicht beendet, wird die Landtagssitzung zur tagesordnungsgemäßen Behandlung des Dringlichen Antrages unterbrochen.

Die Abgen Valentin, Hufnagl, Holzmann, Karner-Kremser, Nevriy, Mag Spitzer, Mag Maresch, Mag Holdhaus und Walter haben am 27. August 2013 gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend Änderung des Wiener Buschenschankgesetzes, LGBl für Wien Nr 4/1976, zuletzt geändert durch das LGBl für Wien Nr 56/2010, eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss Umwelt zugewiesen.

Die Abgen Ekkamp, Mag Reindl, Dipl-Ing Schicker, Dr Stürzenbecher und Dipl-Ing Margulies haben am 12. September 2013 gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über das Wiener Abgabenorganisationsrecht, das Wiener Verwaltungsabgabengesetz 1985, das Kulturförderungsbeitragsgesetz 2000, das Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren, das Gebrauchsabgabengesetz 1966 und das Vergnügungssteuergesetz 2005 geändert werden - Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz Abgaben, eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke zugewiesen und am 20. September 2013 von der Tagesordnung des Ausschusses abgesetzt.

Die Abgen Ekkamp, Mag Reindl, Dipl-Ing Schicker, Dr Stürzenbecher und Dipl-Ing Margulies haben am 12. September 2013 gemäß § 30b der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend ein Gesetz, mit dem das Gesetz über das Wiener Abgabenorganisationsrecht, das Wiener Verwaltungsabgabengesetz 1985, das Kulturförderungsbeitragsgesetz 2000, das Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren, das Ge-

brauchsabgabengesetz 1966, das Vergnügungssteuergesetz 2005, das Wiener Baumschutzgesetz, das Wiener Abfallwirtschaftsgesetz, das Wiener Garagengesetz 2008 und das Gesetz über das Verwaltungsgericht Wien geändert werden - Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz Abgaben - eingebracht. Dieser Antrag wurde dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaftspolitik und Wiener Stadtwerke zugewiesen und von den Antragstellern am 23. September 2013 zurückgezogen.

Nach Beratung in der Präsidialkonferenz nehme ich folgende Umstellung der Tagesordnung vor: Die Postnummern 1, 2, 4, 3, 5, 6, 7, 8, 9 und 10 werden in dieser genannten Reihenfolge verhandelt. Gegen diese Umreihung wurde kein Einwand erhoben, ich werde daher so vorgehen.

Bevor wir die unter der Postnummer 1 vorgesehene Wahl eines Ersatzmitgliedes des Bundesrates vornehmen, ist über die Art der Abstimmung zu entscheiden. Gemäß § 28 Abs 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag sind Wahlen mittels Stimmzettel vorzunehmen, wenn der Landtag nicht mit Zweidrittelmehrheit anderes beschließt. Ich schlage vor, diese Wahl durch Erheben der Hand vorzunehmen. Ich bitte nun jene Damen und Herren des Landtages, die mit meinem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke, mein Vorschlag ist einstimmig angenommen.

Herr Bundesrat Hans-Jörg Jenewein hat mit 1. Juli 2013 sein an zehnter Stelle gereihtes Mandat im Bundesrat zurückgelegt. Auf dieses Mandat rückte das an gleicher Stelle gereichte Ersatzmitglied, Dr Herbert Madejski, mit Wirkung vom 1. Juli 2013 nach. Der Klub der Wiener Freiheitlichen schlägt als neues Ersatzmitglied für die zehnte Stelle Herrn Hans-Jörg Jenewein zur Wahl vor.

Ich bitte nun jene Damen und Herren des Landtages, die diesem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das ist einstimmig angenommen.

Postnummer 2 der Tagesordnung betrifft den 34. Bericht der Volksanwaltschaft 2012 an den Wiener Landtag.

Es freut mich, die Volksanwälte Dr Gertrude Brinek und Herrn Dr Peter Fichtenbauer begrüßen zu können. *(Allgemeiner Beifall.)* Herr Dr Günther Kräuter ist entschuldigt.

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Frau Abg Ing Leeb zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Volksanwälte! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Verzeihen Sie, dass ich am Anfang noch ganz kurz auf die Vorredner eingehe. Herr Klubobmann Schicker, ich schätze Sie sehr als Mitglied dieses Hauses – er ist jetzt, glaube ich, leider nicht mehr da –, aber diese Rede, die Sie da heute abgelegt haben – sind wir froh, dass es hier noch kein Wahrheitsbarometer gibt – würde ich als einigermaßen kühn bezeichnen.

Und an den Herrn Klubobmann von den GRÜNEN: Ich denke mir seit drei Jahren, jeder hat so seinen eige-

nen Zugang zur Politik, Anstand ist keine Frage des Parteibuches, aber scheinbar haben die GRÜNEN jetzt Hochmut auch zur politischen Kategorie erhoben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ganz zu Beginn möchte ich mich namens meiner Fraktion recht herzlich dafür bedanken, dass Sie heute hier hergekommen sind. Ich möchte mich dafür bedanken, dass wir eine wirklich großartige, kompetente und unbürokratische Zusammenarbeit pflegen. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit, denn eines spürt man bei Ihnen immer: Es ist Ihnen eine Herzensangelegenheit, wenn wir ein Anliegen an Sie herantragen.

Wenn man uns, von der Opposition, des Öfteren schon nicht Glauben schenken mag, so wird doch hoffentlich die Kritik der Volksanwaltschaft, die freilich unsere Kritik in vielen Punkten bestätigt, ernst genommen. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, die schönsten Reden, die größten Inserate nützen nichts, ja oftmals hilft nicht einmal der hier gerne so viel zitierte „Heilige Mercer“, wenn man keine Konsequenzen aus der Kritik zieht. Und die WienerInnen scheinen doch nicht mit allem so zufrieden, wie Sie es uns hier des Öfteren weismachen wollen. Das kann man auch daran ablesen, dass die Beschwerden im vergangenen Jahr wieder einen Höchststand erreicht haben.

Ich habe mir einige Punkte aus dem Bericht herausgenommen, auf die ich jetzt näher eingehen möchte.

Zunächst möchte ich zum Thema Jugendwohlfahrt kommen. Es ist ein Fakt, dass nicht alle Kinder in der Obhut ihrer Eltern groß werden können. Das ist traurige Tatsache, das ist Realität, der wir uns stellen müssen, gerade weil Wien als Großstadt da ein besonderer Pool ist. Aber 14 Jahre für die Umstellung von Heimunterbringung auf Wohngemeinschaften zu brauchen, ist schon ein sehr langer Zeitraum, zumal man über Jahre über die Missstände in manchen Heimen – ich möchte namentlich nur das Heim „Pitten“ herausnehmen – Bescheid wusste. Mit der Heimreform des Jahres 2000 sollte eine Regionalisierung der Fremdunterbringung erfolgen und 1995 wurde damit begonnen, die Wohnplätze für Kinder und Jugendliche aus den Großheimen in Wohngemeinschaften auf ganz Wien zu verteilen. Dennoch, es wird bis Ende 2014 dauern, bis dieses Projekt abgeschlossen ist.

Auch sollte uns zu denken geben, dass man in Wien zwar scheinbar ausreichend Mittel hat, Fahrradwege grün anzustreichen oder der Vizebürgermeisterin auf der Mariahilfer Straße ein Projekt „learning by doing“ zugesteht, das einen zweistelligen – mehr kann man ja dazu noch nicht sagen – Millionenbetrag kosten wird, aber in Wien die Krisenpflege für Säuglinge und Kleinkinder aus ökonomischen Gründen gefährdet ist, wie der Bericht anmerkt. Im Übrigen sind die Inseratenkampagnen des Jugendamtes in diesem Zusammenhang als mehr als entbehrlich zu bezeichnen.

Die Stadt Wien täte gut daran, ihre Prioritäten zu ordnen. Auch das ständige Ausreden auf den Bund – wir haben es ja heute schon vielfach gehört – ist auch im Bericht nachzulesen und mehr als entbehrlich. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn wir uns da permanent auf den Bund und – ich weiß nicht – auf

wen ausreden, entziehen wir uns ja überhaupt der Berechtigung, auf Länderebene tätig zu sein.

Lassen Sie mich nun aber einen zweiten Aspekt des Berichtes aufzeigen, der auch sehr schön zeigt, warum die GRÜNEN ihre eigenen Ideale für die Regierungseteiligung über Bord geworfen haben. Ein Thema, das den GRÜNEN ein Herzensthema war, von dem man jetzt aber gar nichts mehr hört, denn es wird kritisiert, dass es in Wien nach wie vor Netzbetten gibt. In Westösterreich gibt es die seit Langem nicht mehr. Ich darf Sie von den GRÜNEN erinnern, es waren Sie, die damals die schärfsten Kritiker waren. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Die Frau Dr Pilz!*) Die Frau Pilz hat da meiner Ansicht nach auch wirklich konstruktive, sehr gute Arbeit geleistet, nur seit die Frau Pilz nicht mehr da ist: Schweigen im grünen Walde.

Der Umstand ist umso unverständlicher, da es gravierende fachliche Kritik am Gebrauch von Netzbetten gibt und das Antifolterkomitee des Europarates – also nicht irgendjemand – den Einsatz ebendieser als menschenunwürdig klassifiziert, ja selbst in Justizanstalten wurden sie bereits abgeschafft.

Im Rahmen der Untersuchungskommission meinte damals Prof Salize, dass er sich nicht habe vorstellen können, dass es in Österreich so etwas überhaupt noch gäbe, dass es in Wien noch Netzbetten gäbe, sind diese doch im westlichen Ausland so gut wie unbekannt. Außer in Österreich gibt es Netzbetten im Übrigen nur noch in Malta. Patienten beschreiben die Erfahrung, in einem Netzbett eingesperrt zu sein, mit der Erfahrung, in einem Käfig zu sein.

Wieso, liebe GRÜNE, schweigen Sie hier zu diesem handfesten Thema? Es ist eine Schande, und es wird den Wählern wohl eine Lehre sein, wie sich grüne Politiker verhalten, wenn sie denn endlich in Regierungsverantwortung angekommen sind.

Ansprechen möchte ich aber auch das Kapitel der Mindestsicherung, denn auch hier übt die Volksanwaltschaft Kritik. Die Zahl der Wienerinnen und Wiener – und das ist bedauerlich genug –, die Leistungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in Anspruch nehmen, ist, wie allgemein bekannt, kontinuierlich im Steigen. Waren es im Jahr 2010, in dem die Bedarfsorientierte Mindestsicherung eingeführt wurde, insgesamt 106 675 sozialhilfe- und mindestensicherungsbeziehende Personen, so nahmen im Jahr 2011 bereits 129 000 Wienerinnen und Wiener Leistungen der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in Anspruch. Heute stehen wir bei über 140 000. Die Volksanwaltschaft vermochte die Gründe für diesen signifikanten Anstieg natürlich auch nicht abschließend zu beurteilen, allerdings dürfte er, so die Volksanwaltschaft, zum Teil auf die Erhöhung der Mindeststandards und auf die erleichterte Antragstellung zurückzuführen und insoweit durchaus als beabsichtigt angesehen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist eine Selbstverständlichkeit, dass Menschen, die Unterstützung brauchen, diese auch bekommen. Es kann allerdings nicht Ziel einer Kommune sein, dass die Mindestsicherung zur Hängematte verkommt. Die Zahl der Min-

destsicherungsbezieher in Wien verwundert umso mehr, wenn man sie mit Zahlen in anderen Bundesländern vergleicht. Diese von Ihnen so praktizierte Sozialpolitik kostet die Wienerinnen und Wiener jährlich 412 Millionen EUR. Und es sei Ihnen schon auch an dieser Stelle heute ins Stammbuch geschrieben: Die beste Sozialpolitik ist gute Wirtschaftspolitik. Und das besonders auch im Hinblick darauf, dass – wie Sie hier zur Verteidigung gerne anbringen – die Mehrzahl der ausbezahlten Mindestsicherungen sogenannte Aufstockungen sind.

Aber können wir uns bitte einmal die Frage stellen, warum Menschen in Wien kein Auskommen mit dem Einkommen haben. Warum ist das so? Woran liegt das? Kann es vielleicht am geringen Bildungsgrad großer Bevölkerungsteile liegen? Kann es vielleicht daran liegen, dass Wien verfehlte Standortpolitik betreibt? Kann es vielleicht daran liegen, dass wir de facto (*Abg Heinz Hufnagl: Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die der Wirtschaft sehr entgegenkommen!*) keinen Industriestandort mehr haben, dass de facto die Industrie Wien den Rücken gekehrt hat? Tragisch, dass Sie hier auf voller Länge versagt haben.

Wien hat im Bundesländervergleich die höchsten Arbeitslosenzahlen, Betriebsabsiedelungen sind auf der Tagesordnung. Und alleine der Frontalangriff auf den Wirtschaftsstandort, den Sie derzeit im 6. und 7. Bezirk ausüben, wird nicht ohne Folgen bleiben. Umsatzrückgang bedeutet Entlassung von Mitarbeitern, das ist etwas, was Sie sich vielleicht zum Thema Mariahilfer Straße gar nicht überlegt haben. Und was in der Mariahilfer Straße traurige Fortsetzung erfährt, hat mit den Gebührenerhöhungen begonnen, ist über das Parkpickerl weitergegangen und findet jetzt eben die Fortsetzung in Ihrer ideologisch besetzten Verkehrspolitik. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man muss sich als Stadt, als Land schon sehr genau überlegen, ob man in wirtschaftlich schwierigen Zeiten den Standort zusätzlich belastet, durch Gebührenerhöhungen, durch Verkehrsmaßnahmen, oder ob man schaut, dass man die Unternehmer in der Stadt hält, dass man ihnen eine Zukunft gibt und dass man ihnen Perspektive bietet. Wir haben leider in Wien ein Triple-B-Problem, das heißt: Belasten, Behindern, Bevormunden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Auch auf das Thema Wiener Wohnen möchte ich kurz eingehen. Es fehlt an vielem bei Wiener Wohnen, aber woran es auch fehlt, ist ein Masterplan für barrierefreies Wohnen. Wie Sie wissen, ist das ein Thema, zu dem sich Österreich vertraglich auch verpflichtet hat. Und angesichts der steigenden Lebenserwartung der WienerInnen ist die Aussage des Magistrats keine Beruhigung, die Wohnungen dann nach Bedarf zu adaptieren. Außerdem ist gerade in diesem Zusammenhang auch zu bemerken, dass es höchst an der Zeit ist, auch das Weitergaberecht für barrierefreie Wohnungen zu evaluieren und gegebenenfalls anzupassen.

Damit komme ich zum Schluss. Es wäre, wie bereits angesprochen, wünschenswert, wenn die Berichte der Volksanwaltschaft nicht ohne Folgen blieben. Die Bau-

stellen werden nicht geringer oder verschwinden, wenn man sie aussitzt oder negiert, das zeigt auch die stetig steigende Zahl der Beschwerden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vor zwei Jahren hat hier zu diesem Thema der Kollege Stürzenbecher gesprochen. Und das passt heute so schön hinein, denn wir haben sehr viel über Transparenz gesprochen, über den Stadtrechnungshof, über Kontrollrechte, über systemische Webfehler – sehr schönes Wort. Der Herr Stürzenbecher hat vor zwei Jahren hier gesagt, dass eine Arbeitsgruppe die Kontrollkompetenz der Volksanwaltschaft prüfen wird, um auch die zu 100 Prozent ausgegliederten Betriebe für die Volksanwaltschaft leichter prüfbar zu machen. Ich sehe den Herrn Stürzenbecher jetzt gerade nicht. Ich weiß nicht, prüft ihr es noch? Wir haben zumindest nichts gehört, die Volksanwaltschaft auch nicht, aber gerade bei ausgegliederten Betrieben, wie zum Beispiel bei den Friedhöfen, ist die Volksanwaltschaft auch heute nicht mehr als ein Bittsteller und auf das Wohlwollen der angesprochenen Stellen angewiesen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Herr Kollege Niedermühlbichler hat es im Juni gesagt: Bürger haben Recht auf Kontrolle, und zwar in allen Bereichen der Stadt, auch in ausgegliederten. Nehmen Sie sich das zu Herzen, werden Sie tätig, denn das ist dann echte Bürgerbeteiligung.

In diesem Sinn bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit, bedanke mich noch einmal bei den Volksanwälten und freue mich auf weitere gute Zusammenarbeit. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Frau Abg Hebein. Ich erteile es ihr.

Abg Birgit **Hebein** (*Grüner Klub im Rathaus*): Werter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Volksanwältin! Sehr geehrter Herr Volksanwalt!

Auch im Namen meiner Fraktion, der GRÜNEN, möchte ich mich ausdrücklich für Ihre Arbeit recht herzlich bedanken.

Ich habe mir das genauer angeschaut. Sie haben 2012 9 300 Prüffälle abgeschlossen, das waren tatsächlich um 10 Prozent mehr als im Jahr davor. Davon gab es 16 Prozent Missstandsfeststellungen. Auch die nachprüfende Kontrolle ist unverändert. Es gab 15 600 Beschwerden, das heißt, durchschnittlich 63 pro Arbeitstag. Eine beeindruckende Statistik. Aber dazu kommt noch, dass Sie seit Juni 2012 einen neuen Auftrag haben, Ihr Arbeitsbereich erweitert worden ist, das heißt, Sie müssen oder können in öffentlichen und privaten Einrichtungen Freiheitsbeschränkungen überprüfen. Das heißt, Sie untersuchen die UN-Menschenrechtsverträge, und das halte ich für einen elementar wichtigen Aufgabenbereich. Sie überprüfen zusätzlich Einrichtungen der Menschen mit Behinderung, damit es auch hier zu keinerlei Ausbrü- tung, Gewalt und Missbrauch kommt.

Wie Ihr Bericht sehr anschaulich zeigt, haben Sie letztes Jahr, vor allem im ersten halben Jahr, sehr viel Zeit damit verbracht, auch Ihre gesamte Struktur neu zu gestalten. Es gibt sechs Kommissionen, den Menschenrechtsbeirat, Sie arbeiten sehr eng mit Exper-

ten/Expertinnen, auch aus dem NGO-Bereich, zusammen, machen Veranstaltungen, sind international vernetzt und dabei sehr bürgernah.

Ich möchte – weil ich es sehr spannend finde – hier ein paar Bereiche thematisieren. Sie haben mit größtenteils unangekündigten Besuchen in den Justizanstalten begonnen. Das ist sehr aktuell, denn hier hat es in den letzten Wochen und Monaten auch verheerende Einzelschicksale gegeben, und das wird von Ihnen untermauert. Sie untermauern, dass es zu wenig Personal gibt, oder Sie untermauern konkret, dass zu wenige Ärzte vor Ort sind und dass die medizinische Versorgung hier zumindest ausgebaut werden muss. Sie haben auch Polizeieinrichtungen kontrolliert aufgesucht, so unter anderem die Schubhaft, und auch dort sehr konkrete Vorschläge gemacht, wie man unbedingt die Rahmenbedingungen vor Ort verändern muss.

Es ist auch sehr spannend – und da möchte ich gerne einen aktuellen Bezug herstellen, denn wir haben ja heute noch eine Diskussion zum Thema Prostitution und Sexarbeit –, dass Sie, ausgehend von Klagenfurt, ein Einzelschicksal zum Thema „Schutz vor Opfern des Menschenhandels“ thematisiert haben. Das halte ich für elementar wichtig, weil wir auch hier in Wien vor großen Herausforderungen stehen. Ich habe es schon vor drei Jahren thematisiert, ich mache es immer wieder: Ich halte es wirklich für fatal und für eine völlige Unachtsamkeit des Innenministeriums, dass wir hier nicht den Opferschutz ausbauen und dass die Kriminalabteilung für Menschenhandel mit sechs Personen arbeiten muss, und das in einer Großstadt wie Wien. Sie untermauern das mit dem Einzelschicksal aus Klagenfurt.

Sie haben sich auch sehr genau die Asylsituation angeschaut, die Betreuungseinrichtungen der AsylwerberInnen. Da halte ich es auch für ganz wichtig, dass hier die Frage geklärt oder überprüft wird, ob Einrichtungen tatsächlich Orte der Freiheitsentziehung sein können und dürfen – Stichwort Saualm.

Das sind alles Themenbereiche, die niemandem angenehm sind, über die niemand gern redet, aber hier geht es um Menschen, Menschenrechte und Menschenwürde. Sie sehen auch einen dringenden Handlungsbedarf bei unbegleiteten Minderjährigen. Hier stellen Sie fest, dass es an sozialpädagogischen Konzepten, an Therapie und an Personal fehlt.

Ein sehr heikler Punkt, der auch durch Ihre Berichte wieder verstärkt politisch thematisiert wird und den ich für außerordentlich notwendig finde, ist die Frage, wie psychisch kranke junge Menschen untergebracht werden und welche Wahlversorgung und Wahlfreiheit es hier gibt, bis hin zur Sachwalterschaft, die auch grundsätzlich verändert werden muss. Sie haben sich auch angeschaut, wie das mit den Abschiebungen funktioniert. Sie kritisieren hier zu Recht das, was NGOs schon lange kritisieren, den Verein Menschenrechte Österreichs, auch aus dem Innenministerium, wo Sie als Experten/Expertinnen sogar Schwierigkeiten hatten, überhaupt den Zutritt zu Flugzeugen zu erhalten. Sie haben auch am Schicksal einer Familie, einer Asylwerberin mit Kindern festgestellt, dass hier ärztliche Hilfe fehlt.

Jetzt komme ich zur nachprüfenden Kontrolle. Ja, es gibt hier Punkte, die auch Wien betreffen: das Krisenzentrum, Wilhelminenberg, Pflegeeltern, Pfleregeregung. Ich finde das sehr gut, denn es untermauert genau das, was auch StR Oxonitsch schon länger macht, mit einer neuen Säule im Jugendamt vor allem bei Pflegekindern in Pflegeeltern zu investieren. Das ist wichtig, hier geht es um Kinder, hier geht es um Menschenschicksale in sehr schwierigen Situationen.

Sie haben sich auch die Grundversorgung in Wien angeschaut. Es sind sicher auch Empfehlungen dabei, die wir verstärkt berücksichtigen müssen. Da ist es mir aber auch politisch sehr wichtig festzuhalten, dass Wien im Umgang mit Asylwerbern und Asylwerberinnen, die einen negativen Bescheid haben, menschlicher umgeht als viele andere Bundesländer: Die Flüchtlinge bleiben trotz negativen Bescheids in der Grundversorgung. – Sollen wir sie denn auf die Straße schicken? – Auch hier zeigt Wien Menschlichkeit.

Jetzt verlasse ich ein Stück weit die Sachlichkeit und begrüße auch die neuen Gäste. Wir reden hier vom Volksanwaltsbericht, eine sehr wichtige Einrichtung, mit der wir politisch immer wieder kooperieren und verstärkt kooperieren müssen. Wir haben die Vorrednerin von der ÖVP gehört, die auch diesen Bericht zum Anlass genommen hat, um über die Mindestsicherung zu sprechen. Ich weiß, man soll hier sehr gelassen sein, sehr sachlich bleiben, aber ich sage es noch einmal: Ich finde es absolut schäbig von der ÖVP, einen Bericht zu nehmen, in dem über Einzelschicksale in der Mindestsicherung berichtet wird – die zu lange warten haben müssen, in dem dezidiert festgehalten wird, dass die MitarbeiterInnen der MA 40 extrem bemüht sind –, und diese Einzelschicksale zum Anlass zu nehmen, um noch einmal gegen arme Menschen in der Stadt vorzugehen, um noch einmal zu betonen, dass die Mindestsicherung in Wien zu lasch gehandhabt wird, weil es ja steigende Zahlen bei der Armut gibt. Ich finde das – und das sage ich in aller Deutlichkeit – schäbig. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Sie schaffen es, von der Mindestsicherung, von den Einzelschicksalen herzugehen, die Verkehrspolitik mit der Mariahilfer Straße völlig wirr ins Spiel zu bringen, und es ist so offensichtlich, dass es Ihnen in keinsten Weise um die Menschen geht. In keinsten Weise. Und dann trauen Sie sich noch – ich weiß es nicht, ob es Mut ist oder ob die Schamgrenze fällt – zu fragen, ob es nicht vielleicht am Bildungssystem liegt. Da denke ich mir, bist du narrisch, seit Jahren wird verhandelt, verhandelt, damit endlich in diesem Land in Bildungsfragen etwas weitergeht. Wer blockiert? – Die ÖVP, und dann setzt sie sich hier her und sagt, bei der Bildung sollten wir schon etwas tun. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)* Wissen Sie was, bei allem Verständnis zum Wahlkampf, den Bericht der Volksanwaltschaft herzunehmen und noch einmal gegen Armut zu polemisieren, finde ich schlichtweg nicht in Ordnung.

Ich bedanke mich recht herzlich bei der Volksanwaltschaft für die Arbeit. Es ist wichtig und richtig, immer dahinter zu schauen, dass hinter all den Zahlen, hinter all

den Einzelschicksalen Menschen stehen. Und unsere politische Aufgabe ist es, das wahrzunehmen und das System so menschenwürdig wie möglich zu verbessern. Ich danke Ihnen noch einmal für Ihre Arbeit. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Es freut mich, im Rahmen unserer heutigen Landtagssitzung eine Seniorengruppe aus Wangen im Allgäu, aus der Bundesrepublik Deutschland begrüßen zu dürfen. Wir freuen uns sehr über Ihren Besuch und wünschen einen schönen Aufenthalt in Wien. *(Allgemeiner Beifall.)*

Zu Wort gemeldet ist Herr Abg Ing Rösch. Ich erteile es ihm.

Abg Ing Bernhard **Rösch** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Dr Brinek! Sehr geehrter Herr Dr Fichtenbauer! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen!

Dieses Mindestsicherungstänzchen von der Frau Hebein habe ich jetzt nicht ganz verstanden. Völlige Entzückung zu einem Thema, das in Wirklichkeit ein sehr ernstes ist. Aber bei den GRÜNEN ist halt manches ein bisschen anders, und die GRÜNEN haben sie halt gern, die Zukunftsvision Mindestsicherung: Alle in die Mindestsicherung, da können wir das, was noch über geblieben ist, in Almosen ausgeben. Und derjenige, der brav ist, kriegt halt dann Almosen, und derjenige, der nicht brav ist, muss halt schauen, wo er bleibt. Aber das sind wir von den GRÜNEN gewohnt.

Ich möchte an und für sich zum Bericht der Volksanwaltschaft zurückkommen. Da möchte ich mich im Namen der Freiheitlichen Fraktion für diese ausgezeichnete Leistung herzlich bedanken, für diese Übersicht. Auch beim Büro möchte ich mich dafür bedanken, dass wir diesen Bericht bekommen haben, der an und für sich sehr viel aussagt, sehr viel durchleuchtet und weite Einblicke gibt.

Wie schon betont, gibt es eine Steigerung von 10 Prozent. Ich glaube, dass diese Zahl noch eine sehr geringe ist, denn das, was wir heute an Beschwerden, an Anregungen bekommen, ist ein Vielfaches. Es gibt halt noch immer die Schwelle, letztendlich zur Volksanwaltschaft zu gehen, denn wenn man sich einmal mit Wiener Wohnen oder mit sonstigen anderen Institutionen des öffentlichen Dienstes auseinandergesetzt hat, bei denen man nicht weiterkommt, dann gibt man meistens schon auf, auch weil einem meistens das Geld fehlt, das Recht durchzusetzen. Und dann fehlt manchen wahrscheinlich auch das Wissen, dass es den Volksanwalt gibt, der einem da vielleicht weiterhelfen könnte.

Ich gehe nun auf ein paar Beispiele ein. Zunächst auf den Bericht, wo es auch um eine Kindergärtnerin gegangen ist, die ohne Vorwarnung gekündigt wurde, die krank geworden ist, die ein Burn-out gehabt hat und bei der man einfach gesagt hat: Die laschiert, die schmeißen wir hinaus. Da hat sich die Volksanwaltschaft vorbildlich eingesetzt. Aber wir kennen aus dem Alltag so viele Beispiele aus dem öffentlichen Dienst, wo sogar die FSG selber unterschrieben hat, dass zum Beispiel Personalvertreter gekündigt wurden, die Sie dann durch Gerichtsverhandlungen wieder aufnehmen haben müssen, die

heute noch im öffentlichen Dienst sind und mittlerweile wieder schikaniert werden. Daher zeigt dieser Einzelfall an und für sich nur auf, dass es das gibt, es gibt aber deren viele Beispiele. Vielleicht können wir mit diesen Leuten, die da zu uns kommen, zur Volksanwaltschaft gehen und diese Brücken schlagen, damit man dann auch einmal eine Möglichkeit hat zu verifizieren, wie viele Menschen das denn sind. Diese 924 Personen sind ja wirklich ein ganz geringer Anteil, der sich das getraut hat.

Dann habe ich im Bericht zum Beispiel auch die traurige Sache gesehen, dass es keine Verständigung von Angehörigen im Todesfall gibt. Ich hoffe, dass das nicht zu oft vorkommt, dass plötzlich jemand nach einem Unfall beerdigt wird und man kommt dann erst drauf, wenn schon alles vollzogen wurde. Da gibt es wirklich ganz einfach Strukturfehler, die aber auch aufgezeichnet wurden.

Zur Mindestsicherung muss ich sagen, dass wir schon 2011 gesehen haben, dass es 20 Prozent Anstieg gegeben hat. Ich unterstreiche das, diese 20 Prozent Anstieg sind zu viel. Aber nicht, weil man zu viel auszahlt, wenn jetzt Österreicher wirklich bedürftig sind. Denn wenn diese bedürftig sind, muss man schauen, wo die Schuld liegt. Entweder haben Politiker Schuld, die es zulassen, dass immer mehr Leute in Armut kommen – denn immer alles auf die internationale Krise auszudehnen und zu betonen, dass man dafür nichts kann, das ist billig, das verhöhnt die Leute, die in Armut leben müssen. Armut erzeugen wir im eigenen Land selbst, weil wir ganz einfach entweder zu niedere Löhne haben, zu hohe Steuern haben oder sonst irgendetwas. Aber das wissen wir, das brauche ich Ihnen nicht erzählen, weil Sie lange genug in der Politik sind. Bei diesen Mindestsicherungsbeziehern muss man halt dann genauer hinschauen. Und dieses genauere Hinschauen würde ich mir von der Volksanwaltschaft auch wünschen, denn eine Analyse habe ich da drinnen nicht gefunden. Es wäre für uns alle interessant, woher denn die vermehrten Prozentsätze kommen. Ziehen wir wirklich Mindestsicherungsbezieher aus dem Ausland an – das kann nur die GRÜNEN erfreuen, wenn wir dann praktisch einen Mindestsicherungstourismus hätten. Aber es würde uns auch freuen, wenn wir sagen könnten, nein, das ist nicht so, weil wir die Steigerungen der Mindestsicherungsbezieher, diese verbannten Zahlen aus dem und dem Grund haben. Denn dann könnten wir das zielgerichtet bekämpfen, sodass diese Leute durch Arbeit genug verdienen und nicht zu irgendeinem Magistrat oder zum AMS betteln gehen und lange Wege durchlaufen müssen, die wirklich demütigend sind.

Dann habe ich noch einen Bericht über Kostentragung für Rettungseinsätze gesehen. Dadurch, dass wir jetzt immer mehr einsparen – und wo spart man ein, wenn aus einem Budget überall das Geld herausrinnt, weil man einfach nicht bedacht hat, dass man das Budget ordentlich führt – spart man halt, und das geht am schnellsten bei sozialen Ausgaben, und da wird auch bei der Rettung ein bisschen eingespart. Und dann kommt es zum Beispiel zu einem Fall, der da nicht drinsteht, aber dazu passt: Ein Jugendlicher, zehn Jahre,

hat Bauchschmerzen. Die Eltern haben ihn in die Obhut der Großeltern übergeben, weil sie irgendwohin wollten oder mussten. Die Großeltern fragen sich, wie es dem Kind geht, ob es ernst ist oder nicht. Und nachdem das nach einer halben Stunde nicht besser ist und der Jugendliche wirklich Bauchkrämpfe hat, rufen die Großeltern die Rettung. Diese nimmt das Kind mit in das Spital. Dort wird festgestellt, dass das in Wirklichkeit etwas ganz Harmloses und keine Krankheit ist. Deswegen schreibt natürlich dann die Rettung den Eltern, die ja nicht einmal dabei waren, vor, diesen Rettungseinsatz zu zahlen. – Und da muss ich ganz ehrlich sagen: Jetzt alle zu Medizinerinnen auszubilden, die im Vorhinein schon feststellen können, ob das ein oder kein Akutfall für die Rettung ist, ist ganz einfach eine Zumutung für die Wienerinnen und Wiener.

Weil es hier dazu passt, der Bericht über die versehentliche Delogierung, die Gott sei Dank auch gut ausgegangen ist, wurde sehr gut ausgeführt. Nicht so gut wie für eine behinderte Frau, die – wenn man heute die größte Tageszeitung hernimmt – von ihrem Umfeld an und für sich als tadellos bezeichnet wird, gegen die es allerdings eine Unterschriftenliste einiger weniger gegeben hat, die zum Teil aber sagen, dass sie das in Wirklichkeit gar nicht so gemeint haben. Die wurden aber auch gar nicht mehr befragt oder vorgeladen, sondern da hat Wiener Wohnen dann ganz einfach gesagt, das geht nicht mehr, die ist draußen, die behinderte Frau, die soll sich um eine neue Wohnung umschauchen.

Daran sieht man, wie sozial Wien ist und wie wichtig die Volksanwaltschaft und dieses Instrument der Volksanwaltschaft sind. Ich würde mir noch viel mehr Kontrolle wünschen, da das sehr wichtig ist, und ich kann der Volksanwältin und dem Volksanwalt nur viel Erfolg wünschen, denn dann ist es gut für Wien. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Frau Abg Mag Ramskogler. Ich ersuche darum.

Abg Mag Sonja **Ramskogler** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Volksanwältin! Sehr geehrter Volksanwalt! Liebe MitarbeiterInnen der Volksanwaltschaft! Sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Zuerst einmal möchte ich mich namens meiner Fraktion natürlich auch für den Volksanwaltschaftsbericht 2012 sehr herzlich bedanken. Im Nachhinein auch noch meine allerliebsten Grüße an den Herrn Dr Kostelka und die Frau Mag Stoisits, die ja auch noch maßgeblich beim Bericht 2012 mitgeschrieben und mitgearbeitet haben. Einen schönen Gruß in diese Richtung.

Das Neue beim Volksanwaltschaftsbericht 2012 ist in erster Linie die neue Aufgabenstellung an die Volksanwaltschaft seit 1. Juli 2012, mit der ja ein sehr großer Aspekt auf präventive Kontrolle gerichtet wurde. Diese präventive Kontrolle hat mit einer großen Umstrukturierung gestartet, auch mit einem höheren budgetären Rahmen, mit einem Budget-Plus von 1,9 Millionen EUR, damit die Volksanwaltschaft diese Aufgaben erfüllen kann.

Was sind denn diese präventiven Aufgaben? In der Volksanwaltschaft wurden – die Frau Kollegin Hebein ist schon darauf eingegangen, aber mir ist es ein großes und wichtiges Anliegen –, nun neu und von neuer Perspektive zu sehen, zusätzlich sechs Kommissionen eingerichtet. Die Volksanwaltschaft ist daher unter anderem auch dafür zuständig, Kontrollgänge in Einrichtungen durchzuführen. Kontrollgänge in Einrichtungen hat zuvor etwa die Strafvollzugskommission gemacht, wo auch die Kollegin Frank – und sie hat jetzt gleich das Stichwort der Strafvollzugskommission – immer eine treue Begleiterin unserer Kommission war, die, neben meiner Wenigkeit, mit dem Herrn Abg Schuster, aber auch mit Barbara Novak im Laufe von fünf, sechs, sieben Jahren alle Strafvollzugsanstalten dieser Stadt regelmäßig besucht hat.

Von dieser Stelle kann ich heute zum ersten Mal auch sagen, dass diese Justizanstalten, die wir hier in Wien haben, differenziert zu betrachten sind. Denn wegen unseres Eides an das Ministerium konnten wir natürlich auch nicht öffentlich über das, was wir gesehen und gefühlt haben, über das, was wir vor Ort festgestellt haben, sprechen. Es gab Protokolle der Strafvollzugskommission, die immer wieder wirkliche Missstände aufgezeigt haben. Diese Protokolle sind durch meine Kommissionsmitglieder bestätigt, diese Protokolle lagen und liegen dem Bundesministerium für Justiz vor und diese Protokolle sind zur Kenntnis genommen worden.

Jetzt sehe ich auch im Volksanwaltschaftsbericht bereits erste Besuche der Kommissionen, die jetzt nicht mehr die Strafvollzugskommissionen in unserer Person sind. Auch hier kommen ebenso, insbesondere bei der Justizanstalt, dementsprechende Umstände an den Tag, wie zum Beispiel, dass nach wie vor zu wenig Justizwachebeamte für einzelne Bereiche zuständig sind. Ich kann nur aus unserer Erfahrung sprechen – schon lange bekannt und nicht gehandelt. Zum anderen wurde schon lange darauf hingewiesen, und wir alle aus meiner Fraktion haben dagegen gekämpft, dass in der Rüdengasse der Jugendgerichtshof damals unter schwarz-blauer Regierung geschlossen wurde. Und das ist ein Skandal. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Sehr geehrte Damen und Herren, denn auch das ist zur Kenntnis zu nehmen, dass jugendliche Strafgefangene, wie sie jetzt in der Justizanstalt Josefstadt angehalten werden und wie unter Beaufsichtigung oder Kontrolleinsicht der Strafvollzugskommission immer zu Protokoll gebracht wurde, zu wenig Räumlichkeiten haben, dass die Bildungsmöglichkeiten katastrophal sind und dass die Einschlusszeiten zu hoch sind. Die vorgefallenen Fälle, wie sie in der Vergangenheit auftraten, finden sich unter anderem jetzt wieder in diesem Volksanwaltschaftsbericht, in dem festgehalten wird, dass eben die Einschlusszeiten zu hoch sind, dass es eben zu wenige Justizwachebeamte und zu wenige Ausbildungsmöglichkeiten gibt.

Sehr geehrte Damen und Herren, wo ist der neue Jugendgerichtshof? Wo ist ein neues Strafvollzugsgefängnis? Wo ist ein neues Gesetz? Wo ist dementsprechend etwas, damit in diese Richtung etwas gemacht

wird? Danke auch hier der Volksanwaltschaft, dass sie hier weiter unterstützend in eine gemeinsame Richtung gehen wird – und da geht es auch um die Obsorge für die Straffälligen, da geht es darum, dass jeder Skandal dann von jeder Partei sofort aufgegriffen wird, obwohl es schon lange Hinweise gibt, dahin gehend etwas zu ändern.

Lassen sie mich weiter noch zum Volksanwaltschaftsbericht Folgendes sagen: Zum einen möchte ich unterstützen, dass diese präventive Kontrolle der Volksanwaltschaft noch auf weitere wichtige Einrichtungen ausgedehnt wird, wie zum Beispiel auf geriatrische Zentren, Behinderteneinrichtungen, aber natürlich auch – und ich nehme hier einen ganz einen wichtigen Aspekt heraus – auf die Psychiatrie. Wir haben es heute gehört, Alois Stacher war jener, der die Psychiatriereform in Gang gesetzt und darauf geachtet hat, dass es menschenwürdig zugehen soll. Eines der Hauptkapitel, die hier auch beschrieben wurden, wurde im psychiatrischen Bereich gesehen, unter anderem sprechen wir über das -medizinisch genannte - Patientenintensivbett. Denn das sogenannte Netzbett heißt nämlich Patientenintensivbett. Und solche Betten gibt es in Wien, keine Frage. Solche Betten gibt es auf der Forensik, also auch im Justizbereich, solche Betten gibt es auf einer Psychiatrie.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe schon im Gesundheits- und Sozialausschuss gesagt, dass ich es nicht als erforderlich sehe, dass von der politischen Seite in eine Behandlung nach dem State of the Art im psychiatrischen Bereich eingegriffen wird. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass sich die Frau Dr Laschan oder der Herr Dr Frigo, genau so wenig wie ich als Psychologin, von der Politik gerne die Art und Weise der Behandlungsform meiner Patienten vorschreiben lassen. Und genau das ist der Punkt. Die Psychiatrische Gesellschaft in Wien ist der Meinung, dass das Patientenintensivbett bei einer dementsprechenden Diagnose durchaus zur Anwendung kommen kann. Und dazu stehen wir auch, das finden wir auch in Ordnung. Daher möchte ich diese Aussage von dieser Seite auch noch einmal treffen, dass eine Diskussion politisch nichts verloren hat, wenn es um Behandlungsmöglichkeiten von Patienten geht, die Experten dementsprechend setzen.

Ein weiterer Schwerpunkt des Volksanwaltschaftsberichts, auf den ich noch eingehen möchte, ist unter anderem die Jugendwohlfahrt. Hier möchte ich darauf hinweisen, dass es in erster Linie um das Krisenzentrum Drehscheibe gegangen ist. Ein Krisenzentrum, in dem minderjährige AsylwerberInnen aufgenommen werden, um deren Grundversorgung zu gewährleisten. Hier gibt es eine Überlastung, das hat dank der Volksanwaltschaft auch die MA 11 so gesehen, und es ist auch reagiert worden. Daher ist es ganz, ganz wichtig, dass uns die Volksanwaltschaft diese Berichte vorlegt, damit wir dadurch gemeinsam Verbesserungen herbeiführen können, wenn es darum geht, Menschen zu helfen, die Hilfe brauchen. Im Bereich der Grundversorgungen, wo zur Zeit gemeinsam mit dem FSW und der MA 11 das Krisenzentrum Drehscheibe ausgebaut wird, wird es in Zukunft 100 Plätze in der Ruckergasse in Meidling ge-

ben, wo sich über 7 SozialpädagogInnen – 5 im Wechseldienst – sowie Zivildienst- und WirtschaftshelferInnen um jene Jugendliche kümmern werden, die einen Asylbescheid bekommen haben. Es wird dementsprechend auch eine Verdoppelung der Fläche geben. Man muss auch sagen, dass etwa 30 minderjährige AsylwerberInnen bereits in Wohngemeinschaften der MA 11 untergebracht und betreut sind.

Ein anderer schon angesprochener Punkt ist die Grundversorgung. Hier wurde auch von der Volksanwaltschaft aufgezeigt, dass es eine andere Meinung auch von der Volksanwaltschaft gibt, wenn es um die Hoheitsverwaltung geht. Hier muss man aber sagen, dass wir insbesondere hier im Landtag beschlossen haben – Grundversorgungsvereinbarung nach Art 15a –, dass wir auch Personen, die einen rechtskräftig negativen Asylbescheid haben und noch im Land sind, eine Grundversorgung zukommen lassen. Das hat natürlich humanitäre Gründe, aber es hat natürlich auch einen Kriminalitätspräventivcharakter. Das heißt, man will Leute nicht ohne Versorgung lassen, denn sonst sind sie möglicherweise gezwungen, kriminell zu sein.

Dazu ist noch zu sagen, dass wir uns in Wien dazu bekennen, Menschen unterstützend zur Hilfe zu gehen. (*Abg Ing Isabella Leeb: Zu eilen!*) – Danke schön. Danke schön von der Seite. Der große Unterschied bei dieser politischen Auseinandersetzung ist immer der, und das zeigt auch dieser Spruch: Geht's der Wirtschaft gut, geht's den Menschen gut. – Der sagt so viel aus. Es geht nämlich nicht darum, wie es der Wirtschaft an sich geht, sondern darum, wie es den Menschen geht. Das hat auch unser Bundeskanzler gestern wieder gut gesagt. Es geht darum: Geht's den Menschen gut, dann geht's der Gesellschaft gut. (*Zwischenruf von Abg Ing Isabella Leeb.*) – Ich weiß, was er gesagt hat, Frau Kollegin. Er hat gesagt: Geht's der Wirtschaft gut. Ich sage hier: Geht's den Menschen gut, geht's der Gesellschaft gut. Was bedeutet ... (*Zwischenruf von Abg Mag Wolfgang Jung.*) – Wir könnten jetzt darüber philosophieren, Herr Kollege Jung, aber dafür ist mir die Zeit zu schade.

Der große politische Unterschied, der immer wieder hervortritt – und die Kollegin Hebein von den GRÜNEN hat es auch wieder sehr emotional dargestellt –, ist, dass man einen sehr pragmatischen Zugang und einen Zugang zur Wirtschaft haben kann, der wichtig ist, keine Frage. Und wer was in den Vordergrund stellt, je nachdem, wo die politischen Prioritäten liegen, sieht man ja jetzt auch in diesem Wahlkampf ganz gut. Die Priorität der Sozialdemokratischen Partei – und das nicht erst seit Alois Stacher, sondern schon viel, viel länger – ist, dass es darum geht, die Menschen in den Vordergrund zu stellen. Deshalb gibt's auch eine Grundversorgung, deshalb gewährleisten wir auch eine Grundversorgung, deshalb gibt es auch eine Mindestsicherung, deshalb setzen wir uns auch für die Mindestsicherung ein. Und wir lassen uns das nicht ständig über einen Kamm scheeren mit: Nein, es ist die Bildung, die es ausmacht, es ist die Wirtschaft, die es ausmacht, oder es ist eine Verkehrspolitik, die es ausmacht.

Sehr geehrte Damen und Herren, es geht in erster

Linie um die Menschen. Und es ist ein Affront, wenn die FPÖ auf ihre Plakate „Liebe“ und „Nächstenliebe“ schreibt. Denn das wäre etwas Menschliches, aber mit dem haben Sie leider überhaupt nichts zu tun. *(Abg Ing Bernhard Rösch: Das sagt die Psychologin!)*

Lassen Sie mich auch noch von dieser Seite sagen, dass wir im Bereich der Grundversorgung über 150 Prozent erfüllen. Was bedeutet das im Vergleich zu Niederösterreich mit 80 Prozent? Niederösterreich wird immer wieder gelobt, dass es auch sehr menschnahe ist, aber es ist das Bundesland, das sich am geringsten um die Grundversorgung kümmert. Die große Frage ist: Was steht da jetzt im Vordergrund? Ist es eher die Macht, oder ist Ihnen das gleichgültig, wenn jemand keine Mittel hat, um sich zu rühren? Ich weiß es nicht. Wien ist es wichtig, dass die Grundversorgung über 150 Prozent erfüllt wird, und darauf können wir auch stolz sein. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Um noch einmal abschließend ganz kurz auf den Herrn Rösch einzugehen, der das Beispiel mit den Kosten für den Rettungseinsatz gebracht hat: Ich bin ganz bei Ihnen, dass nicht jeder Mediziner sein kann. Es kann auch nicht jeder ein Psychologe sein. Das ist so. Es ist nicht möglich, dass alle Mediziner oder Psychologen sind. Aber was zum Beispiel die Volksanwaltschaft ganz klar macht und wo ich der Meinung bin, dass die MA 70 in der Rechtfertigung und in der Stellungnahme durchaus recht hat, ist, wenn zum Beispiel eine Patientin, die einen starken Husten hat und deshalb das Haus nicht verlassen möchte, bei der Rettung anruft und diese, wenn sie kommt, fragt, ob sie ein Hustenmittel hat, und dann, wenn die Rettung das verneint, weil sie keine Medikamente mit sich führt, diese dann der Wohnung verweist. *(Abg Ing Bernhard Rösch: Das wurde früher auch schon nicht bezahlt, auch bei Alkoholikern nicht!)* In diesem Fall wurde der Frau dann die Rechnung für den Kostenersatz des Rettungseinsatzes geschickt. Da gehen wir, glaube ich, d'accord. Aber das sind genau diese Angelegenheiten, wo wir jetzt darüber diskutieren können, ob, wenn Menschen die Rettung holen, es tatsächlich ein Notfall ist oder eine Angelegenheit einer anderen Konstitution, in der sich manche Menschen befinden.

Abschließend möchte ich der Volksanwaltschaft recht herzlich danken. Für die Zukunft und für die neue Aufgaben durch die Umstrukturierung alles Gute, gutes Gelingen. Danke, dass Sie hier zu uns gekommen sind. Toi toi und gute Zusammenarbeit für die Zukunft. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zu Wort gemeldet ist Herr Abg Seidl. Ich erteile es ihm.

Abg Wolfgang **Seidl** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Herr Präsident! Sehr geehrte Volksanwälte! Meine Damen und Herren,!

Zunächst einmal natürlich auch im Namen der Wiener Freiheitlichen ein herzliches Dankeschön für diesen sehr umfangreichen Bericht. Ich würde Sie bitten, diesen Dank auch an die Vorgänger zu übermitteln, die ja hauptverantwortlich für den 2012er-Bericht sind.

Um ganz kurz auf meine Vorrednerin einzugehen: Frau Mag Ramskogler, ich schätze Sie in der Regel sehr,

allerdings einen Volksanwaltschaftsbericht 2012 für eine Wahlkampfredde zu missbrauchen, das zeigt schon einiges und Ihre Umfragewerte müssen wirklich grotteschlecht sein. Am Sonntag werden wir es wissen. Sei es darum *(Beifall bei der FPÖ.)*, ich möchte nicht weiter großartig darauf eingehen.

Es ist heute schon sehr, sehr viel gesagt worden, eigentlich schon fast alles, was ich mir vorbereitet habe, deshalb möchte ich es dabei belassen, noch ein paar Zahlen anzuführen, die heute noch nicht genannt worden sind. Im 2. Halbjahr 2012 bekam ja die Volksanwaltschaft ein zusätzliches Budget – auch diese Zahl wurde heute schon genannt – in der Höhe von 1,947 Millionen EUR zur Verfügung. Der Mehraufwand erklärt sich zum einen aus der Tätigkeit der Mitglieder des Menschenrechtsbeirates und der Kommissionen, die einen Anspruch auf Entschädigung sowie einen Ersatz der Reisekosten haben. Auch der personelle Mehrbedarf ist zu berücksichtigen, der sich aus den neuen Verpflichtungen der Volksanwaltschaft ergibt: Es wurden 15 neue Planstellen geschaffen. Mittlerweile stehen wir bei 74 Vollzeitkräften, die der Volksanwaltschaft zur Verfügung stehen. Sie ist somit das kleinste oberste Organ der Republik Österreich. Das sollten wir auch einmal hervorheben, denn mit Teilzeitkräften sind im Durchschnitt nur 90 Personen tätig. Insgesamt stieg der Personalaufwand von knapp 4 Millionen EUR im Jahr 2011 auf knapp 5 Millionen EUR im Jahr 2012, erklärbar durch die 15 neuen Planstellen. Und auch der Sachaufwand hat sich wohl aus diesem Grund von 2,5 Millionen EUR im Jahr 2011 auf 4,3 Millionen EUR im Jahr 2012 erhöht, weil natürlich auch zusätzliche Infrastruktur notwendig ist.

Vielleicht auch noch ein paar Zahlen zur wirklich bürgernahen Kommunikation der Volksanwaltschaft: Es gab insgesamt in Wien 52 Sprechstage im letzten Jahr, mit 338 Vorsprachen, 4 493 Menschen schrieben an die Volksanwaltschaft und es gab insgesamt 14 435 Schriftstücke.

Nun möchte ich auch noch kurz auf die beschriebenen Prüfungen und Kontrollen der Volksanwaltschaft in der Gemeinde Wien eingehen und mich da natürlich ganz besonders auf den Bereich konzentrieren, in dem ich als Mitglied in diesem Haus tätig bin, das ist der Ausschuss für Gesundheit und Soziales. In dem Bericht werden diesem Ausschuss insgesamt 21 Seiten gewidmet, das ist dahin gehend beachtlich, weil insgesamt 56 Seiten der Prüfung der öffentlichen Verwaltung gewidmet sind. Und wenn man jetzt noch berücksichtigt, dass neben der Magistratsdirektion noch weitere 7 Geschäftsgruppen geprüft wurden, ist die Seitenanzahl 21 doch eine sehr mächtige, meine Damen und Herren. Ich möchte jetzt gar nicht großartig auf Einzelfälle eingehen, das hat teilweise schon mein Vorredner, der Herr Ing Rösch gemacht, aber es zeigt sich schon ein Bild: Jahr für Jahr sind die Berichte, die man im Volksanwaltschaftsbericht lesen kann, fast wortident. Und da denke ich mir schon, es gibt jetzt zwei Möglichkeiten: Entweder liest sie keiner der Verantwortlichen, oder es ist ihnen einfach egal, was da drinnensteht. Denn es kann doch nicht sein, dass man Jahr für Jahr wortidenten Berichte

aus den Volksanwaltschaftsberichten erlesen kann. Deshalb meine Bitte an die zuständigen Stadträte und an die Landesregierung: Nehmen Sie sowohl den Bericht als auch die Vorberichte ernst und stellen Sie endlich diese Missstände ab, meine Damen und Herren.

Zum Schluss möchte ich mich noch einmal bei den Volksanwälten bedanken und danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Es freut mich, dass im Rahmen unserer Sitzung die Volksanwälte das Wort ergreifen werden. Ich darf Frau Dr Gertrude Brinek darum bitten.

Volksanwältin Dr Gertrude **Brinek**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Vielen herzlichen Dank für Ihre Beiträge und Ihre wertvolle Rückmeldung zu unserem Bericht und zu Themen, die wir in den Bericht aufgenommen haben. Sie haben schon angesprochen, dass wir nicht alle Fallstrukturen oder nicht alle Fallproblematiken hier in den Bericht aufnehmen konnten, sondern exemplarisch einige – wie wir meinen – repräsentative ausgewählt haben.

Ich bedanke mich sehr bei den Damen und Herren Abgeordneten Ing Leeb, Hebein, Ing Rösch, Mag Ramskogler und Herrn Seidl, die jeweils teils überschneidende Themenkreise angesprochen haben, aber auch noch besondere Facetten aufgeworfen haben.

Zur Jugendwohlfahrt ist nichts hinzuzufügen, außer: In der Tat verstehen wir uns als Anwälte der Jugendlichen, der jugendlichen Unterzubringenden, und daher müssen wir uns ganz besonders bei Jugendlichen den Zeitaspekt, die Zeitabläufe und die Umstände, bis es zu einer entsprechenden Unterbringung kommt, ansehen.

Weil Sie wissen alle, nicht nur Sie, Frau Mag Ramskogler, beruflich, dass Zeit bei Jugendlichen zu versäumen ganz besonders nachhaltige Folge haben kann, und die Schäden, die damit verbunden sind, ganz besonders nachhaltige und schwer zu reparierende sind. Also insofern sehe ich in Ihren Beiträgen eine Unterstützung, weiter hier den Finger auf diese Baustelle oder Wunde, wie immer Sie es nennen wollen, zu legen.

Ein weiterer Aspekt wurde angesprochen, Ausgliederung Friedhöfe, ausgegliederte Betriebe und die damit verbundenen Probleme. Ja, wir wünschen uns, und ich wiederhole das gerne wie ein *ceterum censeo*, dass die Volksanwaltschaft auch dort prüfend tätig sei, und zwar mit dem selbstbewussten Auftreten des Prüfers und der Prüfeinrichtung, vor allem dort, wo wir bisher aus Goodwill und aus guter Tradition in Schriftverkehr treten konnten. Ich bringe auch noch gerne in Erinnerung, und ich weiß, dass das auch im Protokoll nachzulesen ist: Kollege Stürzenbecher hat von der diesbezüglichen Arbeitsgruppe gesprochen und der Volksanwaltschaft versprochen, dazu einzuladen. Bis jetzt ist keine Einladung gekommen. Ich glaube, das Problem ist dringend. Das Problem würde noch mehrere Aspekte umfassen, die auch in den baurechtlichen Bereich hineingehen, da, wo politische Entscheidungen und verwaltungstechnische Entscheidungen zusammenfallen, wo auch versprochen wurde, diesen Aspekt in die Arbeitsgruppe mitaufzunehmen, also die Kontrollkompetenzerweiterung, das Zu-

sammenarbeiten von politischen Entscheidungen und verwaltungsrechtlichen. Die Volksanwaltschaft hat sicher so viele Ressourcen, dass sie jederzeit in dieser Arbeitsgruppe mitarbeiten kann. Ich möchte das gerne sagen, damit es auch wieder im Protokoll stehen kann.

Ein Problem zum Aspekt Netzbetten. Frau Mag Ramskogler, ich habe auch den anderen Kolleginnen und Kollegen Damen und Herren Abgeordneten zugehört. Es geht nicht darum, dass die Volksanwaltschaft Politik macht. Die Volksanwaltschaft muss im Zusammenhang mit dem OPCAT-Mandat als nationaler Präventionsmechanismus Orte der Freiheitsentziehung hinsichtlich der Einhaltung menschenrechtlicher und menschenwürdiger Standards überprüfen und die Volksanwaltschaft ist gebunden im Anlegen von Standards an Standards und Normen, die aus dem europäischen Horizont kommen, zum Beispiel das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und menschenunwürdiger Behandlung und Strafe CPT, Center on Prevention of Torture. Hier darf ich zitieren: „Das CPT wiederholt seine Empfehlung, Netzbetten als Mittel zur Freiheitsbeschränkung von erregten PatientInnen in psychiatrischen Anstalten und sozialen Pflegeheimen in Österreich aus dem Verkehr zu ziehen.“ Das ist nicht ein Wunsch, den wir uns ausdenken, sondern wir sind an diese Standards gebunden, weil wir als nationaler Präventionsmechanismus auch dorthin nach Genf, nach Straßburg berichten müssen, wie es um dieses „Aus dem Verkehr Ziehen“ steht. Ich bitte das zu berücksichtigen. Das sind vorgegebene Standards und nicht diejenigen, die wir uns ausdenken.

Ich möchte daher auch noch zu einem weiteren Aspekt, der im Besonderen von der Frau Abg Hebein, glaube ich, angesprochen wurde, was das OPCAT-Mandat betrifft, Stellung nehmen. Ja, in der Tat, ich war auch hier einmal Abgeordnete und war Mitglied der Strafvollzugskommission, ich habe die Rüdengasse noch besucht und weiß daher: So, wie sie ausgeschaut hat, hätte sie nicht weiterbestehen können. Die Rüdengasse war - als sie geschlossen wurde -, in einem Zustand, der keiner Jugendstrafvollzugsanstalt heutigen Standards entspricht. Dass die jetzige Lösung auch nicht zufriedenstellend ist, dazu hat die Volksanwaltschaft in ihren jeweiligen Berichten und im Bericht an das Parlament, wo das ausführlich diskutiert wurde, Stellung genommen und hat im Rahmen der Prüfung unter dem nationalen Präventionsmechanismus gewissermaßen überproportional, wenn ich die Zahl der Einrichtungen ansehe, geprüft und hier schon deutliche Erkenntnisse, nachvollziehbare ernsthafte Erkenntnisse evidenzbasiert vorgelegt, und auch die Frage des Personals und des Personaleinsatzes angesprochen.

Unser besonderes Augenmerk ist jetzt, wenn Sie es interessiert, die Frau Abgeordnete ist jetzt – ja, sie ist da. *(Abg Birgit Hebein nickt.)* Wir haben uns auch nach guter Bestätigung und Bestärkung des Europarates mit dem Maßnahmenvollzug beschäftigt. Dabei gibt es eine besondere Herausforderung zu bewältigen, weil Maßnahmen für geistig abnorme Rechtsbrecher mit einem bestimmten Risiko und der Chance auf Wiedereinglieder-

rung ja ein besonderes Augenmerk im Hinblick darauf verdienen, ist das eine Krankheit, dann gehört es in die Psychiatrie, ist es eine Frage des Strafvollzuges, dann ist es unter besonderen Umständen im Strafvollzug. Hiezu auch noch unter dem Aspekt, junge Menschen anzusehen ist eine Herausforderung, die weltweit diskutiert wird und gar nicht so eindeutig konkludiert, sozusagen abgeschlossen geprüft werden kann. Also wir sind mitten drinnen. Über 50 Besuche in Österreich wurden von unseren Kommissionen dazu gemacht. Und seien Sie versichert, wir werden hier nach europäischen Standards und nach internationalen Standards prüfen und zu einem Ergebnis kommen.

Als weiteren Aspekt möchte ich noch die vielfach angesprochene Mindestsicherung thematisieren. Interessant ist ja in diesem Zusammenhang, wie groß nicht nur die Zahl der Betroffenen ist, sondern wie lange Personen in der Phase der Überbrückungshilfe sind. Und soweit kann man als nicht Politik machende Volksanwaltschaft schon gehen und sagen: Ist es Ziel, dass möglichst viele Personen Mindestsicherung erhalten oder ist es Ziel, ein selbstständiges, durch Eigenerwerb erworbenes, finanziertes Leben erreichen zu können und raus aus der Mindestsicherung zu kommen? (*Beifall bei ÖVP und FPÖ.*) Diesen Strukturfragen, wie schon angesprochen, kann sich die Politik widmen, wenn die Ressourcen auch dazu vorhanden sind, und sie lösen. Im Moment sind wir durch den klassischen Prüfungsauftrag gehalten, auf Grund von Beschwerden zu kontrollieren, was wir auf alle Fälle nicht vernachlässigen werden. Also diese Strukturfragen sind uns wichtig.

Vielleicht abschließend noch zu Wiener Wohnen, zum Leben in Wien im Gesamtzusammenhang von Leben mit Behinderung und Barrierefreiheit. Hiezu ist es uns ein Anliegen zu sagen, dass wir auch auf einen Masterplan von Wien warten, was die Frage „Barrierefreies Wohnen“ betrifft. Im Moment werden von Wiener Wohnen dreierlei Kategorien von Wohnungen vergeben: Die sogenannten normalen Wohnungen, die barrierefreien Wohnungen und die behindertengerechten Wohnungen. Jetzt kommt ein Problem dazu, dass barrierefrei oft nur den Eingang betrifft, aber natürlich nicht die Benutzbarkeit der Wohnung, bei Barrierefreiheit und Behindertengerechtigkeit der Balkon zwar da ist, aber durch eine Schwelle beim Hinausfahren, beim Betreten nicht mehr gewährleistet ist. Dann kommt noch dazu, um das Problem zu verkomplizieren, aber so stellt es sich für den Bürger dar: Die Leute werden mehr oder weniger mit einer ungesicherten Rechtsbasis überzeugt, genötigt, angehalten, auf die Eintrittsberechtigung zu verzichten, weil man sagt, wenn ich sie schon barrierefrei und behindertengerecht ausstatte, so ist das dann ja eigentlich für die typische Benützung geregelt. Wir geben jetzt keine eindeutige Empfehlung, aber im Moment gibt es Beschwerden, die genau auf diese Problemlage hinweisen. Ich kann nur wünschen und dem Hohen Haus hier empfehlen nachzudenken, wie man jetzt bei den bestehenden Wohnungen dem gesetzlichen Auftrag gemäß, nämlich überhaupt Barrierefreiheit beim Bauen als Maßstab anzulegen, nachkommt, um den Menschen wirkli-

che behindertengerechte Wohnungen anbieten zu können. Ich will das nicht überstrapazieren, mein Kollege Dr Fichtenbauer wird sich noch zum Wort melden.

Ich bedanke mich für die Rückmeldung, weiterhin tätig zu sein, weiterhin so viel an Anregungen von den Bürgern und aus den Beschwerden abzulesen und sie klassisch beziehungsweise nach den neuen Aufgaben zu prüfen. Ja, wir haben mehr Geld bekommen. Wir haben Menschen dazu angestellt, um solid zu prüfen. Zu Ihrer Beruhigung, das Geld ist gut aufgehoben. Wir gelten international, weil wir immer mit offenen Karten gespielt haben und uns auch schon gewissermaßen vom Europarat evaluieren haben lassen, als „role model“ in Europa und stehen unter besonderer Beobachtung, nämlich: Wie gehen wir mit diesem besonderen Auftrag und mit der Ausstattung um? Wir sind international sehr angesehen und werden besucht. Das freut mich ganz besonders, dass Österreich auch hier einen guten Weg gegangen ist und ganz besonders Wien, auch als Wiener Landesvolksanwältin.

Ich bedanke mich, freue mich weiterhin auf gute Zusammenarbeit, übermittle die Grüße an den entschuldigten Volksanwalt Dr Kräuter und an die ausgeschiedenen Volksanwältinnen Mag Stoisits und Dr Kostelka. Danke schön. (*Allgemeiner Beifall.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Herzlichen Dank, Frau Dr Brinek, für Ihre Ausführungen. Ich darf nun den Herrn Dr Peter Fichtenbauer zum Rednerpult bitten. Danke.

Volksanwalt Dr Peter **Fichtenbauer**: Danke vielmals. Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hoher Landtag!

Es ist mir natürlich eine besondere persönliche Auszeichnung als neu bestellter Volksanwalt seit 1. Juli dieses Jahres, mich bei Ihnen präsentieren zu dürfen, und bin mir der Würde des Raumes und der hier vertretenen Legistik voll bewusst. Ich möchte auf die einzelnen aufgezeigten Fälle nicht eingehen, da ja der Bericht noch unter meinem Vorgänger erstellt worden ist. Ich möchte Ihnen nur noch kurz einige allgemeine Betrachtungen näherbringen.

Ich darf mir erlauben, den Blick darauf zu schärfen, dass naturgemäß bezogen auf alle Landesverwaltungen der österreichischen Bundesländer Wien die größte Menge einnimmt. Wir haben es im Schnitt mit einer Beschwerdezahl zwischen 850 und 950 - im Jahr 2012 ist es im Verhältnis zu 2011 angestiegen - zu tun. Interessanterweise haben wir per 31.8., wenn die Statistik im Hause mir Richtiges mitgeteilt hat, eine Beschwerdezahl die Wiener Landesverwaltung betreffend von 202. Also möglicherweise ist es der Wirksamkeit der Volksanwaltschaft zu verdanken, dass weniger behauptete Missstände der Verwaltung vorliegen. Inhaltlich ist der größte Brocken natürlich der Bereich Sozialhilfe und Jugendwohlfahrt, gefolgt von Gemeindeangelegenheiten allgemeiner Art ohne Dienst- und ohne Besoldungsrecht, der Gemeindeabgaben, und dann wieder gefolgt von Staatsbürgerschaftsangelegenheiten, Wählerevidenz, Straßenpolizei, et cetera.

Die Charakteristik dieser Dinge, weil sich ja die Volksanwaltschaft nicht mit dem inhaltlichen Verfahren, ob rechtsrichtig oder rechtsunrichtig im Einzelfall ent-

schieden wird, in diesen Angelegenheiten beschäftigt, ist die Schärfung darauf, dass eben die Vielfalt, abgesehen von der behaupteten Ungerechtigkeit, in der Verfahrensdauer zu finden ist. Und von einem sehr großzügigen, aber doch vertretbaren Menschenrechtsbegriff her würde ich sagen, es ist ein grundsätzliches Bürger- und Menschenrecht, in angemessener Schnelligkeit seine Sache abgesprochen zu erhalten. Das ist natürlich etwas, was den Kernbereich des Verwaltungshandelns aus der Beamtenebene berührt. Aber das ist auch ein Thema, das immer wieder am Tableau sein wird. Das heißt, die angemessene Verfahrensdauer ist ein Bürgerrecht. Daher sind diese Beschwerden gerechtfertigt.

Der Kernpunkt, es ist schon ausgeleuchtet worden, in der Volksanwaltschaft ist die individuell vorgetragene Beschwerde. Jeder Mensch, jeder, kann sich wegen eines behaupteten Behördenmissstandes, Missstandes der Verwaltung, an die Volksanwaltschaft wenden. Daneben hat auch die Volksanwaltschaft die Berechtigung, von Amts wegen eine Prüfung anzugehen.

Interessanterweise, wenn Sie Verwaltungsrechtslehrbücher, Staatsrechtslehrbücher betrachten, und ich kann behaupten, dass ich davon einiges verstehe, werden Sie nirgendwo den Begriff „Missstand der Verwaltung“ vorfinden. Also „Missstand der Verwaltung“ als systematische verwaltungswissenschaftliche Befassung gibt es auf der Universität und von der Professorenschaft her eigentlich nicht. Das Interessante ist, dass die Republik ein Instrument, nämlich die Volksanwaltschaft, geschaffen hat, wo im Wege einer eigenen Betrachtungsdimension das Vorhandensein eines Verwaltungsmissstandes erkannt wird oder ein behaupteter Missstand nicht festgestellt wird. Statistisch gesehen darf ich sagen, dass von den Beschwerden, die im Bereich der Landesverwaltung Wiens vorgetragen werden, rund 10 Prozent zu einer Missstandsfeststellung führen.

Schließlich und endlich ist die Volksanwaltschaft eine äußerst interessante und insofern wirksame Einrichtung, dass ihre Stellungnahmen offenkundig ernst genommen werden. Aber die Volksanwaltschaft hat keine exekutive Kraft, keine exekutive Kompetenz. Das heißt, dass die Ableitungen, die auf die Feststellungen der Volksanwaltschaft in legislativer Hinsicht zu treffen wären, in Ihren Händen liegen, und dazu lade ich Sie ein. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (*Allgemeiner Beifall.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Herzlichen Dank, Herr Dr Fichtenbauer.

Ich möchte mich in meinem und im Namen des Hohen Landtages bei den Volksanwälten und der Volksanwältin ganz herzlich für ihre verantwortungsbewusste und umfassende Tätigkeit bedanken. Ich ersuche, den Dank auch an die Mitarbeiter weiterzuleiten und auch Dr Kräuter unsere besten Grüße und unseren Dank auszurichten. Ich bedanke mich herzlich für Ihr Kommen und wünsche noch einen schönen Tag. Danke vielmals, auf Wiedersehen. (*Allgemeiner Beifall.*)

Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wir kommen daher zur Abstimmung. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die den vorliegenden Bericht der Volksanwaltschaft zur Kenntnis neh-

men wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Ich stelle die Einstimmigkeit fest und somit ist die Kenntnisnahme auch einstimmig erfolgt.

Wir kommen als Nächstes zur Postnummer 4. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz betreffend die Regelung des Kinowesens, Wiener Kinogesetz 1955, LGBl für Wien Nr 18/1955 in der Fassung LGBl für Wien Nr 19/2013 geändert wird. Berichterstatter hiezu ist Herr Amtsf StR Dr Mailath-Pokorny. Ich ersuche ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Amtsf StR Dr Andreas **Mailath-Pokorny**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Hohes Haus! Ich bitte um Zustimmung.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir auch gleich zur Abstimmung. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in der ersten Lesung ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen und ersuche jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Auch hier stelle ich die einstimmige Zustimmung fest. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist einstimmig. Somit ist das Gesetz in zweiter Lesung einstimmig beschlossen. - Herzlichen Dank, Herr Stadtrat.

Postnummer 3 der Tagesordnung betrifft den Tätigkeitsbericht 2012 des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien. Darf ich die Frau DDr Schönberger zu uns bitten? Ich darf die Frau DDr Schönberger, Präsidentin des Unabhängigen Verwaltungssenates, bei uns recht herzlich begrüßen. (*Allgemeiner Beifall.*)

Ich ersuche die Frau Amtsf StRin Frauenberger, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung zum Tätigkeitsbericht des UVS für das Jahr 2012. Danke schön.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Herr Abg Dr Ulm zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr verehrte Frau Stadträtin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eine historische Stunde, der letzte Tätigkeitsbericht des UVS Wien, der zur Verhandlung gelangt. Eine Behörde, eine ganz wichtige Kontrollinstanz verabschiedet sich von uns, nämlich der UVS Wien (*Abg Godwin Schuster: Herr Dr Ulm! Der vorletzte!*) und deren Präsidentin mit ihm. Viele, viele Jahre ... Ja, es wird vielleicht noch einen Tätigkeitsbericht für das laufende Jahr geben, aber der wird dann nicht mehr vom UVS kommen, sondern vom Verwaltungsgericht Wien. Insofern ist es natürlich schon ein bisschen historisch, dass wir jetzt

diesen vorgelegten Bericht debattieren dürfen. Es waren ja sehr interessante Jahre, um nicht zu sagen, Jahrzehnte.

Ich kann mich noch sehr gut an die Geburtswehen erinnern, die der UVS Wien hatte und ich sehe die Geburtswehen, die das Verwaltungsgericht Wien jetzt hat, und kann große Parallelen feststellen. Mich freut es aber, dass es zu einer großen Emanzipation des UVS Wien gekommen ist von den Versuchen der Regierung, auf ihn Einfluss zu nehmen, und ich gehe auch davon aus, dass sich das Verwaltungsgericht Wien im Laufe der Jahre ähnlich emanzipieren wird können, wie es dem UVS Wien gelungen ist.

Aber lassen Sie mich ein bisschen etwas zum Jahr 2012 sagen und zu der guten Arbeit, die vom Unabhängigen Verwaltungssenat Wien geleistet wurde. Es gab wieder einen Höchststarbeitsanfall. Noch nie gab es so viele eingelaufene Akten, Aktenanlagen wie im Jahr 2012. Und obwohl wir schon im Jahr 2011 mit 15 306 Akten einen Höchststand erreicht hatten, gab es im Jahr 2012 noch eine weitere Erhöhung auf 17 411. Wenn man sich ein bisschen die Materien anschaut, dann kann man durchaus auch Rückschlüsse darauf ziehen, wie die Verwaltung in diesem Zeitraum agiert hat. Der Anstieg von Akten ist nämlich durchaus auch auf positive Entwicklungen zurückzuführen, nämlich dass es verstärkte Kontrollen der Behörden gegeben hat und zwar vor allem in zwei Bereichen: Die Besitzer beziehungsweise die Aufsteller von Spielautomaten wurden in Richtung der Vergnügungssteuer stärker kontrolliert, und stärkere Kontrollen gab es auch im Bereich des Fremdenpolizeirechtes, weshalb es in diesen Bereichen einen starken Anstieg gegeben hat. Erfreulich ist auch durchaus, wenn man sich ansieht, warum es in manchen Materien einen Rückgang gegeben hat, so zum Beispiel bei den Strafverfahren nach dem Parkometergesetz. Ich rechne das einer verstärkten Rechtstreue der Wiener Bevölkerung zu, weil man daher nach dem Parkometergesetz weniger strafen musste. Für die gute Arbeit der Wiener Polizei spricht auch, dass die Maßnahmenbeschwerden nach dem Sicherheitspolizeigesetz zurückgegangen sind.

Ein bisschen sollte man sich auch immer die Statistik anschauen. Wie wichtig so eine Kontrollinstanz ist, sieht man auch daran, dass fast die Hälfte der Verfahren vor dem UVS mit einem Erfolg für die Antragsteller oder für die Beschwerdeführer endeten. Wenn man sich also die Strafverfahren ansieht, gab es sogar mehr als 50 Prozent, da gab es 53,3 Prozent volle oder teilweise Stattgebungen, was aber auch ein Hinweis dafür ist, wie unabhängig und selbstständig dieser UVS Wien vom Magistrat und natürlich auch von der Polizei arbeitet. Die Erfolgsquote für die Parteien in den Administrativverfahren ist etwas geringer, aber immerhin noch immer beachtlich mit 29,1 Prozent, wenn man die Aufhebungen, die Stattgebungen, die teilweisen Stattgebungen und die Zurückverweisungen zusammenzählt.

Wenn es eine Behörde nicht mehr gibt, dann kann man das ein bisschen mit einem tränenden Auge sehen. Aber wir können es auf alle Fälle mit einem sehr lachenden Auge sehen, dass es an Stelle des Unabhängigen

Verwaltungssenates nun ein Verwaltungsgericht Wien gibt. Das wird uns noch mehr Rechtsschutz, noch mehr Rechtssicherheit und noch mehr Rechtsstaatlichkeit bringen. Vielleicht spricht da ein bisschen zu sehr der Optimismus und die Hoffnung aus mir, aber ich will das durchaus ausmachen. Es hat auch der Präsident des Verwaltungsgerichtshofes von einer Sternstunde des Parlamentarismus gesprochen, als nun diese Landesverwaltungsgerichte endlich eingeführt worden sind. Und es gibt ja auch Kollegialbehörden mit richterlichem Einschlag, die es in Zukunft nicht mehr geben wird und denen wir immer ein bisschen skeptisch gegenüber gestanden sind, insbesondere dem Dienstrechtssenat und dem Vergabekontrollssenat, weil hier die Einflussnahme durch den Magistrat leichter oder durch die Besetzung dieser Gremien in gewisser Weise zumindest möglich war. Es wird den Vergabekontrollssenat in der Form nicht mehr geben. Es wird den Dienstrechtssenat nicht mehr geben, die Bauoberbehörde nicht mehr und die Abgabenberufungskommission. Das ist sicherlich ein großer Fortschritt, eine Forderung der ÖVP, die nun umgesetzt wird und nicht, weil wir uns hier im Landtag durchgesetzt hätten, sondern weil uns der Bundesgesetzgeber diese Mindeststandards vorgeschrieben hat und wir nun zu diesen Mindeststandards kommen. Zufrieden sind wir natürlich nicht mit dem Verwaltungsgerichtshof Wien-Gesetz, denn sonst wären wir nicht zum Verfassungsgerichtshof gegangen, die FPÖ und die ÖVP. Da sind Bereiche unserer Meinung nach verfassungswidrig, die zeigen, dass die SPÖ, die Stadt Wien es hier genauso probiert wie seinerzeit am Beginn der Tätigkeit des UVS, dass man dieses Gericht, dass man dieses Organ ein bisschen an die Leine legen und weiterhin ein bisschen Einfluss ausüben möchte. Man sieht es auch daran, dass man seine Macht gezeigt hat, indem man nicht alle Richter übernommen hat. Nicht alle Richter des UVS Wien wurden ins Verwaltungsgericht Wien übernommen, und nach wie vor versucht man, politisch auf die Geschäftsverteilung Einfluss nehmen. Wir hatten schon, als der Verwaltungsgerichtshof Wien beschlossen wurde, die Debatte über den Geschäftsverteilungsausschuss und die Zusammensetzung des Geschäftsverteilungsausschusses und Sie kennen diese skurrile Bestimmung, dass dieser Geschäftsverteilungsausschuss aus vier Personen besteht, der entscheidet, welcher Richter oder welcher Rechtspfleger welche Materie zu entscheiden bekommt. Der ist natürlich von eminenter Bedeutung, dieser Geschäftsverteilungsausschuss, und der soll aus vier Personen bestehen, nämlich aus dem politisch bestellten Präsidenten, dem politisch bestellten Vizepräsidenten und aus zwei weiteren Richtern, also aus vier Personen. Kommt es zur Stimmgleichheit zwischen den Präsidenten und den übrigen Richtern, entscheidet der Präsident mit Dirimierungsrecht und kann damit alleine mit seiner Vizepräsidentin eine provisorische Geschäftsverteilung erlassen. Zur Strafe müssen die übrigen zwei Mitglieder des Geschäftsverteilungsausschusses neu gewählt werden, weil die nicht das gleiche Stimmverhalten an den Tag gelegt haben wie Präsident und Vizepräsident, also völlig skurril. Ich bin guten Mu-

tes, dass der Verfassungsgerichtshof diese rechtsstaatlich so bedenkliche Norm aufheben wird.

Überraschend ist auch, dass Wien als einziges Bundesland eine unglaublich große Macht für die Rechtspfleger vorsieht, Rechtspfleger, die auch über Entscheidungen des Magistrats zu befinden haben, aber weiterhin dienst- und besoldungsrechtlich im Magistrat bleiben. Eine Optik, die sicherlich nicht schön ist und darüber hinaus vielleicht sogar verfassungswidrig. Wir werden es vielleicht schon in absehbarer Zeit erfahren.

Was ich Ihnen wirklich sehr empfehlen kann, das ist der ganze Tätigkeitsbericht, aber ganz besonders die letzten zwei Seiten dieses Tätigkeitsberichts. Der Ausblick nämlich hat es wirklich in sich, der beschäftigt sich sehr mit diesem Verwaltungsgericht Wien, das bereits mit 1. Jänner 2014 seine Arbeit aufnehmen soll. Da gibt es eine Menge ungeklärter Fragen in personeller Hinsicht, in organisatorischer Hinsicht und auch, wie denn das Personal ausgebildet werden soll. Man ist da von Seiten Rot-Grün immer sehr schnell mit dem Wort Skandal, wenn Ihnen irgendwas auf Bundesebene nicht gefällt, im Justizbereich oder in einem anderen Bereich. Aber ich glaube, dass dieses Wort auch hier durchaus seine Berechtigung finden könnte, wenn man sich anschaut, was die Frau Präsidentin zur Vorbereitung auf die Tätigkeit dieses Verwaltungsgerichtes in Wien sagt. Also erstens einmal das Personal der Richter. Ich habe schon gesagt, überraschenderweise - oder weniger überraschenderweise, wenn man weiß, wie die SPÖ versucht, Einfluss aufrechtzuerhalten - wurden nicht alle UVS-Mitglieder ins Verwaltungsgericht Wien übernommen.

Bei einem Richter hat man das abgelehnt und es bleibt abzuwarten, wie der Verwaltungsgerichtshof oder der Verfassungsgerichtshof über diese Entscheidung befinden wird.

Ich zitiere jetzt die Präsidentin des UVS Wien, die sagt, es wird einen Mehrbedarf von mindestens 35 Richtern geben, also zusätzlich zu den bereits übernommenen, und einen Mehrbedarf von zirka 60 Verwaltungsbediensteten. Es ist aber völlig illusorisch, dass bei einer einzigen Ausschreibung 35 in höchstem Maße qualifizierte Richter zu finden sind. Das ist also ein Weckruf, ein Aufschrei, ich habe ihn vernommen. Ich hoffe, dass wir durch entsprechende Ausschreibungen noch zu qualifiziertem Personal kommen.

Es wird auch ausgeführt, dass das Land Wien das einzige Land ist, das Landesrechtspfleger einführt, deren Zahl noch überhaupt nicht fixiert ist, und dass viele Fragen ungeklärt sind, in welchen Materien und in welcher Art und Weise diese Landesrechtspfleger in Kooperation mit den Richtern zu entscheiden haben werden. Namhafte Juristen haben auch von einem Rechtspflegergericht gesprochen, etwas, was in ganz Österreich einzigartig ist. Ich kann mir schon vorstellen, warum dieses Rechtspflegergericht geplant ist, denn wahrscheinlich plant die SPÖ, im Wesentlichen so weiterzumachen wie bisher. Also die Beamten, die jetzt schon der Bauoberbehörde, der Abgabenberufungskommission, dem Dienstrechtssenat, dem Vergabekontrollsenat zugearbeitet haben,

die sollen das im Wesentlichen weitermachen, allerdings mit einem anderen Briefpapier. Da steht dann eine andere Behörde oben, da steht dann Verwaltungsgericht Wien oben, aber es werden im Wesentlichen die gleichen Personen sein, vermute ich einmal. Ich habe ja noch nichts anderes gehört und das wird auch nicht so ganz leicht das Know-how der Personen bekommen. Interessant wiederum der Weckruf und der Hilfeschrei der Präsidentin: „Auf Grund der Kürze der Zeit bis zur Arbeitsaufnahme des Verwaltungsgerichtes Wien am 1. Jänner 2014 ist nicht einmal eine einjährige Ausbildung der Landesrechtspfleger möglich, sondern wird die Ausbildung nur wenige Wochen umfassen.“ Ja, sehr geehrte Damen und Herren, wir müssen doch sicherstellen, dass wir ausreichendes Personal in diesem Gericht haben und dass es ausreichend qualifiziert ist! Und warum wir diese Probleme haben, das steht dann einen Absatz weiter unten, nämlich: „Es wird angemerkt, dass der UVS Wien anders als die Verwaltungssenate der anderen Bundesländer weder in die Planung eingebunden noch mit Fragen der Organisation des Verwaltungsgerichtes Wien befasst wurde.“ Ja, das halte ich ja auch für einzigartig. Da soll eine Behörde im Wesentlichen weitermachen, es ist eine Weiterentwicklung, und man fragt mit keinem einzigen Wort, wie sich denn die Behörde das so vorstellt. Wie soll das organisatorisch funktionieren, wie soll das personell funktionieren, wie soll die Ausbildung aussehen, wie groß wird der Mehrbedarf sein? Das ist eine Vorgangsweise, die für mich nicht nachvollziehbar ist. Wir wissen bis jetzt nicht, welche Personen wo untergebracht sein werden, ob sich das alles im 19. Bezirk ausgeht, dort, wo jetzt der UVS Wien tätig sein wird. Ich weiß es nicht. Ich habe schon einmal eine Anfrage an den Bürgermeister gestellt. Er hat gesagt, er hielte das grundsätzlich schon für sinnvoll, wenn die Rechtspfleger und Richter dieses Verwaltungsgerichtes auch unter einem Dach arbeiten würden. Ja, also das würde ich auch für sinnvoll erachten. Für noch viel sinnvoller würde ich es erachten, wenn wirklich jeder Anschein vermieden wird, dass es sich hier nicht um ein unabhängiges Gericht handeln könnte.

Man sieht, man probiert es von Seiten des Magistrats, von Seiten der SPÖ, jetzt von Seiten von Rot-Grün ähnlich wie am Beginn der Tätigkeit des UVS, als er seine Tätigkeit aufgenommen hat. Damals hat es Verfassungsgerichtshofbeschwerden von den eigenen Mitgliedern des Senates gegenüber dem eigenen Präsidenten gegeben. Es ist auch um die Geschäftsverteilung gegangen, ganz genau wie jetzt, wo auch wieder darauf Einfluss genommen werden soll, wer was entscheidet, denn das macht es natürlich aus. Wenn ich entscheiden kann, wer in einer Materie das Urteil zu fällen hat, na ja, dann habe ich schon ganz viel Einfluss darauf genommen.

Sehr geehrte Damen und Herren von den Regierungsfraktionen! Freuden Sie sich mit der Einrichtung von unabhängigen Gerichten an. Das Gericht wird mittelfristig sehr unabhängig zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt agieren. Ich glaube, es hat dann auch die Politik etwas davon. Unterstützen wir dieses

Verwaltungsgericht Wien, damit wir noch mehr Rechtsstaatlichkeit, mehr Rechtssicherheit und Rechtsschutz in dieser Stadt haben.

Ich darf mich noch einmal bei der Frau Präsidentin für die exzellente Arbeit bedanken, die in den vergangenen Jahren geleistet wurde, und würde ersuchen, dass man diesen Dank auch stellvertretend für alle Mitglieder des UVS Wien entgegennimmt. Ich danke. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Stürzenbecher. Ich erteile es ihm.

Abg Dr Kurt **Stürzenbecher** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Geschätzte Abgeordnete!

Kollege Ulm, die zwei bis drei Minuten sind doch etwas länger geworden, die er mir vorher angekündigt hat. Aber es soll ja auch ordentlich diskutiert werden, wobei durchaus eine gewisse nostalgische Stimmung da ist, die aber dann im zweiten Teil, wo er quasi die Landesverwaltungsgerichtsdebatte noch einmal aufgewärmt hat, sozusagen wieder abgeändert worden ist. Die Frage ist, ob es wirklich der letzte Bericht ist. Wir haben ja 2013, an sich noch ein Berichtsjahr. Aber ich kann damit leben, wenn es nicht zwingend vorgeschrieben ist, wenn nicht irgendjemand noch irgendwo eine Gesetzesstelle findet, aus der hervorgeht, dass auf jeden Fall über 2013 noch berichtet werden müsste. Ich könnte damit leben und ich glaube, auch meine Fraktion, wenn es letztlich nicht stattfindet, weil ja dann wirklich schon das Landesverwaltungsgericht tagt, dass da dann noch ein UVS-Bericht des Jahres 2013 stattfindet, wenn der UVS gar nicht mehr existiert. Das ist die Frage. Aber das ist ja eher eine theoretische Frage und wird uns wahrscheinlich nicht in große parlamentarische Kämpfe führen. Wie gesagt, wenn es rechtlich möglich ist, könnte man wahrscheinlich auch darauf verzichten, aber das wird noch zu prüfen sein.

Insgesamt ist zu sagen, dass auch im Jahr 2012 die Leistungen des UVS wirklich sehr ordentlich sind, dass quasi die vom Kollegen Ulm auch erwähnten eher härteren Auseinandersetzungen – ich kann mich auch noch an Ende der 90er Jahre erinnern. Da war beim UVS-Bericht immer eine ziemliche Stimmung im Haus. Das hat sich jetzt in den letzten Jahren wirklich sehr, sehr viel gebessert und es ist sozusagen in ruhigere Fahrwasser gelaufen. Ich bin zuversichtlich, wenn man auch von Seiten der Opposition seriös ist, dass das auch mit dem Landesverwaltungsgericht so weitergehen wird, weil bei seiner Einrichtung wirklich alle Kriterien eingehalten worden sind und weil man davon ausgehen kann, dass die unabhängigen Richter des Landesverwaltungsgerichtes gute Arbeit leisten werden, wobei natürlich Wünsche da sind, dass man noch mehr bringt. Aber ich bin da zuversichtlich, dass der Personalstand, wie ihn die Stadt Wien da zur Verfügung stellt, ausreichend ist. Wünsche darüber hinaus wird es immer geben.

Aber jetzt noch zum UVS-Tätigkeitsbericht 2012. Es war so, dass insgesamt 62 Planposten im UVS gegeben

waren. Es waren 6 Dienstposten für Mitglieder mehr als vorher. Es waren 83 Verwaltungsbedienstete, die hier ihren Dienst geleistet haben. Und es ist auch bei den Verfahren eine Steigerung um 13,75 Prozent zu verzeichnen gewesen.

Ganz große Anstiege um 43 Prozent hat es im Bereich der Landesabgabenstrafsachen gegeben, großer Anstieg auch im Bereich der Fremdenpolizei, im Schubhaftverfahren, im Fremdenrecht. Die Zahl der offenen Verfahren und Rückstände steigt eben seit 2009. Die Zahl der Enderledigungen ist um 12 Prozent gestiegen und man hat dafür dann ja auch zusätzliche Mitglieder aufgenommen. Also insgesamt, kann man sagen, hat es eine sehr intensive Arbeit in diesem letzten Jahr des UVS gegeben. Diese wird in veränderter Form dann im Landesverwaltungsgericht ja fortgesetzt werden. Ich darf auch der Präsidentin und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich für ihren enormen Einsatz danken. *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und GRÜNEN.)*

Was der Kollege Ulm sonst noch ausgeführt hat, will ich jetzt nur im Detail richtigstellen, weil wir das eigentlich schon ausführlich diskutiert haben. Faktum ist, dass sich unser Gesetz streng nach den Vorgaben, die das Bundesverfassungsgesetz in dieser Materie vorgegeben hat, gehalten hat. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Das stimmt so nicht! Das stimmt so nicht!)* Das haben wir aber schon damals abgehandelt. Es ist auch so, dass in der ordentlichen Justiz, wie sie heißt, in der ordentlichen Justiz der Bundesminister für Justiz letztlich die Richter ernannt und dass eben vorher ein entsprechendes Verfahren ist. Was den Dienstrechtssenat, den Landesvergabekontrollsenat und die Bauoberbehörde betrifft, war die Arbeit auch von diesen Gremien außerordentlich gut, das muss man schon sagen. Gerade der Landesvergabekontrollsenat war mit seinen raschen und fachlichen Entscheidungen für die Wiener Wirtschaft irrsinnig wichtig. Da hat man eine hohe Latte gelegt, dass das jetzt dann in dieser neuen Form gleich sein wird. Ich hoffe es und bin zuversichtlich. Aber die Latte liegt sehr, sehr hoch. Ich war selbst ja Stellvertretung im Österreichkonvent. Im Österreichkonvent haben wir damals eigentlich noch eher die Tendenz vor gehabt, dass man Landesvergabekontrollsenat, Dienstrechtssenat, möglicherweise auch die Bauoberbehörde nicht eingliedert oder zumindest eigene Senate macht. Das war damals die herrschende Tendenz von allen Experten oder den überwiegenden Experten im Österreichkonvent. Dann waren aber in der Bundesgesetzgebung wieder andere Leute am Werk und dort hat man dann gesagt, nein, wir machen keine Ausnahmen, was auch etwas für sich hat. Denn wenn man ein, zwei, drei Ausnahmen macht, dann wollen andere auch Ausnahmen. Deshalb hat man dann wirklich alles eingegliedert. Das ist durchaus akzeptabel. Aber darauf hinweisen möchte ich schon, dass die gedankliche Ausrichtung, wir brauchen den Landesvergabekontrollsenat vor allem so, wie er ausgezeichnet funktioniert hat, weiter im Interesse der Wiener Wirtschaft, eine sehr wichtige war. Jetzt hoffen wir, dass das im Landesverwaltungsgericht weiterhin so gut funktioniert wie bisher. Aber jedenfalls sie jetzt im Nachhinein irgendwie als schlecht dar-

zustellen, wie es der Kollege Ulm ein bisschen gemacht hat, finde ich nicht richtig.

Insgesamt ist zu sagen, dass wir diesen Bericht gerne zur Kenntnis nehmen werden und bei der Gelegenheit auch noch einmal darauf hinweisen können, dass wir mit den Landesverwaltungsgerichten und bundesmäßig dann mit dem Bundesverwaltungsgericht und dem Bundesfinanzgericht einen ganz, ganz großen Wurf geschafft haben, und dass wir es schaffen, dass es mehr Rechtsschutz geben wird, dass rascher entschieden werden wird und dieses zweistufige Verfahren wirklich eine ganz tolle Neuerung im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ist. Eingebettet in dieses Ganze kann ich wirklich empfehlen, dass wir dem Bericht heute auch zustimmen. Danke schön. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abg Dr Kickert. Ich erteile es ihr.

Abg Dr Jennifer **Kickert** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Landesrätin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Auf die vielen, vielen Fälle und Verfahren haben meine beiden Vorredner ja schon verwiesen. Daher möchte ich mich im Namen meiner Fraktion beim Unabhängigen Verwaltungssenat bedanken. Der Herausforderung dieser Fälle, diese Verfahren auch durchzuführen, haben sich, wie gesagt, 63 Mitglieder gestellt. Aber nicht nur diese 63 Mitglieder, sondern auch zahlreiche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, die die Arbeit dieser Mitglieder unterstützen und auch die MitarbeiterInnen sind es, die einen wesentlichen Beitrag zur Erledigung der Fälle beigetragen haben. In Summe danke ich also allen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und auch den Mitgliedern des Verwaltungssenates für diese Aufgabe. Die Ansprüche an die Verwaltung, an faire Verfahren, an Transparenz, aber auch der, wie soll ich sagen, Wille, sich mit manchen Entscheidungen und Verfahren kritisch auseinanderzusetzen, nimmt zu. Aus meiner Sicht ist das gut, bedeutet aber natürlich auch, dass viele dieser Entscheidungen in Frage gestellt werden. Auf der anderen Seite ist es aber auch so, dass diese Entscheidungen sehr einschneidend in das Leben der Einzelnen eingreifen und dadurch auch größere Auswirkungen haben. Und selbst wenn diese Auswirkungen groß sein sollten, die Entscheidungen sowohl der Behörde als auch dann die Überprüfung durch den Senat haben auf Grund von Gesetzen zu erfolgen und der Wille des Gesetzgebers ist zu vollziehen. Die Überprüfung durch eine unabhängige Instanz kann so zu einer erhöhten Akzeptanz von Entscheidungen führen, kann aber auch dazu führen, dass die Qualität der Verwaltungsentscheidungen steigt und es vor allem zu einer einheitlichen Spruchpraxis kommt, damit nicht in Favoriten andere Regeln gelten als zum Beispiel in Döbling. Und dieser sehr verantwortungsvollen Aufgabe haben sich qualifizierte Mitglieder gestellt. Für diese Arbeit, sich dieser Aufgabe zu stellen, möchte ich, wie gesagt - ich glaube, zum dritten Mal jetzt in meiner Wortmeldung -, meinen Dank aussprechen. Aber nichtsdestotrotz, dieser Dank gebührt Ihnen. Und auch wir werden selbstverständlich den Tätigkeitsbericht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Danke. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Kowarik. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Dietbert **Kowarik** *(Klub der Wiener Freireiher)*: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Landesrätin! Sehr geehrte Frau Präsidentin des UVS!

Ich wäre nicht auf der Tagesordnung oder auf der Rednerliste gestanden. Die Wortmeldung des Kollegen Dr Stürzenbecher hat mich aber dazu animiert, mich hier doch noch zum Wort zu melden. Vorab natürlich werden wir auch den Tätigkeitsbericht des UVS Wien zur Kenntnis nehmen und dürfen uns auch für die Arbeit bedanken. Ich darf auch an die Worte vom Kollegen Ulm anschließen, der die Genesis dieses UVS und die Geschichte des UVS vorgezeichnet oder in Wirklichkeit nachgezeichnet hat, der auch dargelegt hat, dass sich die Probleme leider Gottes oftmals wiederholen.

Was mir aber auch wichtig ist, und das möchte ich schon unterstreichen, weil hier einerseits gesagt wurde, dass diese zweigliedrige Verwaltung und diese unabhängige Gerichtsbarkeit auch im Bereich der Verwaltung eine ganz, ganz enorme Weiterentwicklung unseres Rechtsstaates ist. Das stimmt selbstverständlich und das ist gar nicht hoch genug einzuschätzen. Das muss man auch betonen. Der Dank gebührt da in Wirklichkeit den Kollegen im Nationalrat, wo das ja einstimmig über die Bühne gegangen ist und wo tatsächlich ein Teil dieser Verwaltungsreform, die ja in allen politischen Reden immer herumgeistert, im Sinne der Rechtsstaatlichkeit wirklich umgesetzt wurde. Wo es dann aus unserer Sicht bei der Umsetzung nicht ganz so richtig hingehaut hat, und Sie werden ja dann merken, ob sich der Verfassungsgerichtshof der Sicht der Opposition anschließt, das war hier in diesem Haus, im Landtag, wo die Umsetzung des Gesetzes für die Einrichtung des Verwaltungsgerichtes Wien doch einige Auffälligkeiten gehabt hat, um es einmal vorsichtig zu sagen. Eines möchte ich schon auch betonen: Es war die einhellige Meinung aller Nationalratsfraktionen, dass sich die Landesgerichte das Bundesgericht als Vorbild nehmen sollen, was auch sinnvoll ist und gescheit ist und im Sinne einer Einheitlichkeit der Rechtsprechung auch nachvollziehbar ist.

Das wurde in Wien meilenweit verfehlt, dieses Ziel. Das muss hier gesagt werden und soll nochmals betont werden, auch im Hinblick auf meinen Vorredner.

Dass die GRÜNEN dazu nichts gesagt haben, ist bezeichnend, insbesondere, wir haben es auch schon vom Kollegen Herrn Dr Ulm gehört, dieser § 14 Abs 5, der, glaub' ich, einmalig in der Gesetzgebung der Republik Österreich ist. Also sowas muss man sich erst einmal einfallen lassen. Die Regelungen bezüglich des Geschäftsverteilungsbeschlusses und der Konsequenzen, ich meine, ein Tatbestand, dass selbst wenn das nicht verfassungswidrig wäre, was ich glaube, dass es ist, diese Bestimmung hat sicher einen sehr schalen Nachgeschmack und hält vor allem, und das gilt es zu betonen, nicht dem Vergleich mit anderen Bundesländern stand, auch das sei hier gesagt, und auch nicht mit dem Bundesgericht. Das sei nochmals betont.

Ich möchte jetzt nicht alles nochmals wiederholen,

was der Kollege Ulm richtigerweise und sehr ausführlich dargestellt hat, darf aber nur auch noch einmal auf den Bericht der Frau Präsidentin im Tätigkeitsbericht für das Jahr 2012 verweisen, wo sie eben anmerkt, dass der UVS eben anders als in allen anderen Bundesländern nicht in die Planung eingebunden wurde, weder in die Planung noch mit Fragen der Organisation befasst wurde, was doch sehr bezeichnend ist, diese Schwäche des Magistrates und der politisch Verantwortlichen in Wien, sich offenbar wirklich mit einer komplett unabhängigen Justiz anzufreunden. Wir werden sehen, wie sich dieses Verwaltungsgericht entwickelt. Wir werden das aufmerksam verfolgen und sind schon sehr gespannt darauf, wie der Verfassungsgerichtshof entscheiden wird.

Ich darf auch noch namens meiner Fraktion der Frau Präsidentin meinen Dank aussprechen und auch bitten, diesen den weiteren Mitgliedern und den Mitarbeitern des UVS auszurichten. Danke vielmals. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Ich erteile der Frau Berichterstatterin das Schlusswort.

Berichterstatterin Amtsf StRin Sandra **Frauenberger**: Nun, sehr geehrte Damen und Herren, die Entwicklung vom UVS hin zum Landesverwaltungsgericht ist eine mittlerweile sehr, sehr lange Geschichte, die uns hier im Haus immer und immer wieder inhaltlich und auch politisch natürlich sehr intensiv beschäftigt hat. Wir haben noch vor dem Sommer einen neuen Präsidenten für das Landesverwaltungsgericht bestellt, und der Herr Präsident arbeitet nun schon seit mittlerweile drei Monaten mit den Mitgliedern des UVS sehr intensiv an der Werdung des Landesverwaltungsgerichtes. Das machen sie sehr ambitioniert. In fast 20 Arbeitsgruppen wird hier die gesamte Organisation und Strukturierung der zukünftigen Arbeit organisiert und, sagen wir einmal, überdacht, entwickelt. Da fließt sehr viel Energie hinein und ich denke mir, es gilt heute nicht nur, den Mitgliedern und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die abgelaufene Tätigkeit, für ihre Arbeit im Jahr 2012 Danke zu sagen, sondern auch dafür Danke zu sagen, dass sie sich jetzt so engagiert an diesem Prozessübergang UVS hin zum Landesverwaltungsgericht beteiligen. Der Herr Präsident ist hier in sehr enger Abstimmung mit uns und auch mit großem Engagement an seine Aufgabe herangegangen. Er wurde ja auch einstimmig von unserem Haus bestellt. Wir haben jetzt auch gleich nach der Sommerpause zusätzliche Richterinnen und Richter bestellt, 22 an der Zahl, und auch eine neue Vizepräsidentin. Es ist schon in ganz unmittelbarer Zeit, ich glaube, nicht einmal in einer Woche, die erste Hauptversammlung geplant, wo ich sehr zuversichtlich bin, dass wir ein arbeitsfähiges, gut organisiertes, personell gut aufgestelltes Landesverwaltungsgericht haben werden, das seine Tätigkeit mit 1. Jänner 2014 aufnehmen wird.

Nun aber noch zum Tätigkeitsbericht des UVS, denn sowohl UVS als auch Landesverwaltungsgericht sind ja doch für die Bürgerinnen und Bürger entwickelt worden und man sieht allein am Tätigkeitsbericht von 2012 einmal mehr, wie sich auch die gesellschaftspolitischen

Themenstellungen verändert haben und wo wir enorme Dynamiken drinnen haben. Das ist natürlich auch für die Zukunft, für die Organisation, für die Bürgerinnen und Bürger bei uns eine große Herausforderung, denn wir sehen, wir haben zum Teil Steigerungen in manchen Bereichen, die im sozialen Bereich, im Fremdenrechtsbereich angelagert sind, wo wir über 100 Prozent Steigerungen haben. Da sieht man, welche Entwicklungen das auch genommen hat. Man sieht aber auch, wo es hier die eine oder andere auch für uns und für dieses Haus große Herausforderung gibt, hier entsprechende Regelungen zu treffen, die transparent sind, die nachvollziehbar sind und die letztendlich auch dazu führen, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger auch entsprechend durchzusetzen und umzusetzen.

Ja, wie auch immer wir diese Berichtslegung für das Jahr 2013 regeln werden, ich bin davon überzeugt, dass wir hier gemeinsam eine gute Lösung finden werden. Es ist heute schon auch, auch wenn wir vielleicht einmal inhaltlich damit konfrontiert werden, so ein Zeitpunkt, wo eine Ära zu Ende geht, die Ära des UVS. Da haben hier einige Abgeordnete schon geschmunzelt und gesagt, was haben wir da schon für Diskussionen gehabt. Das stimmt, der UVS hat oft zu sehr, sehr heftigen Debatten in diesem Haus geführt.

Aber nicht alleine unsere gemeinsame Entwicklung ist hier eine gemeinsame Sache, sondern auch wirklich durch die Führung durch Sie, Frau Präsidentin, kommt es heute dazu, dass wir eigentlich alle miteinander hier stehen und Danke sagen, Danke für diese Arbeit. Wenn die Ära des UVS zu Ende geht, dann muss man auch sagen, dass damit auch die Präsidentschaft von unserer Präsidentin Schönberger verbunden ist, die ja mit Ende des Jahres in den Ruhestand gehen wird.

Ich möchte Sie auf der einen Seite um Zustimmung zu diesem Bericht bitten. Ich möchte auf der andere Seite Sie, Frau Präsidentin, bitten, den Dank dieses Hauses, der ja schon mehrfach ausgesprochen wurde, aber ich möchte ihn trotzdem wiederholen, an die Mitglieder und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des UVS auszurichten. Danke vielmals für diese sehr engagierte Arbeit. Und ich möchte Ihnen persönlich auch ganz herzlich danken und Ihnen für ihre Zukunft alles, alles Gute wünschen. Ich bitte um Zustimmung. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Ich schließe mich im Namen des Hohen Landtages diesem Dank der Frau Landesrätin an und ersuche auch, den Mitarbeitern diesen Dank zu übermitteln. Ihnen persönlich wünsche ich alles Gute für Ihre weitere Zukunft, die Sie sicher auch sehr freudig planen können.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die den vorliegenden Tätigkeitsbericht 2012 des Unabhängigen Verwaltungssenates Wien zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Somit kommen wir zur Postnummer 5. Postnummer 5 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener land- und forstwirtschaftliche Gleichbehandlungsgesetz geändert wird. Berichterstatter hiezu ist

Herr Abg Valentin. Ich ersuche ihn, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Abg Erich **Valentin**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich ersuche um Zustimmung zum vorgelegten Gesetz.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen und ersuche jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Auch hier stelle ich die Einstimmigkeit fest. Ich ersuche daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Auch das ist einstimmig. Das Gesetz ist somit in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 6. Sie betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Wiener Buschenschankgesetz geändert wird. Berichterstatter hierzu ist Herr Abg Valentin. Ich ersuche ihn, die Verhandlungen einzuleiten.

Berichterstatter Abg Erich **Valentin**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Lassen Sie mich einen Satz vorweg sagen: Wir sind ziemlich stolz darauf, dass wir heute diese Gesetzesvorlage präsentieren dürfen. Es war ein langer Weg, um zwei Interessensgruppen unter einen Hut zu bringen: auf der einen Seite dem Landschafts- und Naturschutz Rechnung zu tragen, auf der anderen Seite eine Tradition in Wien weiterzuführen, nämlich die Buschenschankbetriebe, die die ursächlichste Art des Wiener Heurigen darstellen und die durch diese Interessenskollision durchaus gefährdet waren. Wir haben jetzt taxativ aufgelistet, was ein Buschenschankbetrieb ist.

Ich möchte mich bedanken bei all den Stakeholdern, die in der Diskussion mitgewirkt haben und zu einer Gesetzesvorlage geführt haben, die breiteste Zustimmung gefunden hat; und ich ersuche Sie, das Hohe Haus, um Zustimmung dazu.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Danke. Da zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir gleich zur Abstimmung. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang in erster Lesung ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. – Ich stelle die Einstimmigkeit fest. Das Gesetz ist somit in erster Lesung einstimmig angenommen.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Die Zustimmung erfolgt einstimmig. Ich ersuche daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in

zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Auch da stelle ich die Einstimmigkeit fest. Das Gesetz ist in zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Wir kommen zur Postnummer 7 der Tagesordnung. Sie betrifft den Naturschutzbericht 2012. Ich ersuche den Herrn Berichterstatter, Herrn Abg Valentin, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatter Abg Erich **Valentin**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich ersuche Sie um Zustimmung zum Naturschutzbericht 2012.

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zu diesem Tagesordnungspunkt hat sich Herr Abg Ing Guggenbichler zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg Ing Udo **Guggenbichler** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Damen und Herren!

Vorweg darf ich mich bei den Mitarbeitern, die an der Erstellung dieses Berichtes beteiligt waren, bedanken. Wir wissen ja ganz genau, dass es gerade in diesem Ressort als Mitarbeiter nicht einfach ist, im Sinne des Umwelt- und Naturschutzes tätig zu sein; denn wir wissen ja, wie diese Stadtregierung über den Naturschutz in dieser Stadt drüberfährt.

Die GRÜNEN melden sich gar nicht mehr zu Wort. Der Herr Maresch dürfte schon zufrieden sein, dass er in diesem Naturschutzbericht abgebildet ist, nämlich auf Seite 19, wo es um den Krötentunnel geht. (*Widerspruch und Heiterkeit bei den GRÜNEN.*) Offensichtlich aus diesem Grund hat er seine Wortmeldung gestrichen. So einfach sind die GRÜNEN im Naturschutz einzukaufen. Und ich will Sie noch ganz kurz darauf hinweisen, dass es, was diesen Bericht betrifft, wichtig wäre, zwei, drei Punkte auch in Zukunft anzusprechen.

Das Kapitel 2 ist der Artenschutz. Beim Artenschutz muss man auch ansprechen – und wir diskutieren dieses Thema ja schon länger –, dass wir in Wien eine geschützte Art haben. Die Ziesel stehen auf Nummer 1 der Roten Liste. Die MA 22 hat einen Bescheid ausgestellt, was diesen Ziesel-Schutz betrifft, der aus unserer Sicht leider Gottes nicht eingehalten wird. Sondern hier wird eine Population ausgerottet; und auch die Floridsdorfer Bezirksvertretung hat mit Mehrheitsstimmen beschlossen, dass dieser Ziesel-Bescheid überarbeitet werden soll.

Interessant ist, dass die einzige Fraktion, die dagegen gestimmt hat, die Sozialdemokraten waren. Die GRÜNEN haben eigentümlicherweise dafür gestimmt, im Landtag sagt der Herr Maresch aber leider nichts dazu. Interessant ist, dass diese Liegenschaft jetzt als Dritteigentümer die Sozialbau AG hat – eine Firma, die doch etwas mit der SPÖ zu tun hat. Wir werden sehen und werden heuer in Zukunft weiter verfolgen, inwiefern hier der Artenschutz auf Kosten von Bauträgerinteressen hintangestellt wird.

Das Nächste, das auch noch erwähnt wird: Der Herr Ausschussvorsitzende Valentin ist auch dabei, die Naturschutzorgane zu präsentieren, und wir wissen ganz genau, was hier passiert ist: Da wurde nämlich im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeiten die Wiener

Naturwacht per Gesetz abgeschafft. Auch das ist ein Thema, das wir uns in Zukunft anschauen werden, nämlich ob diese Naturschutzorgane im ökologischen und im ökonomischen Sinne wirklich eine so massive Verbesserung darstellen, wie uns in diesem Bericht gezeigt wird.

Wir werden heute noch darüber sprechen – Kollege Kasal hat sich ja auch noch zu Wort gemeldet – über diesen Umweltskandal, den wir hier im Lainzer Tiergarten erleben dürfen. Ich glaube, da ist es wichtig, zu sehen und immer deutlich zu machen, dass diese Stadtregierung nicht im Geringsten ein Herz für die Umwelt und für den Naturschutz hat.

Die MA 49 wird auch noch erwähnt. Herr Maresch, vielleicht melden Sie sich dazu doch noch zu Wort! Das wäre mir ein Anliegen, denn die Währinger Grünen haben ja einen Antrag gestellt. (*Abg Mag Rüdiger Maresch: Wenn Sie mich so schön bitten, dann werde ich mich melden!*) – Na gerne, ich will ja etwas hören von Ihnen. Es würde mich interessieren, ob die GRÜNEN noch bereit sind, in Bezug auf den Naturschutz irgendwas zu tun.

Die Währinger Grünen haben ja letzte Woche einen Antrag gestellt, dass die MA 49 nicht mehr den Sternwarteplatz betreuen soll. Das war so ein etwas dubioser Antrag. Deswegen würde ich gerne wissen, wie Sie dazu stehen, ob Sie irgendwelche Kritikpunkte zur MA 49 haben. Das wurde ja von allen anderen Fraktionen abgelehnt, aber vielleicht können Sie uns mehr erzählen, was da der MA 49 vorzuwerfen ist, wenn das die GRÜNEN so sehen. Das Problem ist ja, dass die GRÜNEN in den Antrag nicht hineinschreiben, wer das dann nachbetreuen soll. Das ist eben diese typische Chaospolitik, wie wir sie in Wien die ganze Zeit erleben.

Das war es schon im Großen und Ganzen. Wir werden dem Naturschutzbericht natürlich unsere Zustimmung geben, freuen uns aber auf die zukünftigen Diskussionen im Sinne des Naturschutzes in dieser Stadt. – Danke. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg Hufnagl. Ich erteile es ihm.

Abg Heinz **Hufnagl** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Ausschussvorsitzende! Meine Damen und Herren des Wiener Landtages!

Ich bin nicht der Anwalt der GRÜNEN und werde jetzt nicht darüber reden, warum Kollege Maresch an einer Debatte teilnimmt oder nicht. Aber es gab jedenfalls im Sinne der weitestgehenden Zustimmung zum Inhalt des Naturschutzberichtes vorweg zwischen den Fraktionen eine Kontaktnahme. Es schien, als ob das möglicherweise ohne Debatte abgehalten werden könnte. Daher nehme ich jetzt in Replik auf den Kollegen Guggenbichler doch das Wort.

Ganz kurz zur Ziesel-Population: Man kann schon fast sagen: Und ewig grüßt das Zieseltier. (*Heiterkeit bei Abgeordneten der ÖVP.*) Die Sachlage ist sonnenklar. Es gibt einen Bauträger, der eine legitime Möglichkeit zur Errichtung von Wohnbau nutzen will. Es gibt am ange-dachten Areal eine Ziesel-Population. Die Stellungnahme der Naturschutzbehörde, der MA 22, sagt ganz klar:

Ziesel sind eine höchst schützenswerte Tierart in Wien; und wenn dieses ebenfalls im Bescheid zulässige Transferieren der Ziesel eine freiwillige Kleinwanderung um einige Hunderte Meter in ein gleichwertiges Areal funktioniert, dann kann die Bautätigkeit beginnen. Gelingt dieses Ansinnen nicht, muss sich der Wohnbauträger eine neue Positionierung einfallen lassen. So einfach ist das, und so wird es auch gelebt werden.

Der Naturschutzbericht 2012 wäre an und für sich ein guter Anlass, um von der kontroversiellen Diskussion, die sich hier vor zwei Tagen beim Sondergemeinderat, teilweise auch emotional überzogen, abgespielt hat, zu einer sachorientierten Debatte zurückzufinden. Gibt dieser Bericht doch in einer auch für Nichtwissenschaftler übersichtlichen, gut lesbaren Form einen vertieften Einblick in die Fauna und Flora unserer Stadt, deren Entwicklung, und vor allem den aktuellen Status dabei.

Das ist gut und wichtig so, verfügt Wien doch über zahlreiche Grün- und Freilandwidmungen, die insgesamt mehr als die Hälfte des gesamten Stadtgebietes umfassen. Besonderen Flächenschutz genießen über 400 kleine Naturdenkmäler, geschützte Landschaftsteile, 10 bezirksspezifische Landschaftsschutzgebiete, das Naturschutzgebiet Lainzer Tiergarten und schlussendlich – darauf können wir besonders stolz sein, weil wir die einzige Millionenstadt Europas sind, die einen Nationalpark in ihren Mauern hat – der Wiener Teil des Nationalparks Donau-Auen, übrigens die größte geschlossene Flussaulandschaft in ganz Europa.

Die Seite 22 des Berichtes gibt dazu beredt Auskunft und erwähnt auch beispielsweise, dass wir mit dem UNESCO-zertifizierten Biosphärenpark Wienerwald 23,5 Prozent des gesamten Wiener Stadtgebietes in dieser hochkarätigen Sicherungsform geschützt haben.

Die Größenordnungen verdeutlichen, wieso der Natur- und Artenschutz ein wesentliches Element der Wiener Umweltpolitik ist, ein Kernelement der Stadtpolitik schlechthin: Gilt es doch, maximale Lebensqualität durch bestmögliche Lebensräume sicherzustellen. Daher ist es geradezu selbstverständlich, dass die MA 22 schon vor drei Jahren ihre interne Aufbauorganisation gegliedert hat, dass der Bereich Natur, Gutachten und fachliche Stellungnahmen, Bildung und Kommunikation, Pflege und Entwicklung sowie Schutzgebiete und Monitoring getrennt behandelt und bestmöglich begleitet.

Wie breit gestreut und detailreich diese Schutzmaßnahmen beim Arten- und Naturschutz sind, mit welcher Einfühlsamkeit und Liebe fürs Detail gearbeitet wird, kann man auf den Seiten 6 bis 20 des Berichts verfolgen, wo es um ganz viele Bereiche geht, nämlich vom Amphibienschutz bis zur Monitoringsituation der Wiener Fledermausarten, um nur einige Bereiche zu nennen. Da werden Artenkartierungen immer wieder überprüft und ergänzt, da wird der jährliche Tag der Artenvielfalt unter großer Teilnahme der Bevölkerung abgehalten und schlussendlich wird der Objektschutz für sämtliche Naturdenkmäler begleitet.

Lassen Sie mich an dieser Stelle an die beruflich so intensiv mit Naturangelegenheiten befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der MA 22 vor allem als Träger

der Naturschutzbehörde, aber auch als Verantwortliche für das Netzwerk Natur, den Respekt und den Dank des Wiener Landtages ausdrücken. Ich möchte auch die langjährige Leiterin, Frau Dr Büchl-Krammerstätter, wie auch die heute für Naturangelegenheiten erstzuständige Frau Dr Schleicher bitten, die Freude des Wiener Landtages über diese professionelle Abfassung des Naturschutzberichtes zur Kenntnis zu nehmen und ihrem hervorragenden Team die entsprechende Referenz weiterzuleiten.

Nach der Darstellung des Berichtes, was Wien für den internationalen Naturschutz an wesentlichen Beiträgen erbringt, ist es auch die Darstellung der Wiener Stadtgärtner – MA 42, der Wasserschützer – MA 45, der Forstwirte und Förster – MA 49, die aufzeigen, dass sie in kongenialer Zusammenarbeit mit der MA 22 Gewähr dafür sind, dass die naturnahen Lebensräume unserer Stadt den nächsten Generationen bestmöglich weitergegeben werden können.

Wobei das Forstamt durch zwei Sonderaufgaben – nämlich die Bewirtschaftung der Quellschutzwälder und den biologischen Landbau – als mit Abstand größter Biobauer Österreichs zwei zusätzliche Assets in diesen Bericht einfließen lässt.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns alle einig und auch mit weitesten Teilen der Bevölkerung eines Sinnes, dass Naturschutz selbstverständlich und wichtig ist. Dennoch braucht er begleitende Kontrolle und Überwachung mit Augenmaß.

Jetzt komme ich zum zweiten Punkt, den Kollege Guggenbichler in seiner Wortmeldung angesprochen hat. Es war richtig und notwendig, im Vorjahr nach einer Änderung des Naturschutzgesetzes zur Unterstützung der Naturschutzbehörde fachkundige MitarbeiterInnen des Magistrats als Naturschutzorgane auszubilden. So konnten wir im vergangenen Oktober 76 neue Naturschutzorgane aus den Fachabteilungen 22, 42, 45 und 49 aneignen und sie danach ihre Kontrolltätigkeit im Rahmen des Außendienstes auch wahrnehmen lassen. Sie machen diese Tätigkeit mit Augenmaß, mit Dialog mit den Bürgern und mit Aufklärung.

Eine Anmerkung sei mir erlaubt: Im Gegensatz zur Philosophie der FPÖ, die ganz im Sinne ihrer Schmisseträgermentalität (*Heiterkeit bei der FPÖ.*) meint, martialisches Auftreten, rasches und häufiges Strafen sei der richtige Weg; sagen wir: Dialog mit der Bevölkerung, Aufklärung und gemeinsames Nutzen unserer herrlichen Naturräume! Das ist der Weg, den diese Stadtregierung beschreitet. (*Beifall bei SPÖ und bei GRÜNEN.*)

Lassen Sie mich meinen gedanklichen Streifzug durch den Wiener Naturschutz noch mit einer wirklich gelungenen schönen Bereicherung abschließen. Der Sternwartepark in Währing hat in der Stadtchronologie der Wiener Kommunalpolitik zwei Mal historisch bedeutsame Schriftzeichen gesetzt: 1973 führte die Fehleinschätzung bezüglich der Volksmeinung betreffend Sternwartepark zum Rücktritt des damaligen Bürgermeisters.

Und im Vorjahr hat die Umweltstadträtin Mag Sima intensive Verhandlungsgespräche mit der BIG, der Bun-

desimmobiliengesellschaft geführt, welche im heurigen Frühjahr erfolgreich abgeschlossen wurden und am 2. Mai – bis heute wirksam, so wird es auch bleiben – zur Eröffnung des Sternwarteparks für alle interessierten Bürgerinnen und Bürger an allen Werktagen geführt. Das bedeutet fünf zusätzliche Hektar Naherholungspark mitten in Wien. Die Bevölkerung und die Gäste Wiens können neu und zusätzlich erlebbare Natur genießen. (*Beifall von Abg Nurten Yilmaz.*)

Liebe Ulli! Auch wenn du heute krank bist, verfolgst du hoffentlich die heutige Debatte über das Internet. Wenn nicht, wird man es dir gerne ausrichten: Herzlichen Glückwunsch für diesen Verhandlungserfolg! Er hat lange gedauert, aber er wird dauerhaft für Wien mehr Naturraum und mehr Erholungsflächen bringen. Alles Gute dazu! (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Ich komme auch schon zum Abschluss. Der Naturschutzbericht 2012 bildet anschaulich einen erfreulichen Zustandsbericht der Wiener Fauna und Flora, ihrer lebensnotwendigen Lebensräume und aller begleitenden Schutzmaßnahmen. Er ist nicht nur lehrreich und auf 57 Seiten ökologischen Druckpapiers lesbar dargestellt; er verdient zweifelsfrei auch die Wertschätzung und die zustimmende Kenntnisnahme durch den Wiener Landtag. Ich bitte um breiteste Akzeptanz und danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächster ist Herr Abg Mag Kasal zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg Mag Günter **Kasal** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Berichterstatter! Meine Damen und Herren! Wir sprechen soeben über den Naturschutzbericht, und mein Vorredner hat von einem vertieften Einblick gesprochen. Diesen vertieften Einblick möchte ich aus meiner, nämlich aus Hietzinger Sicht betreffend den Lainzer Tiergarten eröffnen.

Wie Sie alle wissen, ist heuer im Frühjahr das Josef-Afritsch-Heim abgerissen worden. Der gesamte Restmüll oder ein großer Teil davon, der von der Volkshilfe nicht entsorgt wurde, inklusive Sondermüll, ist im Afritsch-Heim verblieben. Das Afritsch-Heim wurde im Frühsommer abgerissen. Fortan kamen große Kipplaster des Forstamtes, haben den gesamten Bauschutt aufgeladen, sind unmittelbar hinter dem ehemaligen Afritsch-Heim an der Mauer des Lainzer Tiergartens durch das Wirtschaftstor im Lainzer Tiergarten durchgefahren – für Ortskundige: am St Veiter Tor vorbei, bis zum Graben, ungefähr auf Höhe des Gasthauses Lindwurm. Dort wurden der Bauschutt und der Sondermüll des Josef-Afritsch-Heimes entsorgt und vorerst einmal zwischengelagert.

Eine engagierte Bürgerin hat diesen Vorgang fotografiert und auch Videoaufnahmen vom Kipplaster des Forstamtes gemacht. Der Fahrer hatte offensichtlich tatsächlich ein schlechtes Gewissen, ist sofort ausgestiegen, hat sich auf den Datenschutz berufen und sich darüber beschwert, dass er bei diesem Vorgang fotografiert und gefilmt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wo ist das

Gewissen der rot-grünen Stadtregierung? Was würde passieren, wenn jemand anderer seinen Sondermüll einfach irgendwo im Naturschutzgebiet im Biosphärenpark entsorgen würde?

Bis jetzt wurde im Mai oder Juni die Bezirksvorstehung kontaktiert. Die hat sofort Kontakt mit der Direktion des Forstamtes aufgenommen. Das Forstamt hat dann die Bürger angerufen und beruhigt, es würde sich nur um eine unbedenkliche Stützmauer handeln, die als Unterbau für den Straßenbau – im Lainzer Tiergarten wohl gemerkt – verwendet werden soll. Natürlich ist seitens der Direktion des Forstamtes auch versprochen worden, es würde überprüft, ob da wirklich so viel Sondermüll dabei sei, und falls das so sein sollte, würde das unverzüglich wieder in Ordnung gebracht.

Nun, vertiefter Einblick von einem Besuch im Lainzer Tiergarten letzte Woche: Darf ich Ihnen kurz einmal zeigen, was alles in der angeblichen Stützmauer zu finden ist. *(Im Folgenden hält der Redner die von ihm erwähnten Gegenstände jeweils in die Höhe.)*

Sie haben in dieser Größe Eisenrohre im Lainzer Tiergarten. Sie haben das gesamte Geschirr des Hörndlwaldes. Ich hab da verschiedene Bruchstücke mit, ich kann Ihnen das gerne zeigen, sogar mit dem Stempel drauf, von wo es ist. Sie haben da das gesamte Geschirr des Josef-Afritsch-Heimes eingearbeitet und abgelagert im Naturschutzgebiet! Sie haben Gummischläuche als Beispiel. Bitte, das ist nur beispielhaft mitgebracht, um es zu dokumentieren, mehr oder weniger als Beweisstück. Sie haben – ich kann das jetzt nicht herausnehmen, sonst fällt alles herunter – meterlange Stromkabel, die sich in den „neuen“ Wegen befinden, aber einfach an der Oberfläche! *(Abg Ing Udo Guggenbichler: Das war die Stützmauer; Herr Maresch!)*

Sie haben höchstwahrscheinlich asbestbelastete alte Abflussrohre – ich hab da noch ein paar Beispiele – entsorgt, und das mitten im Lainzer Tiergarten! Wie Sie alle wissen, wird im Sommer immer gewarnt, dass man in Waldgebieten auf gar keinen Fall Glas wegschmeißen oder entsorgen soll. *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Haben Sie Anzeige erstattet?)* – Bitte? Ich bin politisch tätig. Ich bringe es hier einem breiten ... *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Haben Sie Anzeige erstattet?)* – Ja, mach ich noch. Ich weiß es selber erst seit Freitag. Kommt schon, Herr Stadtrat. *(Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Wer weiß, woher Sie das haben!)*

Lieber Herr Stadtrat, ich lade Sie herzlich ein. Es ist ja nicht leicht zu finden im Lainzer Tiergarten. Ich lade Sie und jeden, den es interessiert, jeden, der Zweifel hat, herzlich ein. Es schaut bis heute noch genauso aus. *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Ich werde mir wegen diesem Sondermüll nicht meinen Ruf ruinieren. Das ist Tatsache, das kann ich belegen! *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Ing Isabella Leeb.)*

Herr Stadtrat, glauben Sie, ich würde mich hier herstellen, wenn es nicht der Wahrheit entsprechen würde?! Bürger haben das doch fotografiert! *(Amtsf StR Christian Oxonitsch: Nein, ich frage mich, was Sie gemacht haben! – Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Wenn die Direktion des Forstamtes bereits im Frühjahr zusagt, dass sie das

überprüfen, dann hat man ihnen Zeit gegeben. Die Bürger haben sich erst jetzt, am Freitag war es, an mich gewandt. Entschuldigung, wir sind im Wahlkampf, wie Sie alle wissen. So viel Zeit ist jetzt noch vorhanden. Wenn das seit vier oder fünf Monaten dort liegt, wird es wahrscheinlich auch noch drei Tage dort liegen können. *(Abg Ing Udo Guggenbichler: Ihr habt einen Umweltskandal und wollt das abstreiten! – Rufe und Gegenrufe zwischen FPÖ und SPÖ.)*

Darf ich fortfahren? Kommen wir wieder zu den Beweisstücken. *(Im Folgenden hält der Redner wieder die von ihm jeweils erwähnten Gegenstände in die Höhe.)* Das sind wahrscheinlich ehemalige Luster, die an der Oberfläche liegen. Da haben Sie so ein mit Metallstücken, Metalldrähten durchzogenes Glas, das auch an der Oberfläche ist. Sie haben Plastikstücke, sie haben Plastikschräuche, sie haben, wie gesagt, das gesamte Geschirr des Afritsch-Heimes, Sie haben sogar Kanaldeckel dort entsorgt, an der Oberfläche! Ich bin 200 bis 300 m gegangen und habe ein paar Stücke, so viele ich eben in das Plastiksackerl hineinbekommen haben, mitgenommen.

Sie haben Spiegelstücke, Sie haben Metallstücke! Das ist kein Spaß, das ist eine riesige ... Dieses Wort sage ich jetzt nicht, sonst bekomme ich einen Ordnungsruf, und bis jetzt hatte ich noch nie einen. Sie haben Stecker drinnen et cetera. Habe ich die Flexschläuche aus Plastik schon hergezeigt? Ich weiß es nicht. Da ist so viel!

Aber ich habe noch etwas, das besonders hübsch ist. Da haben Sie noch den Griff von alten Einrichtungsgegenständen, auch aus Eisen. Sie brauchen gar nicht an der Oberfläche zu kratzen, Sie brauchen nur drüberzugehen. Das sehe ich sogar und finde ich auch mit meiner Altersweitsichtigkeit. Es ist überhaupt kein Problem für jeden, das wahrzunehmen und zu sehen. Wenn Sie dort ein paar Meter bloßfüßig gehen, werden sie sich sofort ins Meidlinger Unfallkrankenhaus begeben müssen.

Was ich nur sagen möchte, ist: Das sind die Sachen, die man nicht in den schön gefärbten Berichten der Stadt Wien findet. Das ist in wahrster Form ein vertiefter Einblick in die Umweltpolitik von Rot-Grün. Sie werden diesbezüglich noch Anträge und Anfragen bekommen, soweit sie nicht schon eingegangen sind. Und ich kann nur den dringenden Appell an die rot-grüne Stadtregierung richten: Bringen Sie das so schnell wie möglich wieder in Ordnung! *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Ing Isabella Leeb.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Als Nächster ist Herr Abg Mag Maresch zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm. *(Ruf bei der SPÖ: Pass auf, dass du nicht auf eine Glas-scheibe steigst! – Abg Mag Rüdiger Maresch, auf dem Weg zum Rednerpult: Ja, ich weiß eh, muss eh schauen!)*

Abg Mag Rüdiger **Maresch** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Also. Zwei interessante Anwürfe von Seiten der FPÖ. Zum ersten Anwurf muss ich sagen – wobei auch der Herr Vorsitzende des Umweltausschusses dazu noch Stellung nehmen wird –: Vor nicht allzu langer Zeit, das ist jetzt drei bis vier Jahre her, bin ich durch den

Wienerwald gegangen und habe ähnliche Dinge gefunden. Ich habe dann herausgefunden, dass diese Sachen auf einem Grundstück der Klosterneuburger Forstverwaltung drauf waren. Wir haben uns dann erkundigt. Es gibt ein Forstgesetz, das es zulässt, Baurestmassen ...– Und das sind Baurestmassen, Herr Kollege! Das ist kein Sondermüll, sondern das nennt man Baurestmassen. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Ja, Sie können jetzt sagen, was Sie wollen, egal. Faktum ist – leider, sage ich dazu –, dass man mit diesen Baurestmassen Forstwege befestigen darf. Und was glauben Sie, wann dieses Gesetz gemacht worden ist? Zu einer Zeit, wo Schwarz-Blau regiert hat. Wir waren damals im Bund dagegen! *(Ironische Heiterkeit und Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.)*

Das war der erste Punkt. Zweiter Punkt: Ich glaub natürlich auch ... *(Weitere Zwischenrufe bei FPÖ und ÖVP.)* Was die Asbestbelastung betrifft, wäre ich ein bisschen vorsichtiger, weil Abflussrohre doch eher nicht aus Asbest gemacht werden, sondern das ist eher der Brandschutz. Und was noch wichtig ist bei der Sache: Ja, ich glaube, das ist keine feine Sache und das wird man sich anschauen. Aber Kollege Valentin wird dazu ohnehin etwas sagen. Es ist überhaupt nicht gut, dass die Stadt Wien da vielleicht Dinge macht, die andere auch machen. Wird man sich anschauen. Ich denke, wir werden das richtig lösen.

Die zweite Sache, die mir ein bisschen aufgefallen ist: Interessant, ich habe eigentlich den Naturschutzbericht total gut gefunden, weil er diesmal auf unsere Anregung leicht verändert worden ist oder stärker verändert worden ist, und zwar ... *(StR DDr Eduard Schock: Noch ein Bild vom Herrn Maresch! – Heiterkeit bei FPÖ und ÖVP.)*– Seien wir froh, dass Sie nicht drinnen waren, denn das hätte den Rahmen gesprengt. Aber egal.

Noch einmal. Das Bild habe ich mir angeschaut. Was ist auf dem Bild drauf? Wir haben im gemeinsamen rot-grünen Übereinkommen stehen, dass Krötentunnel gebaut werden. Das haben wir gemeinsam umgesetzt. Deswegen ein kleines Foto auf Seite 19. Aber nicht deswegen habe ich zugestimmt. Sondern wir haben deswegen zugestimmt, weil sich der Bericht an sich geändert hat und massiv über die Naturschutzsituation in Wien Sachen drinnenstehen.

Jetzt komme ich zu meinem Lieblingsthema, das offensichtlich auch das des Herrn Guggenbichler ist und zwar: Wollen wir uns doch daran erinnern, was die erste Presseaussendung zu der Ziesel-Causa war – Kollege Guggenbichler wird sich noch erinnern –: Fangen wir doch die Ziesel alle ein und bringen sie in die Lobau! Ich war damals recht amüsiert, weil ich mir gedacht habe: Die Ziesel sind nicht die Biber, sie können nicht schwimmen.

Aber Herr Guggenbichler hat dazugelernt. Er weiß jetzt: Die Ziesel sind keine Biber, sie können auch nicht schwimmen und man sollte sie auch nicht einfangen. Immerhin ein Lernprozess. So. Jetzt haben wir ein Gutachten einer anerkannten Koryphäe zu den Zieseln auf dem Baugrund. Sie wissen, es ist ja kein Geheimnis, da war man nicht erfreut, dass dort gebaut wird. Das Gut-

achten besagt: Es sind Flächen zu schaffen, wo die Ziesel freiwillig oder gelockt hinüberziehen sollten. Wenn das nicht passiert, dann wird die Fläche nicht verbaut. *(Anhaltende Zwischenrufe von Abg Ing Udo Guggenbichler.)*

Das habe ich Ihnen schon tausend Mal gesagt, und da hilft es auch gar nichts, dass Sie der Bürgerinitiative angeboten haben, von Ihrem eigenen Geld etwas für sie zu bezahlen. Auch das hat nichts geholfen. Es ist nicht so, dass der Herr wie auch immer ein nettes Gutachten für Sie schreibt. Nein, ganz im Gegenteil. Die Leute haben einfach gemerkt, dass Sie parteipolitisches Kleingeld machen, indem Sie sagen, nächstes Mal lassen wir die Ziesel wieder schwimmen, schauen wir, ob sie untergehen. – Nein, es war nicht so.

Also noch einmal. Wir beziehungsweise die Stadtreinigung sagt, und das steht ganz eindeutig drinnen: Wenn die Ziesel diese Verlockungen annehmen und das andere Gebiet besiedeln, dann kann verbaut werden. Wenn nicht, dann wird sich der Bauträger eine andere Fläche sichern müssen. Und wie gesagt, noch einmal: Lieber Herr Guggenbichler! Sie werden uns noch ganz oft mit den Zieseln kommen, aber die Ziesel bleiben eh nicht dort, die gehen eh weg. Machen Sie sich keine Sorgen! – Danke schön. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsidentin Marianne **Klicka**: Zu Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Herr Berichterstatter hat das Schlusswort.

Berichterstatter Abg Erich **Valentin**: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Lassen Sie mich zu vier Punkten Stellung nehmen. Nämlich grundsätzlich zum Bericht, dann zu den Naturschutzorganen, zur Ziesel-Problematik und nicht zuletzt zu der Sache die Herr Abg Kasal heute hier aktualisiert hat.

Vorweg möchte ich namens der amtsführenden Stadträtin der Magistratsabteilung 22 und allen Mitarbeitern für den Bericht sehr herzlich danken. Dieser Bericht ist sehr informativ und gibt uns Gelegenheit, nicht nur als Hohes Haus zu evaluieren, was wir in der Vergangenheit getan haben, sondern er liefert uns auch die Basis für sinnvolle Strategien im Naturschutz, im Artenschutz, in der Naturdenkmalpflege und in vielen anderen Bereichen. Nicht zuletzt gibt er uns auch Aufschluss darüber, was die Behörde im Bereich der MA 22 tut. Dafür herzlichen Dank, und ich bitte Sie, Kollegin, den Dank auch den Kolleginnen und Kollegen der MA 22 auszurichten.

Das Zweite, das kritisiert worden ist, ist die Frage der 76 Naturschutzorgane, die wir in der Berichtsperiode angeloben konnten. Meine Damen und Herren, lassen Sie mich sagen, dass es tatsächlich ein Meilenstein war. Denn da geht es darum, dass Gesetze eingehalten werden. Und wenn der Bürger/die Bürgerin über diese Gesetze informiert werden soll und den Anspruch hat, das auch in einer Form zu bekommen, wie es dem Standard der Stadt Wien gebührt, dann können Sie erwarten, dass es sachkundige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Magistrats sind. Diese sachkundigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben wir in den Magistratsabteilungen

22, 42, 45 und 49 gefunden. Die wurden ausgebildet und machen einen hervorragenden Dienst. Wir haben aus der Bevölkerung nur hervorragende und sehr, sehr gute Rückmeldungen.

Ich möchte mich auch bei den Kolleginnen und Kollegen bedanken, die sozusagen ihren teilweise auch Innendienst teilweise in eine völlig neue Aufgabe umgewandelt haben und sich vor Ort in der Auseinandersetzung, im Dialog mit dem Bürger, mit der Bürgerin der Frage des Naturschutzes widmen. Herzlichen Dank auch diesen 76 wirklich neuen, alten, weil sie ja bereits Bedienstete der Stadt Wien waren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich da einer neuen Aufgabe zusätzlich widmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Eine letzte Anmerkung. Der Bescheid, den die MA 22 da erlassen hat, gilt als österreichweit und international vorbildlich. Wir haben auch, um diese Frage endgültig außer Streit zu stellen, damit nicht irgendwelche es gut oder weniger gut meinenden Menschen und selbsternannte Naturschützer der Freiheitlichen auf den Plan kommen können, die Evaluierung einer Persönlichkeit oder einer Gruppe gegeben, die außerhalb des Magistrats steht, also über jeden Verdacht erhaben ist, nämlich der Frau Prof Dr Hoffmann.

Sie ist die Ziesel-Expertin Nummer 1 in Österreich. Sie überwacht dieses Unterfangen, dieses Absiedeln, Anlocken und Verlocken. Und wenn die Ziesel von dort nicht weggehen, gibt es auch die klare deutliche Aussage: Dann kann dort nicht gebaut werden. Wir sind sehr glücklich, damit einen Bescheid getroffen zu haben, der sowohl dem Naturschutz gerecht wird als auch die Möglichkeit eröffnet, dass in Wien Wohnungen gebaut werden dürfen.

Jetzt zum Letzten. Und da bin ich sehr, sehr froh, dass all das, was wir gesagt haben, und all das, was ich sagen werde, durch das Protokoll des Wiener Landtages abgestützt ist. Herr Kollege Kasal hat nämlich der Stadt Wien oder einer Magistratsabteilung umweltstrafrechtliche Tatbestände unterstellt. Das steht im Strafgesetz drin. Und da wird's heikel, wenn es nämlich um Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geht. *(Abg Mag Dietbert Kowarik: Was hat er gesagt?)*

Sie haben gesprochen und ich brauche es nicht zu wiederholen, es steht ja erfreulicherweise ... *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ich habe geglaubt, Sie sind ein Berichterstatter. Sie halten eine Meinungsrede!)* – Ich muss dazu Bericht erstatten! Ich nehme ... Nein, nein, ich habe auch die Unterlagen da. *(Andauernde Zwischenrufe von Abg Mag Wolfgang Jung.)* Herr Jung! Ich kenne die Geschäftsordnung, glaube ich, länger als Sie. Ich bin zwar noch nicht so alt wie Sie, aber das kenne ich sehr wohl. Lassen Sie mich ausreden.

Wir haben heute einen Tatbestand präsentiert bekommen. Es wurde von Problemstoffen, von illegaler Ablagerung gesprochen, aber all das steht ja im Protokoll erfreulicherweise drin. Was ich da habe, sind keine Vermutungen, sondern ich habe hier den Prüfbericht des Materials, das die MA 49, um einen Forstweg anzulegen, übernommen hat. Das ist Recyclingmaterial und hat von einer übergeordneten, vom Bundesministerium für Wirt-

schaft autorisierten Prüfstelle den Bescheid und die Bewertung bekommen, dass es sich hierbei um Recyclingmaterial, Auflage der Qualitätsklasse A handelt. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Glasscheiben!)*

Dieses Material wurde an zwei Tagen im Juni dieses Jahres, als es aufgebracht worden ist, von dieser unabhängigen Prüfanstalt, autorisiert vom Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten, überprüft und zertifiziert. *(Ruf bei der FPÖ: Na servus!)*

Da stehen, meine Damen und Herren, die Namen der Prüforgane, wobei eine Prüfstelle, die nicht der Stadt Wien angehört, eine Prüfstelle, die vom Bundesministerium autorisiert wird, der Stadt Wien attestiert *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* – langsam, auch zum Nachlesen –, dass das von der Stadt Wien angeforderte Recyclingmaterial, das auf einem Güterweg aufgebracht worden ist, der Güteklasse A entspricht. – Zitat Ende. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Die dürfen nicht mehr beauftragt werden!)* Und das ist das Material, das auf diesem Güterweg laut einer unabhängigen Prüfstelle aufgebracht worden ist. *(StR DDr Eduard Schock: Ist das alles, was Sie dazu zu sagen haben?! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Das heißt, meine Damen und Herren ...

Präsident Prof Harry **Kopietz** *(unterbrechend)*: Entschuldigen Sie, Herr Berichterstatter. Darf ich ein bisschen um Ruhe bitten, dann kann man dem Bericht des Berichterstatters folgen. Dann ist man auch informiert und kann daraufhin je nachdem, wie man möchte, agieren und reagieren. – Danke schön!

Berichterstatter Abg Erich **Valentin** *(fortsetzend)*: Der einzige Skandal, meine Damen und Herren, ist der: Sie wissen, dass das Büro der Geschäftsgruppe an jedem Werktag geöffnet ist. Wenn eine Dame oder ein Herr dieses Hauses vermeint, Unterlagen zu bekommen über eine Tat, die im Umweltstrafrecht beschrieben ist ... Es muss Ihnen ja bewusst gewesen sein, Herr Abgeordneter, dass da eine illegale Ablagerung erfolgt, wie Sie gesagt haben. Da muss man anrufen und das anzeigen. Herr StR Oxonitsch hat in einem Zwischenruf richtig darauf ... *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* – Haben Sie Anzeige erstattet? Haben Sie angerufen? – Nein.

Wir haben nach unserer Recherche – und die Recherche konnte ich erst dann durchführen, als sie freundlicherweise Ihre Presseaussendung gemacht haben, bevor sie überhaupt Ihren Redebeitrag heute gestartet haben ... *(Abg Armin Blind: Herr Kollege! Sie sind kein Parteiredner, Sie sind Berichterstatter!)* – Ich bin Berichterstatter. Sie haben das in meinem Bericht ... *(Weitere Zwischenrufe von Abg Armin Blind.)* – Ich habe zu replizieren. Und die Stadt Wien hat in dieser Frage als Magistratsabteilung 49 korrekt gehandelt.

Präsident Prof Harry **Kopietz** *(unterbrechend)*: Herr Berichterstatter, einen kurzen Moment, entschuldigen Sie bitte. Ich ersuche nochmals dringend die FPÖ um Zurückhaltung in den Wortmeldungen von den Bänken aus. Das kann kein Mensch verstehen und ist in Wirklichkeit auch kontraproduktiv. Im Zuge meiner Führung des Präsidiums darf ich feststellen, dass es keine Parteirede ist, sondern das war ein Zitieren eines Gutachtens, das erstellt wurde. *(Zwischenrufe von Abg Mag Wolfgang*

Jung.) Das ist ein Gutachten, das erstellt wurde, und der Berichtersteller bringt dieses Gutachten, das die Stadt Wien erstellen ließ, zum Vortrag. (*StR DDr Eduard Schock: Aber der Dreck bleibt dort!*)

Berichtersteller Abg Erich **Valentin** (*fortsetzend*): Ich darf noch einmal festhalten: Was dort aufgebracht worden ist, ist nicht Abbruchmaterial, sondern Recyclingmaterial. (*Abg Ing Udo Guggenbichler: Herr Vorsitzender des Umweltausschusses! Bleibt der Dreck jetzt dort?!*) Ich bin auch gerne bereit, Ihnen zu sagen, was der Unterschied ... (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist ja wurscht!*) – Das ist nicht wurscht. Das hat auch nichts mit Lebensmitteln zu tun, Herr Kollege. Recyclingmaterial ist ein von einer autorisierten Firma ausgesuchtes, gebrochenes und gesichtetes Material, das gereinigt, gesiebt und dann aufgebracht wird.

Es waren dies 1 400 Tonnen, die die Stadt Wien verwendet hat. Recyclingmaterial ist, wie der Name so sagt, ein Material, das in seinem materiellen Leben bereits einen anderen Verwendungszweck gehabt hat. (*Abg Mag Wolfgang Jung und Abg Mag Günter Kasal halten die zuvor gezeigten Gegenstände nochmals in die Höhe.*)

Ich möchte Ihnen als Berichtersteller in Ausübung und in Achtung der Geschäftsordnung sagen, dass es sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wien und des Forstamts nicht verdient haben, wenn sie gesetzeskonform vorgehen, beistrichgenau alles beachten, dass sie hier angepatzt werden. Ich sage das ganz klar und deutlich. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich habe mir vorgenommen, das Wort Wahlen nicht in den Mund zu nehmen, darum sage ich auch: Dieses Mittel wird dadurch, dass es den 29. September gibt, nicht geheiligt. Das ist ungustiös! (*Zwischenrufe bei der FPÖ: Ist das eine Berichterstattung?! Missbrauch ist das!*) Das haben sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Wien nicht verdient. Ich weise das zurück und ersuche Sie trotzdem einmal mehr, dem Naturschutzbericht Ihre Zustimmung zu geben. (*Beifall bei der SPÖ. – StR DDr Eduard Schock: Zur Geschäftsordnung!*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Wir kommen zur Abstimmung. (*StR DDr Eduard Schock: Geschäftsordnung gibt's immer!*) – Nach dem Bericht der Stadträtin gibt es keinen Geschäftsordnungsantrag. (*Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Bitte lesen sie die Verfassung! Sie können sich nachher zur Geschäftsordnung melden. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die den vorliegenden Naturschutzbericht 2012 zur Kenntnis nehmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke. Das ist einstimmig beschlossen.

So, bitte, Herr Stadtrat, zur Geschäftsordnung. Wir halten uns an die Verfassung, Herr Stadtrat, gerade Sie, das weiß ich genau.

StR DDr Eduard **Schock**: Also Herr Präsident! Es war immer Usance und guter Brauch, dass der Berichtersteller im Landtag, im Hohen Haus Beiträge der Opposition und der Regierung zusammenfasst. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Es war immer guter Brauch, dass der Berichtersteller dann der Mehrheitsfraktion eine Empfeh-

lung abgibt, wie abzustimmen ist. Aber diese Berichterstattung vom Herrn Valentin war ganz sicher nicht der Geschäftsordnung des Wiener Landtages entsprechend, meine Damen und Herren. (*Abg Mag Thomas Reindl: Doch, selbstverständlich!*) Das war ein Missbrauch der Geschäftsordnung, Herr Klubobmann Schicker! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich meine, wir sollten das nicht einreißen lassen, schon gar nicht vor Wahlen, wenn hier in wenigen Tagen Nationalratswahlen stattfinden, dass hier mit der Autorität des Präsidiums und der Berichterstattung Parteipolitik betrieben wird. Ich meine, wir sollten da den Anfängen wehren! (*Beifall bei der FPÖ und von Abg Ing Isabella Leeb.*)

Meine Damen und Herren! Herr Präsident – weil auch Sie diese Wortmeldung verteidigt haben. Wenn Herr Valentin in seiner sogenannten Berichterstattung noch Wörter verwendet, die der Würde dieses Hauses nicht entsprechen (*Abg Erich Valentin: Welche? – Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Beispiel?*), wenn er hier Worte verwendet, von denen wir alle meinen, dass sie nicht verwendet werden sollten und schon gar nicht vom Berichtersteller hier, dann meine ich, dass hier überhaupt die Grenzen einer Berichterstattung überschritten sind!

Herr Valentin! Sie haben zum Beispiel in Richtung der Opposition das Wort ungustiös verwendet. (*Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Wo er recht hat, hat er recht!*) Und Herr Valentin, ich meine, nehmen Sie diesen Ausdruck zurück! Herr Präsident! Wenn er so gefallen ist, dann verdient dieser Ausdruck, wenn er von einem Berichtersteller verwendet wird, auch einen Ordnungsruf. Herr Präsident! Ich verlange daher einen Ordnungsruf für den Berichtersteller Valentin! (*Beifall bei der FPÖ und von Abg Ing Isabella Leeb.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Zur Geschäftsordnung, Abg Schuster.

Abg Godwin **Schuster** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Ich melde mich deshalb zur Geschäftsordnung, weil der Berichtersteller natürlich eine bestimmte Rolle hat, die er auch zu erfüllen hat. Bei dieser Berichterstattung ging es um eines: Da gab es Vorwürfe eines Redners. Auf diese Vorwürfe des Redners ist der Berichtersteller eingegangen. Ein Berichtersteller hat das Recht, das zu tun. Er hat auch ein unabhängiges Gutachten zu diesen Materialien vorgelegt; und ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass man hier in einer Panik reagiert. (*Abg Johann Herzog: Wieso Panik?!*)

Sie wissen genau: Er hat lediglich gesagt, das Verhalten ist nicht gustiös. Ja, das Verhalten ist nicht gustiös. (*Abg Ing Udo Guggenbichler: Ist eine Wertung!*) Und er hat ganz einfach auf dieses hingewiesen und ansonsten seinen Beitrag als Berichtersteller so kurz wie möglich gehalten. (*Ironische Heiterkeit bei Abgeordneten der FPÖ.*) Die Ausführung, das Vorlesen und das Zitieren des Gutachtens hat dann mehr Zeit gebraucht. Also ich würde da doch etwas entspannter sein und dem auch zuhören. Es ist nichts Negatives, wenn man eine Meinung hört und die Gegenmeinung mit einem Gutachten schriftlich dargelegt bekommt. (*Abg Mag Dietbert Kowa-*

rik: *In der Debatte!*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Zur Geschäftsordnung, Herr Abg Mag Kowarik.

Abg Mag Dietbert **Kowarik** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Herr Präsident!

Jetzt unabhängig von den Feststellungen bezüglich des Berichterstatters. Auch wenn unsere Geschäftsordnung recht wenig diesbezüglich hergibt entsprechend des Wortlautes, sollte er eigentlich selber wissen, wie er Bericht zu erstatten hat. Aber unabhängig davon, haben Sie gesagt, sie befinden sich voll im Rahmen der Verfassung. Das möchte ich auch hoffen. Ich darf ihnen nur eine Bestimmung vorlesen, weil sie die Geschäftsordnungsmeldung des StR Schock nicht zur Kenntnis nehmen wollten. Ich darf ihnen zitieren aus § 20 Abs 3 unserer Geschäftsordnung:

„Landtagsabgeordnete können jederzeit einen Antrag betreffend die formelle Geschäftsbehandlung stellen. Diese Anträge, welche nicht schriftlich überreicht werden müssen, brauchen sich nicht auf das gerade in Beratung gezogene Geschäftsstück beziehen“ – also nicht einmal das wäre notwendig – „und können auch vor dem Eingehen in die Tagesordnung gestellt werden.“ – Also immer, Herr Kollege, Herr Präsident, nehmen Sie das zur Kenntnis! „Der Präsident ist“ – ausschließlich – „berechtigt, bei solchen Anträgen die Redezeit bis auf fünf Minuten zu beschränken.“ – Jederzeit, Herr Kollege! Lesen Sie nach! (*Beifall bei der FPÖ und von den Abgen Ing Isabella Leeb und Dr Wolfgang Aigner. – Abg Mag Wolfgang Jung: Jederzeit!*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: So, jetzt versuche es zusammenfassend zu formulieren: Herr Kowarik, Sie haben recht. Außer, es ist der Abstimmungsvorgang bereits eingeläutet. (*Abg Mag Dr Alfred Wansch: Wo steht das?!*) Und der wurde von mir vorher schon eingeläutet. Ansonsten haben Sie recht.

Zweitens: Angesichts des Begehrens des Rufes zur Ordnung werde ich mir das Protokoll anschauen, und dann werden wir bei der nächsten Landtagssitzung darüber befinden.

Drittens: Ich sehe den Vorwurf, dass der Berichterstatter parteipolitisch agiert hätte, als nicht richtig. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Überraschung!*) Der Berichterstatter hat seine Aufgabe wahrgenommen, indem er auf die Wortmeldung und die Darstellung eines Abgeordneten Stellung genommen hat, und das muss er selbstverständlich tun. Er hat nichts anderes als ein Gutachten, das erstellt wurde, dem Landtag zur Kenntnis gebracht. (*Ruf bei der FPÖ: Und gewertet!*) Es ist so und es ist auch gut so, weil dann die Zuseher im Internet die Gelegenheit haben, hier alle Informationen, die der Stadt Wien zur Verfügung stehen, zu hören.

Wir kommen damit zur Postnummer 8. Sie betrifft eine Vereinbarung gemäß Art 15a über den weiteren Ausbau ganztägiger Schulformen. Ich bitte den Berichterstatter, Herrn Amtsf StR Oxonitsch, die Verhandlung einzuleiten. – Bitte sehr.

Berichterstatter Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Zustimmung zu dieser wichtigen

15a-Vereinbarung.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Zu Wort ist niemand gemeldet. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die dieser Vereinbarung die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. – Danke, das ist einstimmig beschlossen.

Postnummer 9 betrifft eine Vereinbarung gemäß Art 15a über eine Änderung der Vereinbarung gemäß Art 15a über die Einführung der halbtägigen kostenlosen verpflichteten frühen Förderung in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen. Ich bitte Herrn Berichterstatter, Herrn Amtsf StR Oxonitsch, die Verhandlung einzuleiten. – Bitte, Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Ich bitte auch hiezu um Zustimmung.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Zu Wort gemeldet ist Frau Abg Mag Wurzer. – Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg Mag Martina **Wurzer** (*Grüner Klub im Rathaus*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landesrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben vereinbart, zu beiden wichtigen 15a-Vereinbarungen hier in der Debatte Stellung zu nehmen, und ich werde das auch gerne so halten, weil beide Vereinbarungen, die wir heute zur Beschlusslage hier vorliegen haben, den bildungspolitischen Schwerpunkten der rot-grünen Regierung sehr entgegenkommen und sehr hilfreich für uns sind.

Wie wichtig uns die elementare Bildung ist, beweisen die Investitionen. Man kann es schon, glaube ich, ohne Übertreibung Rekordinvestitionen nennen, die wir im elementaren Bildungsbereich leisten und für die Betreuung von Kindern ausgeben, allein in diesem Jahr. Im Jahr 2013 werden es insgesamt an die 630 Millionen EUR sein, die wir für Kindergarten & Co, also vorschulische Bildung, investieren werden.

Der Schwerpunkt liegt weiterhin beim Gratiskindergarten, der in Wien seit mittlerweile 4 Jahren sehr erfolgreich läuft. Die Stadt hält derzeit bei 52 626 Kindergartenplätzen und 19 193 Kleinkindergruppenplätzen im privaten und städtischen Bereich. Zusammengenommen stehen damit so viele Plätze wie nie zuvor zur Verfügung – was wir sehr dringend brauchen.

Dieser Ausbau geht weiter mit Hilfe und mit Stütze der 15a-Vereinbarung, die gerade zum Beschluss vorliegt. Wir sehen es im Gegensatz zu anderen Bundesländern auch so, dass wir diesen Ausbau dringend weiter vorantreiben wollen, wiewohl auf Grund unserer Investitionen das sogenannte Barcelona-Ziel bereits im Sommer 2012 erreicht wurde.

Das Barcelona-Ziel betrifft die Betreuungsquote der Unter-3-Jährigen. Dafür gibt es eine EU-Vorgabe von 33 Prozent. Die haben wir erreicht. Mit 36 Prozent können wir zufrieden sein. Trotzdem machen wir weiter, im Gegensatz zu anderen Bundesländern. Wie ich vom Landesrat aus den Verhandlungen erfahren habe, meinen andere Bundesländer, mit einem Versorgungsgrad von 12 Prozent auskommen zu können. Dieser Meinung sind wir keineswegs. Wir setzen auf viel mehr Betreuungs-

plätze, weil die elementare Bildung für uns ein wichtiger Bereich ist, den wir entsprechend ernst nehmen.

Im Bereich der Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren haben wir genügend Handlungsbedarf, aber auch da sind wir wirklich gut unterwegs. Da gibt es auch wirklich keinen Widerspruch seitens der Opposition. Die Vorgaben sind auf jeden Fall erfüllt, überschritten, übererfüllt, und die Versorgungsquote liegt bei über 100 Prozent. Wir sind zufrieden, brauchen aber und investieren sehr viel Geld, um das weiterhin so zu halten.

Die zweite 15a-Vereinbarung betrifft den Ausbau der Ganztagschulen – ein weiterer bildungspolitischer Schwerpunkt dieser Regierung. Im Englischen gibt es überhaupt kein Wort für Ganztagschule, übrigens auch nicht im Schwedischen, im Französischen und im Japanischen. In den Schulsystemen vieler gewichtiger OECD-Länder – darunter in jenen von Frankreich, Schweden, den USA, Großbritannien, Japan und Australien – ist die Ganztätigkeit seit Jahrzehnten so selbstverständlich, dass Schule automatisch Ganztagschule bedeutet.

Und ich muss schon sagen: Wenn die ÖVP-Bildungssprecherin auf Bundesebene in den letzten Wochen diese Unternehmungen, nämlich den angestrebten Ausbau echter Ganztagschulen gerne als „kommunistisch“ bezeichnet, dann müssen wir auch alle zur Kenntnis nehmen, dass wir von ziemlich vielen „kommunistischen“ Ländern umgeben sind in diesem Land. (*Heiterkeit der Rednerin sowie bei SPÖ und GRÜNEN.*) Ich hoffe, es ist aushaltbar für die ÖVP.

Die ÖVP hat diese Debatte in den letzten Wochen angezogen und bezichtigt sowohl die GRÜNEN als auch die SPÖ, für Zwang einzutreten. Aber das Gegenteil der Fall ist. Die ÖVP steht für Zwang (*Abg Mag Ines Angerkoch: Genau das Gegenteil!*), weil die ÖVP-Wahlfreiheit für die Bevölkerung in Wirklichkeit Zwang bedeutet. Das fehlende Angebot an Ganztagschulen zwingt Familien, die Förderung und Betreuung ihrer Kinder privat zu übernehmen.

Nehmen wir zum Beispiel das Bundesland Niederösterreich, das ja schon immer sozusagen unter ÖVP-Fesselung leidet. In Niederösterreich gibt es nur 10 000 ganztätige Schulplätze, für 50 000 wäre laut einer Erhebung des Unterrichtsministeriums aber der Bedarf da. Das heißt, vier Mal so viele niederösterreichische Schulkinder stehen ohne Betreuung am Nachmittag da und haben keinen Platz. So schaut Zwang aus! Das ist nicht Wahlfreiheit, das ist Zwang! (*Beifall bei GRÜNEN und SPÖ. – Abg Mag Dietbert Kowarik: Sie haben's nicht kapiert!*)

Frauen werden gezwungen, zu Hause zu bleiben oder eben nur sehr wenig zu arbeiten, weil die Kinder zu Mittag nach Hause kommen und Lernbetreuung brauchen. Ein Drittel aller teilzeitbeschäftigten Frauen verzichtet unfreiwillig – unfreiwillig! – auf einen Vollzeitarbeitsplatz, und nimmt damit häufig geringen Stundenlohn in Kauf. Wir kennen das: Da geht es nicht nur um einen geringeren Stundenlohn, sondern das führt am Ende in die Altersarmut. Die ÖVP zwingt Frauen massenhaft mit dieser Politik in die Altersarmut!

Familien – nicht nur Frauen, aber es bleibt häufig an

den Müttern hängen, muss man sagen – werden gezwungen, entweder Nachhilfe selbst zu leisten oder diese teuer zu bezahlen, damit ihre Kinder weiterkommen. Pro Kind sind es rund 600 EUR jährlich. Das sind 107 Millionen EUR, die sie von der ÖVP jedes Jahr allen Familien, allen Eltern wegen ihrer Blockadepolitik zurückerzahlen müssten!

Da gibt es eine Doppelmoral, die oft wirklich auf die Nerven geht, diese ÖVP-Doppelmoral „at its best“: Die meisten konfessionellen Privatschulen bieten ja entgeltlichen Nachmittagsunterricht, also ganztägigen Unterricht an. Für die Wohlhabenden ist das kein Problem. Die können für ihre Kinder zahlen, die können zusätzliches Schulgeld aufbringen. Kein Problem, Ganztagschule ist hier Usus, der normale Fall. Nur Kindern aus Familien, deren Eltern sich das nicht leisten können, denen soll das nicht zustehen. Die sollen weiterhin brav klein gehalten werden, wenn es nach der ÖVP geht.

Was kann die Ganztagschule? Was kann sie wirklich? In einer echten Ganztagschule, also einer verschränkten Ganztagschule wechseln Lern- und Ruhephasen beziehungsweise Unterrichts- und Freizeitphasen sinnvoll zwischen 8 und 16 Uhr ab. Die Kinder sind nicht, wie von der ÖVP behauptet, bis abends in der Schule. Der immense Vorteil echter Ganztagschulen besteht darin, dass die nicht unterrichtsmäßigen Anteile, also erzieherische und soziale Aufgaben, das Erlernen von Umgangsformen, mehr Bewegung, tägliche Turnstunde und musisch-kreative Inhalte ausreichend Zeit und Raum haben.

Neben der besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie entlasten Ganztagschulen Eltern insbesondere bei den Hausaufgaben und bei der Lernbetreuung. Alle Hausübungen und Schularbeitsvorbereitungen werden unter professioneller, pädagogischer Aufsicht erledigt. Die Teilnahme am ganztägigen Angebot trägt zu einem Mehr an Familienzeit bei und wirkt sich unterstützend auf das Familienklima aus.

Die meisten Eltern, aber auch Kinder und Jugendliche berichten nämlich derzeit von großem Erwartungs- und Erfolgsdruck innerhalb der Familien. Das Ganze könnten wir uns sparen, beiseiteschieben, wenn wir tatsächlich Schulformen wählen, in denen die Schultasche sozusagen zu Hause bleiben kann, in denen die Schultasche gar nicht mehr erforderlich ist, weil die Hausübungen an den Schulstandorten erledigt werden, sodass am Abend mehr Qualitätszeit, mehr qualitative Zeit tatsächlich für Kinder und die ganze Familie übrig bleibt. (*Abg Henriette Frank: Schule bis sieben!*) – Die Modelle gehen bis 16 Uhr. Ich habe es gerade erläutert, aber Sie können weiterhin Realitätsverweigerung betreiben. Wir erläutern und erklären hier, weshalb wir für diese Modelle eintreten; und ich bin mir sicher und bin überzeugt davon, dass wir großartige Argumente dafür haben.

Die Halbtagschule greift, wie ich gerade beschrieben habe, wesentlich weniger in den Familienalltag ein (*Abg Mag Wolfgang Jung: Weniger als was?*) und unterstützt eine schöne Familienzeit zu Hause. Gesichert sind positive Effekte. Ich lade Sie, die Herdprämienparteien

hier, nämlich die FPÖ und ÖVP, sehr herzlich ein, mit uns einen Schritt in Richtung Gegenwart und Zukunft zu gehen. Stellen wir zur Verfügung, was die Mehrheit tatsächlich braucht; nicht ausschließlich aus pädagogischer Überzeugung, sondern weil es das Gebot der Stunde ist! – Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster hat sich Herr Abg Dr Aigner zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Wolfgang **Aigner** *(Klubungebundener Mandatar)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Stadtrat! Meine Damen und Herren!

Ich habe jetzt versucht, Ihnen genau zuzuhören. Ich kann aber die Zielsetzungen, die Sie in diese Art 15a B-VG-Vereinbarungen hineingelegt haben, in keinsten Weise aus dem Text der heute zu beschließenden Vereinbarung ableiten. Es geht nämlich nicht darum, dass hier ausschließlich das DDR-Modell „Verpflichtende verschränkte Ganztagschule“ durchgesetzt wird, sondern es geht in der Zielsetzung der zu beschließenden Vereinbarung „um den Ausbau der Freizeitbetreuung sowie infrastruktureller Maßnahmen im Rahmen der schulischen Tagesbetreuung“. Wenn Sie sich dann die Vereinbarung selber anschauen, dann heißt es eben: „Folgende Qualitätskriterien sollen beachtet werden: Förderung im Freizeitbereich durch Angebot der Interessens- und Begabungsförderung, Sicherstellung einer sinnvollen Freizeitgestaltung und auch die räumlichen Voraussetzungen sollen entsprechend sichergestellt werden.“ Es geht also in keinsten Weise darum, dass hier nur ein Modell durchgeführt wird, für das es auch in Österreich keinerlei Mehrheit gibt. Wenn Sie einen Blick nach Deutschland machen, dann sollten Sie schon gesehen haben, dass mit einem Links-Kurs, mit einem ultra-linken Kurs die GRÜNEN nicht sonderlich gut gefahren sind, sondern dass sichergestellt ist, dass es ein ausreichendes Angebot an Tagesbetreuung gibt. Aus den Reihen der Wiener SPÖ kommen ja laufend Forderungen Kindergartenpflicht ab dem 1. Lebensjahr. Die Eltern sind nur zum Liebhaben da, für die Erziehung ist der Staat da.

Meine Damen und Herren! Das entspricht in keinsten Weise den Grund- und Menschenrechten. *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Ing Isabella Leeb.)* Die Aufgabe der Kindererziehung kommt primär, und das ist nicht etwas, was der Staat zugesteht, sondern das ist ein grundlegendes Menschenrecht, den Eltern zu und die Eltern haben das Recht zu entscheiden, wie und nach welchen Grundsätzen sie ihre Kinder erziehen. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Das, was Sie wollen, ist die totale Verstaatlichung der Kindererziehung von der Wiege bis zur *(Abg Mag Wolfgang Jung: Bahre!)* Bahre, ja. Man fängt an bei einer SPÖ- oder GRÜNEN-Einrichtung und man landet am Ende des Lebens bei der Wiener Bestattung und dazwischen soll es auch nur Rot und Grün geben. Das entspricht nicht dem, was die Menschen wollen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und wenn Eltern das Angebot in Anspruch nehmen, dann ist das in Ordnung. Aber zu sagen, es gibt nur

mehr die Verpflichtung, es gibt nur mehr die verschränkte Sache, das entspricht ja eigentlich auch nicht dem grünen Ansatz, immer die Zivilgesellschaft so in den Vordergrund zu rücken. Ich frage mich: Wo bleibt denn dann die Zivilgesellschaft über, wenn die Kinder den ganzen Tag wie in einem Internat festgehalten werden und nicht mehr rauskommen? Dann gibt es keine Vereine, dann gibt es keine Sportorganisationen, dann gibt es am Ende auch keine Roten Falken und so, auch das nicht. Aber da haben Sie natürlich schon für Ersatz gesorgt. Und weil ja heute so viel von Wahlkampf gesprochen wurde und wir über Kinderbetreuung genauso reden im Kindergartenbereich, da frage ich mich schon, aus dem Geld werden natürlich auch private Träger gefördert, unter anderem auch die Kinderfreunde. Es war bisher nie ein Thema, es ist immer einstimmig zugestimmt worden, weil man davon ausgegangen ist, dass auch eine parteinahe Organisation irgendwo einen gewissen öffentlichen Auftrag wahrnimmt und nicht in die Parteipolitik verfällt. Aber es dürfte die Realität eben eine andere sein. Ich sage jetzt nicht, dass das ungünstig ist, aber ich sage, es ist unpassend und es ist anmaßend, wenn auf dem Briefpapier der Kinderfreunde von der stellvertretenden Vorsitzenden der Simmeringer Kinderfreunde, einer Frau Christine Lapp, an die Eltern von Kindern, die im Kinderfreunde-Kindergarten sind, und an die MitarbeiterInnen ein Wahlauftrag für die SPÖ durchgeführt wird. Da wird alles Mögliche über die Kinderfreunde gesagt und am Schluss heißt es dann: „Uns liegt die Zukunft der Kinder sehr am Herzen. Daher ist es wichtig, am 29. September bei den Nationalratswahlen Ihre Stimme der SPÖ zu geben, die sich intensiv um mehr Zukunftschancen für Kinder und Eltern in unserem Land einsetzt. Danke für Ihr Vertrauen. Christine Lapp mit Ihrer Vorzugsstimme ins Parlament.“ Dann wurde eine Ausfüllhilfe auch gegeben. *(Aufregung bei der FPÖ.)* Also da wird mit öffentlichem Geld, unter anderem auch mit dem Geld, das heute beschlossen wird, in den Kindergärten SPÖ-Werbung betrieben und das ist ungeheuerlich! *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Ing Isabella Leeb.)*

Auf Briefpapier kann man das hier nachlesen. Es fehlt gerade noch, dass man den Kindern sagt: Mami, Papi, wenn ihr nicht Rot wählt, dann sperren sie uns den Kindergarten zu. Das fehlt gerade noch. Und dann muss man sich anhören, wenn man hier im Landtag und im Gemeinderat auf die Nationalratswahl vielleicht auch Bezug nimmt, dass das nicht hierher gehört.

Meine Damen und Herren! Das gehört nicht in die Schule, nicht in den Kindergarten, Politik gehört hierher. *(Beifall bei FPÖ und ÖVP.)*

Ich stimme den Vereinbarungen trotzdem zu. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)*

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet ist Herr Abg Mag Czernohorszky. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Mag Jürgen **Czernohorszky** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Den ersten Beitrag zur Bildung habe ich mit meinem

neuen Namen geleistet. Wer den einmal schreiben kann, kann fast das ganze Alphabet. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*) Meine Töchter konnten das schon vor dem Schuleintritt, ich lade Sie dazu ein.

Der zweite Beitrag ist ein viel wichtigerer, nämlich die beiden 15a-Vereinbarungen, die wir heute beschließen und eine haben wir schon beschlossen, die zweite beschließen wir gerade. Nachdem die Frau Kollegin Wurzer – ein bisschen böse bin ich, weil du hast mir da im Grunde genommen inhaltlich meine Rede weggenommen. Jetzt muss ich schauen, was ich da noch finde, was ich noch anmerken kann. (*Abg Dipl-Ing Martin Margulies: Es muss nicht jeder alles sagen!*) Es muss nicht jeder alles sagen, daher werde ich kurz sein.

Die 15a-Vereinbarungen sind zu begrüßen und das möchte ich hier auch von unserer Seite her deutlich tun. Es ermöglicht auch, Bilanz zu ziehen, immerhin vier Tage vor einer Nationalratswahl Bilanz zu ziehen darüber, dass bildungspolitisch in der letzten Regierungsperiode, der nationalen Regierungsperiode, viel, viel weitergegangen ist, viel auch in unsere Richtung. Ein Ausbau von Kindergartenplätzen wurde gefördert eben über die 15a-Vereinbarungen, das letzte verpflichtende Kindergartenjahr, die Sprachförderung, der Ausbau von Ganztagschulen und viele andere wichtige Schritte wie zum Beispiel Klassenschülerhöchstzahlensenkung, PädagogInnenausbildung neu, alles in unsere Richtung und alles auch, und das ist ja mit freiem Auge erkennbar, durch die Beteiligung und vor allen Dingen die Führung dieser Bundesregierung durch die Sozialdemokratie und Bundeskanzler Werner Faymann. Mit freiem Auge erkennbar deshalb, es gab ja vorher eine andere Regierung, nämlich Schwarz-Blau. Und da ist zum Thema Schule, zum Thema Schulreform - da kann man ein bisschen darüber nachdenken - eigentlich nichts passiert, nämlich genau gar nichts. Keine einzige Schulreform, im Gegenteil, der LehrerInnenmangel wurde damals noch angestoßen. Es wurden in Wien LehrerInnen zurückgenommen und der berühmte Gehrler-Brief hat jungen Leuten sogar davon abgeraten, LehrerIn zu werden. Das ist ein langer Schatten, der bis heute wirkt und gegen den wir noch immer arbeiten, ankämpfen. Und die Kindergartenmilliarde wurde abgeschafft.

Jetzt geht es in eine andere Richtung. Das freut mich sehr. Dafür möchte ich auch von Wiener Seite aus Danke sagen, weil es genau das unterstützt, was wir in Wien machen: Massiver Ausbau von Kindergartenplätzen. Es sind allein seit 2005 15 000 Kindergartenplätze in Wien geschaffen worden. In den letzten 10 Jahren haben sich die Ausgaben der Stadt im Kindergartenbereich mehr als verdoppelt auf 630 Millionen EUR. Kein Land, kein Bundesland ist auch nur annähernd so aufgestellt wie Wien, annähernd, was die Anzahl an Kinderbetreuungsplätzen betrifft, aber ehrlich gesagt, auch annähernd, was die Qualität betrifft. Im Durchschnitt sind in ganz Österreich ungefähr 35, 36 Prozent aller Kindergartenplätze mit dem Beruf vereinbar, in Wien sind es so gut wie alle. Da kann man schon leicht erkennen, Frau Kollegin Wurzer hat es schon gesagt, wie weit es mit der Wahlfreiheit her ist. Sagen Sie das einmal einer Frau in Tirol, dass sie

sich selber für Kindergarten oder für Job entscheiden kann, wenn es keinen Kindergarten gibt. Sagen Sie das einmal den vielen, vielen Frauen am Land in Österreich. (*Abg Armin Blind: Vom Thema weg!*) Wie bitte? (*Abg Armin Blind: Sie sind vom Thema weg!*) Ich bin nicht vom Thema weg. Das Thema ist, dass wir in Wien diese Wahlfreiheit haben. In Wien entsprechen nämlich über 80 Prozent aller städtischen und aller großen Träger diesen VIF-Kriterien der Arbeiterkammer. Da sind, wenn Sie es genau wissen wollen, Dinge dabei, auf die man logisch kommen könnte, wie zum Beispiel, dass die nicht länger als fünf Wochen zu haben, dass es dort Mittagessen gibt, dass die fünf Tage in der Woche offen haben. Es gibt Bundesländer, da schaffen das weniger als 15 Prozent aller Kindergärten, weniger als 15 Prozent! Und dann kommt der Kollege Aigner her mit einem DDR-Vergleich. Peinlicher geht es ja gar nicht! Gezwungen werden jene, die keine Wahl haben. Wir sind für die Wahlfreiheit, aber Wahlfreiheit setzt Wahlmöglichkeiten voraus.

Ich freue mich sehr, dass in vier Tagen alle Österreicherinnen und Österreicher eine Wahlmöglichkeit für eine Bildungspolitik haben, die was weiterbringt für eine Politik, die Kindergartenplätze und Ganztagschulen braucht und schafft, weil es nämlich die Familien in Österreich brauchen, oder für eine Politik des Stillstandes. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Ing Leeb. Ich erteile es ihr.

Abg Ing Isabella **Leeb** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Ja, ich wollte uns eigentlich diesen Wahlkampf hier ersparen, aber ein paar Dinge muss man doch richtigstellen.

Herr Kollege Czernohorszky – hab' ich es mir richtig gemerkt, Czernohorszky, ja? -, Sie haben gemeint, dass in Wien jetzt kindergartenmäßig alles super und alles in Ordnung ist. Es gibt sehr viele Plätze, aber bei den Betreuungsplätzen unter drei ist nicht alles in Ordnung. Ich glaube, Sie haben heute eine Aussendung gemacht, Herr Stadtrat, dass die Anmeldefristen jetzt verändert wurden. Wer sich in Wien nicht unmittelbar aus dem Kreißaal heraus eine Nummer holt und eine Anmeldung in einem Kindergarten ... (*Abg Dipl-Ing Rudi Schicker: Das stimmt nicht!*) Herr Schicker, meine Schwester hat im Juni entbunden. Ich weiß ganz genau, wie es in dem Bereich jetzt aussieht. So ist es nicht. Unter drei Jahren ist die Welt nicht in Ordnung. Also malen Sie das nicht immer alles rosarot.

Wir sind ja für diese 15a-Vereinbarung, weil es uns wirklich ein Anliegen ist, dass es auch Ganztagsbetreuungsplätze ausreichend in den Schulen gibt. Aber - und jetzt zur Frau Kollegin Wurzer -, ob Sie das jetzt so zur Kenntnis nehmen wollen oder nicht: Den Menschen in diesem Land und in dieser Stadt ist eines ganz besonders wichtig, und das ist die Wahlfreiheit. Wir haben uns die Mühe gemacht, vielleicht im Unterschied zu Ihnen, ganz genau hinzuhören, ganz genau hinzuschauen und wir haben auch eine Umfrage gemacht. Vielleicht glauben Sie Umfragedaten. 74 Prozent der Eltern in Wien wünschen sich eine freiwillige Nachmittagsbetreuung.

(Heiterkeit bei Abg Heinz Vettermann.) Und wenn Sie es auch lustig finden, Herr Kollege Vettermann, reden Sie mit dem Verein, der die Nachmittagsbetreuung organisiert. Die größten Probleme gibt es mit den Eltern, die nicht einsehen wollen, dass man bei einem verschränkten Modell die Kinder nicht hie und da einmal früher abholen kann. Damit gibt es die größten Probleme. (Abg Martina Ludwig-Faymann: *Das stimmt ja gar nicht!*) Na bitte, ich habe selber mit einigen ... (Abg Martina Ludwig-Faymann: *Das stimmt ja gar nicht!* – LhptmStin Mag Renate Brauner: *Das stimmt ja nicht!*) Frau Faymann, das mag sein, aber Sie können jetzt nicht von hier aus predigen, wie die Menschen zu leben haben. (Beifall bei ÖVP und FPÖ.)

Und wenn Sie meinen, dass unsere Bildungssprecherin vom Kommunismus gesprochen hat (LhptmStin Mag Renate Brauner: *Wenn es ein Angebot gibt!*), dann hat sich unsere Bildungssprecherin auf die Chefideologin der SPÖ im Bildungsbereich bezogen, nämlich auf die Frau Brandsteidl. Die hat sehr wohl gesagt, und ich habe mir das gestern noch einmal ausgedruckt, damit ich es ja nicht falsch sage: Sie will eine Kindergartenpflicht ab dem 1. Lebensjahr, denn es gäbe in Wien kein Migrations- sondern ein Subproletariatsproblem (LhptmStin Mag Renate Brauner: *Aber in der Praxis nicht!* - Beifall bei ÖVP und FPÖ.) Wenn das mit dem Kindergarten schon schlimm genug ist, das Subproletariat setzt dem Ganzen noch die Krone auf! (Beifall bei der ÖVP. – Aufregung bei Abg Martina Ludwig-Faymann.)

Ich nehme es zur Kenntnis, dass Sie das nicht wollen. (Abg Martina Ludwig-Faymann: *Ja!*) Endgültig zur Chefideologin hat sie sich ja gemacht, als sie gemeint hat, die Ganztageschule muss verpflichtend sein. Wer zu Mittag heim will, soll in eine Privatschule gehen. Wenn das nicht Kommunismus ist, dann weiß ich nicht. (Weitere Aufregung bei Abg Martina Ludwig-Faymann. - Beifall bei der ÖVP und der FPÖ.)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Der Berichterstatter hat das Schlusswort. Bitte, Herr Berichterstatter.

Berichterstatter Amtsf StR Christian **Oxonitsch**: Also vielleicht nur eine Anmerkung: Jetzt in der Auslegung der Geschäftsordnung weiß ich nicht, was ich jetzt sagen soll, wenn eine Vorrednerin Tatsachen behauptet. Also insofern, Gott sei Dank, haben wir ja und Sie haben ja zu Recht nicht gesagt, was beim Berichterstatter drinsteht. Sie sind ja gut genug juristisch gebildet, wie man das umschiffen kann, und haben einen anderen Paragraphen genommen. Also es lässt schon zu, dass man gerade auch als Berichterstatter auf Aussagen eingeht und das werde ich natürlich selbstverständlich tun. (Abg Mag Wolfgang Jung: *Kann sich ja zum Wort melden!*) Nein, das geht so nicht, weil ich jetzt nicht runterhupfen kann und dann gibt es keinen Berichterstatter. Daher werde ich natürlich auf Aussagen eingehen, die hier getätigt wurden. Ich werde versuchen, es trotzdem kurz zu machen. (Abg Mag Dietbert Kowarik zeigt einen Brief: *Sagen Sie etwas zu dem Brief! Sagen Sie etwas zu dem Brief!*)

Kollegin Leeb, ich bitte darum und ich weiß schon, vielleicht schaut nachher alles wieder anders aus, aber zeigen Sie mir eine autorisierte Stellungnahme im Zusammenhang mit dem ersten verpflichtenden Kindergartenjahr. Ich kenne das auch, es ist einmal in der „Wiener Zeitung“ gestanden. Es gibt seit dem Tag darauf eine Vielzahl von Aussagen, die sagen, das ist weder gefordert noch verlangt worden, also stellen Sie es nicht so hin: Wir werden die Plakate noch drei Tage ertragen. Die Wienerinnen und Wiener wissen schon, dass sie falsch sind, nur, es ist die Aussage falsch. Es ist hunderte Male in der APA in autorisierten, unmittelbar nachhörbaren Wortmeldungen gesagt worden: Es ist falsch. So ist es, so bleibt es und bitte behaupten Sie es nicht weiter. Ich weiß nicht, was man tun kann, wenn einmal was in der Zeitung steht. Für manche Leute stimmt das halt immer. Aber ich glaube, man kann auch Dinge, die in der Zeitung stehen, ein wenig hinterfragen.

Die zweite Frage, ich denke, die gesamte Frage der Ganztageschule ist eine relativ klare. Wir haben die Wienerinnen und Wiener gefragt und sie haben in breiter Zustimmung dafür plädiert, dass wir in Wien die Ganztageschule intensiver ausbauen. Wir haben das auch getan und werden das auch weiter tun. Wir werden vor allem aber auch weiterhin das vertreten, was Bildungsexperten europaweit eigentlich einhellig sagen. Es ist die Ganztageschule jenes Modell, das soziale Unterschiede am besten ausgleicht. Es ist die Ganztageschule jenes Modell, das nicht zu einer Verstaatlichung der Erziehung führt. Also die Diskussionen habe ich da herinnen im Haus auch gehört, wie es um den Kindergarten ausgebaut gegangen ist. Das ist gar nicht so lange her. Jetzt traut man sich das eh schon nicht mehr sagen. (Abg Mag Dietbert Kowarik: *Die Frau Wurzer hat das gesagt! Sie hat das gesagt!*) Jetzt schiebt man es halt einmal auf die Schule, aber es ist eine absurde Forderung. Ganztageschule ist ein bildungspolitisch vernünftiges Modell und alle erfolgreichen Schulsysteme in Europa, und da reden wir nicht mehr über die DDR, sondern im heutigen Europa sind Ganztageschulen Modelle. Nehmen Sie es zur Kenntnis. Man kann es ignorieren, man kann anderer Meinung sein, aber es ist so und es ist nachweisbar so, meine Damen und Herren. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Insofern begrüße ich das. Da wir vorher den Akt zum Ausbau der ganztätigen Schulformen beschlossen haben, begrüße ich selbstverständlich auch die Beschlussfassung dieser 15a-Vereinbarung. (Abg Mag Dietbert Kowarik: *Sagen Sie doch etwas zu dem Brief!*) Ich halte es für einen wichtigen und wesentlichen Schritt gerade auch im Sinne dessen, was wir in der Fragestunde diskutiert haben, nämlich die Fragestellung: Wie kommen wir zu einheitlichen Standards? Gerade diese 15a-Vereinbarung ist zumindest ein Schritt in die Richtung, auch auf Qualität zu achten, auf Qualität vom Neusiedler See bis zum Bodensee zu achten. Ich glaube, das tut dem Elementarbildungsbereich in Wien gut. Danke schön. (Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die

dieser Vereinbarung die Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist einstimmig beschlossen.

Postnummer 10 betrifft die erste Lesung der Vorlage eines Gesetzes, mit dem das Gesetz über das Wiener Abgabenorganisationsgesetz, das Wiener Verwaltungsabgabengesetz 85, das Kulturförderungsbeitragsgesetz 2000, das Gesetz über Kanal- und Einmündungsgebühren, das Gebrauchsabgabengesetz 1966, das Vergnügungssteuergesetz 2005, das Wiener Baumschutzgesetz, das Wiener Abfallwirtschaftsgesetz, das Wiener Garagengesetz 2008, das Gesetz über das Verwaltungsgericht Wien geändert werden. Berichterstatterin hierzu ist Frau LhptmStin Mag Brauner. Ich bitte, die Verhandlung einzuleiten.

Berichterstatterin LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Sehr geehrte Damen und Herren!

Wie Sie schon dem komplexen Titel entnehmen konnten, geht es hier darum, Wiener Landesgesetze an die Verwaltungsgerichtsbarkeitsnovelle 2012 anzupassen und im Sinne der Verwaltungsvereinfachung hier Fortschritte zu erzielen. Ich ersuche um Diskussion und Zustimmung.

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Gemäß § 30c Abs 10 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die General- und Spezialdebatte zusammenzulegen. Wird gegen die Zusammenlegung ein Einwand erhoben? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Ich werde daher so vorgehen. Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dkfm Dr Aichinger. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dkfm Dr Fritz **Aichinger** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir kommen jetzt wirklich zu einem sehr, sehr wichtigen, aber wahrscheinlich auch trockenen Thema mit einer langen Einleitungsliste, wie viele Gesetze geändert werden müssen. Es ist sicher ein sehr, sehr gutes Gesetz, das hier gemacht wird. Ich möchte betonen, dass auch die ÖVP diesem Gesetz im Inhaltlichen sehr zustimmt, weil ich glaube, dass es wirklich eine Vereinfachung wird, vor allem im finanzrechtlichen Sinne, wenn die Agenden zum Bundesfinanzgerichtshof gehen werden und hier auch österreichweit einheitlich für die Bürgerinnen und Bürger ganz einfach verfahren wird. Daher ist dem eigentlich zuzustimmen.

Aber es wäre nicht die Wiener Stadtregierung, meine Damen und Herren Rot-Grün, wenn Sie hier in so einem Gesetz natürlich nicht auch einen Passus und die Möglichkeit finden würden, hier wieder einmal Gebühren anzuheben. Es ist so nebenbei in diesem Gesetz vorgesehen, dass die Verwaltungsabgaben für diese Eingaben ganz einfach um das Dreifache erhöht werden, also die Höchstbegrenzungsgrenze von 500 auf 1 500 EUR angehoben wird. Das ist, glaube ich, nicht unbedingt in einer Zeit, wo sogar jetzt hier von der Frau Vizebürgermeisterin gesagt wurde, dass es zur Vereinfachung, zu einfachen Lösungen kommt, notwendig, dass man hier ganz einfach Gebühren erhöht. Ich glaube, das ist nicht der Zug, den wir brauchen.

In diesem Sinne möchte ich auch einen weiteren Anlauf, wenn ich das so sagen darf, in eine Richtung nehmen und einen Antrag bei Ihnen einbringen.

Wir haben schon einige Male darüber gesprochen, dass es nicht sinnvoll ist, Gebühren auf Grund des Valorisierungsgesetzes automatisch zu erhöhen. Es ist ganz einfach nicht so, dass man das mit dem Index immer machen soll, sondern auch taxativ dort, wo es notwendig ist, ganz einfach wirklich schaut, wo ist eine Erhöhung notwendig, wo ist keine Erhöhung notwendig. Auch der Rechnungshof hat immer wieder festgestellt, dass da und dort Körpergeld entsteht. Wir könnten daher schon glauben, dass wir dieses Gesetz abschaffen und in Zukunft das anders behandeln. Ich darf daher in meinem Namen und im Namen meines Kollegen Neuhuber einen Antrag einbringen:

„Der Landtag möge beschließen: Der Wiener Landtag spricht sich ausdrücklich für eine Abschaffung des Wiener Valorisierungsgesetzes aus. Das zuständige Mitglied der Wiener Landesregierung möge die entsprechenden Schritte umgehend in die Wege leiten, um hier dieses neue Gesetz abzuschaffen und neue Sachen zu machen.“

Herzlichen Dank. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke, der Antrag ist genügend unterstützt. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich erkläre die Verhandlung für geschlossen und erteile der Berichterstatterin das Schlusswort.

Berichterstatterin LhptmStin Mag Renate **Brauner**: Danke, Herr Präsident.

Ich glaube, wir können uns eine lange inhaltliche Diskussion ersparen, wir haben Sie schon öfters geführt. Dieses sogenannte Körpergeld, was da immer zitiert wird, besteht in Wirklichkeit aus 500 Millionen Zuschuss, den die Stadt Wien aus allgemeinen Steuergeldern leistet, um die Gebühren generell so günstig halten zu können und um die Daseinsvorsorge, die eine Existenzfrage für die Menschen in dieser Stadt ist, auf hohem Niveau halten zu können. Ich möchte mich deswegen darauf reduzieren, zu sagen, dass es schon sehr bemerkenswert ist, einen Antrag gegen ein Thema zu stellen, das man selber in Regierungsverantwortung auf Bundesebene umgesetzt hat. Mir fiel nun ein Zitat des Herrn Bürgermeisters ein. Ich möchte nicht darauf eingehen, weil bei Finanzfragen soll man immer ganz seriös bleiben und weil wir hier seriös agieren, sage ich, ich bin nicht dafür, diesem Antrag zuzustimmen. Wir haben hier vor Wahlen, während Wahlen und nach Wahlen verantwortungsvoll zu handeln und ich bin deswegen nicht dafür, dass wir diesen Antrag beschließen, sehr wohl aber dafür, das von mir angesprochene Gesetz zu beschließen. Herzlichen Dank. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung über die Gesetzesvorlage. Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die der Vorlage einschließlich Titel und Eingang zustimmen wollen, die Hand zu erheben. - Danke, das ist mit Stimmenmehrheit der SPÖ und GRÜNEN angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Zusatzantrag, der, wie referiert, sich für eine Abschaffung des Wiener

Valorisierungsgesetzes ausspricht. Wer diesem Antrag die Zustimmung erteilt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. - Das sind die Stimmen der ÖVP und FPÖ und ist somit die Minderheit und abgelehnt.

Ich schlage vor, die zweite Lesung dieser Gesetzesvorlage sofort vornehmen zu lassen und bitte die Mitglieder des Landtages, die diesem Vorschlag ihre Zustimmung erteilen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Danke, das ist einstimmig so beschlossen. Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtages, die dem Gesetz in zweiter Lesung zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das ist mit gleicher Stimmenmehrheit wie bei der ersten Lesung mehrstimmig beschlossen.

Wir kommen nun zum Verlangen. Ich darf mitteilen, dass mit Abstimmung der Fraktionen des Landtages keine Verlesung des Antragstextes erfolgt. Wir kommen nun zum Verlangen, dass der von den Abgen Mag Gudenus, Mag Jung, Haslinger und Blind eingebrachte, an die Frau amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal gerichtete Dringliche Antrag betreffend Reform des Wiener Prostitutionsgesetzes 2011 gemäß § 38 Abs 2 der Geschäftsordnung wie besprochen nicht verlesen und hier mündlich begründet wird. Ich bitte daher den zur Begründung des Antrages auf dringliche Behandlung genannten Redner, Herrn Abg Mag Jung, zum Wort.

Abg Mag Wolfgang **Jung** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Danke, Herr Präsident! Meine Damen und Herren und vor allem auch die Bürger Wiens und die Liesingerinnen und Liesinger, die jetzt am Computer die Debatte mitverfolgen! Wir werden sie auch aufzeichnen und den entsprechenden Gruppierungen zur Verfügung stellen, denn das Problem der Prostitution ist ein massives Thema im Bezirk geworden.

Ich werde mich in meinen Ausführungen sehr, sehr stark auf Zitate aus Medien oder auch von Politikern beziehen, damit Sie nicht sagen können, ich stelle die Situation aus meiner Sicht einseitig dar. Ich beginne gleich mit einem Zitat aus einem Brief. (*Abg Dr Kurt Stürzenbecher: Die einseitige Auswahl von Zitaten!*) Jawohl, die werde ich Ihnen vor Augen führen, Herr Kollege, damit Sie sehen, was die Zeitungen, die mit Bürgern vorher gesprochen haben, darüber schreiben, wie es die Bürger sehen. Sie sehen es ja nicht mehr, was die Bürger machen. Sie sitzen da unter Ihrer Käseglocke und merken nur, dass es halt immer weniger und weniger werden, die Ihnen die Zustimmung geben. Am nächsten Sonntag werden Sie es sehen, Herr Kollege. Das kann ich Ihnen sagen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Ich beginne mit einem Brief, weil die Frau Stadträtin in einer der Sitzungen des Ausschusses gesagt hat, sie kennt keine Protestbriefe. Ich habe eine ganze Serie von solchen Briefen und ich habe auch solche Briefe in Kopie, die sie erhalten haben muss, die mir die Bürger daraufhin zugeschickt haben. Das Zitat, was ich jetzt eingangs bringe, ist noch das allerallerfreundlichste von allen, das ich bekommen habe. Das Schreiben eines unbekanntenen Bürgers beginnt damit: „Und draußen vor der großen Stadt stehen die Nutten sich die Füße platt.

Skandal, Skandal in Liesing.“ Und es ist ein Skandal, was sich hier tut und was man hier den Bürgern (*Aufregung bei Abg Gabriele Mörk.*) in Liesing zumutet, Frau Kollegin, ja, das ist es. Sie könnten ja einmal bei mir im Bezirk auftauchen. Sie werden sehen, welche Antworten Sie bekommen. Das sagt aber nicht nur der Herr Wolfgang Jung, das sagen nicht nur die Bürger, sondern das sagt auch Ihr Bezirksvorsteher, Frau Kollegin, in Liesing. Ihr Bezirksvorsteher und die Sozialdemokratische Fraktion in Liesing lehnen diese Vorgangsweise ab. Aber Sie bringen es hier als Bauernopfer für die GRÜNEN, wo sich anscheinend einige rabiate Feministinnen durchgesetzt haben und die SPÖ unter ständigem Druck halten. Ja, vielleicht gehören Sie auch zu dieser Sektion, Frau Kollegin, das kann sein. (*Aufregung bei Abg Anica Matzka-Dojder.*)

Zu diesem Nichtproblem, wie Sie es sehen, zu diesem Nichtproblem aus Sicht der Rathauskoalition wird von der Frau Landesrätin gesagt, das Gesetz ist gut und wird nicht geändert. Das ist ihr Originalton. Da gibt es genügend in der Zwischenzeit, Medienberichte, die das Gegenteil beweisen. Alle Wiener Zeitungen, „Standard“, „Kurier“, „Presse“, „Kronen Zeitung“, die „Kronen Zeitung“ hat allein 17 Berichte darüber gebracht. Sie können sich die alle anschauen. Dann sehen Sie, was die Bürger denken. Und wenn Sie berücksichtigen, dass wir jetzt Wahlkampf haben und dass die Zeitungen von Ihnen mit Inseraten geradezu bombardiert werden - im heutigen „Österreich“, glaube ich, sind neun oder zehn Seiten aus SPÖ-nahen und städtisch-nahen Firmen inseriert - wenn die Zeitungen trotzdem so massiv darüber schreiben, Frau Kollegin, dann ist es mehr als eindeutig. Ich kann Ihnen die Berichte geben, Sie können sie alle sehen, wenn Sie wollen -, das ist ein Zeichen dafür, dass es ein massives Problem für die Bürger ist, und die schreiben auch entsprechend deutlich. Der „Kurier“: „Prostituierte tanzen auf der Straße“, oder „Frauenberger will mehr Präsentationsflächen für Prostituierte. Wirbel um Sex am Friedhof.“ Alle diese Medien berichten sehr genau und immer stärker und in immer stärkerem Ausmaß darüber, was hier vorgeht, zeitweise im Tagesabstand, auch die Bezirkszeitungen.

Und, Frau Landesrätin, glauben Sie wirklich, dass diese Medien alle von uns gekauft sind? Ich kann es mir nicht vorstellen. So viel Geld im Wahlkampfbudget hat nicht einmal die SPÖ dafür! Und die GRÜNEN machen derzeit halt ganz einfach ganz brutal und auf Ihre Kosten - Sie wissen das, Sie wissen das - Klientelpolitik: In der Mariahilfer Straße für die Radelfahrer, im Achten für die Bobos, und in Liesing haben Sie offenbar die Zuhälter als Ihre Klientel entdeckt. Denn die sind es und nicht die Frauen dort, die davon profitieren, was sich dort tut, Frau Kollegin Hebein. Die Zuhälter sind die Verdienner an dieser Lösung, die Sie herbeigeführt haben. Das wissen Sie aber selber auch ganz genau. Sie haben also am „Hurentag“, wie er so schön bei den GRÜNEN heißt, für die Interessen der Frauen gesprochen. Von denen, die bei uns in Liesing stehen, von den jungen Mädchen aus Rumänien, aus Bulgarien, teilweise aus der Slowakei, war sicher keine dort vertreten, denn die hätten Sie nicht

einmal verstanden, ganz abgesehen davon, dass die Zuhälter sie nicht dorthin gelassen hätten.

Aber das macht sich gut, am „Hurentag“ große Sprüche zu klopfen im Hinblick darauf, dass im nächsten Jahr bei Ihnen die Auswahlkriterien wiederum für den nächsten Gemeinderat erfolgen und Sie Ihre eigene Klientel füttern müssen. Die Frauen, die Betroffenen haben nichts von dem, was Sie dort machen.

Das Ganze ist einfach doppelzüngig. Ich bringe Ihnen ein Zitat der Frau Hebein: „Die zeitliche Einschränkung der Straßenprostitution in Liesing löst keine Probleme, sondern führt nur zu einer weiteren Verdrängung.“ Das sagen Sie selbst. Interessant. Da sind Sie offenbar nicht mehr der Meinung der Frau Stadträtin. Sie wissen ganz genau, dass Ihr Koalitionspartner in der Bezirksvertretung auf massives Betreiben der FPÖ und nach einiger Zeit gegen die Stimmen der GRÜNEN allerdings - das ist richtig in Liesing, nur die GRÜNEN haben dagegen gestimmt - als ersten Schritt zumindest eine zeitliche Einschränkung der Arbeitszeiten „gefordert“ und letztlich auch erreicht haben, die allerdings jetzt mit Herbstbeginn sozusagen wieder verlängert wird. Was sagt die Frau Hebein dazu? Sie sagt: „Diese Einschränkung widerspricht den Zielen des Gesetzes. Die zeitliche Einschränkung, die jetzt beschlossen wurde, entspricht einer schleichenden Abschaffung der Straßenprostitution.“ Ja, Frau Stadträtin, was sagen Sie jetzt? Gewinnt jetzt i' oder i' von den beiden? Wie schaut es jetzt aus in der Koalition? Ist es ein gutes Gesetz oder ist es keines? *(Amtsf StRin Sandra Frauenberger: Es geht gut!)* Ja, es geht gut, aha. Die Frau Hebein ist offenbar anderer Meinung. Aber ich glaube, dass Sie die etwas gewichtigere Stimme da haben. Vor nicht allzu langer Zeit hat die Frau Hebein nämlich noch gemeldet: „Ein Jahr nach Inkrafttreten des Prostitutionsgesetzes ist alles anders und vor allem“ – und jetzt wird's interessant – „die AnrainerInnen beschweren sich nicht mehr.“ Ja, Frau Kollegin, wo leben Sie denn eigentlich, wenn Sie so was sagen? Die AnrainerInnen beschweren sich nicht mehr! Sie können sie befragen, Sie können die Zeitung lesen, alles. Da gibt es eine neue Fernsehserie, glaube ich, die heißt „Under the Dome“. Ich glaube, Sie leben auch unter einer solchen Glaskuppel oder sonst auf einem anderen Stern, Frau Kollegin. Die betroffenen Bürger wenden sich an uns, natürlich nicht an Sie, nicht an die grünen Männchen und schon gar nicht an die grünen Weibchen auf diesem anderen Stern. Aber Sie leben entweder wirklich nicht in der Realität, oder Sie sagen bewusst die Unwahrheit.

Jetzt lese ich Ihnen aus einem Zeitungsbericht vor, wie die Anrainer den Strich sehen, Situationsbericht: „Halbnackt tanzen sie am Straßenrand, winken, versuchen, Kunden anzulocken. Autofahrer bremsen unvermutet ab, geben Gas, vor Schreck oder aus lauter Neugierde.“ Das können Sie sich übrigens auf YouTube anschauen, da gibt es auch alles. „Der dortige Straßenstrich nahe der Grenze zu Niederösterreich bringt die Anrainer aus der Fassung.“ Ich habe geglaubt, die AnrainerInnen beschweren sich nicht! „Verkehrstechnisch ist das richtiggehend gefährlich. Man hat das Gefühl, die steigen einem vors Auto, sie öffnen sogar bei an der

Kreuzung stehenden Autos die Türen, um ihre Angebote zu machen.“ Dann bringt der Mann, der das gesagt hat, es auf den Punkt. Der zweifache Vater wohnt in einer der neuen Reihenhausanlagen rund 500 m von der Rotlichtmeile entfernt. Dort werden Unterschriften gegen den Straßenstrich gesammelt. Da unterschreiben alle die unzufriedenen Anrainer, Frau Kollegin. Aber die interessieren Sie ja nicht. Sie interessieren sich nicht wirklich für die Wiener, die da draußen davon betroffen sind. Sie wollen Ihre eigene Klientelpolitik machen und das bringt die SPÖ, wie gesagt, in die Bredouille. „Es ist einfach ein Wahnsinn, dass sie ständig auf die Straße hüpfen.“, sagt Sabine S. „Zudem seien viele der jungen Frauen fast nackt. 40 Frauen haben laut Polizei derzeit ihren Arbeitsplatz an der Brunner Straße.“ Ich komme noch darauf zurück. „Laut den Anrainern stehen schon mal 20 gleichzeitig an der Straße auf dem knapp 1 km langen Straßenstrich. Aufpasser und Zuhälter lungern an den Tankstellen herum, Schlägereien hat es auch schon gegeben und Polizeianzeigen. Auf einsamen Straßen in der Umgebung und in Firmeneinfahrten geht es zur Sache. Das ist ein Problem, auf das ich noch speziell zu sprechen kommen werde. Nach massiven Protesten dürfen jetzt die Frauen zwischen 22 Uhr und 6 Uhr dem Gewerbe nachgehen.“ Den Anrainern geht diese Regelung aber nicht weit genug, vor allem, da die Damen auch in den Bushaltestellen stehen und die Öffi-Benutzer sich belästigt fühlen. „Ich bin am Weg von der Haltestelle von drei Autofahrern angesprochen worden, weil sie dachten, ich gehöre da dazu.“, erzählt eine junge Frau. „Die Anrainer sehen nur eine Lösung: Der Strich muss fort.“ Und das kann ich nur unterstreichen: Der Strich muss fort. Verkehrstechnisch ist das gefährlich und so geht es weiter.

Interessanterweise sieht das nämlich auch die SPÖ in Liesing so. Die Frau Stadträtin geht nach hinten, weil sie es nicht mehr hören will. „Das Ziel muss es sein, den Straßenstrich von dort weg zu bekommen.“ Das sagt nicht nur der Herr Jung, sondern das steht in der Zeitung aus der Bezirksvorstehung. Das größte Problem dabei ist allerdings nicht die Anbahnung an der Straße selbst, sondern die Ausführung, die Ausübung auf Firmengeländen, Eingängen, Gärten, Grünflächen und Vorgärten in der Umgebung. Anpöbelungen, Fäkalien werden zurückgelassen, Jausenreste, Flaschen und diverse Überbleibsel sind die Folge. Da kommt die MA 48 nicht mit. Wir haben auch mit einigen Leuten von denen gesprochen, die in der Früh immer versuchen, die Parks zu säubern und von Grauslichkeiten aller Art berichten, und die jetzt speziell sowie die Polizei auch den Auftrag haben, etwas stärker zu patrouillieren und zu säubern. Ich hoffe, sie werden es nach den Wahlen im Interesse der Bürger nämlich auch noch tun.

Was sich aber dann erst abspielen wird, wenn das gänzliche Verbot im Prater kommt, das kann man sich denken, meine Damen und Herren! Wenn auch nur die Hälfte der Stricherinnen und Stricher, es gibt da auch schon solche, nach Liesing zieht, werden dort die Standplätze rar, die werden im 5-m-Abstand an der Brunner Straße stehen. Was passiert dann? Was ist die Folge?

Streitereien, Zuhälterfehden, Krach, Kleinkriminalität. Das wird sich alles in verstärktem Ausmaß in diesem Bereich abspielen und sie machen Liesing zum Freiluftbordell Wiens. Da werden wir ganz massiv dagegen auftreten. Es wird dort so eng werden, dass vielleicht die Verkehrsstadträtin, die Frau Vassilakou, in dieser Begegnungszone noch irgendwelche Parkpickerl oder Ähnliches ausgibt. Vielleicht könnten Sie auch die Standplätze grün streichen, damit zumindest die Streitereien ausgeschaltet werden, denn das wird dort ganz massiv passieren. Allerdings ganz im Interesse der GRÜNEN, wenn man ihr Vokabular nimmt: auf Augenhöhe, niederschwellig, und vor Ort abholend. Das ist das, was nämlich dort geschieht, und das kann und darf es nicht sein!

Ich bringe Ihnen noch ein paar Beispiele für die Doppelzüngigkeit Ihrer Politik. Von plumpen Beschönigungen geht das bis zu echten Unwahrheiten. Ich zitiere aus Wien „Heute“: „Sag' ja zur Vielfalt, Hebein, Frauenberger, Prostitutionsgesetz ein Jahr in Kraft. Unser Ziel bleibt die Sicherheit der Frauen.“ Interessant ist also, erstes Ziel müsste eigentlich der Bürger, die Bürgerin sein, die dort wohnen, denn das sind die, von denen wir gewählt werden und für die wir Verantwortung ... (Amtsf StRin Sandra Frauenberger: *Das ist kein Wohngebiet!*) Bitte? (Amtsf StRin Sandra Frauenberger: *Das ist kein Wohngebiet!*) Was kein? (Amtsf StRin Sandra Frauenberger: *Es ist kein Wohngebiet!*) Es ist kein Wohngebiet? Sie haben eine ganz faule Ausrede, Frau Stadträtin. Sie unterscheiden natürlich bewusst zwischen der Anbahnung und der Ausführung. Die Anbahnung erlauben wir und das G'frett überlassen wir den Bürgern 200 m weiter daneben. Zu sagen, es ist kein Wohngebiet, wohl wissend, wie belästigt die Bürger werden, das ist wirklich eine traurige, eine ganz traurige Ausrede, Frau Stadträtin! Das kann ich Ihnen wirklich sagen. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber Sie bestätigen damit, dass Ihr Ziel die Sicherheit der Frauen und nicht die Bürger als Erstes sind. Das zu hören, wird die Bürger in Liesing sehr interessieren. (Amtsf StRin Sandra Frauenberger: *Sie drehen einem doch das Wort im Mund um. Das hat keinen Sinn.*) Es müssen, haben Sie gesagt, in erster Linie ... Ich zitiere Sie, ich verdrehe Ihnen nicht das Wort im Mund. „Es müssen in erster Linie Sicherheit und Selbstbestimmung der Frauen im Mittelpunkt stehen.“ Wo verdrehe ich Ihnen das Wort? Ich zitiere Sie, Frau Stadträtin! Überlegen Sie sich vielleicht besser, was Sie sagen oder in dem Fall sogar Sie schreiben. Die Realität ist nämlich eine völlig andere. Die Mädchen werden von Zuhältern aus Bulgarien, Ungarn oder Rumänien scharf kontrolliert. Das ist die Realität. Dazu sagt der Bezirksvorsteher ... Weil Sie sagen, die Bürger sind nicht belästigt: Bitte lebt Ihr Bezirksvorsteher nicht in Liesing? Hat der keine Ahnung, was in seinem Bezirk vorgeht, Frau Stadträtin? Das ist doch unglaublich! Er sagt wörtlich ... (Amtsf StRin Sandra Frauenberger: *Er kennt seinen Bezirk und liebt seinen Bezirk!*) Ja, und deswegen wehrt er sich auch gegen Sie, denn er sagt wörtlich: „Erstens sind die möglichen Folgen den Anrainern keinesfalls zuzumuten, und zweitens ist die Lage dort sehr exponiert und menschen-

leer, und es könnte in den Nachtstunden auch für die Prostituierten zu einem Sicherheitsproblem kommen.“ Also sagt er jetzt das Gegenteil von Ihnen oder nicht, Frau Stadträtin? (Amtsf StRin Sandra Frauenberger: *Nein!*) Wie heißt das? Schizophrenie, glaube ich, nennt sich so was. Das ist wirklich unglaublich (Aufregung bei Abg Dr Kurt Stürzenbecher und Abg Anica Matzka-Dojder.), das ist ja wirklich unglaublich! Sie sagen hier das genaue Gegenteil vom Bezirksvorsteher und dann sagen Sie, er sagt das Gleiche. Ja, wo sind wir denn? Halten Sie die Liesingerinnen und Liesinger für so weltfremd und dumm, dass sie diesen Unterschied nicht sehen? Und wenn Sie für die Sicherheit sind und der Bezirksvorsteher sagt, es ist dort exponiert und menschenleer und ein Sicherheitsproblem, ist das kein Widerspruch, Frau Stadträtin? Das gibt's doch gar nicht! Also da gehört schon eine unglaubliche, sagen wir jetzt, Kühnheit dazu, um so etwas zu behaupten.

Und dann sagen Sie weiter: „Zwar habe man mit dem Gesetz die Situation der AnrainerInnen verbessert“ – verbessert? Von null Prostitution auf Zentrum von Wien, Frau Stadträtin? Verbessert, aber es fehlen noch genügend sichere Bereiche für die Straßenprostitution. Und? Was sagt der Bezirksvorsteher wieder dazu, nicht die Frau Stadträtin? Er unterstützt die Petition gegen die Prostitution, Frau Stadträtin, und sagt ausdrücklich: „Ich werde mich bemühen, ein gänzlich Verbot aussprechen zu lassen.“ Ist das wirklich das Gleiche, was Sie sagen? Das können Sie ja nicht einmal selber glauben, um Gottes Willen!

Der Herr Bischof hat allerdings, das stimmt schon, einige Meinungsschwenks hinter sich. Am Anfang hat er unter Berufung auf die Polizei sogar die Existenz des Straßenstriches geleugnet, bitte, geleugnet. Es gab dann den Ausspruch, „er wolle nicht gegen Prostituierte vorgehen und hauptsächlich die Damen schützen.“ Dann kam die Protestwelle in Liesing. Und jetzt redet er anders, jetzt redet er realistisch und sagt das, was ich Ihnen vorgelesen habe.

Sie sagen oder in diesem Pressedienst kommt noch ein anderer Satz vor. „Wenngleich selbstverständlich das demokratische Mitbestimmungsrecht der Bezirke gelte, das wäre zu berücksichtigen.“ Werden Sie das demokratische Mitbestimmungsrecht der Bezirke gelten lassen? Die Bezirksvertretungen haben Ihnen schon Nein gesagt. Wie ist es mit dem demokratischen Mitbestimmungsrecht? Werden Sie dort eine regionale Abstimmung machen? Nein. Alles heiße Luft, was Sie hier sagen. Weiter: „Positive Auswirkungen durch das neue Gesetz, steht da drinnen im PD.“ Die Anzahl der Straßenprostituierten ist deutlich gesunken. Die Polizei zählt am Straßenstrich in Liesing 150 Anzeigen, hauptsächlich wegen fehlender Kontrollkarten der Prostituierten. Das heißt, es sind weit aus überwiegend illegale. Ich rede jetzt gar nicht vom Gesundheitsproblem, sondern von anderen Problemen. Illegal bedeutet natürlich erhöhte Gesundheitsgefährdung und es müsste schärfer vorgegangen werden. Die Bürger klagen, dass sie und ihre Anzeigen bei der Polizei, weil es auch noch so viele sind, nicht entsprechend ernst genommen werden und ihnen in dem Ausmaß

nicht nachgegangen wird. Sie werden sich jetzt allerdings beraten, intensiver darum kümmern und auch wir werden uns darum kümmern, dass diesen Anzeigen entsprechend nachgegangen wird.

Andere Meldungen, zum Beispiel Hebein und Wurzer zum Hurentag: „Sexarbeit findet statt, sichtbar oder unsichtbar.“ Da sagen Sie, Frau Hebein: Es braucht bestmögliche sichere Arbeitsbedingungen. Sichere Arbeitsbedingungen, Frau Kollegin Hebein, im Gebüsch? Sind das sichere Arbeitsbedingungen? Wenn Sexarbeit, sagen Sie, ausgeführt wird, dann soll sie „sicher, geschützt, gesund und nicht zu Dumpingpreisen passieren“. Sie wollen die Verbesserung der Menschenwürde. Jetzt lese ich Ihnen vor, was der „Falter“ darüber schreibt, und wenn Sie jetzt sagen, das ist eine freiheitliche Zeitung, dann machen Sie sich lächerlich: „Auf Wiens Straßenstrich tobt der Preiskampf. Seit dem EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens ist das Geschäft härter geworden. Mehr als 2 000 der Frauen kommen aus Rumänien, der Rest aus Bulgarien, Ungarn und Polen. Die Frauen unterbieten einander. Noch nie war käuflicher Sex so billig, noch nie waren Körper so wenig wert. Für 15 bis 20 EUR ist der Verkehr am Straßenstrich zu haben. Für manches bezahlt man nicht einmal 10 EUR. Das neue Prostitutionsgesetz, das beschlossen wurde, und das die Situation der Frauen hätte verbessern sollen, verdrängt sie immer mehr in finstere Winkel an den Rand der Schnellstraßen, wo es keine Toiletten, Sanitäreinrichtungen, und so weiter gibt, und sie die Kundschaft bedienen müssen. Nach Angabe der Polizei sind die Fälle von Raub, Vergewaltigung und Gewalt an Prostituierten seither angestiegen.“ Das ist die größere Sicherheit, Frau Stadträtin, von der Sie und die Frau Hebein gesprochen haben? Nehmen Sie sich eigentlich selbst noch ernst?

Und zum Schluss schreibt der „Falter“: „Die Prostituierten werden immer jünger. Kaum eine, deren Geburtsjahr vor 1994 liegt.“ Das ist die Realität, nicht das, was Sie sich vielleicht selber einreden. Der Bezirksvorsteher sagt deshalb auch an anderer Stelle: „Die Straßenprostitution hat nicht zuletzt deshalb in Liesing nichts zu suchen, weil die Infrastruktur fehlt.“ Aber er will auch keine entsprechende Infrastruktur schaffen, das sagt er auch ausdrücklich. „Es wäre keine Lösung, weil sie nur noch mehr Prostituierte anlocken würde.“ Und noch ein Zitat des Bezirksvorstehers: „Wir rechnen zwar nicht mit 300 neuen Prostituierten, das geht sich vom Platz her nicht aus, aber es wird zu einer merklichen Steigerung führen.“, befürchtet er. Er möchte die Straßenprostitution in Liesing wegen Unzumutbarkeit unterbinden und erhofft sich Hilfe von der Polizei. So schaut es aus.

Ein generelles Verbot des Straßenstrichs ist aber kein Thema, sagt die Stadtregierung und die Stadtregierung spricht sich dagegen aus. Der Bezirksvorsteher wehrt sich. Der Bezirksvorsteher wehrt sich. Wissen Sie was? Der Nestroy hat einmal eine Posse geschrieben „Der Zerrissene“. Und den Herrn von Lips, der diese Person darstellt, sehen wir in unserem Bezirksvorsteher, der wirklich ein armer Teufel in dieser Situation ist. Er hofft ja, und es bleibt ihm nichts anderes übrig, dass die Situation in Liesing im Rahmen des Erträglichen bleibt.

Ansonsten möchte er gemeinsam mit Bürgerinitiativen, Betrieben und Anrainern mehr Druck ausüben - das ist Ihr Bezirksvorsteher, nicht wir -, wenn es um die Straßenprostitution geht und diese einschränken. Wenn ihn seine Partei dabei in Stich lässt, versprechen wir Freiheitliche ihm ganz eifrige und intensive Unterstützung! (Beifall bei der FPÖ.)

Einen Vorgeschmack davon hat es ja schon gegeben und wir werden sehr einfallsreich sein, dabei auf die Problematik aufmerksam zu machen. Es gibt eine Menge Möglichkeiten: Petitionen, Internetaktivitäten. Es läuft schon. Wenn es sein muss, Fackeldemos zu Geschäftszeiten, Fotospaziergänge. Wer wird dann noch dort parken? Massenanzeigen. Es wird uns einiges einfallen, Frau Stadträtin, um die Liesinger da zu unterstützen. Aber vielleicht hilft Ihnen, vielleicht kommen Sie dann zum Umdenken oder vielleicht hilft Ihnen der nächste Sonntag mit den Ergebnissen der Wahl dazu, dass Sie sich vielleicht überlegen, ob man nicht etwas bürgernäher sein sollte. (Beifall bei der FPÖ.)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Ich eröffne die Debatte, wobei ich daran erinnere, dass die Dauer der Diskussion maximal 180 Minuten beträgt. Zur Besprechung des Dringlichen Antrages hat sich Herr Abg Seidl zum Wort gemeldet. Ich erteile es ihm, wobei ich darauf aufmerksam mache, dass die Redezeit mit 20 Minuten begrenzt ist.

Abg Wolfgang **Seidl** (Klub der Wiener Freiheitlichen): Danke, Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Stadträtin! Meine Damen und Herren!

Dass wir heute im Wiener Landtag über das Prostitutionsgesetz sprechen, ist ganz alleine darauf zurückzuführen, weil Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin - und ich habe lange nach einem Wort gesucht -, einfach aus meinem Verständnis her beratungsresistent sind, was dieses Thema betrifft. Es gibt kaum ein Thema in dieser Stadt, das die Emotionen so hochschaukeln lässt, behaupte ich einmal. Es ist Ihre Schuld, dass wir dieses Thema immer und immer wieder hier zum Thema machen müssen, sehr geehrte Frau Stadträtin. Denn selbst Kollegen aus Ihren Reihen, und das wissen Sie ganz genau, treten für eine umfassende Änderung des Gesetzes ein. Sie wissen ganz genau, dass das stimmt, was ich jetzt sage. Mein Vorredner hat nur schon sehr, sehr viel über das Prostitutionsgesetz erzählt, und ich möchte ein wenig ins Jahr 2011 zurückgehen, denn mit 1.11.2011 ist ja dieses neue Prostitutionsgesetz in Kraft getreten. Wir haben damals schon, vor Inkrafttreten des Gesetzes, unsere Einwände geäußert. Leider Gottes wurden sie natürlich nicht gehört, sie wurden natürlich auch nicht ins Gesetz mit eingearbeitet (Abg Godwin Schuster: Zum Beispiel? Zum Beispiel?) und jetzt haben wir den Murks. So ist es.

Die Gesetzgebung selbst, sehr geehrter Herr Kollege, wäre eigentlich ein Fall fürs Kabarett. Wenn wir uns ins Jahr 2011 zurückerinnern, es war im Juni, kann ich mich noch ganz genau erinnern, und es sind fast täglich neue Vorschläge Ihrerseits und neue Ideen der Frau Hebein mit eingebracht wurden und den Gesetzestext, über den wir dann schlussendlich abgestimmt haben,

gab es genau einen Tag vor der Landtagssitzung. Sie wissen das ganz genau, dass es damals so war. Genau dieses Chaos der Gesetzwerdung hat sich dann weiter nahtlos hingezogen und das haben wir bis heute. Die eigenen Vorgaben, die Sie sich selbst gesetzt haben, nämlich auf der einen Seite Rechtssicherheit und Klarheit für alle Rechtsunterworfenen zu schaffen, wurde, und das ist jetzt vorsichtig formuliert, kilometerweit verfehlt. In zahlreichen mündlichen Anfragen seit Ende 2011, die ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, gestellt habe, habe ich eigentlich immer wieder dieselbe Antwort bekommen: Es ist eh alles toll, es ist eh alles schön und nett, und die Damen der Nacht sind so arm und so schutzbedürftig. Ich habe allerdings nie etwas über jene Anrainer gehört, die sich darüber aufregen. Zum Beispiel die Anrainer im Stuwerviertel und Sie wissen, ich komme aus der Leopoldstadt, die sind Ihnen leider Gottes herzlich egal.

Eine der mündlichen Anfragen, die ich Ihnen ja in den Landtagssitzungen mittlerweile schon drei Mal gestellt habe, wurde bis heute nicht beantwortet. Da ging es darum, wann Sie denn endlich einmal Gespräche mit den zuständigen Stellen aufnehmen, um in der Abteilung Menschenhandel im Landeskriminalamt mehr Personal zu bekommen. Sie haben das selbst einmal zumindest gewollt, behaupten Sie. Ich kann mich erinnern, ich habe ihnen drei Mal dieselbe Frage gestellt und Sie haben mir drei Mal erklärt, warum und wieso Sie das bis dato noch nicht gemacht haben. Das ist einfach unbefriedigend, sehr geehrte Frau Stadträtin.

Der Hauptgrund, ich habe es vorhin schon gesagt, warum ich mich heute zu dem Tagesordnungspunkt gemeldet habe, ist natürlich meine Funktion als freiheitlicher Bezirksobmann in der Leopoldstadt. Jeder, der die Leopoldstadt kennt, weiß, was man dort im Stuwerviertel findet: Die illegale Straßenprostitution. Das bestreiten ja nicht einmal Sie, dass es die dort gibt. Aber anstatt die Bewohner des Stuwerviertels von dem Spuk zu befreien, finden Sie ja salbungsvolle Worte und reden den Zustand schön. Ja, lieber Gerhard, du weißt das auch ganz genau, dass es so ist. (*Abg Gerhard Kubik: Wenn es illegal ist?*) Bitte was? (*Abg Gerhard Kubik: Wenn es illegal ist, ist es illegal!*) Noch einmal: Ein Zustand, der heute illegal ist, und es wird seitens der Stadtregierung zugesehen? Nicht böse sein, das kann es wohl nicht sein und euch fällt aber auch nichts ein, wie man das löst. Du kannst ja dann nachher rauskommen, du bist ja genauso Leopoldstädter wie ich, und erzählst uns dann, wie du es lösen würdest.

Vielleicht hört die Frau Stadträtin auf dich mehr als auf mich. (*Aufregung bei der FPÖ.*) Und diese Taten, die jetzt dann irgendwann einmal folgen müssen, sehr geehrte Frau Stadträtin, weil die Leopoldstädter und die anderen Leidtragenden in Wien darauf warten, die können eigentlich nur so aussehen, dass man die Straßenprostitution in Wien gesamt verbietet. Das wäre zum Beispiel ein Lösungsvorschlag. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Nur so ist es aus unserem Verständnis zum Beispiel möglich, dass sich Frauen und Mädchen zum Beispiel im Stuwerviertel nicht mehr belästigt fühlen müssen, wenn

sie am Abend von der Arbeit heimgehen oder Bewohner des Stuwerviertels zum Beispiel keine Angst mehr haben müssen, das Haus zu verlassen. Denn es ist ja nicht nur ein Mal passiert, dass sie, wenn sie dann durch den Hausflur gehen, dort eine Dame der Nacht entdecken, die gerade ihre Dienstleistung anbietet. Du weißt das ganz genau, dass das im Stuwerviertel nicht nur ein Mal passiert ist. Natürlich haben wir, mit der Straßenprostitution einhergehend, all das, all diese Nebengeräusche, die wir nicht haben wollen, die Drogenproblematik, die Freier, die Dealer. All das sind Dinge, die wir heute in Wien nicht haben wollen. Deshalb muss es so sein, dass man die Straßenprostitution in Wien verbietet. Das ist unsere Forderung.

Aus diesem Grund wird meine Nachrednerin, die Angela Schütz, heute auch einen diesbezüglichen Antrag einbringen, wo ich Sie natürlich ersuche, ihm einstimmig näherzutreten. Ich gehe einmal nicht davon aus, dass das passiert. Sollte das nicht passieren, sehr geehrte Frau Stadträtin, dann sage ich Ihnen auch von hier aus, dann sind Sie eine tolle Kandidatin für einen alsbaldigen Misstrauensantrag! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie um Unterstützung des Antrages. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Prof Harry **Kopietz**: Als Nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr Abg Dr Ulm. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg Dr Wolfgang **Ulm** (*ÖVP-Klub der Bundeshauptstadt Wien*): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Frau Stadträtin!

Also ich glaube, so wie die faktischen Verhältnisse liegen, darüber kann man ja schlecht streiten, weil es ja einer der seltenen Fälle ist, wo drei Fraktionen im betroffenen Bezirk einer Meinung sind, nämlich SPÖ, ÖVP und FPÖ. Es gibt dort einfach auf der Brunner Straße derartige Belästigungen für die Anrainer, dass die Politik reagieren muss. Offensichtlich ist das Prostitutionsgesetz nicht gut genug. Offensichtlich sind die Ziele des Prostitutionsgesetzes, nämlich höherer Anrainerschutz und keine Straßenprostitution in Wohn- und Erholungsgebieten, nicht erreicht worden. In Vorbereitung auf die heutige Debatte habe ich mir mein Redeprotokoll vom 30. Juni 2011 herausgesucht und es ist eigentlich ganz interessant, dass alle Befürchtungen, die ich damals geäußert habe, jetzt auch tatsächlich auf der Brunner Straße eingetreten sind. Ich möchte gar nicht bestreiten, dass es auch positive Aspekte in diesem Gesetz gibt wie das Genehmigungsverfahren für Prostitutionslokale oder dass es auf Grund dieses Gesetzes auch Verbesserungen in anderen Bezirksteilen gegeben hat. Aber letztendlich schafft es dieses Gesetz nicht, die Anrainer in der Brunner Straße zufriedenzustellen. Das liegt daran, dass dieses Gesetz keine wirklich sichere Entflechtung von Straßenprostitution und Wohngebieten bringt, es zu Straßenprostitution kommt, die unerwünscht ist und dass es keine ausreichende Rechtssicherheit gibt, und unzureichende Mitsprache von Anrainern, völlig unzureichende Mitsprache der Bezirksvertretungen und der Bezirksvorsteher und eine Abschiebung der Verantwortung auf

eine Bundesbehörde, nämlich auf die Polizei. Wir haben jetzt die Probleme dort, weil Sie, sehr geehrte Damen und Herren von Rot und Grün, nicht die politische Kraft aufgebracht haben zu sagen, wo die Straßenprostitution stattfinden können soll. Ich habe ja immer kritisiert, dass es keinen Plan gibt, keinen rechtsverbindlichen Plan, keine planmäßige Ausweisung im Landesgesetz, wo die Straßenprostitution möglich ist und wo sie verboten ist. Ich weiß schon, es gibt im Internet diesen Plan, aber der hat keine Rechtsverbindlichkeit. Leider Gottes finden wir einen solchen Plan im Landesgesetz nicht und es besteht nicht die notwendige Rechtssicherheit, die man dort gerne hätte. *(Amtsf StRin Sandra Frauenberger: Das verändert sich! Das ist dynamisch! Das verändert sich! – Abg Godwin Schuster: Das verändert sich ja!)* Natürlich verändern sich Widmungen. Aber es gibt auch viele Beispiele dafür, wo wir planmäßige Ausweisungen in Landesgesetzen haben. Das hat man politisch einfach nicht zustande gebracht, weil man keine Plätze für die Straßenprostitution gefunden hat und die Bezirke natürlich wenig Begeisterung aufgebracht haben, sich gemeinsam mit der Stadtregierung auf solche Plätze zu einigen. Und ich muss Ihnen eines schon sagen: Wenn Sie es nicht zusammenbringen, den Straßenstrich so zu organisieren und so zu reglementieren, dass er für Anrainer erträglich ist, dann kann man eben die Straßenprostitution in dieser Stadt nicht zulassen. Eine andere Schlussfolgerung ist nicht möglich. Natürlich gäbe es theoretisch Gebiete, wo Anrainer nicht beeinträchtigt wären und wo man gewisse organisatorische Rahmenbedingungen durch den Gesetzgeber oder durch den Stadtsenat schaffen könnte, aber der politische Wille war einfach nicht da. Wir haben es mit schwammigen Formulierungen zu tun. Da ist einfach das Wohngebiet nicht ausreichend gut genug definiert, denn ich habe den Zwischenruf von Ihnen gehört, Frau Stadträtin. In der Brunner Straße ist die Straßenprostitution zulässig, weil es sich eben um kein Wohngebiet handelt, haben Sie gesagt. Jetzt ist aber schon die Frage: Wie definiere ich das Wohngebiet? Es gibt da einen ganz schmalen. *(Abg Godwin Schuster: Aber Ihr Vorschlag, Herr Kollege Ulm, damals war: Nehmen wir doch den Flächenwidmungsplan! Ihr persönlicher Vorschlag war: Nehmen wir den Flächenwidmungsplan!)* Nein, mein Vorschlag war eine planmäßige Ausweisung im Landesgesetz *(Abg Godwin Schuster: Ihr persönlicher Vorschlag war: Nehmen wir den Flächenwidmungsplan!)* oder ich hätte mir erwartet, dass Sie halt eine Regelung finden, die einen entsprechenden politischen Konsens findet. Das war nicht der Fall. Man hat diese heiße Kartoffel abgegeben. Man hat eine schwammige Definition vom Wohngebiet. *(Amtsf StRin Sandra Frauenberger: Schwammig ist das nicht!)* Natürlich, denn wie groß ist die Fläche? *(Amtsf StRin Sandra Frauenberger: Es gibt eine Definition der Wohngebiete!)* Ja, aber nicht nur die Definition nach der Flächenwidmung ist entscheidend, denn in § 8 Abs 2 des Gesetzes steht einmal drinnen, dass als Wohngebiet im Sinne dieses Gesetzes alle Flächen im Gebiet der Stadt Wien gelten, welche mehrheitlich mit Gebäuden bebaut sind, die Wohnzwecken dienen einschließlich aller Stra-

ßen, Parks oder sonstiger öffentlich zugänglicher Flächen, die innerhalb solcher Gebiete liegen oder an solche angrenzen. Als Wohngebiet gelten jedenfalls Flächen, die im Flächenwidmungsplan die Widmungen „Wohngebiet, gemischtes Baugebiet, Kleingartengebiet“ oder „Gartensiedlungsgebiet“ ausweisen. Da muss ich jetzt schon ein ziemlicher Experte im Flächenwidmungsplan sein, um zu wissen, welche Widmung dort besteht *(Amtsf StRin Sandra Frauenberger: Nein!)* nach der Definition 2. Aber nach der Definition 1 weiß ich nicht, wie groß die Fläche ist, auf die abgestellt wird, um zu definieren, ob es sich um ein Wohngebiet handelt oder nicht.

Es ist ja dort auf der Brunner Straße genau das Gleiche. Ich habe vorne offensichtlich einen Streifen, der sehr schmal ist, der Gewerbegebiet ist. Aber gleich dahinter befinden sich die Wohnhäuser und befinden sich sehr viele Anrainer. Natürlich kann ich nicht sagen, das Wohngebiet reicht natürlich nicht nur bis zum Gewerbegebiet, sondern das reicht vor bis zur Brunner Straße. Es ist nur eine Frage, wie groß ich diese Fläche im § 8 Abs 2 definiere. Das ist ganz einfach offen gelassen worden und jetzt gibt's große Probleme für die Anrainer. Für mich sind es nach wie vor Anrainer an der Brunner Straße, auch wenn sie ihre Wohnung nicht direkt an der Brunner Straße haben. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die schwer beeinträchtigt sind und ich glaube, sie haben sich die Solidarität und Unterstützung von diesem Gremium verdient. Ich glaube auch, dass es uns nicht völlig egal sein kann, welche Beschlüsse in der Bezirksvertretung Liesing gefasst werden und dass wir das sehr ernst nehmen müssen, was dort der Bezirksvorsteher sagt, der von der SPÖ kommt, aber auch, was dort ÖVP und FPÖ sagen.

Ich glaube auch, dass es uns nicht völlig egal sein kann, welche Beschlüsse in der Bezirksvertretung Liesing gefasst werden, und dass wir das sehr ernst nehmen müssen, was dort der Bezirksvorsteher sagt, der von der SPÖ kommt, aber auch, was dort ÖVP und FPÖ sagen. Ich glaube daher, dass keine andere Möglichkeit bleibt - und in diesem Sinn gibt es auch einen Beschlussantrag von uns -, als dort die entsprechenden rechtlichen oder auch anderen Schritte einzuleiten, dass die Straßenprostitution in der Brunner Straße eben verboten wird.

Aber ich möchte die Gelegenheit zum Anlass nehmen, noch auf ein weiteres Problem hinzuweisen, weil sich auch bei der ÖVP die Beschwerden im Zusammenhang mit der Prostitution häufen und ich schon seinerzeit verlangt habe, dass auch bei den Prostitutionslokalen unbedingt eine Parteienstellung für die Anrainer eingeräumt werden soll. Es war ja auch in den Medien davon die Rede, dass es in der Nähe des Rathauses zu einem Prostitutionslokal kommen soll, und ich habe also von Anrainern gehört, dass sie darüber überhaupt keine Informationen erhalten haben, obwohl sie gerne informiert worden wären.

All das wäre möglich mit einer Parteienstellung, so wie wir das schon vor zwei Jahren verlangt haben. Das Gegenargument, dass es dann solche Lokale überhaupt

nicht mehr geben wird, kann ich nicht gelten lassen. Auch in der Bauordnung gibt es eine Parteienstellung, auch dort gibt es ein Informationsrecht, Antragsrechte, Einwendungen, Rechtsmittelbefugnis, und es werden immer noch Häuser in Wien gebaut.

In diesem Sinne bringe ich die beiden Anträge ein und ersuche den Hohen Landtag, dafür zu sorgen oder mitzuhelfen, dass den Anrainern in der Brunner Straße richtig geholfen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Hebein. Ich erteile es.

Abg Birgit **Hebein** *(Grüner Klub im Rathaus)*: Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren!

Besonders an die Herren von den Oppositionsparteien richte ich mich jetzt mit einer sehr klaren Ansage: Ein Verbot der Straßenprostitution löst in keinster Weise irgendwelche Probleme, in keinster Weise! *(Abg Mag Wolfgang Jung: Doch, für die Anrainer!)* Das Einzige, was Sie damit erreichen ... *(Abg Armin Blind: Für die Anrainer schon, Frau Kollegin!)*

Nein, nicht einmal der Anrainer/Anrainerinnen! Hören Sie auf, die Leute für deppert zu verkaufen! Das, was passiert, ist *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ah, die „depperten“ Leute ... - Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)*: Prostitution findet entweder sichtbar statt, entweder legal, oder unsichtbar *(Abg Mag Wolfgang Jung: Oder im Laufhaus unsichtbar!)* und illegal. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Nein, nein!)* Das ist einfach so! *(Weitere Nein!-Rufe bei der FPÖ.)* Reden Sie mit der Polizei. *(Abg Armin Blind: Und der Rechtsstaat kapituliert?)*

Ich weiß nicht, Herr Jung - jedes Mal, wenn es um Prostitution geht, leben Sie so auf. Kriegen Sie sich ein bisschen ein! Sie haben schon geredet, jetzt hören Sie ein bisschen zu. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Wenn Sie es wenigstens begründen würden - aber nein!)*

Das heißt konkret: Wenn Sie ein Verbot wollen, heißt das im Grunde, Sie wollen eine Verdrängung, eine Kriminalisierung. Sie wollen, dass die Frauen größeren Gefahren ausgesetzt werden. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Nein!)* Sie wollen, dass die Polizei die Frauen nicht mehr erreicht. Sie wollen auch, dass die NGOs - wie LEFÖ, SOPHIE, das STD Ambulatorium - die Frauen nicht mehr erreichen. Das heißt, Sie wollen eine Verdrängung *(Abg Mag Wolfgang Jung: Glauben Sie auch ...)*, Sie wollen eine Kriminalisierung.

Was passiert dann? Die Frauen suchen sich Plätze, schauen irgendwo herum, da und dort. Dann haben wir wieder Probleme mit den Anrainern/Anrainerinnen. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ah, doch!)* Das heißt, Ihre Forderung nach einem Verbot verschärft die Situation der Frauen, der SexarbeiterInnen, der Prostituierten und sorgt noch für weitere Probleme von Anrainern und Anrainerinnen.

Noch origineller finde ich es *(Abg Mag Wolfgang Jung: Sagen Sie einmal, warum!)*, wenn Sie dann hergehen und sagen, okay, na gut, machen wir einmal in der Brunner Straße ein Verbot! - Dann suchen sich die Frauen wieder einen Bereich außerhalb des Wohngebiets, in einem Industriegebiet. Dort sind, stellen Sie sich vor, in

ein paar hundert Metern wieder Anrainer und andere Leute, die dort wohnen! Dann gibt es dort wieder das nächste Verbot. Das heißt, Sie jagen die Frauen durch die ganze Stadt.

Seien Sie mir nicht böse, das ist doch überhaupt keine Lösung! Sie verschärfen die Situation nur, und zwar für alle Beteiligten. Das Ziel ... *(Abg Mag Wolfgang Jung: Also vorher haben wir kein Problem gehabt, jetzt haben wir eines!)* Nein, überhaupt nicht, reden Sie doch keinen Schwachsinn! Das ist ja unpackbar. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Herr Präsident! Bitte!)*

Wir haben Ziele gehabt mit dem neuen Prostitutionsgesetz. Das eine war die Entlastung der Anrainer/Anrainerinnen im Wohngebiet. Und Sie wissen es, ich wohne selber im 15., sechs Stundenhotels in der Nähe. Es hat massive Probleme gegeben mit Anrainerinnen und Anrainern, die in der Nacht nicht mehr haben schlafen können, weil die Frauen immer mehr ausgewichen sind. Der Platz wurde immer enger. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Na, und jetzt ...)* So ist es zum Streit gekommen.

So war dann der Kompromiss, die Verhandlung mit der SPÖ, dass wir sagen, tun wir es raus aus dem Wohngebiet! Und gleichzeitig schaffen wir genügend sichere Bereiche für die Straßenprostitution! Gleichzeitig schaffen wir ein Genehmigungsverfahren *(Abg Mag Wolfgang Jung: Und wo übt man es aus?)*, dass wir irgendwie klar haben: Okay, wo werden Betriebe unter welchen Voraussetzungen bewilligt?

Wir haben sogar eine ArbeitnehmerInnenschutzverordnung gemacht. Wir haben gesagt, wir wollen kleinere Lokale mehr fördern, weil es sicherer ist für die Frauen, auch unabhängiger als größere Lokale, das heißt, auch mit unterschiedlichen Bestimmungen. Das waren unsere Ziele.

Was wir geschafft haben - Herr Abg Ulm hat es ja korrekterweise genannt -, sind die Genehmigungsverfahren. Was wir auch geschafft haben, sind die Beratungen, die jetzt massivst angenommen werden bei den Erstanmeldungen. Das heißt, kleine Studios entstehen, wo sich Frauen auch zu zweit, zu dritt zusammentun. Das haben wir geschafft.

Und ja, wir wissen es, wir sagen es auch: In der Straßenprostitution haben wir unsere Ziele noch nicht erreicht. Es gibt zu wenige Plätze. Und Sie wissen es, im Gesetz ... *(Abg Mag Wolfgang Jung, mit ironischer Heiterkeit: Da freuen sich die anderen Bezirke!)* Ich weiß nicht, was Sie so erheitert. Ist es klass, über Prostitution zu reden, Herr Abg Jung? Taugt es Ihnen irgendwie? *(Abg Mag Wolfgang Jung: Mich erheitert Ihre Unfähigkeit, die Realität wahrzunehmen! - Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Es ist einfach ... *(Abg Mag Wolfgang Jung: Sie sind nicht in der Lage ...)* Es ist nervig! Es ist unglaublich, wie sehr Sie sich im Grunde darüber amüsieren.

Und jetzt komme ich zurück *(Abg Mag Wolfgang Jung: Reden wir über die Situation ...)*: Es gibt zu wenige Plätze für die Straßenprostitution. Ja, da funktioniert das Floriani-Prinzip super, die Bezirke sagen: Macht was für die Frauen, nur nicht bei uns! Ja, dann müssen wir - und

das machen wir auch - weitere Schritte gehen, dass wir auch dieses Ziel erreichen, überhaupt keine Frage.

Nur in aller Ruhe: Könnten wir nicht wirklich einmal das Thema etwas sachlicher besprechen? Könnten wir nicht hergehen und sagen, skandalisieren wir jetzt nicht herum! Denn Faktum ist, wir haben 3 300 Sexarbeiterinnen angemeldet. Wir wissen alle, es gibt noch einmal so viele illegalisierte Frauen. Das heißt, wir haben 6 000 bis 7 000 Frauen in Wien.

Hier und heute - ich will Ihnen nur die Relationen vor Augen halten -, hier und heute reden wir über 15 Frauen auf der Brunner Straße - über 15! *(Abg Mag Wolfgang Jung: 40 jetzt, und dann kommen ...)* Über 15 Frauen. Laut dem ... *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das ist wirklich eine Realitätsverweigerung!)* Hören Sie auf, Herr Jung! *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ja, fragen Sie die Polizei! Fragen Sie ...)* Plärren Sie nicht blöd herum! Ich sage es Ihnen noch einmal *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*: Laut LEFÖ, laut SOPHIE, laut dem STD Ambulatorium und laut der Polizei wird es gezählt, es sind durchschnittlich 15 Frauen. Das ist die aktuelle Zahl aus dem Steuerungsteam.

Ich weiß eh, Sie können jetzt alles abstreiten. Ich selber war vier Mal dort. Ich war vier Mal vor Ort, und es ist schlichtweg - wie es das Gesetz vorsieht - nicht in einem Wohngebiet, sondern in einem Industriegebiet. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Wir können es einmal gemeinsam abwandern, Frau Kollegin!)* Schauen Sie, ich war vier Mal mit StreetworkerInnen dort. Ich weiß nicht, was Sie mir erzählen wollen.

Es ist ja ganz klar, es gibt Anrainer/Anrainerinnen, die sagen, ja, es gibt Prostitution, Hauptsache, sie ist sicher genug. Es gibt Anrainer/Anrainerinnen, die sagen, das Hauptproblem, das wir gehabt haben, war der Lärm. Ja, auch das ist ernst genommen worden. Dann gibt es Anrainer und Anrainerinnen, die für ein Verbot eintreten. Und da sagen wir: Nein, Rot-Grün ist für kein Verbot der Straßenprostitution zu haben! Es wird kein Straßenerbots... *(Abg Mag Wolfgang Jung: Dann haben wir ein Thema bis zu den Gemeinderatswahlen!)*

Ja, eh, das glaube ich Ihnen! Fällt Ihnen noch ein anderes Thema ein? *(Abg Mag Wolfgang Jung: O ja! Die AVZ ... - Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Oh, tatsächlich, stimmt - mir fällt gerade keines von der FPÖ ein *(Abg Mag Wolfgang Jung: Wir haben viele Themen!)*, wo man so klass emotionalisieren kann.

Auch diese Doppelmoral ist einfach völlig daneben! *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Sie von der FPÖ - keine Ahnung, wer da gestanden ist - gehen wirklich her und fragen die Frau Stadträtin: Wann sorgen Sie dafür, dass mehr Menschen bei der Kriminalabteilung für Menschenhandel arbeiten? Ich darf Ihnen schon sagen, dass das dem Innenministerium unterstellt ist, und vielleicht richten Sie die Frage eher in Richtung ÖVP. *(Abg Armin Blind: Das machen wir eh! - Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Wir haben ganz klar gesagt - ich habe mich mit den sechs Kollegen/Kolleginnen der Abteilung öfters zusammengesetzt und mache es nach wie vor -, es ist eine Zumutung. Nicht nur, dass sechs Personen für Men-

schhandel zuständig sind - das ist einfach notorisch unterbesetzt -, auch wenn Sie sich die Arbeitsbedingungen vor Ort anschauen, ist es völlig untragbar. Also da wenden Sie sich bitte ans Innenministerium! Sie haben hier unsere Unterstützung, überhaupt keine Frage. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Also ist es doch untragbar! Die Stadträtin sagt, es ist alles in Ordnung!)*

Die zweite Geschichte, die Sie jetzt permanent vermischen und wo Sie vor allem auf Kosten der Frauen die Diskussion führen - das Thema der Sexarbeit ist dermaßen stigmatisiert! Sie haben im Grunde überhaupt keine Ahnung, welches Doppelleben viele der Frauen führen, führen müssen, weil sie permanent gedemütigt werden, auch von Menschen wie Ihnen. Das muss man schon feststellen, ob Sie es wollen oder nicht. Ich kenne unterschiedlichste SexarbeiterInnen. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Finden Sie diese Arbeitsbedingungen richtig oder nicht?)* Da gibt es ManagerInnen, da gibt es Studierende, da gibt es Hausfrauen, quer durch. Das ist die Realität. Mit Realitätsverweigerung und dem Schreien von Verbot, Verbot! kommen wir keinen Millimeter weiter. Das ist einfach, behaupte ich, für alle Beteiligten untragbar.

Ich will es aber nicht schönreden. Ich war vor ein paar Tagen wieder unterwegs. Die Situation ist in Bereichen nicht ungefährlich für die Frauen, weil der Raum so beengt ist, überhaupt keine Frage. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Was glauben Sie, wie eng ...)* Wir haben jetzt gerade wieder eine Frau, die schwer misshandelt worden ist. Es gibt hier nichts zum Schönreden. Auf der anderen Seite haben wir immer mehr SexarbeiterInnen, die auch auf Grund von Armut diesem Gewerbe nachgehen. Das muss man auch nicht schönreden.

Dann reden wir einmal konkret, ruhig und sachlich über Armut und die Auswirkungen der Armut, wir sind sofort dabei! Aber was wir sicher nicht machen werden, ist, ein Verbot einzuführen, und dann werden wir anfangen, uns zu überlegen, welche Alternativen es gäbe. Sicher nicht mit Rot-Grün, sicher nicht mit dieser Skandalisierung, die Sie hier betreiben, und mit dieser Doppelmoral!

Eines finde ich auch extrem schade, hier hat die Bundesregierung sehr ausgelassen. Es hat letztes Jahr ein OGH-Urteil gegeben, wo endlich die Sittenwidrigkeit aufgehoben worden ist. Es war ein guter Schritt, den man da gegangen ist, nur fehlen eben jetzt die gesetzlichen Adaptierungen im Arbeits- und Sozialversicherungsrecht. Das ist schade, hier hätte man noch einen Schritt machen können für mehr Sicherheit der Frauen, für mehr Selbstständigkeit, dass sie auch unselbstständig arbeiten können. Aber nein, aber nein, wir reden ja von Sexarbeit/Prostitution! Das interessiert ja im Grunde niemanden, da kann man nichts gewinnen, da greifen wir - vor allem, wenn es die ÖVP ist - nicht hin.

Insofern noch einmal: Rot-Grün hat Ziele, hat sich Ziele gesetzt. Die Entlastung des Wohngebiets ist im Verhältnis zu vorher ein gutes Stück weit gelungen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, sichere Bedingungen zu schaffen. Indoor geht es ein Stück weit in Richtung Studios, außen haben wir noch zu wenige Plätze für die Straßenprostitution. Und ja, nicht ungefährliche Situatio-

nen, da sind wir dran, das auch ernst zu nehmen.

Nur, machen wir uns nichts vor! Ich mache mir auch als Grüne nichts vor und sage ganz offen, mit dem Prostitutionsgesetz allein werden wir es nicht schaffen, die Diskussion zu versachlichen, werden wir es nicht schaffen, der Stigmatisierung etwas entgegenzusetzen oder das Ganze zu entstigmatisieren. Wir werden es nicht schaffen, dass auch die Frauen auf Augenhöhe als Menschen, als Nachbarinnen, als Mütter, als Freundinnen wahrgenommen werden. Das heißt, hier müssen wir einen gesellschaftspolitischen Diskurs führen. Der ist notwendig, und ich freue mich, dass sich immer mehr Menschen daran beteiligen, wie jetzt aktuell auch Anrainer und Anrainerinnen im Stuwerviertel. - Vielen Dank. *(Beifall bei GRÜNEN und SPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Als Nächste zum Wort gemeldet ist Frau Abg Yilmaz. Ich bitte darum.

Abg Nurten **Yilmaz** *(Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates)*: Danke, Herr Präsident!

Vorab bitte ich Sie, Herr Präsident, das Protokoll der Rede des Herrn Abg Jung anzuschauen. Er hat die Frau Landesrätin der Schizophrenie bezichtigt. - Danke. *(Abg Ing Isabella Leeb: Und die Kollegin Hebein? Die kann uns „deppert“ schimpfen?)*

Was sagten Sie? *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das kommt von schizoid: gespaltete Seele! - Weitere Zwischenrufe.)*

Präsident Johann **Herzog** *(unterbrechend)*: Wir werden das ganz sicher überprüfen. Das wird kein Problem sein.

Abg Nurten **Yilmaz** *(fortsetzend)*: Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Frau Landesrätin! Herr Präsident!

Jetzt haben wir es also wieder auf der Tagesordnung: Die FPÖ möchte das gänzliche Verbot der Straßenprostitution. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ja!)* Das ist, Herr Kollege ... *(Abg Mag Wolfgang Jung: Und auch Teile der SPÖ!)* Ja, das ist eine einfache Antwort auf eine komplexe Themenstellung. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Bezirksvorsteher!)* Und wie so oft ist diese einfache Antwort eine falsche!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht alle Probleme können wir mit Verboten lösen. Das ist so, leider! Sonst könnten wir es uns wirklich in unserem Leben schöner machen: Morden verbieten, Kriege verbieten, Terror verbieten, alles verbieten! *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)* Aber so spielt es eben nicht.

Deshalb haben wir, Rot-Grün, einen sachlichen Zugang zu diesem Thema gewählt. Es geht uns zuallererst um das Wohl der Anrainerinnen und Anrainer, um die Sicherheit der Anrainerinnen und Anrainer und um die Sicherheit und das Wohl der SexarbeiterInnen. Das Prostitutionsgesetz schafft Transparenz, Rechtssicherheit und vergleichsweise gute Bedingungen.

Aber schauen wir uns einmal die Fakten an. In Wien sind knapp 3 300 Prostituierte gemeldet. Die meisten arbeiten in Prostitutionslokalen, nur mehr halb so viele wie vor dem Gesetz arbeiten auf der Straße. In Wohngebieten ist keine Straßenprostitution mehr erlaubt, das hat das Leben der AnrainerInnen sehr erleichtert. Für die

Sicherheit vor Ort sorgt das von der Stadt Wien finanzierte Streetwork. Dort werden SexarbeiterInnen nicht nur kompetent beraten, sondern auch über Ausstiegsmöglichkeiten beraten.

Erstmals gibt es eine Meldungspflicht und sicherheitstechnische sowie hygienische Auflagen für Prostitutionslokale. Außerdem muss bei den Lokalen der Jugendschutz gewahrt werden, und eine Zuverlässigkeitsprüfung von Betreibern ist Voraussetzung zur Meldung. Mit dem Gesetz werden auch die Freier bestraft, sollten sie in unerlaubten Gebieten anbahnen. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Ausüben, das ist das Problem! Sagen Sie das einmal! Ausüben, nicht anbahnen!)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Es gibt aber eine kommunalpolitische Grenze der Einflussnahme in dieser Szene. Wer den Straßenstrich verbieten will, nimmt in Kauf, dass er illegal, ohne Schutz der SexarbeiterInnen und trotzdem stattfindet. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Und wo sind sie jetzt geschützt?)*

Damit uns niemand missversteht: Oft stehen Frauenhandel und andere kriminelle Machenschaften hinter der Prostitution. Menschenhandel zu Prostitution ist ein Verbrechen! Hier gilt es, mit aller Macht dagegen zu arbeiten, auch mit einer personell besser ausgestatteten Polizei. Gleichzeitig müssen die Opfer geschützt werden. Im Zentrum steht daher die Sicherheit der Frauen.

Zu Sicherheit gehört übrigens auch Rechtssicherheit. Daher brauchen wir jetzt nach dem Fall der Sittenwidrigkeit eine bundesweit einheitliche Regelung. Sie soll SexarbeiterInnen absichern und gute Bedingungen für die Frauen schaffen.

Aber zurück zum FPÖ-Antrag: Die Brunner Straße ist laut Flächenwidmungsplan ein erlaubtes Gebiet für Straßenprostitution. Das ist keine Einbildung, und das ist keine Ausrede, das ist so! *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das bestreiten wir nicht!)* Das war sie übrigens auch vor dem Inkrafttreten des neuen Prostitutionsgesetzes. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Das bestreitet ja niemand!)*

Es gibt jetzt eine zeitliche Beschränkung der Anbahnung, dadurch haben sich die Beschwerden der AnrainerInnen massiv *(Abg Mag Wolfgang Jung: Die Anrainer, die hören Ihnen zu! Sie hören Ihnen zu!)* - na ja, glauben Sie? -, die sind massiv zurückgegangen. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Na, ich merke nichts davon! - Abg Kurt Wagner: ... ist ja kein Wunder!)* Und mit der Erhöhung - also Ihre Angst, dass, wenn im Prater kein Straßenstrich mehr möglich ist, es dort eine Mehranzahl an Frauen geben wird, teilt übrigens die Polizei nicht. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Na, die lösen sich auf, oder wie?)*

Das weiß ich nicht. *(Abg Mag Wolfgang Jung, mit ironischer Heiterkeit: Sie wissen überhaupt nichts, aber Sie reden!)* Nein, nein, aber das wissen Sie auch nicht, indem Sie irgendetwas behaupten. *(Abg Mag Wolfgang Jung: Na, glauben Sie ...?)* Das wissen Sie auch nicht. *(Zwischenrufe bei der FPÖ.)*

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin überzeugt, falsche Gesetze treiben die Prostitution in die Illegalität, und Illegalität heißt Kriminalität und Rechtsunsicherheit. Das heißt: keine Kontrollen und kein Überblick! Wir von der rot-grünen Stadtregierung wollen das nicht.

Das Wiener Prostitutionsgesetz hat in einer wirklich schwierigen Materie deutliche Verbesserungen für die AnrainerInnen und SexarbeiterInnen gebracht. Zur Verdeutlichung: Erst durch die Novelle des Wiener Prostitutionsgesetzes 2011 wird der Schutz der Prostituierten in einem Landesgesetz auch als explizites Ziel genannt. Wo Probleme auftauchen, werden wir sie mit den betroffenen Bezirken, mit der Exekutive, mit den NGOs und Vereinen gemeinsam lösen. Aber einfach alles zu verbieten, ist der falsche Weg (*Abg Armin Blind: Erklären Sie das einmal den GRÜNEN!*), nicht nur in diesem Punkt, sondern ganz generell! - Danke für die Aufmerksamkeit. (*Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.*)

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Frau Abg Schütz. Ich erteile es.

Abg Angela **Schütz** (*Klub der Wiener Freiheitlichen*): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Stadtrat! Werte Kolleginnen und Kollegen im Landtag! Liebe Zuhörer!

Vielleicht ganz kurz noch, Herr Präsident: Die Abg Hebein war ja in ihrem Redebeitrag auch nicht unbedingt zimperlich. Vielleicht könnte man das auch überprüfen. (*Abg Mag Wolfgang Jung: Das lass ihr!*)

Zu meiner rechten Seite möchte ich vielleicht auch noch Folgendes sagen: Es gibt natürlich auch eine legale unsichtbare Prostitution, nämlich die in den Laufhäusern, und da fahren alle Ihre Argumente, die Sie gebracht haben, absolut ins Leere und sind nicht korrekt. Und Dinge, die nicht korrekt oder nicht ganz wahr sind, zu wiederholen, macht sie auch nicht wahrer.

So viel jetzt und nun zu unserem Antrag: Ich möchte die Journalistin Susanne Riegler zitieren, die in einem „Standard“-Interview gesagt hat: „Was in Wien passiert, ist das klassische Resultat einer Politik, die zwischen ‚ein bisschen legal‘, ‚ein bisschen illegal‘ und manchmal auch ‚ein bisschen egal‘ herumwurschtelt. Was wir jetzt erleben, passiert, weil die PolitikerInnen so unentschlossen sind und keinen Mut haben, klare Entscheidungen zu treffen.“

So die Journalistin, und sie hat recht. Das Prostitutionsgesetz, wie es von Rot-Grün beschlossen worden ist, weist massive Mängel auf. Das liegt vielleicht auch daran, dass einige von Ihnen wenig Ahnung von der Wirtschaft haben. Strengere Strafen für illegale Prostitution würden die sogenannten Betriebskosten in die Höhe schnellen lassen und damit die Straße unattraktiv machen.

Wir haben in etwa 3 400 Prostituierte, die legal registriert sind, und in etwa die gleiche Anzahl illegaler. Das haben wir heute ja auch schon kurz gehört. Sicher sind die Liebedienerinnen nicht unsere primäre Zielgruppe, aber sowohl das Gesetz als auch der Umgang mit ihnen müssen sozial verträglich sein. Im Moment ist die Lösung auf jeden Fall indiskutabel.

Viele junge Frauen aus sozial schwachen Schichten werden unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nach Wien gelockt, um sie dann untereinander zu verkaufen. Sie werden damit immer wieder in unterschiedlichen Bereichen auf die Straße geschickt. Und eines ist sicher - auch das ist erwiesen -: Zum Teil arbeiten diese Frauen für einen wirklich erbärmlichen Schandlohn von wenigen

Euro und müssen ihren Zuhältern ein tägliches Fixum abliefern, welches sie oft nicht erwirtschaften können.

Zum Teil handelt es sich aber auch um sogenannte Beschaffungsprostitution zum Finanzieren der Drogensucht. Das heißt, legaler Straßenstrich unterbindet nichts in diese Richtung. Wichtig wären für uns eine Aufklärung der jungen Frauen vor Ort, soziale Perspektiven, strenge Kontrollen und vor allem strenge Meldepflicht.

Wie wir wissen, ist die Konkurrenz groß. Die Preise haben einen historischen Tiefstand erreicht. Revierkämpfe unter den Prostituierten und ihren Beschützern stehen an der Tagesordnung. Das sind nur einige der Gründe, warum wir für die gänzliche Untersagung des Straßenstrichs sind. Straßenprostitution ist nicht nur durch den Verdrängungswettbewerb gefährlich geworden, sondern auch, wie wir eben schon gehört haben, durch Revierkämpfe, Abhängigkeiten, aber auch Verdrängungspolitik durch Jüngere. Dumpingpreise werden aufrechterhalten, Unsicherheit wird geschaffen und es kommt auch immer mehr zu Gewalt in dieser Szene.

Übrigens: Laut „Standard“ ist die Transnationalität im Bereich der Sexarbeit globale Realität. Der Anteil von Migrantinnen ist relativ hoch, er wird in Österreich laut „Standard“ auf ungefähr 60 bis 80 Prozent geschätzt. (*Abg Armin Blind: ... die Facharbeiter!*) Das zeigt uns, dass Straßenprostitution in jeglicher Form menschenunwürdig ist. Das sagt übrigens auch Ihr Liesinger Bezirksvorsteher, der für das Verbot der Straßenprostitution eintritt.

Das Argument haben wir heute ja auch schon gehört, aber ich möchte es noch einmal wiederholen, weil man es nicht oft genug sagen kann: Viele Anrainer befürchten Verschmutzung, Belästigung von Passanten, Erregung öffentlichen Ärgernisses, aber nicht zuletzt auch Angriffe auf ihre eigene Person. Und wir haben es auch schon gehört: Oft werden auch Frauen und Kinder in Mitleidenschaft gezogen. Das sind alles Umstände, die nicht dazu beitragen, die Bevölkerung zufriedenzustellen.

Laufhäuser hingegen - wenn also die Prostitution in die Laufhäuser verlagert werden würde - bieten den Frauen bessere Standards (*Abg Birgit Hebein: Da sind Sie Experte, oder was?*), vor allem in Bezug auf Hygiene, Wetterunabhängigkeit, fixe Preise, Sicherheit, und vor allem: sie sind dort gemeldet! - Ich denke, die Expertin sind Sie. Aber da brauchen wir uns nicht darüber zu unterhalten, das können wir gern einmal unter vier Augen machen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Auch können aus Laufhäusern heraus leichter Ausstiegshilfen für Prostituierte veranlasst werden. Ich bringe daher gemeinsam mit meinen Kollegen Mag Johann Gudenus, Mag Wolfgang Jung, Gerhard Haslinger und Armin Blind betreffend Reform des Wiener Prostitutionsgesetzes 2011 einen Beschlussantrag ein, der da lautet:

„Die zuständigen Mitglieder der Landesregierung, die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, Konsumentenschutz und Personal, soll die notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit es zu einer gesetzlichen Änderung des Wiener Prostitutionsgesetzes 2011 in der Weise kommt, dass die Straßenprostitution zur Gänze untersagt wird.“

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.“ (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Dr Stürzenbecher. Ich erteile es.

Abg Dr Kurt **Stürzenbecher** (*Sozialdemokratische Fraktion des Wiener Landtages und Gemeinderates*): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Frau Stadträtin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist ja grundsätzlich dieses Thema Prostitution nicht etwas, wo die Exekutive oder auch die Politik sich besondere Lorbeeren erwirtschaften kann beziehungsweise wo man einstimmige Zustimmungen leichtthin erntet, sondern es ist ein außerordentlich schwieriges Thema, das überlagert ist von ganz großen Problematiken auch internationaler Natur - also auch grundsätzlich von Frauenhandel, von Gewalt, von international organisierter Kriminalität -, die wir aber nicht mit einem Prostitutionsgesetz in Wien lösen können. Das muss man einmal vorausschicken.

Auch ist es wichtig, das zu trennen. Auch LEFÖ, die ja wirklich sehr, sehr viel Positives als NGO leisten, haben klar festgestellt, dass es wichtig ist, eine klare Differenzierung zwischen Frauenhandel und Gewalt auf der einen Seite und legaler Sexarbeit auf der anderen zu vollziehen. Das ist also ganz, ganz wichtig!

Wenn man den Frauenhandel, die international organisierte Kriminalität diskutiert, dann sind wir natürlich offen dafür, wie wir hier besser vorgehen könnten: bessere internationale Zusammenarbeit, Bekämpfung der Armut in Osteuropa, Bekämpfung dieser Formen der internationalen Kriminalität, von mir aus dort auch strengere Strafgesetze; das alles ist möglich. Nur ist das nicht das Thema hier in diesem Haus - das muss man immer wieder wissen -, sondern es ist hier das Thema: Was können wir als Landesgesetzgeber mit einem Prostitutionsgesetz bewirken, um die Prostitution so zu regeln, dass die Beeinträchtigungen der Gesellschaft und der Menschen durch diese Form so gering wie möglich sind? - Man wird sie nie hundertprozentig ausschließen, aber: so gering wie möglich!

Wir diskutieren hier über die legale Sexarbeit, und da kann man natürlich von vornherein der Auffassung sein, Prostitution soll grundsätzlich verboten werden. Da gibt es Länder, sogar Schweden - aber gerade Schweden hat eigentlich sehr schlechte Erfahrungen damit gemacht. Also kann man das abhaken. Zusätzlich muss man sagen, dass auch in den Ländern - das waren oft Diktaturen -, wo Prostitution grundsätzlich verboten war, es sie immer gegeben hat und immer auch die dramatisch negativen Auswirkungen dieser Form gegeben waren.

Also: Grundsätzliches Verbot ist ja in diesem Haus von niemandem gekommen. Jetzt kommt der nächste Schritt: Sollen wir die Straßenprostitution verbieten?

Auch hier zeigen internationale Beispiele eindeutig, dass ein Verbot der Straßenprostitution nichts bringt, dass dadurch zwar scheinbar ein Problembereich irgendwie gelöst scheint, auf der anderen Seite aber drei oder fünf andere Problembereiche neu hervorkommen, und dass man im Endeffekt dann mehr Kriminalität hat, dass man überhaupt nicht mehr den Überblick hat, keine

Rechtssicherheit hat und quasi sich insgesamt die Problemlagen vervielfachen!

Sonst würde man, wenn es so einfach wäre, es ja machen. Aber es ist eben nicht so einfach. Deshalb ist das Prostitutionsgesetz, so wie es nach langer, langer Beratung hier verabschiedet worden ist, durchaus ein erfolgreiches. Es wird immer nur ein relativ erfolgreiches sein, weil man eben mit einem Landesgesetz - das habe ich eingangs gesagt - in diesem Bereich überhaupt nur begrenzt Wirkung erzielen kann.

So gesehen, muss man sagen: Dieses Gesetz hat einiges gebracht! Es gibt viel weniger Straßenprostitution als vorher. Es gibt die Verlagerung hin in die Laufhäuser, was durchaus positiv zu bewerten ist. Es gibt - und das sagt auch die Polizei - viel mehr Rechtssicherheit. Rechtssicherheit ist ganz, ganz wichtig!

Es gibt weniger Beeinträchtigung der Menschenwürde der SexarbeiterInnen. Es ist noch immer schlimm genug, wie die Situation ist (*Abg Mag Wolfgang Jung: Sehr würdig ist das wirklich nicht!*), aber das ist auch, wie gesagt, hauptsächlich ein großes Problem, das nicht von unserem Landesgesetz lösbar ist. Die NGOs wirken mit, und die Probleme, die es gibt, sind wenigstens transparent. Das ist ganz wichtig. Das heißt, man kann dann auf einer legalen Basis mit Rechtssicherheit diese Probleme angehen.

Damit sind wir auch bei der Brunner Straße. Die Polizei hat eindeutig gesagt - und man muss unseren Polizisten trauen, denn sie arbeiten sehr gut -, sie haben zu wenige Leute. Jetzt hat man noch mehr nach Niederösterreich verlegt, was besonders unerfreulich ist. Aber die, die da sind, arbeiten sehr gut, und die sagen, dass in der Brunner Straße ein Totalverbot nicht gerechtfertigt wäre. Das sagt die Polizei, und wenn die Polizei das sagt (*Abg Mag Wolfgang Jung: ... das Gesetz ändern!*), dann wird das vermutlich auch so sein. (*Abg Armin Blind: Dann sollte die Polizei kandidieren für die Landtagswahl!*)

Das Gesetz soll in dieser Hinsicht eben nicht geändert werden, weil ein Totalverbot überhaupt der Straßenprostitution nichts bringt. (*Abg Armin Blind: Der Gesetzgeber sind schon noch wir!*) Das habe ich schon ausgeführt. Man kann hier wirklich sozusagen empirisch in verschiedensten vergleichbaren Städten forschen (*Abg Mag Wolfgang Jung: Dann sagen Sie ...*), und man wird das überall feststellen.

Es ist natürlich eine schwierige Problematik, das habe ich von Haus aus gesagt, und man wird immer nur relative Erfolge erzielen. Aber besser jedenfalls, als rein populistisch an das Ganze heranzugehen: mit Populismus sozusagen Probleme, die es vielleicht gibt, noch aufzubauschen, eine möglichst große Hetze herbeizuführen und die Leute noch aufzuhetzen. Das ist sicher nicht unser Weg, sondern unser Weg kann nur sein, sachlich mit Argumenten, mit Gesetzen vorzugehen und den Weg weiterzugehen, den wir erfolgreich gemacht haben.

Die Erfolge habe ich schon aufgezählt, sie sind da. Das Gesetz hat eine wesentliche Verbesserung auf verschiedenen Gebieten gebracht: eine Entkoppelung der Straßenprostitution vom Wohngebiet; Rechtssicherheit - habe ich gesagt -; Setzung von Maßnahmen zur

Erleichterung der Arbeitsbedingungen; Festlegung von behördlichen Aufgaben für Lokale zum Schutz der Prostituierten; Zuverlässigkeitsprüfung der Lokale; Schaffung einer Meldepflicht für Prostitutionslokale; mehr Transparenz bei Prostitutionslokalen; und Flexibilität, um auf Bedingungen reagieren zu können.

Also das alles ist geschehen. Das alles muss man mit großer Kraft umsetzen, wir sind da sicher nicht am Ende. Aber auf keinen Fall sollte man sich auf scheinbar irgendwie leicht klingende Lösungen einlassen, die im Endeffekt dann viel mehr Unheil bringen. Und es würde mehr Unheil bringen, wenn wir ein Totalverbot der Straßenprostitution herbeiführen würden!

Das wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern ersparen. Wir nehmen jede einzelne Sorge sehr ernst, wir reagieren überall und versuchen auch, die Fälle individuell zu lösen. Aber einen grundsätzlich falschen Weg zu gehen, lehnen wir ab. Wir sind weiter für eine sachliche Politik auch in diesem Bereich, und ich danke der Stadträtin, dass sie das mit so großer Kraft vorantreibt. - Danke. *(Beifall bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort gemeldet ist Herr Abg Blind. Ich erteile es.

Abg Armin **Blind** *(Klub der Wiener Freiheitlichen)*: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Man muss schon auf den Kollegen Stürzenbecher und auf die Kollegin Hebein auch noch eingehen, weil man viele Dinge so nicht im Raum stehen lassen kann.

Herr Kollege, wenn man Ihnen zuhört, dass die Polizei Ihnen sagt, man braucht das nicht: Wir sagen, wir sind hier der Landesgesetzgeber, wir machen hier die Vorgaben! Wenn Sie der Meinung sind, von externen Beratern quasi Ihre Meinung vorgeschrieben zu bekommen, ist das Ihre Sache. Wir sagen, der Wiener Landtag entscheidet, wo wir stehen, wo Schwerpunkte zu setzen sind, wo Verbote ausgesprochen gehören, und sicher nicht Dritte!

Meine Damen und Herren von der SPÖ, Sie kapitulieren in Wirklichkeit! Sie kapitulieren vor den Problemen. Sie stellen hier die Straßenprostitution als eine Art Naturgesetz dar: Die gibt es einfach, und man kann nichts dagegen tun.

Herr Kollege, das ist eben kein Naturgesetz! Sie stellen sich auf einen Justament-Standpunkt beziehungsweise, was noch viel schlimmer ist, Sie vertreten einen Justament-Standpunkt, den Ihnen die Kollegin Hebein vorschreibt. Denn ich kenne viele Stimmen aus der Sozialdemokratie, die mit der Straßenprostitution alles andere als glücklich sind. Nehmen wir nur den Bezirksvorsteher aus dem 23. Bezirk her.

Nur: Jedes Mal, wenn ein Sozialdemokrat den Mut aufbringt, an die Öffentlichkeit zu gehen und Probleme, die in dieser Stadt existieren, Herr Kollege, ausspricht, dann wird er von der Sozialdemokratie plötzlich als Marginalität und als nicht wichtig abgekanzelt. *(Beifall bei der FPÖ und von Abg Dr Wolfgang Aigner.)* Der Herr Bezirksvorsteher versucht, die Probleme der Liesinger Bevölkerung auf den Punkt zu bringen, und er wird von Ihnen genauso wie die Liesinger Bevölkerung verhöhnt,

Herr Kollege und Frau Kollegin Hebein!

Ich sage Ihnen eines: Mit Ihrer abgehobenen Politik, die Sie hier auch noch vorbringen, mit Ihrer Ignoranz den Sorgen und Nöten der Menschen gegenüber werden Sie am Sonntag die gehörige Abfuhr erteilt bekommen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich finde es geradezu bezeichnend für einen Sozialdemokraten oder für eine sozialdemokratisch-grün geführte Regierung, die sagt: ja, es gibt Armut - und das quasi sofort mit Sexarbeit konnotiert. Wo kommen wir denn da hin in einer sozialdemokratischen Stadt, oder in einer angeblich sozialdemokratischen Stadt, wo Leute angeblich aus Armutgründen von Ihnen in die Prostitution gezwungen werden? Wo kommen wir denn da hin, meine Damen und Herren?! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich sage Ihnen: Wenn Sie weniger arme Leute haben wollen, schlagen Sie keine Straßenprostitution vor, sondern streichen Sie keine Zuschüsse wie beispielsweise den Heizkostenzuschuss oder andere Sozialförderungen, meine Damen und Herren! *(Beifall bei der FPÖ.)* Machen Sie sozialdemokratische Politik und reden Sie nicht nur davon, dann haben Sie auch weniger arme Leute in dieser Stadt, die Sie dann nicht auf den Strich schicken müssen. *(Abg Marianne Klicka: Wir schicken niemand auf den Strich! - Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und GRÜNEN.)*

Und wenn die Kollegin Hebein sagt - das ist ja ungeheuerlich, was Sie da von sich geben! Gehen Sie einmal in sich vor der Wahl, bevor Sie nach der Wahl draufkommen, dass Ihre Politik abgewählt worden ist! *(Abg Nurten Yilmaz: Achten Sie besser auf Ihre Wortwahl! Sie reden hier nicht vor Ihren eigenen Parteileuten!)* Nein, ich sage Ihnen ganz genau, was die Wienerinnen und Wiener fühlen, und ich werde Ihnen auch nach der Wahl zeigen, was die Wiener und Wienerinnen gewählt haben. Meine Damen und Herren, stellen Sie sich der Realität und verschließen Sie die Augen nicht!

Wenn die Kollegin Hebein sagt, die Prostituierten werden schwieriger erreicht, wenn sie nicht mehr auf der Straße stehen - meine Damen und Herren, die Laufhäuser sind ja bekannt! Die sind gemeldet worden, man bräuchte nur dort hinzugehen. Es ist dann überhaupt keine Schwierigkeit, diese Prostituierten zu erreichen, sondern es gibt die Schwierigkeit, dass Sie sich gegen eine Marginalität auf dem linken Rand durchsetzen und endlich eine Politik für die Menschen machen, die auch die Prostituierten inkludiert. Das stelle ich hier auch einmal fest.

Wir sind nämlich nicht gegen die Prostituierten, wir sind dagegen, dass Menschen unter unwürdigen Bedingungen ausgebeutet werden. Und Sie geben das Handwerkszeug dafür! Solange Straßenprostitution legal ist - sei es auch nur auf bestimmten Flecken, Kollegin Schütz hat es schon erwähnt -, gibt es eine Form der Prostitution, die - unter Anführungszeichen - günstiger ist: Man muss dann nämlich fürs Laufhaus nichts zahlen. Daher: Wo werden diese Frauen, die in Abhängigkeit gehalten werden, hingeschickt? Natürlich auf die Straße und nicht in das - unter Anführungszeichen - teurere Laufhaus!

Sie fördern es, dass Frauen, die nicht frei entschei-

den können, im Winter, bei Regen und bei Schnee auf der Straße stehen und nicht unter sicheren, hygienischen Arbeitsbedingungen ihr Auslangen finden. Das ist schändlich, meine Damen und Herren, speziell für eine rote Stadtregierung! *(Beifall bei der FPÖ. - Abg Nurten Yilmaz: Sie wissen überhaupt nicht, wovon Sie reden! Es gibt Frauen, die wollen nicht in ein Laufhaus!)*

Die Freiheitliche Partei hat natürlich nicht gefordert, dass Sie eine Aufstockung der Gruppe Menschenhandel durchführen. Das könnten Sie auch nicht, das ist ganz klar. Wir kennen durchaus die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern. Aber wir haben uns dafür eingesetzt, oder wir haben ersucht, dass die Frau Stadträtin sich dafür einsetzt, dass diese Gruppe aufgestockt wird!

Das ist jetzt nichts Ungewöhnliches, dass eine Stadträtin oder ein Landeshauptmann sich bei einem Bundesorgan einsetzt. Der Herr Landeshauptmann deponiert seine Wünsche permanent irgendwo bei Bundesorganen, nur in dem Bereich schweigt er. Und in dem Bereich höre ich auch nichts beziehungsweise nicht genug von der Frau Stadträtin. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Ich erwarte mir hier von Ihnen mehr, und auch die Wiener erwarten sich von Ihnen mehr! Das Ergebnis werden Sie schlimmstenfalls bei der Schlussabrechnung präsentiert bekommen, auch der Herr Kollege, der jetzt im Gemeinderat sitzen darf und eben nicht mehr eine verantwortungsvolle Position *(Abg Gerhard Kubik: Kubik! Kubik ist mein Name!)* wie der Herr Bezirksvorsteher aus dem 23. Bezirk inne hat, Herr Kollege Kubik.

Ich sage Ihnen zum Schluss, es hat natürlich auch *(Abg Nurten Yilmaz: Das rennt bei euch so!)*, wie immer bei der Sozialdemokratie und vor allem auch bei den GRÜNEN, einen finanziellen Hintergrund. Sie wollen Sexarbeit nicht in gute Bahnen lenken: Sie wollen Probleme nicht aus der Welt schaffen, sondern Sie wollen Probleme verwalten! Es ist natürlich auch hier die gleiche Sozialarbeiterindustrie dahinter, wie sie im Fremdenwesen dabei ist, wie sie im Integrationsbereich dabei ist. *(Abg Godwin Schuster: Das ist ein bisschen wirr! - Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Sie kassieren in den Bereichen ab, meine Damen und Herren, und haben kein Interesse an den Interessen der Anrainer und auch der Prostituierten! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Johann **Herzog**: Zum Wort ist niemand

mehr gemeldet. Die Besprechung des Dringlichen Antrages ist somit beendet. Diesen Antrag weise ich zur weiteren Behandlung der Frau amtsführenden Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz und Personal zu.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die vorliegenden drei Beschluss- und Resolutionsanträge.

Ich darf mit Antrag eins beginnen, dem Antrag der ÖVP-Abgeordneten Dr Wolfgang Ulm und Mag Barbara Feldmann betreffend Parteienstellung für Anrainerinnen und Anrainer im Genehmigungsverfahren von Prostitutionslokalen. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die diesen Antrag unterstützen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird unterstützt von ÖVP, FPÖ und Parteiunabhängigem und hat somit keine Mehrheit.

Antrag Nummer zwei ist der Antrag der ÖVP-Abgeordneten Dr Wolfgang Ulm und Mag Barbara Feldmann betreffend Verbot der Straßenprostitution auf der Brunner Straße. Auch hier kommen wir zur Abstimmung. Ich ersuche jene Mitglieder des Landtages, die diesem Antrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Zustimmung erfolgt seitens der ÖVP, der FPÖ und des Parteiunabhängigen, dies hat somit keine Mehrheit.

Der dritte Antrag ist der Beschlussantrag der FPÖ-Abgeordneten Mag Johann Gudenus, Mag Wolfgang Jung, Angela Schütz, Gerhard Haslinger und Armin Blind betreffend Reform des Wiener Prostitutionsgesetzes: „Das Mitglied der Landesregierung, die amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenenschutz und Personal, soll die notwendigen Maßnahmen ergreifen, damit es zu einer gesetzlichen Änderung des Wiener Prostitutionsgesetzes 2011 in der Weise kommt, dass die Straßenprostitution zur Gänze untersagt wird.“ Ich bitte jene Mitglieder des Landtages, die diesem Antrag zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Hand. - Das wird unterstützt von FPÖ und Parteiunabhängigem und hat somit keine Mehrheit.

Meine Damen und Herren! Damit ist die Tagesordnung der heutigen Sitzung erledigt. Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden auf schriftlichem Wege bekannt gegeben.

Die Sitzung ist geschlossen, und ich wünsche allen noch einen fröhlichen Wahlkampf!

(Schluss um 15.47 Uhr.)